



34. Sitzung

Mittwoch, 25. Mai 2016

Vorsitzende: Präsidentin Carola Veit, Erster Vizepräsident Dietrich Wersich, Vizepräsidentin Barbara Duden, Vizepräsidentin Antje Möller und Vizepräsidentin Christiane Schneider

Inhalt:

Mitteilungen der Präsidentin
Abwicklung der **Tagesordnung**

2279

Aktuelle Stunde

2279

GRÜNE Fraktion:

**Die Ampeln stehen auf Grün:
Hamburg wird Fahrradstadt**

Martin Bill GRÜNE 2279, 2288
Lars Pochnicht SPD 2280
Dennis Thering CDU 2281
Heike Sudmann DIE LINKE 2283
Dr. Wieland Schinnenburg FDP 2284
Detlef Ehlebracht AfD 2285, 2289
Frank Horch, Senator 2286
Martina Koeppen SPD 2289

Fraktion DIE LINKE:

**Sportstadt Hamburg heißt
Sport für Alle!**

Mehmet Yildiz DIE LINKE 2290, 2299
Juliane Timmermann SPD 2291, 2301
Thomas Kreuzmann CDU 2292
Christiane Blömeke GRÜNE 2293, 2302
Daniel Oetzel FDP 2294, 2304
Dr. Alexander Wolf AfD 2295
Andy Grote, Senator 2296
André Trepoll CDU 2300

FDP-Fraktion:

**Sportstadt Hamburg auf dem
Abstiegsplatz**

(nicht behandelt wegen Redezeitablaufs)

AfD-Fraktion:

**Sportstadt Hamburg: Rot-Grün
wollte Champions League und
landet in der Kreisklasse – der
Breitensport leidet mit.**

(nicht behandelt wegen Redezeitablaufs)

SPD-Fraktion:

**Gute Perspektiven für Ham-
burg: Tourismuszahlen steigen
weiter.**

(nicht behandelt wegen Redezeitablaufs)

CDU-Fraktion:

**Avanti Dilettanti, Gescholze oh-
ne Ende: Streit im Senat auf
Kosten von Umwelt und Woh-
nungsbau**

(nicht behandelt wegen Redezeitablaufs)

Unterrichtung durch die Präsidentin
der Bürgerschaft:

Wahl einer oder eines Deputierten der Justizbehörde		Cansu Özdemir DIE LINKE	2321
– Drs 21/1466 –	2305	Anna-Elisabeth von Treuenfels-Frowein FDP	2322
und		Dirk Nockemann AfD	2324
		Dr. Ludwig Flocken fraktionslos	2325
		Dr. Till Steffen, Senator	2325
Unterrichtung durch die Präsidentin der Bürgerschaft:			
Wahl einer oder eines Deputierten der Behörde für Schule und Berufsbildung		Beschluss	2327
– Drs 21/2316 –	2305	Antrag der Fraktionen der SPD und der GRÜNEN:	
Ergebnis	2315	Wohnraum für Auszubildende – Ausbau eines Hamburger Erfolgsmodells	
Antrag der AfD-Fraktion:		– Drs 21/4441 –	2327
Integration auf eine empirisch gesicherte Basis stellen: Einführung eines "Instituts für vergleichende Kulturforschung und Integration" in Hamburg		Dorothee Martin SPD	2327, 2332
– Drs 21/4427 –	2305	Franziska Grunwaldt CDU	2329
Dr. Bernd Baumann AfD	2305	Olaf Duge GRÜNE	2330
Dr. Christel Oldenburg SPD	2309	Heike Sudmann DIE LINKE	2330
Jörg Hamann CDU	2310	Jennyfer Dutschke FDP	2331
Phyliss Demirel GRÜNE	2310	Detlef Ehlebracht AfD	2331
Christiane Schneider DIE LINKE	2311	Dr. Melanie Leonhard, Senatorin	2333
Jennyfer Dutschke FDP	2312		
Nebahat Güçlü fraktionslos	2313	Beschlüsse	2334
Dr. Jörn Kruse AfD	2314	Senatsmitteilung:	
Dr. Wieland Schinnenburg FDP	2315	Stellungnahme des Senats zu dem Ersuchen der Bürgerschaft vom 16. September 2015: "Mehrbedarfe zur Unterbringung und Integration von Flüchtlingen" (Drucksache 21/1596)	
Beschlüsse	2315	– Drs 21/4393 –	2334
Bericht des Ausschusses für Justiz und Datenschutz über die Drucksachen 21/2945 (Neufassung) und 21/3176:		Beschlüsse	2334
"Nein heißt Nein" – Für eine Reform des Sexualstrafrechts zur Verbesserung des Schutzes vor sexualisierter Gewalt auf Basis der Istanbul-Konvention (Antrag der Fraktionen der SPD und der GRÜNEN) und Verbesserung des Schutzes vor sexuellen Übergriffen – Tätliche sexuelle Belästigung unter Strafe stellen (Antrag der CDU-Fraktion)		Antrag der CDU-Fraktion:	
– Drs 21/4333 –	2316	Deutsches Maritimes Forschungszentrum – Ein Gewinn für Hamburg	
Urs Tabbert SPD	2316	– Drs 21/4429 –	2334
Richard Seelmaecker CDU	2317	Carsten Ovens CDU	2334, 2342
Mareike Engels GRÜNE	2320	Dr. Joachim Seeler SPD	2336
		Dr. Carola Timm GRÜNE	2337, 2343
		Martin Dolzer DIE LINKE	2338, 2343
		Dr. Wieland Schinnenburg FDP	2339
		Dr. Jörn Kruse AfD	2340
		Dora Heyenn fraktionslos	2341
		Beschlüsse	2343

Antrag der Fraktionen der GRÜNEN und der SPD:

Schrottfahrräder beseitigen, nutzbare Teile weiter verwerten
– Drs 21/4442 – 2343

Beschlüsse 2343

Antrag der Fraktion DIE LINKE:

Soziale Infrastruktur stärken und Armut bekämpfen – Das muss drin sein! Steuerermehreinnahmen 2016 für ein "Sofortprogramm für ein sozialeres Hamburg" nutzen
– Drs 21/4440 (Neufassung) – 2344

Sabine Boeddinghaus DIE LINKE 2344, 2350, 2352
Jan Quast SPD 2345, 2351
Franziska Grunwaldt CDU 2347
Mareike Engels GRÜNE 2348
Jennyfer Dutschke FDP 2349
Dr. Bernd Baumann AfD 2350

Beschluss 2352

Antrag der FDP-Fraktion:

Pilotprojekt "Gründer-Kurs" in Justizvollzugsanstalten als Maßnahme der Resozialisierung einführen
– Drs 21/4433 (Neufassung) – 2352

Beschluss 2352

Sammelübersicht 2352

Beschlüsse 2352

Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE:

Berichterstattung über den Umgang mit Baggergut aus dem Hafen und der Delegationsstrecke Hamburgs
– Drs 21/3926 – 2353

Beschluss 2353

Große Anfrage der CDU-Fraktion:

Ausgangsbilanz: Spielplatz oder Schrottplatz – Hat Hamburg ein Herz für Kinder?
– Drs 21/4029 – 2353

Beschlüsse 2353

Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE:

Bedarfsgerechte Finanzierung statt Mangelverwaltung! Gesetzesentwurf zur Änderung kapazitätsrechtlicher Regelungen an Hamburger Hochschulen gemeinsam mit demokratischen Gremien der Hochschulen überarbeiten!
– Drs 21/4039 – 2353

Beschlüsse 2353

Bericht des Stadtentwicklungsausschusses über die Drucksache 21/2998:

137. Änderung des Landschaftsprogramms für die Freie und Hansestadt Hamburg (Parkanlage und Kleingärten auf den Schallschutztunneln der A7 in Schnelsen und Stellingen) (Senatsantrag)
– Drs 21/4357 – 2353

Beschluss 2353

Bericht des Stadtentwicklungsausschusses über die Drucksache 21/3274:

150. Änderung des Flächennutzungsplans für die Freie und Hansestadt Hamburg (Wohnen an der Feldmark in Schnelsen),
138. Änderung des Landschaftsprogramms für die Freie und Hansestadt Hamburg (Wohnen an der Feldmark in Schnelsen) (Senatsantrag)
– Drs 21/4358 – 2353

Beschluss 2353

Bericht des Stadtentwicklungsausschusses über die Drucksache 21/3488:

151. Änderung des Flächennutzungsplans für die Freie und Hansestadt Hamburg (Gewerbliche Bauflächen und Grünflächen westlich der BAB A1 in Neuland),

139. Änderung des Landschaftsprogramms für die Freie und Hansestadt Hamburg (Gewerbliche Bauflächen und Grünflächen westlich der BAB A1 in Neuland) (Senatsantrag)
– Drs 21/4359 –

2354

Beschluss

2354

Bericht des Schulausschusses über die Drucksache 21/2390:

Medienkompetenzförderung an Hamburger Schulen sicherstellen (Antrag der FDP-Fraktion)
– Drs 21/4366 –

2354

dazu

Antrag der Fraktionen der GRÜNEN und der SPD:

Informatische Grundbildung an Hamburgs Schulen
– Drs 21/4585 –

2354

Beschlüsse

2354

Bericht des Haushaltsausschusses über die Drucksache 21/575:

Erbschaftsteuer muss gerechter werden – Firmenerben dürfen nicht länger verschont werden (Antrag der Fraktion DIE LINKE)

– Drs 21/4432 –

2354

Beschluss

2354

Antrag der CDU-Fraktion:

Unternehmertum in Hamburg stärken – Aus unternehmerischem Scheitern systematisch lernen!

– Drs 21/4428 –

2354

Beschlüsse

2354

Antrag der CDU-Fraktion:

Bedarfsgerechtere und effizientere Deutschkurse für geflüchtete Männer und Frauen

– Drs 21/4430 –

2354

Beschluss

2354

Antrag der FDP-Fraktion:

Wirtschaft und Unternehmertum stärker in den Schulen vermitteln

– Drs 21/4434 –

2355

Beschlüsse

2355

Antrag der Fraktionen der FDP und der CDU:

Aktenvorlageersuchen zu den Umständen der Therapie und der Entlassung eines Sexualstraftäters aus der Sicherungsverwahrung

– Drs 21/4435 (2. Neufassung) –

2355

Beschluss

2355

Antrag der Fraktionen der SPD und der GRÜNEN:

Evaluation des Gleichstellungspolitischen Rahmenprogramms

– Drs 21/4436 –

2355

Beschlüsse

2355

Antrag der Fraktion DIE LINKE:

Das muss drin sein: Wahlfreiheit für die Beratung von Frau zu Frau in Hamburger Jobcentern ermöglichen

– Drs 21/4437 –

2355

Beschluss

2355

Antrag der Fraktion DIE LINKE:

Suche nach Bohrschlammgruben auf dem Gebiet der Freien und Hansestadt Hamburg beginnen
– Drs 21/4438 –

2355

Beschlüsse

2355

Beginn: 15.01 Uhr

Präsidentin Carola Veit: Meine Damen und Herren! Ich schlage vor, dass wir beginnen. Wer das auch möchte, nehme doch bitte seinen Platz ein. Die Sitzung ist eröffnet.

Wir steigen gleich in unsere Tagesordnung ein und beginnen mit der

Aktuellen Stunde

Hierzu sind sechs Themen angemeldet worden, und zwar von der GRÜNEN Fraktion

Die Ampeln stehen auf Grün: Hamburg wird Fahrradstadt

von der Fraktion DIE LINKE

Sportstadt Hamburg heißt Sport für Alle!

von der FDP-Fraktion

Sportstadt Hamburg auf dem Abstiegsplatz

von der AfD-Fraktion

Sportstadt Hamburg: Rot-Grün wollte Champions League und landet in der Kreisklasse – der Breitensport leidet mit

von der SPD-Fraktion

Gute Perspektiven für Hamburg: Tourismuszahlen steigen weiter

und von der CDU-Fraktion

Avanti Dilettanti, Gescholze ohne Ende: Streit im Senat auf Kosten von Umwelt und Wohnungsbau

Ich rufe zunächst das erste Thema auf.

Wer wünscht das Wort? – Herr Bill von der GRÜNEN Fraktion, bitte, Sie haben es.

Martin Bill GRÜNE: Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Im rot-grünen Koalitionsvertrag haben wir uns ehrgeizige Ziele gesetzt. Wir wollen den Radverkehr und das Radfahren in Hamburg fördern und den Radverkehrsanteil in den Zwanzigerjahren auf 25 Prozent steigern.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Wir sind davon überzeugt, dass das Fahrrad gerade in der Metropole das richtige Verkehrsmittel ist, gerade dort, wo es darum geht, kurze und mittlere Wege, also ungefähr bis 10 Kilometer, zurückzulegen. Das Fahrrad löst dabei auch viele Probleme, die wir in Hamburg haben, sei es Verlärmung, sei es Luftverschmutzung, sei es auch der sehr begrenzte Platz im öffentlichen Raum. Wir unterstützen damit eine Art der Mobilität, die im Grunde schon vorhanden ist und zurzeit stetig wächst. Das zeigen auch die Zahlen. Wir haben gerade im Kfz-

Verkehr in der inneren Stadt eine kontinuierliche Abnahme zu verzeichnen und der Radverkehr innerhalb der Stadt steigt. Das ist übrigens kein Phänomen, das nur in Hamburg vorhanden ist. Selbst Städte, wo man es gar nicht erwarten würde, wie zum Beispiel New York, fördern zurzeit massiv genau aus diesem Grund den Radverkehr.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD – *Gerhard Lein SPD:* Sehr schön!)

Die rot-grüne Koalition besteht jetzt seit etwas mehr als einem Jahr und deswegen finde ich es gut, einmal ein Zwischenfazit zu ziehen. Ich kann sagen: Die Ampeln für den Radverkehr in Hamburg stehen auf Grün und es geht voran mit der Fahrradstadt Hamburg.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Die rot-grüne Koalition hat sich sofort nach der Wahl an die Arbeit gemacht. In den zurückliegenden nur 13 Monaten haben sowohl der Senat als auch die Bürgerschaft die wichtigen Weichenstellungen für den Radverkehr vorgenommen.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Auch in der Bürgerschaft haben wir alle gemeinsam die grundlegenden Beschlüsse gefasst. Deswegen möchte ich, bevor gleich die Streitereien zwischen Opposition und Regierung losgehen, daran erinnern, welche Grundsatzentscheidungen wir einstimmig oder mit großer Mehrheit gefasst haben.

Wir als Bürgerschaft haben uns einstimmig dazu bekannt, den Radverkehr zu fördern. Wir haben gemeinsam einstimmig gesagt, dass wir bis 2020 die 14 Velorouten fertigstellen wollen und jährlich 50 Kilometer Radverkehrsanlage neu bauen, sanieren oder widmen wollen.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Dabei sind wir auf einem guten Weg. Noch 2015 wurden 24 Kilometer Radverkehrsanlagen gebaut, für 2016 sind bereits 48 Kilometer, also eine satte Verdoppelung, geplant. Die 2 Kilometer zu den 50 Kilometern werden wir sicherlich auch noch fertigstellen.

Ebenfalls fast einstimmig – ein Abgeordneter hat dagegen gestimmt – wurde im vergangenen Jahr beschlossen, 70 neue StadtRAD-Stationen zu bauen. Durch Firmenkooperationen werden es jetzt wahrscheinlich sogar 77 neue Stationen in der vierten Ausbaustufe und die meisten davon sind mittlerweile schon gebaut und in Betrieb genommen worden. Auch darüber sollten wir uns sicherlich sehr freuen.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Erstmals werden auch Harburg und Bergedorf an das Fahrradleihsystem angeschlossen. Somit haben mittlerweile alle sieben Bezirke das Fahrrad-

(Martin Bill)

leihsystem StadtRAD, das das erfolgreichste Fahrradleihsystem in Deutschland ist. Auch darauf, finde ich, sollten wir als Hamburgerinnen und Hamburger stolz sein.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Und wir haben hier – nicht ganz einstimmig, weil die AfD dagegen gestimmt hat, aber alle anderen fünf Fraktionen haben dafür gestimmt – gemeinsam beschlossen, eine Kommunikationskampagne pro Fahrrad ins Leben zu rufen, um das Gegeneinander im Verkehr aufzuheben und miteinander ans Ziel zu kommen. Auch das ist ein wichtiger Baustein.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Dann haben wir – leider nicht mehr einstimmig – beschlossen, eine Fahrradkoordinatorin einzusetzen. Seit ungefähr acht Monaten ist sie im Amt und ich finde, dass man schon jetzt sagen kann, dass sie einen echt guten Job macht.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Ich könnte jetzt noch wesentlich mehr sagen; meine Redezeit geht allerdings zu Ende.

(*Michael Kruse FDP: Was, jetzt schon?*)

Mir ist wichtig zu betonen, dass wir einstimmig viele grundlegende Entscheidungen auf den Weg gebracht haben. Ich habe manchmal das Gefühl, dass hier bewusst Kontroversen herbeigeführt werden, die es eigentlich gar nicht gibt,

(Glocke)

insbesondere dort, wo wir schon diskutiert haben und uns auf den Weg machen.

(Glocke)

Deswegen würde ich mich freuen, wenn wir diesen Weg vorangehen, um dann auch beim nächsten Zwischenfazit zu sagen: Die Ampeln stehen auf Grün.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Präsidentin Carola Veit: Das Wort bekommt Herr Pochnicht von der SPD-Fraktion.

Lars Pochnicht SPD:* Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Bis in die Zwanzigerjahre dieses Jahrhunderts wird Hamburgs Bevölkerung um mehr als 100 000 Menschen wachsen. Mehr Einwohnerinnen und Einwohner bedeuten mehr Arbeitsplätze, mehr Steuern, mehr soziale Infrastruktur, aber auch mehr Verkehr. Mobilität ist das Zukunftsthema für die großen Metropolen. Einfach mehr geht aber nicht mehr, die städtischen Verkehrsräume sind begrenzt, neue Verkehrsachsen, wenn man sie überhaupt will, sind nur schwer zu realisieren und gefährden Grün-, Natur- und Erholungsräume. Wir

brauchen daher einen neuen modernen Mobilitätsmix. Wir brauchen einen Mobilitätsmix, der die unterschiedlichen Verkehrsträger mit ihren jeweiligen Stärken nachhaltig und zukunftsfähig miteinander vernetzt.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN – *Dennis Thering CDU: Hör an!*)

Unser Ziel ist die Fahrradstadt Hamburg. Sie ist ein ganz entscheidender Baustein für diesen Mobilitätsmix. Es ist ein Ziel, das wir engagiert vorantreiben, denn das Fahrrad ist bereits heute das Verkehrsmittel mit steigender Tendenz. Unsere Richtung ist daher klar, dass wir den Anteil am Modal Split auf 25 Prozent in den Zwanzigerjahren steigern wollen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Aber wir haben nicht nur das Fahrrad im Blick. Mit dem Investitionsprogramm EMS-HH, dem Erhaltungsmanagement für Straßen, haben wir ein Instrument geschaffen, das unsere Infrastruktur nicht nur grundlegend analysiert, sondern auch klare Prioritäten aufzeigt. Diese arbeiten wir Stück für Stück ab, und das, so will ich meinen, mit großem Erfolg. Wir sanieren jedes Jahr 100 Kilometer Straße in unserer Stadt.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Diese Straße nutzen Autofahrer, öffentlicher Nahverkehr, aber auch Radfahrende, und zwar immer mehr Radfahrende. Deswegen ist oft eine Maßnahme in erster Linie für den Autoverkehr und für die Straße auch immer eine Maßnahme für den Radverkehr.

Weiter gehören zum Radverkehr natürlich auch die Radverkehrsanlagen. Wir werden, wie eben schon dargestellt, Sanierung und Ausbau weiter vorantreiben und verdoppeln in diesem Jahr die Strecke der neu gebauten und sanierten Radverkehrsanlagen von 24 Kilometer auf nahezu 50 Kilometer. Das wollen wir bis zum Ende der Legislaturperiode so fortsetzen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Hierzu vielleicht ein kleiner Hinweis in Richtung CDU: 2008 wurden gerade einmal 8,7 Kilometer Radverkehrsanlage in Ordnung gebracht. Das werden wir dann nahezu versechsfacht haben.

(*Michael Kruse FDP: Da haben doch die GRÜNEN regiert!*)

– 2008 war meines Wissens gerade erst der Regierungswechsel; insofern waren sie doch maßgeblich dafür verantwortlich.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Unsere rot-grüne Verkehrspolitik ist daher eine gute Verkehrspolitik und eine gute Infrastrukturpolitik für Hamburg. Zu dieser guten Infrastrukturpolitik gehört auch, dass wir immer nach der besten Rad-

(Lars Pochnicht)

verkehrsführung suchen. Dabei muss man häufig feststellen, dass die guten altbekannten baulichen Radwege nicht immer das taugliche Mittel für die Zukunft sind. Die Verkehrsforschung lehrt uns sogar das Gegenteil und aktuell veröffentlichte Verkehrsunfallzahlen belegen das. Mehr Sicherheit wird dort erreicht, wo der Radfahrende deutlich erkennbar ist. Und das ist er eben vielfach nicht auf dem baulichen Radweg hinter Büschen und Hecken, sondern auf der Fahrbahn.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Deswegen haben wir überall dort, wo Fahrbahnen und ganze Straßen neu gebaut oder saniert werden, auch gleich zeitgemäße Radverkehrsanlagen hergestellt, sei es in Form der Radfahr- oder Schutzstreifen oder auch in besonderen Fällen mit der Fahrradstraße. Und wir gehen noch einen Schritt weiter. Der Verfall der Radwege hat bei der Regierungsübernahme 2011 einen Höchststand eingenommen. Wahr ist, dass Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU, sich weder für Schlaglöcher noch für Fahrradwege interessiert haben.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Wahr ist auch, dass wir die Investitionssumme für den Radverkehr im Verhältnis zu 2008 vervierfacht haben. Auch das ist nachhaltige und gute Infrastrukturpolitik für unsere Stadt.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Mit dem Projekt Radwege-Check hat der Senat 2014 den Grundstein für eine systematische Überprüfung aller Flächen für den Radverkehr gelegt. Dieses Projekt wird nun Stück für Stück umgesetzt und bildet die Grundlage für alle Entscheidungen.

Wir bringen auch ein überfälliges Zukunftsprojekt zum Abschluss, das unter der CDU zehn Jahre im Dornröschenschlaf verharrt hat. Wir wollen das Veloroutennetz fertigstellen

(Glocke)

und werden dazu 33 Millionen Euro investieren, um das bis zum Ende der Legislaturperiode zu schaffen.

Wir bewegen die wichtigen Infrastrukturprojekte für unsere Stadt. Die Fahrradstadt Hamburg gehört nicht nur dazu,

(Glocke)

sondern ist ein richtiger und wichtiger Baustein. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Präsidentin Carola Veit: Herr Thering von der CDU-Fraktion bekommt das Wort.

Dennis Thering CDU: Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Lieber Herr Bill, lieber Herr Pochnicht, wenn man Sie zum Thema Radverkehr reden hört, bekommt man zwangsläufig den Eindruck, als werde in Hamburg wirklich eine gute Radverkehrspolitik gemacht.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

– Ob Sie gleich immer noch klatschen, werden wir sehen. Aber an Ihrer Reaktion sieht man, dass Sie entweder an einer gestörten Wahrnehmung leiden oder nicht wirklich an den Bürgern in den Stadtteilen dran sind.

(Zurufe von der SPD: Oh! – *Farid Müller*
GRÜNE: Sie sind ja ein Volksverstehrer!)

Dann würden Sie nämlich wissen, dass ein Großteil der Hamburgerinnen und Hamburger Ihre Radverkehrspolitik ablehnt.

(Beifall bei der CDU)

Machen Sie sich doch einmal die Mühe, gehen Sie in die Kindergärten, gehen Sie in die Schulen, sprechen Sie mit den Eltern. Dann werden Sie nämlich relativ schnell erfahren, dass die Eltern die Radverkehrspolitik dieses Senats konsequent ablehnen, weil sie eben nicht bereit sind, neben einem Zwanzig- oder Dreißigtonner auf einer Hauptverkehrsstraße zu fahren. Das sollte Ihnen langsam zu denken geben.

(Beifall bei der CDU)

Gleiches gilt für die Senioren. Hören Sie sich das einmal an. Sie wollen das natürlich nicht hören, weil Sie es nicht ertragen können. Wir haben es doch im letzten Gesundheitsausschuss gehört. Die Leute vom Landesseniorenbeirat haben ausdrücklich gesagt, dass sie die Radverkehrspolitik des Senats konsequent ablehnen, weil sie dazu führt, dass die Senioren das Fahrrad stehen lassen, weil sie Angst haben, auf den Straßen dieser Stadt Fahrrad zu fahren. Das ist das Ergebnis Ihrer Politik.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der FDP)

Um noch etwas Versöhnliches zu sagen: Auch wir haben dieselben Interessen wie Sie, auch wir wollen den Radverkehrsanteil in Hamburg erhöhen; in diesem Punkt sind wir völlig bei Ihnen.

(*Dr. Monika Schaal* SPD: Ach so! Erzählen Sie mal, wie Sie es machen wollen!)

Wir wollen es allerdings anders machen als Sie. Sie haben als Zielgruppe einzig und allein den Profradler – Herr Schinnenburg wird gleich sagen, den Rambo-Radler. Wir aber wollen eine Verkehrspolitik für ganz Hamburg machen und vor allem eine Radverkehrspolitik für alle Radfahrer und nicht nur für die Berufspendler.

(Zurufe von der SPD und den GRÜNEN)

(Dennis Thering)

Es geht ausdrücklich auch um die Menschen, die mit dem Fahrrad nur einmal schnell zum Brötchenholen fahren, mit den Kindern zum Eisessen radeln oder einfach nur einen Fahrradausflug ins Grüne machen wollen. Diese Alltagsradler sind in Ihrer Radverkehrspolitik völlig unter den Tisch gekehrt.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der FDP)

Jetzt wollen wir uns einmal ganz nüchtern ansehen, was Sie denn in Sachen Radverkehr in Ihrer Zeit vorzuweisen haben. Sie haben eine Radverkehrskoordinatorin mitsamt Wasserkopf ins Leben gerufen, von der wir in der Stadt übrigens gar nichts mitbekommen. Man sieht ja, wie gut sie die Arbeit zwischen Bezirken und Senat koordiniert; in den Bezirken laufen die Sozialdemokraten Sturm, weil sie das nicht mehr mitmachen wollen. Herzlichen Glückwunsch, Frau Pfaue. 370 000 Euro im Jahr schön in den Sand gesetzt.

(Beifall bei der CDU und bei *Jennyfer Dutschke FDP*)

Und es geht weiter. Jetzt wollen Sie versuchen, die Bezirke zwangszubeglücken. Sie wollen in jedem Bezirk eine Fahrradzahlstation aufstellen. Sie haben gesehen, dass das schon an der Alster nicht geklappt hat. Das Ding zählt alles, nicht nur Fahrräder, ist hochanfällig, liefert keine validen Zahlen, ist Steuergeldverschwendung par excellence – über 300 000 Euro in den Sand gesetzt.

(Beifall bei der CDU)

Wenn Sie die Radwege in diesem Tempo weiter-sanieren, sind wir in 35 Jahren immer noch dabei. Das werden wir alle gar nicht mehr erleben.

(*Ksenija Bekeris SPD*: Ja, was denn nun? – *Dr. Andreas Dressel SPD*: Dennis, du bist noch so jung!)

– Na gut, vielleicht sollte ich Mitte 60 doch noch schaffen. Aber wenn Sie mich so ärgern ...

Wir haben noch den Harvestehuder Weg, mit diesem Thema muss ich Sie auf jeden Fall noch einmal belästigen. Sie kennen den Harvestehuder Weg, der bisher einer der schönsten Radwege in unserer Stadt gewesen ist. Viele Hamburgerinnen und Hamburger haben ihn genutzt, bis Sie anfangen, ihn zu einer Fahrradstraße auszubauen – Kosten 1,5 Millionen Euro. Dann merkten Sie aber relativ schnell, dass die Fahrradfahrer diese Fahrradstraße gar nicht nutzen wollen, sondern weiter auf dem Radweg fahren.

(*Wolfgang Rose SPD*: Waren Sie schon mal da? Gehen Sie doch mal hin!)

Anstatt sich einzugestehen, dass Sie Mist gebaut haben, haben Sie sich dazu entschieden, die Fahrradfahrer zu gängeln, indem Sie Umlaufsperrern, irgendwelche Poller gebaut haben, mit dem Ergebnis, dass die Fahrradfahrer trotzdem auf dem Weg

gefahren sind, weil sie keine Lust hatten, auf Ihrer Fahrradstraße zu fahren.

(Beifall bei der CDU, der AfD und vereinzelt bei der FDP)

Im nächsten Schritt haben Sie sich dazu entschieden, die Radfahrer noch mehr zu quälen, indem Sie den Fahrradweg abgerissen haben, mit der Konsequenz, dass die Fahrradfahrer auf die Straße gezwungen worden sind. Viele haben das Rad stehen lassen und sich dazu entschieden, dort nicht mehr zu radeln. Auch das ist eine Konsequenz Ihrer rot-grünen Gängelungspolitik, die sich gerade auch gegen die Fahrradfahrer wendet und ihnen das Fahrradfahren ungemütlicher macht. Der Schuss ging nach hinten los.

(Beifall bei der CDU)

Dann haben wir noch das Thema Verkehrssicherheit in unserer Stadt, das Sie, Herr Bill, in der Presse immer wieder angesprochen haben. Es ist traurig, dass Sie sich damit brüsten, dass die Unfallzahlen mit Fahrradfahrern von 2014 auf 2015 um ein Prozent zurückgegangen sind. Das ist wirklich lächerlich und ein Schlag ins Gesicht derer, die Tag für Tag mit dem Fahrrad in unserer Stadt verunglücken. Dafür sollten Sie sich eigentlich schämen.

(Beifall bei der CDU)

Die CDU hat 2008 vorgemacht, wie man eine vernünftige Radverkehrspolitik in unserer Stadt macht.

(Heiterkeit bei der SPD und den GRÜNEN – Zurufe – Glocke)

– Herr Bill, Herr Tjarks, Sie sind gleich noch einmal dran. Es blinkt bereits mein rotes Licht, also keine Zwischenfrage.

Die CDU hat vorgemacht, wie man eine Radverkehrspolitik für alle Hamburgerinnen und Hamburger macht.

(Heiterkeit bei der SPD und den GRÜNEN – Zurufe)

Das würde Ihnen, meine Damen und Herren, auch gut zu Gesicht stehen. Wir sind gern bereit, weiterhin mit Ihnen an dem Ziel festzuhalten, mehr Radverkehrsanteile in Hamburg zu schaffen.

(Glocke)

Dafür müssten Sie aber endlich einmal die Scheuklappen ablegen und die Brechstange aus der Hand nehmen.

(Glocke)

Dann klappt es auch mit der Radverkehrspolitik. – Danke.

(Beifall bei der CDU)

Präsidentin Carola Veit: Frau Sudmann von der Fraktion DIE LINKE bekommt das Wort.

Heike Sudmann DIE LINKE:* Viele werden sich daran erinnern, dass die GRÜNEN in dieser Stadt einmal ein Kernthema hatten, das Radverkehr hieß. Für dieses Kernthema waren Sie immer bereit, unbequeme Wege zu gehen, unbequeme Vorschläge zu machen. Wenn ich mir Herrn Bills Rede anhöre, kann ich feststellen, dass sie in einem Punkt sehr gut war, nämlich als Sie beschrieben haben, worin die Vorteile des Radverkehrs liegen. Aber schwach ist es, wenn Sie nach einem Jahr versuchen, eine positive Bilanz zu ziehen, und dann feststellen müssen, dass das meiste, was im Koalitionsvertrag steht, jetzt in anderen Papieren steht, aber noch lange nicht umgesetzt ist. Herr Bill, ich frage mich, wo der grüne Akzent ist. Wo ist das, was die SPD nicht ohne Sie gemacht hätte? Wenn ich Herrn Pochnicht höre, hätten sie die GRÜNEN doch gar nicht gebraucht. Das sollten Sie, bitte schön, einmal darstellen.

(Beifall bei der LINKEN und bei *Jennyfer Dutschke FDP*)

Herr Bill, Sie sagten, der Senat beziehungsweise die rot-grüne Koalition habe sich ehrgeizige Ziele gesetzt. Wenn Sie sich in Europa umschauen – Sie als Senat verweisen in jeder Ihrer Antworten auf Kopenhagen oder Amsterdam, wenn es gerade passt – oder wenn Sie von mir aus auch nach New York schauen, werden Sie feststellen, dass dort der Radverkehrsanteil bei gut 40 Prozent liegt. Hamburgs Ehrgeiz besteht darin, bis Ende der Zwanzigerjahre,

(*Dr. Anjes Tjarks GRÜNE:* Eine Verdoppelung!)

das sind jetzt noch gut 14 Jahre, den Anteil des Radverkehrs auf 25 Prozent zu erhöhen. Das ist nicht ehrgeizig, das ist absolut schwach.

(Beifall bei der LINKEN)

Die GRÜNEN haben früher unbequeme und radikale Forderungen gestellt.

(*Dr. Andreas Dressel SPD:* Und dann bist du gegangen!)

Die GRÜNEN haben immer gesagt, der motorisierte Individualverkehr müsse reduziert werden. Ich frage mich, Herr Bill, wie Ihr Beißholz aussieht oder ob Sie eine kaputte Tischkante haben, wenn Sie in jeder Senatsantwort lesen müssen, der Senat verfolge nicht das Ziel, den motorisierten Individualverkehr zurückzudrängen. Das ist doch für Sie wirklich nur noch peinlich.

(Beifall bei der LINKEN)

Das ist auch genau das Problem, weswegen Sie im Bündnis für den Radverkehr die Ziele nicht erreichen werden, die Sie versuchen, hier zu prokla-

mieren. Sie sind dort zum Beispiel mit der Innenbehörde konfrontiert, die immer wieder bremst und auch in der Walddörferstraße, ich sage einmal vorsichtig, keine glückliche Rolle gespielt hat. Darüber hinaus haben Sie bei den 30 Millionen Euro, die Sie zusätzlich aus Bundesmitteln geben wollen, das Problem, dass Sie erstens noch gar nicht wissen, ob sie vorhanden sind, zum Zweiten aber sehr wohl wissen, dass diese 30 Millionen Euro gar nicht ausreichen können. Sie wissen auch, dass die früheren Haushaltsmittel nicht abgeflossen sind, weil die Bezirke zu wenig Personal hatten. Sie müssen mehr Personal und mehr Geld zur Verfügung stellen, wenn Sie den Radverkehr tatsächlich fördern wollen. Sie brauchen nur einmal ansatzweise zu vergleichen, was in den Autoverkehr fließt, um festzustellen, dass es, selbst wenn Sie sagen, die Straßen für die Autos würden auch für den Radverkehr genutzt, viel zu wenig ist.

(Beifall bei der LINKEN)

Aber Sie haben es zugegebenermaßen nicht leicht. Sie haben Gegner und Gegnerinnen, die teilweise nicht einmal die Realität zur Kenntnis nehmen. Wenn der Handelskammerpräsident, Herr Melsheimer, am 31. Dezember sagt, Radstreifen seien lebensgefährlich und der Radverkehr auf der Straße sei ein Hindernis für den Wirtschaftsverkehr, dann hat er wenig verstanden.

Herr Thering, wenn ich mir Ihren Erkenntnisstand zum Thema Radverkehr vergegenwärtige,

(*Dennis Thering CDU:* So weit bin ich nicht gekommen in fünf Minuten!)

muss ich feststellen, dass bei Ihnen die Erde immer noch eine Scheibe ist.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Sie haben eben behauptet, Eltern hätten Angst, wenn ihre Kinder neben einem Zwanzigtonner fahren müssten. Ich weiß nicht, ob dänische Eltern und dänische Kinder, bei denen es Radfahrstreifen gibt, auf denen sie fahren, widerstandsfähiger sind. Aber in einem Punkt hätten Sie recht, wenn Sie es einmal sagen würden: Die Radfahrstreifen in Hamburg sind überwiegend viel zu schmal; deswegen ist das Fahrradfahren dort unangenehm.

(Zuruf)

– Ich kann Sie akustisch nicht verstehen;

(*Dr. Anjes Tjarks GRÜNE:* Das ist auch besser so!)

inhaltlich wahrscheinlich auch nicht.

Die Radfahrstreifen, und das wollen Sie nicht zur Kenntnis nehmen, sind jetzt bundesweit zigfach untersucht worden und ganz viele Untersuchungen garantieren Ihnen, dass Radfahren auf der Straße sicherer ist als auf den Bordsteinradwegen.

(Zuruf von *Dennis Thering CDU*)

(Heike Sudmann)

Auch wenn Sie noch so sehr dagegen anplärren, ist es sicherer. Das müssen Sie endlich einmal akzeptieren.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei der SPD und den GRÜNEN)

Aber die GRÜNEN bekommen nicht nur Gegenwind von der CDU und der Handelskammer, sondern sie haben auch das Problem mit Herrn Scholz und Herrn Horch. Sie strampeln sich ab und versuchen, den Radverkehr als ihr Thema darzustellen, müssen aber feststellen, dass der Wirtschaftsverkehr über allem steht, ohne dass sie dafür sorgen können, dass dieser Senat erkennt, dass auch der Wirtschaftsverkehr davon profitieren würde, wenn es weniger Autoverkehr und mehr Radverkehr gäbe. Ich empfehle Ihnen, Herrn Scholz und Herrn Horch von ihrem Autotrip runterzubringen und die beiden aufs Fahrrad zu bringen. Dann hätten wir beim Radverkehr eine wesentlich bessere Situation.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir als LINKE sagen: Wenn wir eine andere Verkehrspolitik erreichen wollen, müssen wir uns auch in den Konflikt um den Straßenraum begeben.

(Glocke)

– Ich überziehe jetzt auch zwei Sekunden wie die anderen.

Es kann nicht so sein, wie es der Senat bisher beschrieben hat, der sagt: Es gibt einen Konflikt, aber wir mischen uns da nicht ein.

(Glocke)

Der Konflikt kann nur gelöst werden, wenn Sie mehr für den Radverkehr tun. – Danke.

(Beifall bei der LINKEN)

Präsidentin Carola Veit: Das Wort bekommt Herr Dr. Schinnenburg von der FDP-Fraktion.

(*Dirk Kienscherf SPD:* Na, wie viele Punkte sind es dieses Mal? – Gegenrufe: Zehn!)

Dr. Wieland Schinnenburg FDP: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Jeder in diesem Saal weiß, dass die Parole von der Fahrradstadt doch nur zu einem einzigen Zweck da ist, nämlich um die gequälte grüne Seele zu beruhigen.

(Beifall bei der FDP, der CDU und der AfD – *Farid Müller GRÜNE:* Oh, bitte!)

Sie müssen alles mitmachen, was die SPD möchte, und dann wirft man Ihnen halt ein Häppchen hin. Jeder in diesem Saal weiß, dass die Parole von der Fahrradstadt von den GRÜNEN nur dazu benutzt werden wird, um die Autofahrer weiter zu drangsalieren. Jeder in dieser Stadt weiß auch, dass wir in einer Hafen- und Industriestadt leben,

in der es eine völlige Illusion ist, zu meinen, das Fahrrad könne das Haupttransportmittel sein. Oder meint jemand in diesem Raum, man könne Container mit Fahrrädern transportieren? Nein, das geht nicht.

(Beifall bei der FDP – Zurufe von der SPD)

Wir brauchen nicht die Parole von der Fahrradstadt, sondern eine fahrradfreundliche Politik. Genau die macht Rot-Grün nicht. Es wurde schon der Fahrradweg am Harvestehuder Weg erwähnt. Einer der schönsten Hamburger Radwege

(*Dr. Anjes Tjarks GRÜNE:* Ja, mit ganz vielen Dreißigtonnern drauf!)

wird in der angeblichen Fahrradstadt Hamburg schlicht und ergreifend abgerissen. Das ist nicht Fahrradpolitik, sondern Ideologie, die Sie lieber bleiben lassen sollten.

(Beifall bei der FDP und bei *André Trepoll CDU* – Glocke)

Präsidentin Carola Veit (unterbrechend): Gestatten Sie eine Zwischenfrage der Abgeordneten Sudmann?

Dr. Wieland Schinnenburg FDP (fortfahrend): Nein. Auf dem kurzen Dienstweg hatten Frau Sudmann und ich schon geklärt, dass ich jetzt keine Zwischenfrage zulasse. Sie wird sich vielleicht nachher noch melden.

(Zuruf von *Heike Sudmann DIE LINKE*)

Der zweite Punkt ist, dass die Radwege außerhalb des Harvestehuder Wegs in einem katastrophalen Zustand sind. Wir dürfen damit rechnen, dass wir beim bisherigen Tempo der Sanierung 40 Jahre brauchen. Wenn es dann wirklich einmal 50 Kilometer pro Jahr werden, wären es immer noch 20 Jahre. In der angeblichen Fahrradstadt Hamburg braucht der Senat mindestens 20 Jahre, nur um die vorhandenen Radwege zu sanieren. Das ist nichts anderes als peinlich, vor allem nicht radfahrerfreundlich.

Dritter und vielleicht schlimmster Punkt: Sie haben mit der Sanierung noch nicht einmal begonnen. Ich habe den Senat gefragt, ob er denn einmal untersucht habe, welche Radwege kaputt und zu sanieren seien. Die Antwort lautete, man sei dabei. Auf die Frage, wann man damit fertig sei, wurde geantwortet, man wisse frühestens ab der zweiten Hälfte des Jahres 2016, welche Radwege zu sanieren seien. Erst dann weiß der Senat, was er zu tun hat. Sie brauchen fast zwei Jahre, um Ihr Programm herauszufinden. Fahrradstadt ist etwas ganz anderes als das, was Sie machen.

(Beifall bei der FDP, der CDU und bei *Detlef Ehlebracht AfD*)

(Dr. Wieland Schinnenburg)

Vierter Punkt, die Velorouten: Dazu muss man einmal in dem Entwurf für das Bündnis für den Radverkehr nachlesen. Auf Seite 5 steht, von 280 Kilometern – Achtung – gelten 80 als fertiggestellt. Gelten – also nicht sind fertiggestellt, sondern gelten als fertiggestellt. Das ist eine sprachliche Verharmlosung dessen, dass Sie überhaupt nicht vorangekommen sind und wahrscheinlich auch demnächst nicht vorankommen werden.

(Zurufe von *Dirk Kienscherf SPD* und *Dr. Anjes Tjarks GRÜNE*)

Fünfter Punkt, Bündnis für den Radverkehr: Die Bezirke haben Ihnen schon gesagt, was sie davon halten. Das ist ein völlig undurchdachtes Konzept, das dringend überarbeitet werden muss.

Sechster Punkt: Die Radverkehrskordinatorin ist die ehemalige Vorsitzende des ADFC. Stellen Sie sich einmal vor, wir würden den Senat stellen und einen Autoverkehrskordinator einstellen, der vorher Präsident des ADAC war. Da würden doch die GRÜNEN-Abgeordneten kollektiv in den Tisch beißen. Was Sie machen, ist nichts anderes als schlicht und einfach verfehlte Personalversorgung für Leute, die Ihnen nahestehen.

(Beifall bei der FDP und bei *Karin Prien CDU* und *Detlef Ehlebracht AfD*)

Siebter Punkt, die Walddörferstraße: Wie kann man nur auf die Idee kommen, eine solche Straße, die viel befahren wird und auf die viele Gewerbetreibende angewiesen sind, zur Fahrradstraße zu machen? Ich bin froh, dass die Innenbehörde Widerstand leistet; unsere Unterstützung hat sie dabei auf jeden Fall.

(Beifall bei der FDP)

Achter Punkt, die Sache mit den Rambo-Radlern: Jeder von Ihnen weiß, dass wir permanent und zunehmend von Radfahrern gefährdet sind, die sich an keinerlei Regeln halten. Und was macht der Senat? Ich habe nachgefragt, wie oft man diese kontrolliere. Die Antwort lautete, Autofahrerkontrollen seien 19-mal so häufig wie Radfahrerkontrollen. Sie sind auf dem Auge Radfahrer blind. Das schadet nicht nur Fußgängern, sondern auch anderen Radfahrern. Zunehmend sind Radfahrer durch andere Radfahrer gefährdet, die sich nicht an Regeln halten. Tun Sie etwas gegen die Rambo-Radler.

Neunter Punkt, die Parole von den Radfahrern auf die Straßen: Es wurde gerade schon erwähnt. Wie können Sie es nur verantworten, Radfahrer neben Zwanzigtonnern auf die Straße zu schicken? Das ist unerträglich. Es ist gefährlich für die Radfahrer und behindert den Wirtschaftsverkehr.

(Beifall bei der FDP)

Zehnter Punkt: Nun wird es peinlich. Die GRÜNEN schaffen es noch nicht einmal, ihre Sprache fahrradstadtgerecht zu machen. Herr Bill, wie konnte

Ihnen das passieren? Sie reichen uns heute einen Antrag ein und im Titel steht: Schrottfahrräder. Wie können Sie so ein schönes Wort wie Fahrräder mit so einem bösen Begriff wie Schrott verbinden? Das kann einem GRÜNEN doch nicht ernsthaft passieren.

(Zuruf von *Dr. Anjes Tjarks GRÜNE*)

Wenn Sie gesagt hätten, Schrottautos oder Schrottfleisch, hätte ich das verstanden. Aber Sie sprachen von Schrottfahrrädern. Wie konnte Ihnen denn das passieren? Sie müssen einfach einmal Ihre Sprachkontrolle verbessern.

Ich fasse zusammen: Diese Parole von der Fahrradstadt ist bisher in einem einzigen Desaster geendet. Wir brauchen einen kompletten Neustart. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP, der CDU und der AfD)

Präsidentin Carola Veit: Herr Ehlebracht von der AfD-Fraktion bekommt nun das Wort.

Detlef Ehlebracht AfD:* Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Der Erfinder der Aktuellen Stunde hat diese eigentlich nicht dazu eingeführt, dass sich eine Fraktion selbst beweihräuchert, sondern damit Themen von Brisanz angesprochen werden.

(Beifall bei der AfD)

Millionen Überstunden bei der Polizei sollen ignoriert werden. Die wachsende Stadt entgrünt und versiegelt Hamburg. Darüber hätte man einmal reden können.

(*Ksenija Bekeris SPD:* Hätten Sie ja anmelden können! – *Martina Friederichs SPD:* Zum Thema! – *Dr. Monika Schaal SPD:* Was haben Sie denn angemeldet?)

Das Thema Rad ist ein wichtiges Dauerthema, aber kein akutes Problem, es sei denn, man macht eines daraus. Und das tun Sie in Teilen.

Festzuhalten ist, dass die GRÜNEN diese Aktuelle Stunde für einen Selbstdarstellungszweck missbrauchen. Jede Partei möchte ...

(Glocke)

Präsidentin Carola Veit (unterbrechend): Herr Ehlebracht, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Dr. Tjarks?

Detlef Ehlebracht AfD (fortfahrend):* Ich glaube, wir gehen in die zweite Runde, Herr Tjarks; da haben Sie bestimmt noch einmal Gelegenheit.

Jede Partei möchte den Anteil des Fahrradverkehrs am Modal Split erhöhen. Das ist doch klar und eigentlich völlig unstrittig und auch gar nicht die Frage. Auch die AfD ist dafür, den Anteil des

(Detlef Ehlebracht)

Radverkehrs zu erhöhen – allerdings ideologiefrei durch geeignete Maßnahmen. Eine Radverkehrspolitik, die sich nicht gegen einen anderen Verkehrsteilnehmer richtet, zum Beispiel die Autofahrer, und dabei auch noch den Fußgänger nicht vergisst, die die bezirksübergreifenden Themen wie die Velorouten voranbringt, aber ansonsten den Bezirken einen hohen Eigenanteil zugesteht beziehungsweise abverlangt, bei entsprechender Mittelausstattung – so stellen wir uns das vor.

(Beifall bei der AfD)

Entscheidend bei diesem Thema ist jetzt, mit welchen Maßnahmen man Ziele erreichen will. Das heißt wie immer, ich bewerte erst einmal den Ist-Zustand, definiere dann das Ziel, erarbeite einen Zeitplan, setze Meilensteine und lege die Maßnahmen fest, mit denen ich diese erreichen will, und gelange so automatisch zum Ziel. Wie ist der Ist-Zustand, die Planungsgrundlage, auf der ein jedes Konzept steht? Auf unsere Frage in einer Schriftlichen Kleinen Anfrage, warum man keine groß angelegte Umfrage bei den Bürgern dieser Stadt mache, um die Erwartungen und Bedürfnisse abzufragen, erhalten wir die Antwort, eine repräsentative Befragung von Radfahrerinnen und Radfahrern sei aufgrund von Prioritätensetzung und des hierfür zu erwartenden Kostenaufwands nicht durchgeführt worden. Peng, das sitzt. Ich übersetze das einmal: Die Meinung der Leute ist nicht so entscheidend, weil wir schon alles wissen.

(Dr. Anjes Tjarks GRÜNE: Das wird in den Bezirken ja schon gemacht!)

Man verweist, wie üblich, an dieser Stelle auf dicke Wälzer, in denen alles steht, was man selber hören will. Dabei wird zum Beispiel auf lobenswerte Aktionen wie den Bezirk verwiesen, der in der Tat Umfragen vornimmt. Aber da ist die Schwerpunktsetzung eine ganz andere. Da werden Mängelpotenziale und Stimmungsbilder abgerufen. In der Verantwortung des Senats steht aber, wie oft und warum jemand mit dem Fahrrad fährt, welche Strecken er fährt, welche er gern fahren würde, wenn es akzeptable Streckenführungen gäbe, und wie oft er sein Rad und in welcher Kombination mit dem ÖPNV nutzt. Das alles wissen wir nicht, planen aber munter weiter.

Danke, Herr Bill, für die Erwähnung, dass wir der Kampagne nicht zugestimmt haben. Richtig. Für bunte Bildchen und eine Kampagne für einen Sympathieträger, nämlich das Fahrrad, haben Sie Geld übrig – für ein Fahrrad, mit dem Sie offene Türen mit Anlauf einrennen wollen. Aber für eine Kampagne oder für eine Erhebung bei den Bürgern ist kein Geld übrig.

Wenn man die nicht ganz unwichtige Zahl des jetzigen Anteils des Fahrrads am Modal Split erfahren möchte, wird im Fortschrittsbericht 2015 auf 12,12 Prozent aus dem Jahr 2008 verwiesen. Acht

Jahre alte Zahlen dienen also als Grundlage für die Planung. Da bekommt man eine Idee von der Aktualität der Planungsgrundlage.

(Dr. Anjes Tjarks GRÜNE: Deswegen bauen wir Zählstationen!)

Wie sind denn die Ziele? Fertigstellung des Veloroutennetzes bis 2020. Stand heute bei diesem Konzept, entwickelt in den Neunzigerjahren: 2015 waren es 95 Kilometer – das ist die Zahl, die ich gefunden habe – von 280 Kilometern. In circa 20 Jahren also gute 4,7 Kilometer pro Jahr; stolze Leistung der Altparteien. Wobei auch hier die CDU mit ihrer Nullnummer zwischen 2001 und 2008 sich wieder besonders hervorgetan hat.

Weitere Ziele finden sich im Petitum der Drucksache 21/898: Bau, Sanierung und Widmung von Radverkehrsanlagen zügig auf ein Niveau von jährlich 50 Kilometern zu steigern. Diese Melange aus drei verschiedenen Dingen hat nur einen Zweck und ist bestenfalls eine Absichtserklärung: Das miteinander Vermengen unterschiedlicher Sachverhalte wird bewusst vorsorglich gemacht, da so eine Nachvollziehbarkeit verhindert wird, um sich am Ende des Jahres irgendwie den Erfolg hinzuwurschteln.

Was verstehen wir unter einer Verkehrspolitik? Darunter verstehen wir nicht starre Zehlsäulen, die an 365 Tagen im Jahr an ein und derselben Stelle den Verkehr zählen. Ein viel umfassenderes Bild erhalte ich durch häufig durchgeführte, regelmäßige manuelle Zählungen von Autos und Fahrrädern an vielen Stellen der Stadt mit Wiederholung pro Ort.

(Glocke)

Leider ist zu so einem Thema immer viel zu viel zu sagen. Machen Sie ruhig so weiter wie bisher. Sie werden es wie bei der Stadtbahn und wie bei der Schulreform machen,

(Glocke)

Sie werden dieses Thema dazu ausbauen, die Bevölkerung wieder einmal in zwei Teile zu spalten. – Danke.

(Beifall bei der AfD)

Präsidentin Carola Veit: Das Wort erhält Senator Horch.

Senator Frank Horch:* Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Immer mehr Hamburgerinnen und Hamburger nutzen das Fahrrad in ihrem Alltag. Sie schätzen es, in Hamburg schnell, flexibel, ökonomisch, aber auch ökologisch ihre Wege zur Arbeit, zum Wochenmarkt, zum Einkaufen oder zum Sportverein zurückzulegen.

(Senator Frank Horch)

(Heike Sudmann DIE LINKE: Auch zum Rathaus!)

Diese erfreuliche Entwicklung ist uns zugleich Ansporn und Verpflichtung, die angestoßene Förderung des Radverkehrs in Hamburg weiter zu intensivieren.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Wir können so in Hamburg die große Chance nutzen, unsere Straßen zum Teil vom motorisierten Verkehr und die Luft von Schadstoffen zu entlasten und zugleich, und das ist das Entscheidende, die Lebensqualität in unserer Stadt weiter zu verbessern.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Stadtverkehr und darüber Mobilität der Zukunft ist multimodaler Verkehr in einer Großstadt wie Hamburg. Das Fahrrad spielt dabei eine ganz entscheidende Rolle. Auch die zunehmende Verbreitung von E-Bikes weist heute auf die wachsende Bedeutung des Fahrrads hin. Fahrrad als Verkehrsmittel für alle Lebenslagen – und das sage ich sehr deutlich – begrüße ich in Hamburg sehr.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Es ist auch kein Geheimnis, dass Städte mit einem hohen Radverkehrsanteil attraktiv und besonders lebenswert sind. Kontinuierliche Untersuchungen überall in der Welt zeigen das sehr eindeutig.

Wenn ich mir die kontroversen Diskussionen um einzelne Baumaßnahmen oder um die Ideen für Bauprojekte ansehe, stellen sich mir manchmal Fragen. Ist die notwendige und wünschenswerte ökologische Weiterentwicklung unserer Stadt eigentlich wirklich gewollt? Wird verstanden, was es heißt, die Abhängigkeit vom Erdöl im Verkehrssektor durch ressourcenschonende Maßnahmen tatsächlich schrittweise für eine bessere Luftreinhaltung zu reduzieren? Manchmal habe ich daran meine Zweifel.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Städte wie Kopenhagen und München, aber auch Weltmetropolen wie Rom, London und New York stehen vor den gleichen Fragen. Zum Teil sind sie uns konzeptionell voraus und zeigen bereits heute, wie man den Verkehr durch Förderung des Radverkehrs so verändern kann, dass davon die ganze Stadt profitiert. Ich wünsche mir, dass wir das auch in Hamburg hinbekommen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Ich möchte nicht nur einen Gewinn für die, die mit dem Fahrrad unterwegs sind, sondern einen Gewinn für alle Verkehrsteilnehmer. Denn der öffentliche Verkehrsraum gehört allen Verkehrsteilnehmern; das möchte ich noch einmal deutlich betonen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Wenn im 21. Jahrhundert an der einen oder anderen Stelle eine Anpassung an aktuelle Entwicklungen stattfindet, sollten wir diesen Entwicklungen konstruktiv und offen gegenüberstehen. Deswegen spreche ich auch noch einmal ganz bewusst, trotz aller Diskussionen, den Harvestehuder Weg an. Trotz der Einrichtung einer Fahrradstraße, die hart kritisiert wurde, findet heute schon ein vernünftiges Miteinander aller Verkehrsteilnehmer statt.

(Dennis Thering CDU: Fahren Sie da mall!)

Auch die zahlreichen Radstreifen und Schutzstreifen zeigen Wirkung, was wissenschaftlich belegt ist: weniger Unfälle durch gute und sichtbare Trassenführung.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Seien Sie gewiss: Wir wissen um die Herausforderungen in einer Stadt wie Hamburg, die mit einer Förderung des Radverkehrs zusammenhängen. Jeden Tag versuchen wir in vielen Bereichen der Verwaltung und auch in meiner Behörde, diesen Prozess gut zu gestalten und auch denen Gehör zu verschaffen, die zum Prozess beitragen wollen. Das geschieht in allen Belangen zwischen Individualverkehr und Fahrradverkehr abgewogen und wohlüberlegt.

Wir sind dabei, ein Bündnis für den Radverkehr zu schmieden, ein Bündnis, von dem die ganze Stadt profitieren soll. Auch das Veloroutennetz werden wir ebenso wie die Stellplätze, die heute zur Mobilität in der Stadt dazugehören, weiter ausbauen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Bei allen Straßenbaumaßnahmen – das kann man überall beobachten – wird heute der Radverkehr generell in jede bauliche Maßnahme einbezogen. Damit machen wir die Verkehrswege in vielen Bereichen unserer Stadt fit für die Zukunft. Denn es geht nicht um ein Ausspielen einzelner Verkehrsteilnehmer, sondern um ein gutes, sicheres Miteinander auf Hamburgs Straßen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Die integrierte Gestaltung des begrenzten Straßenraums – das ist nun einmal so, der Raum ist vergeben –, die intelligente Vernetzung aller Verkehrsmittel und die gegenseitige Rücksichtnahme aller im Verkehr – ein wichtiger Punkt – müssen für die Zukunft weiter praktiziert werden.

Ich fasse zusammen: Wir sind auf einem guten Weg. Wir werden unsere Ziele nicht aus den Augen verlieren und diesen Weg konzentriert weiter verfolgen. Ich baue dabei auf alle, die konstruktiv daran mitarbeiten mögen. Am Ende werden auch alle davon profitieren. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Präsidentin Carola Veit: Nach unserer Geschäftsordnung haben nun alle Fraktionen noch einmal die Gelegenheit, das Wort zu ergreifen. Zunächst bekommt es Herr Bill von der GRÜNEN Fraktion.

Martin Bill GRÜNE: Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Nachdem ich dachte, relativ sachlich aufgezählt zu haben, wo wir im Haus uns schon einig sind und unsere Ziele abgesteckt haben, hoffte ich, eine sachliche und konstruktive Debatte führen zu können. Leider wurde ich bei einigen doch des Gegenteils belehrt.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD – Glocke)

Präsidentin Carola Veit (unterbrechend): Herr Bill, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten ...

Martin Bill GRÜNE: Ich gehe davon aus, dass er sich gleich noch einmal melden wird.

(*Wolfgang Rose SPD:* Traut er sich ja nicht!)

Präsidentin Carola Veit: Ja oder nein?

Martin Bill GRÜNE (fortfahrend): Nein. – Nach der Debatte kann ich nur folgendes Fazit ziehen: Steht man sowohl von links als auch von rechts in der Kritik, dann ist es meistens so, dass man einiges gut gemacht hat.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Herr Thering, ich hatte Ihnen doch wirklich alle Hände für einen Dialog ausgestreckt. Eigentlich habe ich Ihnen sogar mehr Hände ausgestreckt, als ich habe. Ich habe Ihnen aufgezeigt, dass wir gemeinsame Ziele haben. Sie kritisieren, dass wir alles falsch machen, sagen aber nicht, was wir richtig machen sollen. Bei mir bleibt da ein großes Fragezeichen. Vielleicht können Sie das noch einmal aufklären. Vielleicht wäre es aber auch eine gute Idee, dass wir einmal gemeinsam eine Radtour unternehmen.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD – *Gerhard Lein SPD:* Er kann gar nicht Rad fahren!)

Ich habe manchmal das Gefühl, dass Sie die Fahrradstreifen und die Schutzstreifen, über die Sie reden, noch nie benutzt haben.

(Beifall bei *Uwe Giffel SPD*)

Alle wissenschaftlichen Untersuchungen deutschlandweit zeigen – das wurde eben auch schon angesprochen –, dass gerade die Führung auf der Fahrbahn die sicherste ist.

(*Dennis Thering CDU:* Sie wiederholen sich! Es wird auch nicht besser!)

Sie haben die Senioren angesprochen. Das Gefährliche beim Radverkehr ist oft das Radfahren auf dem Bürgersteig zusammen mit dem Fußverkehr, und gerade Seniorinnen und Senioren haben enorme Angst, weil auf dem Fußweg Rad gefahren wird und dort auch enorm schwere Unfälle entstehen.

(*Dennis Thering CDU:* Sie waren doch dabei im Gesundheitsausschuss!)

– Ich war nicht dabei im Gesundheitsausschuss, irgendjemand anders war vielleicht dabei.

Große Unfälle passieren zwischen Rad- und Fußverkehr, und auch für die Fußgängerinnen und Fußgänger ist es vernünftig, den Radverkehr auf die Fahrbahn zu verlegen.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Dann sagen Sie immer, wir sollten uns nicht darüber freuen, dass weniger Unfälle passieren. Wir haben einen steigenden Radverkehrsanteil in Hamburg, und wir haben weniger Unfälle. Das ist doch eine super Statistik. Mehr Verkehr, weniger Unfälle – genau so soll es doch sein.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD – *Dirk Kienscherf SPD:* Richtig!)

Herr Dr. Schinnenburg, Sie warten auf den Radwege-Check. Auch wir sind sehr interessiert an den Ergebnissen des Radwege-Checks, wollen aber so lange nicht untätig bleiben. Deswegen sehen wir uns, wenn eine Straße saniert wird, an, wie der Radweg vor Ort ist und ob er saniert werden muss oder nicht. Meistens muss er saniert werden, und dann machen wir das einfach und warten nicht.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Zum Harvestehuder Weg wurde schon viel gesagt. Ich möchte nur erwähnen, dass dort mittlerweile weit mehr Fahrräder als Autos unterwegs sind.

(*Dennis Thering CDU:* Das geht ja auch nicht anders!)

Zum Abschluss möchte ich noch einmal auf das Bündnis für den Radverkehr zusammen mit den Bezirken eingehen. Wir haben allen Bezirken einen Entwurf vorgelegt, mit ihnen gesprochen und gesagt, wir würden gern gemeinsam mit ihnen die Fahrradstadt Hamburg verwirklichen. Alle sieben Bezirke haben gesagt, das sei eine gute Idee, sie würden uns gern darin unterstützen, aber sogar noch mehr machen wollen, als man jetzt vorgeschlagen habe. Sie wollen neben den Velorouten auch noch bezirkliche Radverkehrskonzepte umsetzen. Das finde ich super. Das heißt, die sieben Bezirke sind dabei. Wir sind jetzt dabei zu verhandeln, wie wir es hinbekommen, dass gleichzeitig die bezirklichen Radverkehrskonzepte umgesetzt werden. Und wenn jetzt immer an dem Geld gemostert wird: 30 Millionen Euro ist, wenn wir einmal

(Martin Bill)

schaufen, wie wir in der Vergangenheit Radverkehrsförderung betrieben haben, enorm viel Geld.

(Dennis Thering CDU: Ist aber sinnvoll!)

Ich kann Ihnen sagen, dass 30 Millionen Euro eine Summe ist, auf die der eine oder andere Haushälter auch schon einmal sein Auge geworfen hat. Wir haben dieses Geld für den Radverkehr reserviert. Das ist gut. Lassen Sie uns jetzt dafür sorgen, dass wir diese 30 Millionen Euro auf der Straße verbauen. – Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Präsidentin Carola Veit: Das Wort bekommt Frau Koeppen von der SPD-Fraktion. Und es ist Ihnen natürlich auch aufgefallen: Die Aktuelle Stunde dauert heute 75 Minuten, nicht 45 Minuten; uns bleiben also noch gute 35 Minuten. – Bitte, Frau Koeppen.

Martina Koeppen SPD:* Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Das war eine sehr ideologisch geführte Debatte, und hängen geblieben ist ein Satz: Die CDU hat es vorgemacht. Was hat sie uns denn vorgemacht? Was hat sie uns hinterlassen?

(Dennis Thering CDU: Kennen Sie das Radverkehrskonzept?)

Jahrelang wurde weder in Radverkehr noch in die Straßen noch in andere Dinge investiert.

(Dennis Thering CDU: Kennen Sie das StadtRAD-Konzept, das die CDU eingeführt hat?)

Die Sanierung der Straßen und der Radwege ist jetzt der vordringliche Bedarf, der vom Hamburger Senat in Angriff genommen wird. Ihre Versäumnisse werden jetzt beseitigt.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

500 Fahrbahnkilometer wurden seit 2011 saniert und bis 2020 werden weitere 500 Kilometer hinzukommen. Selbstverständlich profitieren auch die Radfahrer und Fußgänger von diesen Maßnahmen. Es wäre absolut kurzsichtig, an dieser Stelle nicht langfristig zu denken. Immer mehr Menschen in Hamburg nutzen das Fahrrad, nicht nur in ihrer Freizeit oder am Wochenende. Diese Veränderung im Mobilitätsverhalten ist ein Gewinn für Hamburg und entlastet auch den motorisierten Individualverkehr.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Es ist eine Tatsache, dass der mobilisierte Verkehr an seine Grenzen stößt, insbesondere auf den Autobahnen. Dies hat auch die Bundesregierung erkannt und alle vom Senat angemeldeten Maßnahmen im neuen Bundesverkehrswegeplan berücksichtigen.

sichtigt. Die A 7 im Bereich Stellingen und Schnelsen sowie die B 75 befinden sich bereits im Bau.

(Dennis Thering CDU: Zum Thema!)

Von einer einseitigen Verkehrspolitik oder von einer Spaltung der Bevölkerung zu sprechen, läuft damit ins Leere.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei den GRÜNEN – Glocke)

Präsidentin Carola Veit (unterbrechend): Frau Koeppen, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Dr. Schinnenburg?

Martina Koeppen SPD (fortfahrend):* Herr Schinnenburg kann sich gleich noch einmal melden. – Das Fahrrad ist mittlerweile ein gleichrangiges Verkehrsmittel, häufig in der Kombination. Daher setzt der Senat auf den Ausbau des ÖPNV. Hinzu kommt der oft vergessene barrierefreie Ausbau der U-Bahnhöfe.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei den GRÜNEN – Dirk Kienscherf SPD: Richtig! – Dennis Thering CDU: Wir waren beim Fahrrad!)

Wichtig dabei sind auch die flankierenden Maßnahmen für die Radfahrer im Haltestellenumfeld, wie zum Beispiel B+R, switchh oder StadtRAD. Hamburg ist in allen Verkehrsbereichen gut aufgestellt. Damit es so bleibt, ist es wichtig, Mobilitätsentwicklung frühzeitig zu erkennen und zu fördern. Dazu gehört zweifelsfrei der Ausbau der Fahrradinfrastruktur. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Präsidentin Carola Veit: Herr Ehlebracht von der AfD-Fraktion, Sie bekommen das Wort.

Detlef Ehlebracht AfD:* Noch ein paar Sätze dazu. Ein weiteres Ziel, das Sie angesprochen hatten, ist, dass Sie den Fahrradverkehrsanteil auf 25 Prozent im Modal Split erhöhen wollen. Sie arbeiten mit einer Zahl von 2008, 12,2 Prozent, und wollen auf 25 Prozent gehen. Das heißt im Grunde genommen, Sie wissen nicht genau, wo Sie stehen – das sind keine aktuellen Zahlen –, aber Sie rufen schon einmal ein Ziel aus. Das kann man so machen, um seine eigene Klientel zu bedienen, das macht sich dort immer gut. Aber besser wäre es, man würde sich an konkrete Maßnahmen halten.

Herr Bill, um auf Ihre Frage und die konkreten Maßnahmen zu kommen: Darunter verstehen wir nicht starre Zählsäulen, die an 365 Tagen ein und denselben Fleck zählen

(Zuruf: Und das auch noch falsch!)

– und das auch noch falsch –, sondern wir verstehen darunter mobile Zählungen von Autos und

(Detlef Ehlebracht)

Fahrrädern an verschiedenen Stellen in Wiederholung pro Ort. Das liefert Entscheidungsgrundlagen für bestimmte Maßnahmen an bestimmten Orten, vielleicht – eine Idee – sogar für eine Fahrradbrücke, wenn dieses Zahlenmaterial es dann hergibt.

(Beifall bei *Dr. Joachim Körner* und *Dr. Jörn Kruse*, beide *AfD*)

Es ermöglicht bessere Einzelfallentscheidungen, die nötig sind.

Es gibt nicht die allein seligmachende Maßnahme wie zum Beispiel diesen göttlichen Fahrradstreifen. Diese Maßnahme kann sinnvoll sein, das betone ich ausdrücklich. Es gibt gute Beispiele in Hamburg dafür, wo das so gemacht worden ist. Das ist aber in der Shanghaiallee definitiv nicht so. Ohne Sinn und Verstand wurde ein 2012 fertiggestellter Radweg vernichtet, muss man schon sagen, um ihn auf die Straße zu legen. Er ist jetzt ein Paradebeispiel im Schwarzbuch des Bundes der Steuerzahler für exorbitante Steuerverschwendung. Eine schlappe halbe Million Euro hat das mal eben gekostet. So gehen 30 Millionen Euro schnell dahin, wenn man sie als Investitionskapital auf dem Tisch liegen hat.

Dann noch ein letzter Punkt zu unserer Schriftlichen Kleinen Anfrage. Dort wird pauschal von veralteten Radwegen gesprochen. Aha, das ist also jetzt der neue Sprachgebrauch für die Radwege. Dazu kann ich nur sagen: Nachtigall, ick hör dir trapsen. Wenn das Ziel ist, alle diese veralteten Radwege auf die Straße zu verlegen, kann man das eigentlich nur als Kriegserklärung auffassen. Diesen Weg gehen Sie dann allein. – Danke.

(Beifall bei der *AfD*)

Präsidentin Carola Veit: Wenn es keine weiteren Wortmeldungen zu diesem Thema gibt, können wir zum zweiten Thema kommen, angemeldet von der Fraktion DIE LINKE:

Sportstadt Hamburg heißt Sport für Alle!

Wird das Wort gewünscht? – Herr Yildiz von der Fraktion DIE LINKE bitte.

Mehmet Yildiz DIE LINKE: * Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, liebe Hamburgerinnen und Hamburger! Ich möchte auch den Vertreter des Hamburger Sportbunds ganz herzlich begrüßen. Wir haben das Thema angemeldet: Sportstadt Hamburg heißt Sport für Alle! Was macht eine Sportstadt Hamburg aus? Wenn die Stadt dem Breiten-, Freizeit- und Schulsport bestmögliche Rahmenbedingungen bietet, dann haben wir auch gute Rahmenbedingungen für eine Sportstadt Hamburg.

(Beifall bei der LINKEN)

Man kann und sollte die Diskussion nicht darauf beschränken, dass in der letzten Zeit drei Profivereine pleitegegangen sind. Breitensport ist das Fundament für den Leistungssport. In Hamburg treiben etwa 600 000 Menschen Sport, aber nicht in Profisportvereinen. Der Profisport hat in erster Linie kommerzielle Interessen. Dadurch gibt es im Bereich des Profisports Korruption, Manipulation und Doping. Zu Recht hat Frank Bertling gestern in einem Interview mit dem "Hamburger Abendblatt" gesagt – ich zitiere –:

"Spitzensportler sind keine Vorbilder mehr."

Die Profivereine haben andere Interessen. Sponsoren haben in erster Linie wirtschaftliche Interessen. Der ehemalige Präsident der Freezers sagte – ich zitiere –:

"Wir haben uns für das erfolgreichere Team entschieden. Mit den Freezers haben wir leider nie wirklich Geld verdient."

Das fasst zusammen, was der Profisport in erster Linie bezweckt.

Wir haben jetzt in Hamburg Verhandlungen zwischen dem Hamburger Sportbund, dem Hamburger Fußball-Verband und dem Senat. Es geht um einen neuen Sportfördervertrag. Das Traurige ist, dass die gestrigen Verhandlungen abgebrochen worden sind, weil Sie auf die Forderungen des HSB nicht eingegangen sind. Ich möchte darum bitten, dass der Senat diese Haltung aufgibt, auf die Sportvereine zugeht und ihnen ein konkretes Angebot macht.

(Beifall bei der LINKEN)

Zu Recht fordert der HSB ein Ergebnis, das – ich zitiere –:

"[...] die vielfältigen Leistungen sowohl des Amateur-Leistungssports als auch des Breitensports in Hamburg angemessen anerkennt, seine Sportanlagen in Stand setzt und ihre Strukturen fördert."

Man muss sich nur ansehen, was der Senat auf unsere Große Anfrage "Situation der Sportstätten in Hamburg" geantwortet hat. Bezogen auf die Kapazitäten der Sportstätten steht dort – ich zitiere die Antwort –, die Belegung betrage nahezu 100 Prozent. Es kann nicht sein, dass die Vereine Kapazitätsprobleme haben – konkret: sie haben keinen Platz –, der Senat das aber regelrecht ignoriert und ihre Bedürfnisse nicht ernst nimmt. Zuletzt haben wir vom Sportverein FTSV Lorbeer in Rothenburgsort und von Dersimspor deutlich gehört, dass es wegen Kapazitätsproblemen auf den Sportfeldern zu Konflikten zwischen den Vereinen und den Spielern kommt.

Beim Schwimmen sieht es nicht anders aus. Was macht der Senat im Bereich des Schwimmsports? Anstatt die Kapazitäten zu erhöhen, kürzt er die

(Mehmet Yildiz)

Angebote, schließt die Hallen an bestimmten Tagen und streicht Ermäßigungen. Dabei wird gleichzeitig gesagt, Hamburg sei Sportstadt.

Im Bereich Integration wird Sport in der Regel als Motor bezeichnet. Dem stimmen wir vollkommen zu. Vereine und Verbände machen im Bereich der Flüchtlingsarbeit und Integration eine tolle Arbeit.

(Beifall bei der LINKEN)

Aber sehen wir uns bitte einmal das Ergebnis an. Der HSB fordert 300 000 Euro. Der Senat sagt, er gebe nicht mehr als 150 000 Euro. Viele Vereine und Verbände machen alles ehrenamtlich – das sind keine hauptamtlichen Vereine. Anstatt sie zu unterstützen, auf ihre Forderungen einzugehen, macht der Senat was? Er macht entweder kein oder kein akzeptables Angebot.

Letztes Jahr haben wir über das Fast-20-Milliarden-Euro-Projekt Olympia diskutiert, und der Senat hat klipp und klar nicht das Geld als Thema in den Mittelpunkt gestellt, sondern gesagt, es würden alle davon profitieren. Olympia ist weg, die Menschen haben dagegen gestimmt und werden jetzt als Sündenbock dargestellt, dass wegen des Olympia-Aus die Vereine kein Geld bekommen. Es wurde gesagt, dass wir wegen Olympia jährlich 200 Millionen Euro Rücklagen haben. – Meine Zeit geht zu Ende.

Ich fordere Sie auf, dem HSB und dem Hamburger Fußball-Verband ein vernünftiges Angebot zu unterbreiten und sich zu einigen, damit sie ihre Arbeit machen können. – Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Präsidentin Carola Veit: Frau Timmermann von der SPD-Fraktion bekommt das Wort.

Juliane Timmermann SPD:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Es ist heute an der Zeit, erstmals auch aus diesem Hause einen großen Dank an die Sportfamilie, an Schubi und seine Frau als auch an Mo Fürste zu richten, denn was die Sportfamilie in den letzten Tagen geleistet,

(Dennis Thering CDU: Der Bürgermeister hat sich nicht blicken lassen!)

an Solidarität und an Sportbegeisterung gezeigt hat, ist einmalig, bemerkenswert und berührt mich zutiefst.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Herr Thering, auch wenn Sie meinen, mit Brüllen Wahrheiten auszusprechen, muss ich Ihnen sagen, dass der Senat durch Briefe, Telefonate und seine Netzwerke versucht hat zu helfen, wo es möglich ist.

(Dennis Thering CDU: Scheint nicht so gut zu sein!)

Das zeigt deutlich, dass Sie keine Ahnung von dieser Materie haben. Wir haben ein Problem im Ligasport und nicht im Sport in Hamburg.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Den Abgesang auf die Sportstadt Hamburg machen wir nicht mit, denn ich möchte Ihnen eines deutlich sagen und Ihnen auch vor allem die Bilanz der letzten Jahre noch einmal vor Augen führen. Herr Yildiz hat einen Punkt richtig benannt: Was heißt Sport für alle und was braucht der Sport? Er braucht gute Bedingungen. Dafür braucht es vor allem eine Sportinfrastruktur, Hallensportstätten, Plätze, Bewegungsräume, Grünflächen, Wasserflächen und Parks, die in einem guten Zustand sind. Was wir dafür in den letzten Jahren gemacht haben, ist einmalig, bemerkenswert und sucht seinesgleichen im gesamten Bundesgebiet.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Denn es waren wir, die zusammen mit dem Ehrenamt – das muss man deutlich sagen – die erste vollinklusive Halle bereitgestellt haben. Es waren wir, die den Towers und dem Rollstuhlbasketball eine Heimat in der ehemaligen Blumenhalle in Wilhelmsburg geschaffen haben.

(Beifall bei der SPD)

Es waren wir, die eine dreistellige Millionensumme für die Schulsporthallen, die Sanierung, Modernisierung und den Neubau bereitgestellt haben. Und es waren wir, die in allen sieben Bezirken weiter die Sportplätze saniert und neu gemacht haben.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei den GRÜNEN)

Es waren auch wir,

(Erster Vizepräsident Dietrich Wersich übernimmt den Vorsitz.)

die die Parksportidee, also den öffentlichen Raum als Sportstätte weiterzuentwickeln, umgesetzt haben. Wir haben in den letzten Haushaltsanträgen mit der IFB die Möglichkeit, zum Beispiel den Neubau beziehungsweise die Sanierung von Bootshäusern zu unterstützen. Wir haben die HT-16-Drucksache auf den Weg gebracht, wo es darum geht,

(Dennis Thering CDU: Großartig! Tolle Sportstätten!)

Stadtteilkultur, Sport und kulturelles Leben im Stadtteil zusammenzubringen. Und wir haben – das ist ein schöner Gruß an den HSB dort oben – mehr als 3,5 Millionen Euro für die vereins-eigenen Anlagen bereitgestellt.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei den GRÜNEN)

Der Sport ist und bleibt bei der SPD in guten Händen.

(Juliane Timmermann)

*(Dennis Thering CDU: Oh ja, das sieht man!
– Michael Kruse FDP: Der Senat handelt!)*

All das, was ich gerade aufgezählt habe, geht substanziell in den nächsten Jahren weiter. In diesem Bereich gibt und wird es keinerlei Kürzungen geben. Das, Herr Thering, macht deutlich, wie wenig Ahnung Sie von der Sportpolitik haben. Der Sport ist und bleibt eine Querschnittsaufgabe. Nicht allein der Sporthaushalt ist dafür zuständig.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei den GRÜNEN)

Traurig ist, wenn man sich etwa die HSV-Handballer anschaut, die auf Platz 5 waren, oder die Freezers, die knapp die Play-offs verpasst haben, dass wirtschaftliche, unternehmerische Entscheidungen zum Aus geführt haben – und nicht sportlicher Erfolg.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei den GRÜNEN)

Wahrscheinlich wird Ihr Nichtvermögen auch noch einmal deutlich, Herr Thering – ich arbeite mich gern an Ihnen ab –, wenn ich Ihnen die Namen Warriors, Huskies, Amazons, Stealers aufzähle – vielleicht werden Sie bei Klipper einsteigen. Wir haben in Hamburg die meisten Erst- und Zweitligamannschaften in ganz Deutschland. Das ist ein Erfolg dieser Sportpolitik.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei den GRÜNEN)

Lassen Sie mich auch etwas zu der aktuell gestern berichteten Situation bezüglich des Sportfördervertrags sagen.

(Dennis Thering CDU: Den haben Sie auch an die Wand gefahren!)

Der Sportfördervertrag und die Verhandlungen, die jetzt stattfinden, sind sicherlich nicht einfach; das ist mittlerweile deutlich geworden.

(Glocke)

Man muss aber vielleicht noch einmal abschließend sagen, dass das Niveau des Sportfördervertrags dort so fortgesetzt wird. Lassen Sie mich einen letzten Satz sagen, weil es eine immense Kraftanstrengung war. Wir haben bei all dem, was geflüchtete Menschen angeht, nicht eine Halle gesperrt,

(Carl-Edgar Jarchow FDP: Vorübergehend schon!)

und das macht deutlich, wie sehr wir den Sport schätzen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Dietrich Wersich: Als Nächster erhält jetzt das Wort Thomas Kreuzmann von der CDU-Fraktion.

Thomas Kreuzmann CDU:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Zunächst einmal bin ich erleichtert, dass der Sport- und Innensenator Grote doch erschienen ist. Er macht mir damit in gewisser Hinsicht Mut, weil ich denke, er könnte in die Fußstapfen von Senator Neumann treten, der nach meinem Dafürhalten der einzige Verfechter für den Sport

(Jan Quast SPD: Der Nation!)

und das einzige Rückgrat für den Sport innerhalb des Senats war. Ich wünsche mir, dass er dieses auch in Zukunft weiterleben wird.

Wenn ich aber – und das sei für mein Dafürhalten dazu gesagt – auf den Profisport blicke, müssen wir gänzlich unterscheiden zwischen dem Profisport, den Freezern und allen Vereinen, die uns in den letzten Monaten und Wochen mit Negativschlagzeilen überrumpelt haben, und dem Breiten- und Leistungssport. Wenn ich aber in andere Bundesländer oder Kommunalstädte schaue, gibt es – auch wenn der Senator sagt, es gebe oder dürfe keinen Staatssport geben – dennoch in der bundesrepublikanischen Landschaft Investments einzelner Städte, die den Profisport unterstützen. Sie nutzen die Chance ihrer öffentlichen Unternehmen, an denen sie zu 100 Prozent beteiligt sind. Düsseldorf zum Beispiel unterstützt Fortuna Düsseldorf, eine Profimannschaft, und nutzt dazu die Stadtsparkasse Düsseldorf

(Dirk Kienscherf SPD: Die haben wir leider nicht!)

und die Stadtwerke Düsseldorf. Wenn man denn will und es politisch will und sich dafür committet, gibt es Möglichkeiten, ohne sich auf das Europarecht zu berufen,

(Dirk Kienscherf SPD: Wollen Sie die Haspa verstaatlichen?)

für die Zukunft betrachtet die Dinge einmal kreativ anzugehen, und zwar nicht als dauerhafte Lösung, sondern hin und wieder zu versuchen, es als temporäre Lösung, als Übergangslösung, gegebenenfalls als Unterstützerlösung und Anschubfinanzierung in Betracht zu ziehen.

(Beifall bei der CDU)

Dass dieses Modell rechtmäßig funktionieren kann, zeigt Fortuna Düsseldorf. Das ist nur ein Beispiel.

Blicke ich jetzt aber auf die Schlagzeilen seit dem 29. November 2015, so müssen wir natürlich nicht nur die Innenansicht, sondern auch die Außenansicht berücksichtigen. Lars Haider hat das am 30. November 2015 sehr deutlich formuliert. Die Sportstadt Hamburg hat durch den negativen Ent-

(Thomas Kreuzmann)

scheid zum Olympia-Referendum einen immensen Schaden in der Außenansicht genommen. Weitere Schäden, die nicht unbedingt mit dem Profisport zu tun haben, gab es auch in der Vergangenheit. Kleinere Dinge sind in der Vergangenheit untergegangen, die aber zu den Top-Ten-Veranstaltungen und zur Sportstadt Hamburg gehören. Ich denke nur an den Marathon. Da war die Stadt nicht in der Lage, so viel Unterstützung zu leisten, dass den Sportlern ein HVV-Ticket mit dem Teilnahmeticket finanziert und ermöglicht wurde.

(Juliane Timmermann SPD: Die Diskussion war eine andere!)

Das ist eine Schande für die Sportstadt Hamburg, so etwas darf in Zukunft nicht mehr passieren.

(Beifall bei der CDU)

Da taucht nämlich letztendlich wieder die Außenansicht auf. Internationale Sportler kommen in die Sportstadt Hamburg und tragen diese Botschaft in die Welt hinein. Wir in unserem Mikrokosmos der Stadt Hamburg nehmen das natürlich anders wahr, reden es teilweise vonseiten des Senats schön und verblenden damit die Tatsachen der Außenansicht. Vielen Dank, Lars Haider, der im November 2015 versucht hat, uns da die Augen zu öffnen.

Die Auswirkungen des Spitzensports im Hinblick auf den Breitensport dürfen wir allerdings auch nicht unterschätzen. Dieser Breitensport leidet seit zehn Jahren an konstanten Zuwendungen durch die Stadt. Sowohl der Hamburger Fußballverband als auch der Hamburger Sportbund haben seit zehn Jahren keinen Investitionsausgleich und keinen Ausgleich im Bereich der erhöhten Energieabgaben erhalten.

Konstant und zusätzlich sollte der Leistungssport gefördert werden. Wie in aller Welt soll der Leistungssport finanzierbar sein, wenn mit den wenigen Mitteln nicht einmal hauptamtliche Verbandstrainer, Landestrainer oder Honorarkräfte finanziert werden können? Wie soll der Leistungssport dauerhaft an der Spitze gehalten werden können, wenn die Talente weder gesichtet noch gefördert werden können?

Deshalb fordere ich Sie auf, Herr Senator, – wir haben hier drei Debatten in der Aktuellen Stunde, wir hatten schon eine Aktuelle Stunde mit Senatsbeteiligung – bei diesem schwerwiegenden Thema nach vorn zu kommen, sich zu erklären und allen Abgeordneten die Möglichkeit einer zweiten Runde zu geben. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Erster Vizepräsident Dietrich Wersich: Vielen Dank. – Als Nächste hat Christiane Blömeke von der GRÜNEN Fraktion das Wort.

Christiane Blömeke GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Zwei Dinge fand ich, Herr Kreuzmann, in Ihrer Rede bemerkenswert. Das Erste: Sie haben gestern schon auf die Frage von Herrn Schalthoff bei "Schalthoff Live" keine Antwort gefunden, ob das die Meinung der CDU oder Ihre persönliche Meinung sei. Da haben Sie meiner Wahrnehmung nach sehr herumgedrückt. Auch heute gibt es keine klare Antwort auf die Frage, ob die CDU zum Beispiel die Haspa verstaatlichen will

(Dirk Kienscherf SPD: Ja, das wollen sie!)

oder ob sie öffentliche Unternehmen zum Sport hinzuziehen will.

(Thomas Kreuzmann CDU: Die kommt später!)

– Diesen Vorschlag nehme ich jetzt einmal als persönlichen Vorschlag.

Das zweite Bemerkenswerte ist für mich, dass Sie sagen, seit zehn Jahren liege Ihrer Wahrnehmung nach beim Breitensport etwas im Argen. Diesbezüglich möchte ich betonen, dass die CDU fünf Jahre davon an der Regierung war, und da hat die CDU vielleicht auch nicht genug dafür getan.

Ich will aber wie meine Kollegin Timmermann ein paar Worte zu den Freezers verlieren. Natürlich ist es so, dass heute ein trauriger Tag für den Eishockeyprofisport in Hamburg ist. Ich bin davon auch persönlich betroffen, denn ich bekenne mich als Freezers-Fan. Ich bin gern mit meiner Familie zu den Freezers gegangen. Ich bin genauso gern zum Handball gegangen. Ich verbinde mit diesen Sportarten sowohl Spitzensport als auch ein großes Vergnügen, dorthin zu gehen. Daher finde ich es wirklich sehr schade, dass es anscheinend keine Rettung mehr für die Freezers gab.

(Beifall bei den GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

Ich möchte an dieser Stelle all denjenigen meine Anerkennung aussprechen, die mit viel Engagement versucht haben, die Freezers zu retten. Aber – und das will ich betonen – es ist eine unternehmerische Entscheidung der Anschutz-Gruppe gewesen. Auch wenn ich bis heute nicht nachvollziehen kann, warum diese Entscheidung so kurzfristig kam, dass sie keinen Spielraum zum Handeln ließ, müssen wir sagen, es ging hierbei nicht um eine politische Entscheidung, sondern um die Entscheidung eines Unternehmens.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Wir werden kein Profieishockey mehr in Hamburg haben, aber daraus abzuleiten, dass der Breitensport sich jetzt auf einem Abstiegskurs befindet oder in die Knie gegangen ist und dass die Sportstadt Hamburg langsam stirbt, ist Unfug und aus

(Christiane Blömeke)

meiner Sicht nichts anderes als Oppositionsgetöse.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD –
Dirk Kienscherf SPD: Richtig!)

Die Sportstadt Hamburg lebt. Davon kann sich jeder überzeugen, der mit wachen Augen durch Hamburg geht. Menschen in Hamburg treiben begeistert Sport. Wir brauchen nur in den Park, an die Alster oder in die Vereine zu gehen. Überall treiben die Hamburgerinnen und Hamburger Sport, und das ist gut so.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Wir konnten uns in der letzten Sitzung des Sportausschusses, in der acht Sportexperten anwesend waren, die über die Integration von Flüchtlingen im Sport berichteten, davon überzeugen. Ich kann Ihnen und all denjenigen, die dabei waren, sagen, dass die Leidenschaft und die Lebendigkeit, mit der im Ausschuss berichtet wurde, ebenso beeindruckend und überzeugend waren wie die Erfolge, die durch dieses Projekt erzielt werden. Genau deshalb, verehrte Kolleginnen und Kollegen der Opposition, äußert sich schon jetzt der Senat dahin gehend, dass dieses Projekt auf jeden Fall weiter finanziert wird. Es ist angedacht, dort noch mehr zu investieren, weil es ein gutes Projekt ist. Ich glaube, wir sind mit dem Sport auf dem richtigen Weg.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Ich möchte aber auch noch einmal sagen, dass der Breitensport eine zentrale Rolle in dieser Stadt einnimmt. Das spiegelt sich in den Finanzen wider. Herr Yildiz, wenn Sie aus Ihrer Anfrage zitieren, dann sollten Sie die Anfrage ganz zitieren. Genau in Ihrer Anfrage finden Sie die Antworten darauf, dass in den letzten fünf Jahren über 200 Millionen Euro für die Sanierung von Sporthallen und Sportstätten ausgegeben wurden. Es sind zwei vollinklusive Sporthallen in Hamburg entstanden und bis 2020 wird in jedem Bezirk eine absolut barrierefreie Sporthalle stehen.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Vereinseigene Anlagen wurden mit 9,5 Millionen Euro gefördert und Hamburg wird eine neue Handball-Judo-Halle am Olympiastützpunkt erhalten. In Hamm wird mit dem Neubau HT 16 ein Sportstadteilzentrum entstehen, das seinesgleichen suchen wird.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD –
Dirk Kienscherf SPD: Richtig!)

Der Parksport wird weiter ausgebaut, und durch die Sanierung von maroden Schwimmbädern wie in Ohlsdorf und Rahlstedt wird das attraktive Schwimmangebot in Hamburg ergänzt. Bei aller Liebe zur Kritik, die ich auch gern einmal anbringe:

Von der sterbenden Sportstadt Hamburg zu reden, ist absolut nicht passend.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Dass die Verhandlungen mit dem HSB ins Stocken geraten sind, finde ich nicht ungewöhnlich. Das geschieht, wenn Verhandlungspartner hart miteinander ringen. Wir sind noch nicht am Ende, sondern mitten in den Verhandlungen. Wir sind auch noch nicht dabei, unseren Haushalt insgesamt aufzustellen. Ich bin davon überzeugt, dass da noch mehr Bewegung sein wird, denn es ist richtig, dass der Sport auf seine Bedeutung aufmerksam macht.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Erster Vizepräsident Dietrich Wersich: Als Nächster erhält das Wort Daniel Oetzel von der FDP-Fraktion.

Daniel Oetzel FDP:* Sehr geehrter Präsident, meine Damen und Herren! Vor vier Jahren hat sich die Stadt mit der Dekadenstrategie Sport in einem einmaligen Zusammenschluss aller Sportakteure auf den Weg gemacht, Hamburg zu einer Metropole des Sports zu machen, und zwar nicht zum Selbstzweck, denn Sport liefert einen unschätzbaren Beitrag zu Integration und Gesundheit. Er bedeutet Impulse für Wirtschaft und Tourismus, und nicht zuletzt begeistert der Sport Hunderttausende Menschen in unserer Stadt. Sanierte Sportanlagen, moderne Trainingsstätten, Vorreiter im Spitzen- und Breitensport, regelmäßig große Sportevents von Weltrang, Olympia in unserer Stadt – aus diesem Traum droht heute leider ein böses Erwachen.

(*Wolfgang Rose SPD: Oh Gott!*)

Die Ursachen dafür liegen nicht bei irgendwelchen Investoren aus dem Ausland, die Erstligasport in Hamburg nicht mehr fördern wollen. Sie liegen auch nicht beim Ausgang des Olympia-Referendums. Das sind Symptome, nicht aber die Ursachen dieser Probleme. Die Ursachen liegen allein in der Verantwortung des Senats. Das möchte ich Ihnen an einigen Beispielen verdeutlichen.

Erstens, Beispiel Leistungssport: Wir bekommen es in Hamburg nicht hin, ein Landesleistungszentrum für Handball und Judo zu bauen, dessen Planungen bereits seit 2008,

(*Dennis Thering CDU: Genau, das ist das Thema!*)

also seit acht Jahren, abgeschlossen sind. Im Gegenteil. Auf meine letzte Schriftliche Kleine Anfrage zu diesem Thema heißt es vom Senat:

"Es wurde vereinbart, eine intensive Kostenprüfung vorzunehmen. Der bisherige Zeitplan zur Umsetzung wird ausgesetzt."

(Daniel Oetzel)

Das sind doch keine Bedingungen, unter denen Leistungssportler in Hamburg arbeiten können, geschweige denn wollen.

(Beifall bei der FDP)

Beispiel Breitensport: Wir bekommen es in Hamburg nicht hin, eine Richtlinie zum Sportflächenbestand umzusetzen, die Anfang 2012 in der Dekadenstrategie von allen Beteiligten befürwortet wurde. Laut Senatsantwort auf meine Anfrage hat das letzte Gespräch zu diesem Thema im Mai 2014 stattgefunden.

Noch einmal zum Breitensport: Die Sanierungsoffensive für Sportstätten, die dringend benötigt wird, um die ehrgeizigen Ziele in diesem Bereich zu erfüllen, läuft aus. Vor zwei Wochen wurde der FDP-Antrag abgelehnt, Senator Grote dabei zu unterstützen, diese Forderungen im Senat durchzusetzen. Er wurde mit der Begründung abgelehnt, der Senator mache das schon. Dass das eine eklatante Fehleinschätzung der SPD war, sehen wir am grandiosen Scheitern der Verhandlungen zum Sportfördervertrag,

(Dennis Thering CDU: Ganz genau! Traurig!)

bei dem unter anderem keine Einigung in dieser Frage erzielt werden konnte.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der CDU)

Senator Grote hat auf dem Sportkongress vor einigen Wochen gesagt, es solle nicht nur viel Geld für den Sport bleiben, es solle sogar noch etwas obendrauf kommen. Welche Perspektive hat denn der Breitensport in Hamburg noch, wenn die Versprechen des Sportsenators in diesem Bereich mittlerweile eine Halbwertszeit von gerade einmal drei Wochen haben? Gar keine.

Frau Timmermann, wie können Sie in dieser Lage sagen, dass der Sport bei Ihnen in guten Händen sei? Das möchte ich von Ihnen wirklich gern einmal wissen.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der CDU)

Beispiel Ehrenamt: Im Hamburger Sport ist 2016 das Themenjahr "Sportliches Ehrenamt". Wenn Sie das nicht wussten, außer vielleicht die Sportpolitiker, würde es mich nicht überraschen. Meines Wissens hat der Senat nämlich in diesem Bereich – wir sind im Mai – nicht eine einzige Maßnahme auf den Weg gebracht. Auf der Internetseite des Sportamts werden die Hamburger stattdessen im obersten Artikel dazu aufgefordert, Ideen zum Themenjahr "Hamburg trainiert" zu liefern. Das war das Motto letztes Jahr. Vom aktuellen Themenjahr gibt es auf der Seite noch nicht einmal eine Notiz. Da wird kollektiv geschlafen beziehungsweise ge-

handelt, wie das euphemistische Synonym der Sozialdemokraten dafür lautet.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Alle diese Entwicklungen führen dazu, dass die Dekadenstrategie das Papier, auf dem sie einmal gedruckt wurde, nicht mehr wert ist. Man sieht es auch am Vierten Sportbericht: ein rein bürokratisches Abstottern des Gewesenen, kein Wort über einen Ausblick für die Zukunft, kein Wort über Probleme und deren Lösungsversuche.

Die Sportstadt Hamburg steht vor dem Aus, aber nicht, weil wir die Cycloclassics verlieren oder Olympia nicht bekommen. Die Sportstadt Hamburg steht vor dem Aus, weil der Senat die Dekadenstrategie abgeschrieben hat; das ist die traurige Ursache des Problems.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der CDU)

Erster Vizepräsident Dietrich Wersich: Dann hat jetzt das Wort Herr Dr. Wolf von der AfD-Fraktion.

Dr. Alexander Wolf AfD:* Sehr geehrtes Präsidium, liebe Kollegen, insbesondere Herr Senator Grote! Der Senat hat recht, wenn er sagt, man wolle in Hamburg keinen Staatssport. Sie und der Senat sind nicht für jedes konkrete Verhalten eines Investors und auch nicht für die jeweilige Mannschaftsaufstellung verantwortlich. Der Staat soll sich aus Dingen heraushalten, von denen er zu wenig versteht, aus Dingen, die die Bürger und die Unternehmer besser können. So weit, so richtig.

Was Politik aber leisten muss, was geradezu genau in ihr Auftrag ist, ist, die Rahmenbedingungen so zu setzen, dass das Gemeinwesen gedeiht. Das haben Sie und der Bürgermeister nicht getan, jedenfalls nicht ausreichend, wie die Ergebnisse zeigen. Sport in seinen unterschiedlichen Funktionen ist ein wesentlicher Faktor für die Gemeinschaft in der Stadt. Ihre Bilanz in Sachen Sport ist leider mehr als dürftig. Sie – und damit spreche ich nicht nur Sie persönlich an, Herr Grote, Sie sind erst seit relativ kurzer Zeit im Amt, ich spreche die gesamte Senatsbank und insbesondere auch den Ersten Bürgermeister an – haben es versäumt, den Bürgern eine valide Grundlage zu den Olympischen Spielen in Hamburg zu liefern. Ich kann Ihnen versichern, dass wir von der AfD unsere Wähler gern zu einem Ja aufgerufen hätten.

(Anna-Elisabeth von Treuenfels-Frowein FDP: Zumindest ein Teil der Fraktion!)

Ich will dabei gar nicht aufrollen, was wir hierfür an Vorschlägen unterbreitet haben, auf die Sie alleamt nicht eingingen. Am Ende haben Sie hier im Hause unsere Zustimmung und damit – Sie erinnern sich an das denkbar knappe Ergebnis – die Mehrheit in dieser Stadt mit den bekannten Folgen

(Dr. Alexander Wolf)

für den Spitzen- wie für den Breitensport verspielt. Das geht auf Ihr Konto.

Nach Ihrer Niederlage vor den Hamburger Wählern haben Sie den ehrenwerten, aber amtsmüden Senator Neumann in einer Art Schockstarre im Amt gelassen. Sie hatten Ihre einzige mittelfristige Vision für die Stadt verloren und das Zuwarten auf den innerparteilichen Machtproporz in Ihrer SPD. Nun haben wir mit Herrn Grote sicherlich einen nicht nur Herrn Kahrs sympathischen Mann an der Spitze der Innenbehörde. Aber von Fortune und echter Kärnerarbeit ist auch bei ihm nicht viel zu sehen.

(Arno Münster SPD: Mehr Bullshit kann man ja gar nicht erzählen!)

Was es bei Ihnen überhaupt nicht mehr zu geben scheint, ist die Übernahme politischer Verantwortung, nicht im Justizressort, nicht im Bezirksamt Hamburg-Mitte. Wo ist der politische Gestaltungswille?

Man liest davon, dass Herr Grote gestern einmal bei AEG, Anschutz Entertainment, angerufen und sich nach den Freezers erkundigt hat – toll, bei einem Klub, der seit fast fünf Jahren zum Verkauf steht. Auf HSV-Handball und Cyclastics gehe ich an dieser Stelle aus Zeitgründen nicht ein.

Was macht eigentlich der Sportstaatsrat? Die Stelle wurde extra für die Bewerbung um die Olympischen Spiele geschaffen.

(Thomas Kreuzmann CDU: Das stimmt nicht!)

Die Spiele gibt es nun aber nicht. Daher noch einmal: Was macht der Sportstaatsrat, außer die Verhandlungen mit dem Amateursport womöglich in den Sand zu setzen? Welche Konsequenzen hat der Senat an der Stelle aus dem Scheitern der Olympia-Bewerbung gezogen? Wir sind sehr gespannt auf die Antwort, die der Senat auf eine vor wenigen Tagen von Herrn Kollegen Trepoll eingereichte Schriftliche Kleine Anfrage geben wird. Das wird sicher auch in diesem Hause erneut thematisiert werden. Bei der Sportbehörde scheinen Aufwand und Ertrag, Anspruch und Realität so weit auseinanderzuklaffen wie selten sonst.

Abschließend zur Amateursportvereinbarung: Dass Ihnen zur Finanzierung des Amateursports in Hamburg nur einfällt, auf Wunsch der Sportverbände und der Vereine hin mehr Geld zur Verfügung zu stellen und 150 000 Euro für die Flüchtlinge zusätzlich auszugeben, ist schon ein starkes Stück. Geld für Flüchtlinge und Integration an der Stelle ist durchaus ehrenwert, aber sind Ihnen die hier ansässigen Hamburger, Deutschen und integrierter Migranten nicht auch etwas wert?

(Beifall bei der AfD)

Die Sportstadt Hamburg erodiert dramatisch und mit ihr das Ansehen der Stadt, des Senats und Ih-

rer Person, Herr Senator. Ihr Leitmotiv vom guten Regieren – das geht an den Bürgermeister – klingt inzwischen in den Ohren der Mehrheit der Hamburger wie ein zynischer Witz. In der vorletzten Sitzung konnte nur noch die rot-grüne Nibelungentreue Ihren Senator Steffen retten. Gutes Regieren oder schlicht Anstand, Ehrgefühl und Sinn für politische Verantwortung hätten Sie zu seiner Entlassung zwingen müssen.

Letzter Satz: Nun ist der nächste Senator überfordert. Machen Sie den Sport in Hamburg endlich zu Ihrer Chefsache. Fangen Sie endlich an, gut zu regieren. – Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Erster Vizepräsident Dietrich Wersich: Jetzt hat sich Senator Andy Grote zu Wort gemeldet. Er erhält es, und danach erhalten alle Fraktionen gemäß der Geschäftsordnung die Möglichkeit, noch einmal zu antworten. – Herr Grote bitte.

Senator Andy Grote:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Kein Zweifel, der Hamburger Sport muss aktuell eine ganze Reihe von Tiefschlägen verkraften: das Aus für die Olympia-Bewerbung, das Aus für den HSV-Handball und den VT Aurubis und heute Nacht das Aus für die Hamburger Freezers.

(Birgit Stöver CDU: Cyclastics!)

Handball, Aurubis, Freezers – so unterschiedlich die Einzelfälle auch gelagert sein mögen, eines haben sie alle drei gemeinsam: Es geht jeweils um sportlich erfolgreiche Hamburger Bundesligateams, die den Spielbetrieb aus Gründen, die wirtschaftlich bedingt sind und mit dem Sport nichts zu tun haben, einstellen müssen. Das ist bitter. Große Teile der Stadt – gerade im Fall der Freezers ist das sehr deutlich geworden – leiden mit den Teams und den Fans, und ich denke, vielen von uns geht es dabei nicht anders.

Aber in schwierigen Momenten zeigt sich in besonderer Weise die Charakterstärke. Wer in den letzten Tagen den Kampf der Freezers, die emotionale Verbundenheit der Fans mit dem Team, die beeindruckenden Einsätze von Kapitän Christoph Schubert und die Unterstützung von Moritz Fürste und vielen anderen erlebt hat, weiß auch, welche große positive Kraft in dieser Sportstadt Hamburg steckt.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Wenn Sponsoren aus betriebswirtschaftlichen Überlegungen trotz guter sportlicher Entwicklung die wirtschaftliche Unterstützung für Profiteams einstellen, hat das mit den Rahmenbedingungen und der breit aufgestellten Sportstadt Hamburg wenig zu tun. Dies sind Unternehmensentscheidungen, auf die der Senat keinen Einfluss nimmt und auch nicht nehmen sollte.

(Senator Andy Grote)

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Auch nicht im Fall der Freezers. Das hat Tom Miserendino, der CEO von Anschutz Entertainment Europe, mir in einem längeren Telefonat gestern Nachmittag gesagt, in dem es darum ging, nach Möglichkeiten im letzten Moment zu suchen – die Frist war knapp genug –, wie man möglicherweise doch noch etwas erreichen könne. Angesichts des großen Engagements der Stadt hat er mir in dem Gespräch ausdrücklich versichert, es habe sich in keiner Weise um eine Entscheidung gehandelt, bei der es darum ging, dass die Rahmenbedingungen, der Einsatz der Stadt, der Mannschaft, der Fangemeinde, der ganzen Community, einen Anlass dazu geboten hätten, sondern es schlicht die wirtschaftliche Entscheidung war, dass es bei einem operativen Verlust von 50 Millionen Euro innerhalb von 14 Jahren bei Anschutz USA die Bereitschaft nicht mehr gab, das Engagement fortzusetzen. Innerhalb der wenigen Tage, die nach der Ankündigung blieben, habe sich keine Möglichkeit mehr gefunden, einen anderen Weg zu suchen.

Ich hätte dann gern auch einmal die Antwort darauf, welches staatliche Unternehmen denn bitte innerhalb von vier Tagen hätte einspringen sollen, um die 4 bis 5 Millionen Euro für die nächste Saison als Deckungslücke aufzubringen. Ich glaube nicht, dass das eine ernsthafte Option gewesen ist.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Aber wir spüren bei diesen Entscheidungen natürlich schon, dass wir ein grundsätzliches Problem bei der Finanzierung der Profiteams haben. Das hat einmal mit der Dominanz des Fußballs im Mannschaftssport zu tun. Alle Profiteams, nicht nur in Hamburg, sondern in ganz Deutschland, haben es sehr schwer, eine ausreichende Finanzierungsbasis zu finden. Wir sehen auch die großen Risiken, die damit verbunden sind, wenn Teams von einem einzigen Investor oder Eigentümer abhängig sind, der dann auch allein entscheidet, diese Unterstützung nicht fortzusetzen.

Es gibt allerdings, und darauf sollte man an der Stelle hinweisen, durchaus auch ein paar positive Beispiele, wie sich Teams auf den Weg gemacht haben, um eine andere Entwicklung zu vollziehen. Das betrifft bereits auch die aktuelle Entwicklung im Hamburger Handball. Der angepeilte und sehr zielstrebig und mit einem guten Konzept angestrebte sportliche Wiederaufstieg soll dieses Mal auf einer soliden Basis mit einem soliden Betriebskonzept Stufe für Stufe vollzogen werden. Hier sind die notwendigen Lehren aus der Vergangenheit und der Abhängigkeit von einem Geldgeber gezogen worden. Wir unterstützen das ausdrücklich.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Ein weiteres gutes Beispiel ist die Entwicklung im Basketball bei den Hamburg Towers. Hier ist auf

der Grundlage einer durch die Stadt bereitgestellten Sporthalleninfrastruktur eine überaus vielversprechende sportliche Entwicklung gestartet worden. Auch hier wird auf der Basis eines breiten Fundaments, einer guten Verankerung im Stadtteil und mit einer breit gefächerten wirtschaftlichen Unterstützung ein Weg gegangen, von dem man erwarten kann, dass er noch weitere Erfolge mit sich bringt, und dies mit der ausdrücklichen und sehr aktiven Unterstützung des Senats.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Auch für die anderen Profiteams gilt: Auch wenn wir sie natürlich nicht mit einer staatlichen Subvention wie im Breitensport unterstützen können, um Sponsoring-Ausfälle abzudecken, stehen wir im Hinblick auf Trainingsstätten, im Hinblick auf die Förderung der Nachwuchsabteilungen, im Hinblick auf die Vermittlung von Partnern und in jeder anderen Art und Weise mit Rat und Tat zur Seite. Das werden wir natürlich auch weiterhin fortsetzen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Blickt man auf die Sportstadt Hamburg insgesamt – und die Profiteams sind ein nicht unbedeutender, aber eben nur ein Ausschnitt dieser Sportstadt –, dann liegt die Stärke des Sports bei uns in der Vielfalt, in der Breite und in der Verankerung überall in den Stadtteilen, in den Sportvereinen. Der Sport ist längst im Lebensgefühl, in der Identität der Stadt fest verankert, stärker noch als vor einigen Jahren. Die Bedeutung des Sports für den gesellschaftlichen Zusammenhalt, für Integration, Inklusion, Teilhabe, Toleranz und für die Identifikation mit gemeinsamen Werten war noch nie so groß wie jetzt, und sie nimmt noch zu. Deshalb behält der Sport selbstverständlich den hohen Stellenwert, den er erreicht hat, auch weiterhin in der Politik des Senats.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Die Grundlage, auf der wir gemeinsam mit unseren Partnern im Sport in den vergangenen Jahren die Sportstadt Hamburg erfolgreich entwickelt haben, bleibt die Dekadenstrategie. Sie ist das zentrale sportpolitische Fundament, unser Kompass. Wir haben keinen Grund, diesen Kurs infrage zu stellen. Alle Zielsetzungen, von der Sportinfrastruktur über die Vereinsförderung bis zum Spitzensport, behalten ihre Gültigkeit. Klare Aussage: Die Dekadenstrategie wird fortgeführt.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei den GRÜNEN)

Das bedeutet natürlich, dass wir den Ausbau der Sportstätteninfrastruktur entschlossen fortsetzen. Das ist die Basis für jeden Sport, der in der Stadt getrieben wird. Herr Yildiz, wenn Sie sich die Antwort auf Ihre Anfrage, für die ich Ihnen sehr dankbar bin, einmal genauer anschauen, dann können Sie dort nachlesen, dass wir von 2011 bis 2015

(Senator Andy Grote)

200 Millionen Euro in die Schulsportanlagen, in die bezirklichen Sportanlagen und in die vereinseigenen Sporthallen und Sportstätten investiert haben, davon allein 140 Millionen Euro in die Schulsportanlagen. Wir werden bis 2020 weitere 130 Millionen Euro in die Schulsportanlagen investieren.

(Heike Sudmann DIE LINKE: Wo ist der Sanierungsfonds?)

Dort werden dann auch die sechs noch fehlenden barrierefreien Hallen selbstverständlich enthalten sein. Auch die bezirklichen und die vereinseigenen Sportstätten werden in den Investitionen auf dem vergleichbaren Niveau in der Förderung fortgesetzt.

Es ist schon darauf hingewiesen worden, dass es zusätzlich eine ganze Reihe bedeutender Einzelprojekte gibt. Ich nenne nur noch einmal das Sportzentrum HT16 und die Handball-Judo-Halle. Dazu vielleicht einmal der aktuelle Sachstand: Wir haben jetzt einen Zuwendungsantrag von Bäderland Hamburg vorliegen, der eine gute Grundlage ist, dieses Projekt auch tatsächlich umzusetzen. Diesen Antrag werden wir zügig bearbeiten – das Geld dafür liegt schon seit Längerem bereit –, und dann werden diese beiden großen Infrastrukturprojekte für den Sport in Hamburg in die Umsetzung gehen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Die beiden letztgenannten sind millionenschwere Projekte, die in der Substanz Erhebliches bewegen werden. Und wir erarbeiten, auch das ist schon in der Stadt bekannt geworden, einen Masterplan Active City. Wir wollen zusehen, was sich von der olympischen Sportstättenplanung im Hinblick auf eine noch bessere Unterstützung der Dekadenstrategie künftig fortsetzen lässt. Das bedeutet, dass wir trotz der schwierigen Voraussetzungen ohne Olympia versuchen wollen, eine Reihe von Projekten mit einer konkreten Umsetzungsperspektive zu versehen, um noch ein Stück mehr zu machen als in der Vergangenheit. Das ist insgesamt ein sehr ambitioniertes Programm, und ich kenne keine Stadt in Deutschland, die sich ein ähnlich ambitioniertes Programm vorgenommen hat.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Selbstverständlich gehört zur Sportstadt Hamburg auch eine verlässliche und stabile Förderung des Vereinssports. Vereine sind Rückgrat und Basis unserer Sportlandschaft, und deswegen verdienen sie angemessene Unterstützung. Wir wollen deshalb mit dem neuen Sportfördervertrag wiederum eine auf zwei Jahre angelegte verlässliche, abgesicherte, im Haushalt verankerte Grundlage für die Sportförderung schaffen.

Wenn dann die Frage gestellt wird, weshalb das im letzten Sportfördervertrag im Lichte von Olympia bereits erreichte, sehr respektable Niveau der

Sportförderung – es hat sich in den letzten Jahren kontinuierlich erhöht – jetzt nicht mehr auskömmlich ist, dann hat das natürlich etwas mit dem erhöhten Aufwand zu tun. Es ist mit dem erhöhten Aufwand, der im Bereich Integration der Flüchtlinge und der Bereitstellung angemessener Sportangebote für die Flüchtlinge entstanden ist, begründet worden. Deswegen haben wir als Sportbehörde hierzu in den Verhandlungen am Montag ein konkretes Angebot vorgelegt, das eine Erhöhung im sechsstelligen Bereich für die Förderung Integration und Inklusionssport vorsieht. Das bedeutet mehr als eine Verdopplung des jetzigen Betrags, der dort eingestellt ist. Wir haben in den Verhandlungen allerdings auch darauf hingewiesen, dass es uns wichtig ist, dass von den öffentlichen Mitteln, die bereitgestellt werden, wirklich auch möglichst viel Geld direkt bei den Vereinen ankommt, dass nur so viel wie unbedingt nötig in den Verbandsstrukturen hängen bleibt. Wir denken schon, dass bei der Reduzierung der Sportbürokratie auf das notwendige Maß auch der organisierte Sport selbst in der Pflicht ist und sich auch hier noch Spielräume für wichtige Förderzwecke erreichen lassen.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei den GRÜNEN)

Darüber wollen wir weiterhin im Austausch bleiben. Die Kommunikation des Hamburger Sportbunds an dieser Stelle empfinde ich etwas eigentümlich. Von einem Abbruch oder gar einem Scheitern der Gespräche war am Montag nicht die Rede. Es ist ein neuer Termin zu Anfang Juni verabredet worden. Ich gehe davon aus, dass die Verhandlungen konstruktiv fortgesetzt werden, denn das Ziel ist ganz klar, das herausragende Engagement der Vereine bei der Integration der Flüchtlinge in unserer Stadt angemessen zu unterstützen, und hierzu wollen wir die notwendigen Verabredungen im Sportfördervertrag treffen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN – Dennis Thering CDU: Ist das hier eine Regierungserklärung?)

Ein Wort noch zu den Großveranstaltungen, die zum Thema Leistungssport/Spitzensport angesprochen wurden. Das gehört weiterhin zum Verständnis einer Sportstadt dazu. Wir haben einen beachtlichen Bestand an diesen Veranstaltungen. Wir sind in wenigen Wochen Gastgeber für die Weltelite des Beachvolleyballs. Wir sind Ausrichtungsstandort für den größten Triathlon der Welt. Wir haben mit Cycloclassics, Marathon, dem Derby in Flottbek, Tennis Rothenbaum

(Dennis Thering CDU: Wie lange noch?)

und zahlreichen anderen Veranstaltungen ein Angebot und ein Gesamtprogramm über die Sommermonate an Sportveranstaltungen im öffentlichen Raum in der Stadt, über das keine andere Stadt

(Senator Andy Grote)

verfügt. Das ist ein Alleinstellungsmerkmal, und das werden wir auch erhalten.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Weitere Veranstaltungen sowohl in den Top-Ten-Formaten, Stichwort Ironman, oder auch in den internationalen Wettkämpfen – Box-WM, Handball-WM der Frauen, Rollstuhlbasketball-WM und so weiter – sollen und werden dazukommen.

Ich könnte jetzt auch noch etwas zum TEAM HAMBURG sagen. Es gibt eine gute Chance, dass wir so viele – und auch so viele erfolgversprechende – Athleten wie noch nie aus Hamburg nach Rio de Janeiro schicken werden. Ich könnte noch mehr zu den Leitideen von Active City für eine Idee von Sport für alle überall in der Stadt ausführen. Ich denke aber, es ist ausreichend deutlich geworden: Hamburgs Kraft als Sportstadt ist unabhängig von Rückschlägen ungebrochen. Wir haben alle allen Anlass, den Weg der vergangenen Jahre konsequent und selbstbewusst fortzusetzen.

(*Dennis Thering CDU*: Peinliche Nummer! – *Birgit Stöver CDU*: Je länger das dauert, umso peinlicher wird das!)

Der Senat ist fest entschlossen, das zusammen mit den Partnern im Sport zu tun, und je breiter die Unterstützung auch in diesem Hause ist, desto besser. – Vielen Dank.

(Lang anhaltender Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Dietrich Wersich: Trotz der überwallenden Begeisterung auf den Regierungsbänken, Herr Senator: Sie erinnern sich sicherlich noch an Ihre Zeit als Abgeordneter. Sie haben heute mehr als das Dreifache der Redezeit, die einem Abgeordneten in der Aktuellen Stunde zur Verfügung steht, genutzt. Bitte verstehen Sie, dass viele Kollegen im Hause das nicht angemessen finden.

(Beifall bei der CDU und der AfD)

Wie angekündigt haben alle Fraktionen noch einmal die Möglichkeit zu antworten.

Herr Yildiz von der Fraktion DIE LINKE, Sie haben sich gemeldet und haben das Wort.

Mehmet Yildiz DIE LINKE:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich wundere mich darüber, dass der Senator 95 Prozent seiner Rede dem Spitzensport widmet

(*Sören Schumacher SPD*: Jedes Wort war es wert!)

und die Gespräche mit dem Hamburger Sportbund in nur zwei Sätzen abfrühstückt. Mich wundert es, dass kein konkretes Signal an den Hamburger

Sportbund dahin gehend gerichtet wird, dass man wieder Gespräche führen kann.

(*Dr. Monika Schaal SPD*: Haben Sie nicht zugehört? Sie haben es wahrscheinlich nicht verstanden! – *Dirk Kienscherf SPD*: Er hat doch langsam genug geredet!)

– Hören Sie einmal zu, statt dazwischenzuquatschen.

(Glocke)

Erster Vizepräsident Dietrich Wersich (unterbrechend): Das Wort hat Herr Yildiz. – Bitte.

Mehmet Yildiz DIE LINKE (fortfahrend):* Danke schön. – Anstatt nach den gescheiterten Gespräche eine Tür dafür zu öffnen, dass man wieder ins Gespräch kommt und an den Verhandlungstisch zurückkehrt, wird das Thema mit dem gleichen Angebot – 150 000 Euro für die Flüchtlingsarbeit – abgefrühstückt. Ich bedauere das. Ich hatte gehofft, dass Senator Grote ein konkretes Signal sendet, dass man wieder darüber redet. Das ist schade.

Bezogen auf unsere Anfrage haben Sie gesagt, es gebe im Bereich der Schulsporthallen eine Sanierungsoffensive. Das ist richtig. Aber Sie wissen, dass es seit Jahrzehnten einen Sanierungsstau in Höhe von 300 bis 500 Millionen Euro gibt. Außerdem ist das ein Beschluss von 2011. Es gibt jetzt kein Extra-Geld dafür, sondern das Geld, das Sie 2011 beschlossen haben, ist vorhanden. Da in den Schulsporthallen die Decken heruntergefallen sind, Fenster kaputt und die Hallen dermaßen marode waren, musste eine Sanierungsoffensive beschlossen werden, denn auch unter Schwarz-Grün und auch unter der CDU-Regierung wurde nichts getan. Das ist es, nicht mehr und nicht weniger.

Ich möchte auf einige Punkte eingehen, die Frau Timmermann angesprochen hat. Stichwort barrierefreie Sporthalle Alsterdorf: Geben Sie bitte einmal die Zahlen heraus; 90 Prozent kamen von Sponsoren, etwa 10 Prozent aus dem Hamburger Haushalt. Und Sie vermarkten das, als ob es ein eigenes Produkt wäre, das der Senat finanziert hätte. Die öffentliche Hand hat das teilweise finanziert.

Zweites Beispiel, HT16: Ein städtisches Grundstück wird einem Investor überlassen. Der Investor finanziert die Anlage, weil HT16 das selbst nicht finanzieren kann. Anstatt dass die Stadt das selbst finanziert und städtische Grundstücke nicht verscherbelt ...

(*Dirk Kienscherf SPD*: Ach, Sie waren doch gar nicht dabei! Das ist ein Projekt im Stadtteil, das unglaublich beliebt ist! Da kommen sehr viele hin!)

(Mehmet Yildiz)

– Hören Sie doch einmal zu, statt ständig dazwischenzuquatschen. Lernen Sie einmal zuzuhören.

Das ist ein Trick der Privatisierung von städtischen Grundstücken, nicht mehr und nicht weniger.

(Beifall bei der LINKEN)

Sie selbst konstatieren in der Anfrage, dass die Sporthallen und Sportstätten bis zu 100 Prozent belegt sind. Das ist doch ein Zeichen, dass wir noch mehr Sportanlagen in Hamburg brauchen, dass wir noch mehr in die Sanierung investieren müssen. Die Vereine haben nicht das Geld, um ihre vereinseigenen Anlagen zu sanieren. Sie fordern mehr Geld. Und was sagt der rot-grüne Senat? Er sagt, es tue ihm leid, er habe das Geld dafür leider nicht. Da frage ich mich, wie sich das dann die Vereine leisten sollen, die Sport nicht im Sinne von Profit betreiben, sondern so, dass alle Menschen in dieser Stadt davon profitieren.

(Beifall bei der LINKEN)

Natürlich ist es bedauerlich, dass es bei den Freezern heute zu keinem Ergebnis kam und sie aufgelöst werden müssen. Natürlich ist das auch bedauerlich für die Fans. Aber man muss eines deutlich sagen: Beim Profisport geht es den Investoren um Profite. Es geht nicht um den Menschen, es geht nicht um den Zuschauer, es geht nicht um sportliche Interessen.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Und du hättest das jetzt verstaatlicht?)

– Nein. Ich will nicht sagen, dass man das verstaatlichen sollte, sondern damit müssen wir rechnen. Und da kann der Steuerzahler kein Geld dazugeben, weil es in dem Bereich nicht um Sport, sondern um Profitinteressen geht.

(Beifall bei der LINKEN)

Das dürfen wir nicht zusätzlich mit unseren Steuergeldern finanzieren, sondern diese Gelder gehören in den Bereich des Breitensports, des Schul- und des Freizeitsports. – Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Erster Vizepräsident Dietrich Wersich: Als Nächste liegt die Wortmeldung von André Trepoll von der CDU-Fraktion vor.

André Trepoll CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es gibt einen wichtigen Indikator dafür, wie gut oder schlecht es um die Politik eines Senators bestellt ist: Je schlechter die Politik ist, desto länger ist der Applaus bei den Regierungsfractionen.

(Beifall bei der CDU, der FDP und bei Dr. Joachim Körner AfD)

Da, Herr Grote, mache ich mir schon Sorgen; der Applaus war noch länger als bei Dr. Steffen. Ihr lei-

denschaftlicher Vortrag für die Sportpolitik war schon bemerkenswert. Da habe ich auf manch einer Trauerfeier schon eine dynamischere Rede gehört.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Wenn ich mir das anschau: "Die Sportstadt Hamburg ist tot" – NDR. "Tschüss, Sportstadt Hamburg" – "Hamburger Morgenpost". Das sind doch nicht die Schlagworte, die wir Ihnen vorwerfen, sondern das ist das Empfinden in der Stadt. Und deshalb ist es richtig, wenn wir jetzt darüber sprechen. Wir haben eben kein Olympia mehr, keine HSV-Handballer in der Ersten Liga, keine Freezers, kein VT Aurubis mehr. Die Sportstadt Hamburg liegt in Trümmern; so kann man die Berichterstattung der letzten Tage zusammenfassen, und das macht uns Sorgen.

(Beifall bei der CDU)

Vom Bürgermeister gibt es wieder einmal kein Wort dazu. Er beschäftigt sich mit dem Thema Sport seit dem Olympia-Aus gar nicht mehr; das spielt bei ihm keine Rolle mehr. Dabei war dieses Thema ein ganz zentrales in seiner Regierungserklärung vor über einem Jahr:

"Ohne Breite keine Spitze, ohne Spitze keine Breite."

(Dennis Thering CDU: Da haben wir es!)

Das war Ihr Kernsatz, den Sie uns damals aufgesagt haben, und das füllen Sie in Ihrer täglichen politischen Arbeit mit null Inhalt. Das ist die Wahrheit.

(Beifall bei der CDU)

Wir haben schon besprochen, was der Sportstadt Hamburg droht. Der Sportsenator sagt, er habe auch erst vier Tage vorher erfahren, dass dort etwas im Argen ist. Sie sitzen doch die ganze Zeit auf den Tribünen, warum sprechen Sie nicht einmal mit den Verantwortlichen? Das ist doch die Frage, die die Stadt an Sie stellt.

(Beifall bei der CDU)

Ohne Spitze keine Breite – nach diesem Motto sind dann auch gestern die Gespräche zwischen Stadt und Sportvereinen zum neuen Sportfördervertrag für 2017/2018 erst einmal gescheitert. Ein einmaliger Vorgang, völlig zur Unzeit. Anstatt jetzt ein deutliches Zeichen für den Sport zu setzen, taktiert der Senat lieber weiter, wie wir eben gehört haben. Im Juli geht es weiter; mal sehen, wie die Verhandlungen weiterlaufen. Das tun Sie auf Kosten der Sportvereine, auf Kosten des Sports in unserer Stadt. 240 000 Euro für Gutachten über Klohäuschen haben Sie übrig, aber der Sport geht Ihnen am Allerwertesten vorbei. Das darf doch nicht sein.

(André Trepoll)

(Beifall bei der CDU und bei *Dr. Wieland Schinnenburg FDP – Dr. Andreas Dressel SPD*: Das war ein guter Kalauer!)

Bei all dem frage ich mich schon seit längerer Zeit, was eigentlich Ihr Sportstaatsrat, unser Staatsrat für Sport und Olympia macht. Man hört wenig, bisweilen gar nichts von ihm. Ist er wieder da oder nicht?

(*Jörg Hamann CDU*: Er hat eine neue Tätigkeit!)

– Ach so, na gut.

Unter keinem seiner Vorgänger sind in so kurzer Zeit so viele Spitzensportvereine von der Bildfläche verschwunden. Natürlich freuen sich die Vertreter des Hamburger Sports, wenn sich der Sportstaatsrat einmal vor Ort blicken lässt – das ist ja auch schön –, aber gemessen an den Ergebnissen kann man das Wirken von Herrn Holstein wirklich nur als verheerend bezeichnen. Die Sportstadt Hamburg verliert in rasanten Schritten den Spitzensport, und nirgends ist es dem Senat gelungen, erfolgreich für eine Existenzsicherung oder Zukunftsperspektive der gefährdeten Profiklubs zu sorgen. Das ist Ihre Leistungsbilanz, Herr Holstein.

(Beifall bei der CDU)

Und damit nicht genug. Jetzt gibt es die gescheiterten Verhandlungen zum Sportfördervertrag – und das, obwohl auf der anderen Seite ein ursozialdemokratischer Verhandlungspartner, Herr Mantell, sitzt. Es bereitet einem dann schon Sorgen, wenn Sie das jetzt auch noch öffentlich austragen, Herr Dr. Dressel. Es ist vielleicht einmal wieder Zeit, einzugreifen und das A-Team in Stellung zu bringen.

(Beifall bei der CDU)

Den ganzen anderen Haufen hinter Ihnen können Sie schon in die Sommerferien schicken, denn Sie kümmern sich ja um alles. Da wird es dann auch einmal Zeit, also gehen Sie es an.

Herr Holstein selbst sagte Anfang des Jahres in der "Welt", noch habe man genug zu tun mit der Abwicklung von Olympia.

"Alles andere müsse sich zeigen, sagt der 52-Jährige, jeder Staatsrat könne von heute auf morgen aus dem Amt genommen werden."

Jetzt hat er endlich einmal etwas zu tun. Warum legt er nicht los? Das ist doch die Frage, die wir uns stellen.

(Beifall bei der CDU, vereinzelt bei der FDP und bei *Dr. Joachim Körner AfD*)

Wie geht es weiter mit den Sportgroßveranstaltungen in der Stadt, mit internationalen Meisterschaften? Wie soll die Sanierung der Sportstätten vorangebracht werden? Auf welcher Grundlage sollen

die Verhandlungen zwischen Stadt und Sportvereinen zum Sportfördervertrag fortgesetzt werden? Wie wollen Sie den Spitzensport in Hamburg wieder etablieren? All das sind Fragen, die beantwortet werden müssen. Aus diesem Senat müssen Impulse kommen für einen neuen Aufbruch in der Sportpolitik. Keine Vision ist kein gutes Regieren; das zeigt sich immer wieder. Und wie im Sport, so ist es auch in der Politik: Am Ende, Herr Bürgermeister, trägt der Trainer die Gesamtverantwortung für den Misserfolg eines Teams, und das ist auch hier so. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU, vereinzelt bei der FDP und bei *Dr. Joachim Körner AfD*)

Erster Vizepräsident Dietrich Wersich: Vielen Dank, Herr Trepoll. – Als Nächste erhält das Wort Juliane Timmermann von der SPD-Fraktion.

Juliane Timmermann SPD:* Herr Trepoll, dann muss das für alle Mannschaftsteile gelten und somit auch für Sie. Insoweit, liebe CDU, würde ich das mit dem Klatschen im Rahmen halten,

(*Dennis Thering CDU*: Bei einer guten Rede kann man auch mal länger klatschen!)

wenn wir Ihr Motto "je länger ..." und so weiter anlegen. Unser Motto ist: Je länger die Rede, umso länger der Applaus. Und wenn die Inhalte so gut waren wie bei unserem Senator, dann hat er sich das auch verdient.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei den GRÜNEN)

Herr Wersich, Sie haben sicherlich recht, dass die Gewichtung immer etwas ungleich ist, wenn Senatoren etwas länger reden. Aber ich glaube, gerade bei einer ersten Rede zum Thema Sport sei das dem Sportsenator gegönnt.

(Glocke)

Erster Vizepräsident Dietrich Wersich (unterbrechend): Frau Timmermann, ich darf Sie darauf hinweisen, dass es nicht üblich ist, dass Rednerinnen und Redner das Präsidium in der Amtsführung beurteilen, und dass es vor allen Dingen nicht üblich ist, unseren gemeinsamen Regeln in den Rücken zu fallen.

(Beifall bei der CDU, der FDP und der AfD)

Juliane Timmermann SPD (fortfahrend):* Ich formuliere das gern anders: Ich habe der Rede des Senators gern gelauscht.

(Beifall bei der SPD)

Ich möchte zwei, drei Dinge klarstellen, denn einiges von dem, was jetzt von der Opposition gekommen ist, ist doch ein wenig fraglich. Herr Trepoll, Sie haben gute Kontakte zu unserem ehemaligen

(Juliane Timmermann)

Kollegen, Herrn Mattner, der, wie ich weiß, einen engen Draht zu den Freezers hat.

(Dennis Thering CDU: Der hat sich ja auch eingesetzt im Gegensatz zu Herrn Scholz!)

Auch ihm war das nicht viel früher bekannt, und man könnte fragen, was er in den Logen der Freezers tut, wenn er nicht frühzeitig Alarm schlägt. Insofern verfängt dieses Argument nicht.

(Zurufe von der CDU)

Es geht darum, rechtzeitig Alarm zu schlagen und auf Probleme hinzuweisen. Wenn Sie es nicht als Ihre Aufgabe wahrnehmen, darauf hinzuweisen, wenn es um den Sport an einigen Stellen schwer bestellt ist, dann übernehmen wir das gern für Sie.

(Beifall bei der SPD und bei Christiane Blömeke GRÜNE)

Mein zweiter Hinweis: Wir als Regierungsfractionen sehen uns sehr wohl in der Verantwortung für die Integration der geflüchteten Menschen. Wir sind dabei, dort politisch wie finanziell entsprechend steuernd einzugreifen; dessen seien Sie gewiss.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Und wir sehen das sehr wohl nicht nur als eine Aufgabe des Senats, sondern wie immer werden Senat und Regierungsfractionen hier Hand in Hand arbeiten.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Das gilt nicht nur für diese gewaltige Aufgabe, die wir im Bereich der Integration zu leisten haben, sondern – und das ist das Einzige, Herr Yildiz, worin ich Ihnen recht gebe – auch die stetige Förderung der Sanierung der Sportstätten bedarf einer großen Kraftanstrengung. Auch da sehen wir unsere Aufgabe als Regierungsfractionen und werden dafür sorgen, dass wir dort wie bereits in den letzten Jahren sowohl politisch als auch finanziell behilflich sein können.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei den GRÜNEN)

Herr Trepoll, noch einmal: Das, was Sie aufgreifen, betrifft den Ligasport. Ja, wir haben dort Niederschläge oder auch Tiefschläge, wie Sie es bezeichnen, oder es war der Abstieg in die Kreisliga. Es ist bitter, dass wir die Freezers verloren haben.

(Birgit Stöver CDU: Mehr fällt Ihnen dazu nicht ein?)

Ich bin gern zu ihnen und zum HSV-Handball gegangen.

Ich freue mich auf den 10. Juni, und ich weiß, dass in diesem Sommer während der Olympischen Spiele bei mir zu Hause die ganze Zeit der Fernseher laufen wird. Ich verfolge sie sehr gern und freue mich darüber, dass wir ein wahnsinniges

kostenloses Angebot haben werden. Wir werden die Beachvolleyballer mit der smart beach tour vor Ort haben, und es ist nicht nur für unsere Nachwuchstalente ein großes Ereignis, mit den Amerikanern und Brasilianern am Olympia-Stützpunkt zu trainieren und diesen zuzuschauen. Jeder von Ihnen ist dazu eingeladen, dort am Rothenbaum teilzuhaben. Das andere ist das ERGO Masters im Hockey. Auch hier wird noch einmal deutlich, dass sich die Wirtschaft engagiert und tolle Sportveranstaltungen in Hamburg stattfinden. Extreme Sailing Series ist ein weiteres Stichwort. Ich habe die Liste noch einmal mitgebracht und halte sie Ihnen gern hoch. Das sind unsere Erst- und Zweitligavereine in Hamburg, die unglaublichen Sport zeigen, und wer möchte, kann dort jederzeit hingehen.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei den GRÜNEN)

Vielleicht noch ein Letztes: Es wurde ein Angebot zur Steigerung des Sportförderungsvertrags um 2 bis 3 Prozent gemacht. Ich glaube, darüber werden sich viele Zuwendungsempfänger freuen. Ich habe Pressestimmen von vor zwei Jahren herausgesucht. Da ging es darum, dass ein außerordentlich positives Ergebnis erreicht worden sei,

(Glocke)

dass es eine deutlich bessere Förderung gebe.

Erster Vizepräsident Dietrich Wersich (unterbrechend): Frau Timmermann, Ihre Redezeit ist abgelaufen.

Juliane Timmermann SPD (fortfahrend):* Ich sehe das Blinken. – Insofern ist der Sport weiterhin in guten Händen bei uns,

(Dennis Thering CDU: Was ist denn das?)

und die Sportförderung werden wir aktiv weiter mitverfolgen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Dietrich Wersich: Als Nächste erhält das Wort Frau Blömeke von der GRÜNEN Fraktion.

Christiane Blömeke GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Trepoll, Sie haben mich wirklich beeindruckt.

(Beifall bei der CDU und bei Dr. Wieland Schinnenburg FDP)

Ich will Ihnen auch sagen, warum: Ich glaube, es ist das erste Mal, dass ich erlebt habe, dass Sie zum Thema Sport so aus sich herausgegangen sind. In all den Jahren gab es dazu von Ihnen keinen Beitrag, aber jetzt, wo es darum geht, irgendwie hineinzugrätschen, kommen Sie nach vorn und

(Christiane Blömeke)

machen sich stark für den Sport. Das ist für mich eine ganz neue Erfahrung, Herr Trepoll.

(André Trepoll CDU: Sie haben schon so viele und haben es noch nie geschafft!)

Wenn sich die Aufregung um Herrn Trepoll gelegt hat, möchte ich zu dem kommen, was Sie inhaltlich dazu gesagt haben, weil ich finde, dass die Debatte durch Ihren Beitrag einen etwas schrägen Verlauf genommen hat. Denn wenn es inhaltlich nicht mehr recht weitergeht, dann reiben Sie sich am Sportstaatsrat ab. Das finde ich ein bisschen seltsam, und ich will Ihnen auch sagen, warum.

(Vizepräsidentin Barbara Duden übernimmt den Vorsitz.)

Auf den Sportveranstaltungen, die ich besucht habe, war zumindest immer Herr Holstein, aber Sie nicht.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Wenn Sie sagen, der Sportstaatsrat trete nicht in Erscheinung, dann liegt das vielleicht an Ihren unterschiedlichen Aufgabenbereichen. Aber was soll diese Personaldebatte, wenn wir über den Breitensport reden, wenn wir über den Verlust von Ligamannschaften reden? Da haben Sie meiner Meinung nach einen schrägen Impuls gesetzt. Sie sagen, der Senat solle Impulse setzen, und kritisieren nur. Vorschläge der CDU-Fraktion bleiben aus.

(Thilo Kleibauer CDU: Wie bitte?)

– Ja, die bleiben aus. Das Einzige, was Herr Kreuzmann gesagt hat, war doch, dass man öffentliche Unternehmen gewinnen und die Haspa für die Finanzierung heranziehen solle. Von Herrn Trepoll habe ich in dieser Hinsicht nichts gehört.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Was mich außerdem ärgert, ist die Verzerrung durch die Opposition, gerade durch die Links-Fraktion, die immer wieder gebetsmühlenartig Dinge betont, die – das können Sie nachlesen, Herr Thering – einfach nicht stimmen. Da stellt die Fraktion eine Große Anfrage, die wird beantwortet, und in dieser Anfrage steht ausführlich, wie viel Geld für wie viel Sanierung zur Verfügung gestellt wird. Dann behauptet Herr Yildiz wieder, es gäbe gar kein Geld für die Sanierung. Ich möchte noch einmal betonen, dass 200 Millionen Euro für die Sanierung von Schulsportstätten bereitgestellt werden.

(Sabine Boeddinghaus DIE LINKE: Jede dritte ist marode!)

– Ja, natürlich, die Wunschliste kann immer länger werden, und man könnte auch 600 oder 700 Millionen Euro ausgeben.

Sport ist eine wichtige Sache für diese Stadt und der Breitensport auch. Aber Sport ist nicht das Einzige in dieser Stadt; das sollte vielleicht auch die Links-Fraktion einmal einsehen.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Man kann nicht sagen, dass wenig in den Sport investiert wird, wenn die Zulage für die Integration von Flüchtlingen im Sportfördervertrag verdoppelt wird. Wie ich vorhin sagte, sind wir noch nicht am Ende der Verhandlungen, noch nicht am Ende der Fahnenstange. Bilanz wird am Ende gezogen, wenn fertig verhandelt ist. Ich habe die Verhandlungen trotz der Pressemitteilung nicht als für immer und ewig gescheitert erlebt, sondern sie sind ins Stocken geraten. Ich finde es richtig, dass der Hamburger Sportbund seine Interessen für den Sport deutlich macht und so weit geht, dass er als starker Verhandlungspartner auch einmal einen Break macht. Ebenso richtig ist aber auch die Sichtweise der Stadt, die sagt, man gebe, was man geben könne, und werde sich irgendwo in der Mitte einigen. Das hat nichts mit Scheitern zu tun, sondern so laufen Verhandlungen ab.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Dann möchte ich noch einmal auf Folgendes hinweisen: Wer die Presse in den letzten Tagen aufmerksam verfolgt hat und Interviews mit dem Sportsenator und anderen gelesen hat, der hat auch gelesen, dass viele Spitzenveranstaltungen künftig in Hamburg stattfinden werden. Die eine oder andere wird es vielleicht nicht mehr geben, dafür aber gibt es sehr viele neue. Das heißt also, dass die Sportstadt Hamburg nicht zum Erliegen kommt, sondern es wird weitere tolle Sportveranstaltungen für Hamburg geben.

(Beifall bei der SPD)

Aber uns GRÜNEN sind nicht nur die Spitzenveranstaltungen wichtig, sondern auch der Breitensport.

(Kazim Abaci SPD: Ist er auch!)

Und gerade weil der Breitensport wichtig ist, sind uns die Plätze wichtig, an denen Sport getrieben wird, und sind uns die Menschen mit Behinderung wichtig, die Sport treiben. Herr Yildiz, wenn 150 000 Euro in die Integration für Sport investiert werden, dann geschieht das nicht nur für die Flüchtlinge, sondern auch für die Menschen mit Behinderung. Ich glaube, es ist wichtig, dass alle Menschen Sport treiben können. Denn der Sport vereint alle Menschen in dieser Stadt. Deswegen ist es uns und dem Senat so klar, dass der Breitensport weiterhin eine zentrale Rolle spielen wird. Und weil das so klar ist, wird diesbezüglich auch weiterhin von beiden Seiten verhandelt werden; das erwarte ich auch vom Hamburger Sportbund. Dann ziehen wir am Ende Bilanz und dann können Sie aufstehen und sagen, das gefalle Ihnen nicht. Aber ich betone noch einmal: Sport ist wichtig, aber nicht das Einzige in dieser Stadt.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Dann bekommt das Wort Herr Oetzel von der FDP-Fraktion.

Daniel Oetzel FDP:* Sehr geehrte Frau Präsidentin! Das war gerade ein sehr interessanter Einblick in die Klatschgewohnheiten der SPD, den Frau Timmermann uns eben gegeben hat.

(Beifall bei *Dr. Wieland Schinnenburg FDP*)

Der Applaus hängt also nicht von der Qualität der Rede ab, sondern ausschließlich von ihrer Länge. Das mag so sein, aber ich hätte mir erhofft, dass Sie andere Maßstäbe anlegen.

(Beifall bei der FDP und bei *Karin Prien CDU – Dr. Andreas Dressel SPD: Aber du bist doch für die Marktwirtschaft!*)

Herr Grote, ich freue mich, dass Sie ankündigen, dass das Landesleistungszentrum nun jetzt doch endlich kommt, dass da endlich Bewegung hineinkommt. Das finde ich auch gut und lobenswert. Dass es nach acht Jahren endlich einmal losgeht, ist allerdings kein Grund, hier abzufeiern, sondern es ist allerhöchste Eisenbahn, und es wäre eher traurig, wenn es sich noch weiter verzögert hätte. Von daher ist es gut, dass es jetzt läuft, aber es wird auch wirklich allerhöchste Zeit.

Dann finde ich eine Sache schräg. Frau Blömeke, Sie haben gerade gesagt, dass die Debatte schräg war. Ich finde es sehr schräg, dass sowohl Frau Timmermann als auch Herr Grote gesagt haben, für das Aus der Freezers, der Cyclastics und des Handballs könne man nichts. Ein Stück weit kann ich die Argumentation auch nachvollziehen. Der Senator hat zehn Minuten, Frau Timmermann fünf Minuten ausschließlich über Profisport geredet, nachdem sie zuerst gesagt haben, man könne nichts dafür. Dem Senator sind dann die Hamburg Towers auch noch einen Klatscher wert, obwohl er dafür offenbar gar nicht zuständig ist. Das finde ich schon sehr bezeichnend.

(Beifall bei der FDP)

Offenbar will man von anderen Themen ablenken, für die der Senator, wie er gerade eben selbst gesagt hat, am Ende leider keine Zeit mehr hatte. Als er nämlich zu den spannenden Themen kam, hat er gesagt, dies und jenes sei auch noch wichtig, aber leider könne er dazu jetzt nichts mehr sagen. Ich hätte es spannender gefunden, wenn er zu den Dingen Stellung genommen hätte,

(*Dr. Andreas Dressel SPD: Er hat doch die Zeit so überzogen!*)

für die er zuständig ist, statt nur zu sagen, wofür er alles nichts kann.

(Beifall bei der FDP und bei *Dennis Thering CDU – Juliane Timmermann SPD: Aber du weißt es doch besser!*)

Natürlich wurden die Freezers und das Engagement der Stadt für die Freezers gelobt, das möchte ich auch noch einmal betonen. Was in den letzten Tagen zusammengekommen ist, ist alle Anerkennung wert. Das ist auch richtig so. Hamburg ist und bleibt eine sportbegeisterte Stadt.

Frau Blömeke, Sie haben gesagt, wer das verifiziert haben wolle, müsse nur durch die Stadt gehen, um zu sehen, wie viele Menschen Sport treiben. Es wäre schlimm, wenn es nicht so wäre. Ich glaube nicht, dass eine verfehlte Sportpolitik des Senats die Leute davon abhält, Sport zu treiben. Frau Blömeke, wahrscheinlich werden Sie, wenn Sie in ein, zwei Jahren in der Stadt herumgehen, noch viel mehr Leute draußen Sport treiben sehen, weil die Hallen nämlich so marode sind, dass die Leute im Park Sport machen müssen.

(Beifall bei der FDP)

Dann noch eines zur Sanierungsoffensive. Ich habe in meiner Rede in der ersten Runde schon gesagt, dass wir beantragt hatten, sie fortzusetzen. Frau Timmermann, Sie haben gerade gesagt, Sie würden sich überlegen, was man politisch tun könne, um diese Offensive fortzusetzen. Das kann ich Ihnen genau sagen: Sie hätten einfach den Antrag aus der Opposition von vor zwei Wochen annehmen sollen. Die Haushaltsberatungen sind nicht der einzige Ort, wo man über Kennzahlen sprechen kann.

(*Dr. Andreas Dressel SPD: Die Haushaltsberatungen sind nach der Sommerpause!*)

– Herr Dr. Dressel, das habe ich vor zwei Wochen in meiner Rede auch sehr deutlich gesagt. Und wenn Sie nach meiner letzten Rede immer noch nicht wissen, wie das Haushaltswesen funktioniert, dann tut es mir wirklich leid. Aber wenn Sie keine Ahnung davon haben, sollten Sie nicht dazwischenrufen.

(Beifall bei der FDP)

Zum Sportfördervertrag bleibt mir eigentlich nur zu sagen, dass ich hoffe, dass die Verhandlungen weitergehen. Sie wurden vom HSB nicht abgebrochen, sondern unterbrochen, weil in den verschiedenen Runden offenbar keine zufriedenstellenden oder zumindest keine ernst zu nehmenden Angebote unterbreitet wurden – im Gegensatz zu dem, was der Senator vor einigen Wochen auf dem Sportkongress verkündet hatte. Ich kann verstehen, wenn die Vereine sich etwas mehr Impulse vom neuen Sportsenator erwarten.

Noch eines abschließend zu Herrn Dr. Wolf. Sie haben heute in der ersten Runde gesagt, Hamburg hätte die Olympischen Spiele wahrscheinlich ausrichten können, wenn wir die AfD an unserer Seite gehabt hätten. Ich glaube, das ist eher ein frommer Wunsch aus Ihrer Fraktion. Bei Ihrer Ankündigung, Sie könnten alles aufzählen, was Sie für Olympia

(Daniel Oetzel)

getan hätten, hätte ich mir gewünscht, dass Sie das auch wirklich getan hätten. Ich erinnere mich an genau einen einzigen Antrag der AfD zu Olympia, und das war der Antrag, in dem Sie einmal wieder die Einsetzung einer Expertenkommission gefordert haben – na, Halleluja.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der CDU)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Ich sehe keine Wortmeldungen mehr. Dann ist die Aktuelle Stunde zu Ende.

Wir kommen zu Punkt 2 und 3, Drucksache 21/1466: Wahl einer oder eines Deputierten der Justizbehörde und Drucksache 21/2316: Wahl einer oder eines Deputierten der Behörde für Schule und Berufsbildung.

**[Unterrichtung durch die Präsidentin der Bürgerschaft:
Wahl einer oder eines Deputierten der Justizbehörde
– Drs 21/1466 –]**

**[Unterrichtung durch die Präsidentin der Bürgerschaft:
Wahl einer oder eines Deputierten der Behörde für Schule und Berufsbildung
– Drs 21/2316 –]**

Die Fraktionen haben vereinbart, dass die beiden Wahlen in einem Wahlgang durchgeführt werden können. Die beiden Stimmzettel liegen Ihnen vor. Sie enthalten bei den Namen jeweils Felder für Zustimmung, Ablehnung und Enthaltung. Sie dürfen auf jedem Stimmzettel ein Kreuz machen, aber bitte nur eines. Stimmzettel, die den Willen des Mitglieds nicht zweifelsfrei erkennen lassen oder Zusätze enthalten, sind ungültig, auch unausgefüllte Stimmzettel gelten also als ungültig.

Bitte nehmen Sie nun Ihre Wahlentscheidung vor.

(Die Wahlhandlungen werden vorgenommen.)

Ich darf die Schriftführer bitten, mit dem Einsammeln der Stimmzettel zu beginnen. Es ist wie immer sehr hilfreich, wenn diejenigen, die noch Stimmzettel haben, diese hochhalten, sodass die Schriftführer und der Ersatzschriftführer das auch sehen können. – Sind alle Stimmzettel abgegeben worden? Nein, das ist noch nicht der Fall; aber jetzt. Dann schließe ich die Wahlhandlung. Die Wahlergebnisse werden gleich ermittelt, und ich

werde Sie Ihnen im Laufe der Sitzung bekanntgeben.**

Wir kommen zu Punkt 26, Drucksache 21/4427, Antrag der AfD-Fraktion: Integration auf eine empirisch gesicherte Basis stellen: Einführung eines "Instituts für vergleichende Kulturforschung und Integration" in Hamburg.

**[Antrag der AfD-Fraktion:
Integration auf eine empirisch gesicherte Basis stellen: Einführung eines "Instituts für vergleichende Kulturforschung und Integration" in Hamburg
– Drs 21/4427 –]**

Die AfD-Fraktion möchte diese Drucksache an den Ausschuss für Wissenschaft und Gleichstellung überweisen.

Wird das Wort gewünscht? – Herr Dr. Baumann von der AfD-Fraktion.

Dr. Bernd Baumann AfD:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Vom Thema Sport und Fahrradfahren möchte ich Ihre Aufmerksamkeit jetzt auf ein anderes Thema von globaler Auswirkung erweitern, nämlich auf die gigantischen Fragen, die uns hier zu Beginn des 21. Jahrhunderts bedrängen, die höchst unterschiedliche Entwicklung unterschiedlicher globaler Kulturräume mit jeweils höchst unterschiedlichen kulturellen Prägungen und höchst unterschiedlichen Migrations- und Integrationserfolgen.

Wieso schaffen es beispielsweise die Staaten des chinesischen Kulturraums – von China über Taiwan, Hongkong bis hin zu Singapur –, getrennt voneinander einen rasanten Aufstieg in die ökonomische Moderne hinzulegen? Wir wissen, dass China kolonial übel mitgespielt worden war und wenig Entwicklungshilfe bekommen hat. Auch chinesische Migranten sind weltweit meist erfolgreich. Woran liegt das? Andere Länder und Kulturkreise dagegen, zum Beispiel im arabischen Kulturraum und noch mehr in Schwarzafrika, haben Schwierigkeiten, obwohl sie viel näher an Nordeuropa und der technischen Moderne liegen. Auch Migranten aus diesen Ländern haben es weitaus schwieriger als beispielsweise Menschen aus Vietnam.

Wir brauchen mehr Forschung ohne Ängste und Tabus, irgendjemand auszugrenzen. Es geht nicht um Diskriminierung, es geht um mehr Wissen und um Forschung. Dafür müssen wir uns einsetzen.

(Beifall bei der AfD – *Sabine Boeddinghaus*
DIE LINKE: Wo liegt Arabien?)

Bislang hat die moderne Forschung in weltweiten Studien klargemacht, dass es bestimmte kulturelle Prägungen sind, die es Menschen eher ermögli-

** Das Wahlergebnis ist auf Seite 2315 zu finden.

(Dr. Bernd Baumann)

chen oder sie daran hindern, aufzuschließen und nicht bloß hinsichtlich der Bildung im Land selbst und im internationalen Wettbewerb, sondern auch als Migranten bei der Integration in ihre neue Heimat. Ich will Sie einmal für den Unterschied von Kulturen und die Wichtigkeit für die Migration und die Integration danach sensibilisieren.

(Martin Dolzer DIE LINKE: Was für eine Frechheit!)

Stellen wir uns einmal vor, Herr Dressel oder Frau Suding oder Herr Kruse, Sie hätten sich an der Uni getroffen, wären ungefähr gleich alt, einer ist Techniker, einer Jurist, einer Marketingexperte, und Sie hätten eine gemeinsame Produktidee für Ihr neues Unternehmen. Das passiert in Nordeuropa jede Woche, jeden Monat. Das würden Sie sofort umsetzen. Sie können das machen. Das ist kein Problem in Mittel- und Nordeuropa, aber es ist praktisch schon kulturell ausgeschlossen in Süditalien, in Arabien sowieso. Warum?

(Zuruf von Christiane Schneider DIE LINKE)

– Das ist schon relativ gut erforscht, Frau Schneider, auch wenn Sie das nicht wissen. Denn Sie müssten dann Geschwister ersten Grades oder Cousins ersten oder zweiten Grades sein, sonst gibt es kein Unternehmen, Frau Schneider. Das ist die Empirie. Dass Sie davon nichts wissen, ist klar. So benehmen Sie sich auch, aber leider ist das so.

Sie müssen verwandt sein, sonst gibt es keine Unternehmensgründung. Es gibt keine Unternehmensgründung über Familien- und Clangrenzen hinaus, weder in Süditalien noch in Arabien. Sie können sich noch so gegen die Realität stellen, sie ist einfach so. Nehmen Sie sie zur Kenntnis. Deswegen brauchen wir mehr Forschung.

(Christiane Schneider DIE LINKE: So ein Schwachsinn!)

Die Folge ist, dass die Wirtschaft in diesen Ländern schwach ist. Es finden sich die Begabungen nicht zusammen, auch wenn die Menschen begabt sind, es organisiert sich nichts zusammen. Das ist das Problem der wirtschaftlichen Entwicklung dort.

(Nebahat Güçlü fraktionslos: Was versuchen Sie zu sagen?)

Professor Easterly, der weltweit führende Entwicklungsökonom, dessen Artikel Sie in der "Frankfurter Allgemeinen Zeitung" oder im "Spiegel" lesen können, war selbst Leiter in Entwicklungsprogrammen der Weltbank. Er sagt, dort stelle man lieber den Familientrottel als das Dorfgenie ein, denn er betrüge einen wenigstens nicht. Er sagt das, um diese Misstrauenskultur klarzumachen, anhand derer man erklären kann, wie die empirischen Daten sehr klar zeigen, dass nur so Unternehmensgründungen dort möglich sind. Auch das Kapital findet sich nicht zusammen. Das ist ebenfalls ein Grund für die Wachstumsschwäche, die in der Kultur be-

gründet liegt. Auch der Staat ist schwach. Richter, Polizei, Verwaltungsbeamte, überall besteht die Gefahr, dass die Familienloyalität stärker zählt als Dienstpflicht. Wir nennen das dann Korruption oder Mafia oder wie auch immer. Leider ist das ein Teil der dortigen Kultur. Der italienische Nationalstaat versucht seit 150 Jahren, dies zu bekämpfen, die Leute anders zu integrieren, das Ding aufzulösen. Erst die Könige haben Geld investiert, dann Mussolini mit Geld und Gewalt, dann der demokratische Staat, dann die EU.

(Christiane Schneider DIE LINKE: Thema! – Jörg Hamann CDU: Sagen Sie einmal etwas zu Ihrem Antrag!)

Die haben Hunderte von Milliarden nach Süditalien hineingepumpt, aber es hat nichts bewirkt. Wir sind mitten im Thema, das Sie nicht hören wollen. Hunderte von Milliarden pumpen sie noch heute hinein. Sie kennen sich doch aus mit Universitäten. Wir wissen doch, dass das Durchschnittseinkommen in Süditalien immer noch bei 15 000 Euro liegt, während es in Norditalien bei 34 000 Euro liegt. Das sind kulturelle Unterschiede, die wir einfach erforschen müssen; da müssen wir vorankommen. Ähnliche Unterschiede gibt es zwischen den USA und Mexiko. Das ist weltweit ein Problem. Mexiko hat alles von den USA übernommen, Verfassung, Gesetze, Privatrecht, öffentliches Recht, Senatsgebäude in weißem Marmor; sie nennen sich Senatoren, aber der Staat ist voll mit Korruption und Familismus an der Grenze zu Failed State trotz Öl und Bodenschätzen, wie Sie es lesen können.

(Anna-Elisabeth von Treuenfels-Frowein FDP: Ihr Antrag!)

Das heißt, Verfassungstexte und das Bekenntnis zur Verfassung, so, wie Sie es einmal gefordert haben, bringen gar nichts. Darauf läuft es hinaus. Deswegen kommen wir gleich auf dieses Thema. Es ist nur Papier, wenn es keine verinnerlichte Kultur ist. Das ist der Kern von Integration. Papier, Verfassung und Gesetze nützen nichts, wir müssen etwas über die Kultur wissen.

(Jens-Peter Schwieger SPD: Wovon reden Sie überhaupt?)

Forscher von Professor Collier bis hin zu William Easterly nennen solche Gesellschaften, die diese Probleme haben und denen wir helfen müssen, wozu wir sie aber verstehen müssen, Low Trust Societies, Geringvertrauensgesellschaften, im Gegensatz zu High Trust Societies, Hochvertrauensgesellschaften.

(Christiane Schneider DIE LINKE: Ihnen ist nicht mehr zu helfen!)

– Wir wissen, dass Sie einen Kehlkopf haben, aber zeigen Sie doch einmal, dass Sie auch einen Kopf haben. Schreien nützt doch nichts.

(Kazim Abaci SPD: Sie schreien doch!)

(Dr. Bernd Baumann)

– Ja, damit ich mir Gehör verschaffe.

Man nennt es auch fehlendes Sozialkapital; davon wird der eine oder andere schon etwas gehört haben.

(Nebahat Güçlü fraktionslos: Das ist schon rassistisch!)

Ergebnis bislang ist, dass die Armut in den Ländern im Wesentlichen eine Folge kultureller Grundmuster ist und dass die kulturelle Herkunft von Migranten genauso wichtig ist wie die Ausbildung und die Qualifikation.

(Zurufe – Glocke)

Vizepräsidentin Barbara Duden (unterbrechend): Meine Damen und Herren! Sie werden verstehen, dass ich im Augenblick damit beschäftigt bin, Herrn Dr. Baumann zu verstehen, und dafür ist es leider etwas zu laut.

Dr. Bernd Baumann AfD (fortfahrend):* Danke, Frau Präsidentin.

Wir brauchen dringend mehr Forschung, um nichts anderes geht es doch. Es geht um Forschung, um das aufzuhellen. Ich habe Professor Easterly und Collier zitiert, das sind die führenden Entwicklungsökonomien und Integrationsforscher, die wir überhaupt haben.

(Christiane Schneider DIE LINKE: Führend ist jetzt echt übertrieben!)

Woran sehen wir das bei uns? Die Clanmodelle bedrohen in gewisser Weise bereits die Gesellschaften Nordeuropas. Sehen Sie sich doch einmal die scharfe Form an, die es bei uns schon gibt: eingewanderte Großclans mit mehreren Tausenden Mitgliedern. Sie können das in den Zeitungen lesen. Ganze Stadtteile Deutschlands sind weitgehend bereits unter deren Kontrolle. Andere Einwandererfamilien gruppieren sich darunter, weil sie das Sozialmodell schon kennen. Ganze Stadtteile sind betroffen.

(Christiane Schneider DIE LINKE: Woran leiden Sie?)

Sie erpressen Schutzgeld in ihrem Gebiet und machen illegale Geschäfte. Frau Schneider, vielleicht hören Sie dem Leiter der Kripo Bremen zu.

"Wir sind der festen Überzeugung, dass sie mit ihrem Denken, mit dem sie hergekommen sind, in der Clanstruktur weiterhin genauso leben, wenig Respekt vor der Polizei, vor polizeilichen oder justiziellen Maßnahmen zeigen und wir relativ wenig Einfluss auf sie haben können."

Frau Schneider, das ist die Realität.

(Christiane Schneider DIE LINKE: Können Sie nicht einmal zum Thema reden?)

Die Polizei warnt und sagt, diese Art von Parallelgesellschaft sei viel gefährlicher als die islamische. Claus Kleber vom "ZDF heute journal" sagt dazu:

"Der Staat wirkt eher machtlos gegen die immer besser organisierten Clans, die ihre Mitglieder längst überall in der Gesellschaft strategisch positioniert haben."

In Berlin sind es die Stadtteile Wedding, Moabit, Kreuzberg, Charlottenburg, Neukölln, in Duisburg die Stadtteile Neumühl, Marxloh, Hochheide, Laar. Außerdem sind Städte wie Bremen, Essen, Lüneburg und Hildesheim davon betroffen. Das ist die harte Version der Clankultur, die uns bedroht. Es gibt etwas weichere Formen von Low-Trust-Kulturen bei uns, die Bassam Tibi, den Sie auch kennen dürften, ethnische Armut nennt, wenn sich in ethnischen Gettos Menschen gleicher Kultur sammeln, wie etwa Leute aus Nordafrika in den Banlieues in Frankreich oder in den Brennpunkten Großbritannien, Niederlande, Belgien, mittlerweile auch schon in Deutschland, während Einwanderer aus anderen Teilen der Welt sich in normalen Stadtvierteln integrieren. Also gibt es diese Probleme. Integrationsprobleme können eben auch ethnisch-kulturell mit verursacht sein durch die Werte, die die Menschen internalisiert haben und die Probleme machen, sich in andere Gesellschaften zu integrieren. Es ist lächerlich, mit einer Übergabe von Wertevermittlungsflütern dagegen anzugehen.

(Beifall bei der AfD)

Es gibt noch weitere Formen dieses Problems im Alltag, nämlich wenn Leute einen Job suchen. Wer sich als Migrant verwurzeln und selbstbestimmt leben will, braucht einen Job. Und für den Job sind nicht nur Ausbildungsnoten und Qualifikationen gefragt, dafür reichen auch nicht nur die Werte der freiheitlichen demokratischen Grundordnung für eine Einstellung beim Personalchef, sondern ganz andere Werte. Die Personalchefs erwarten einen ganzen Kosmos sozialer Tugenden: gute Teamfähigkeit weit jenseits der eigenen Familiengrenzen, Kooperationsfähigkeit weit über Familiengrenzen hinaus, ebenso Verlässlichkeit, Gewissenhaftigkeit, Anpassungsfähigkeit, Unterordnung unter Ziele im großen Team

(Christiane Schneider DIE LINKE: Unterordnung, das ist es, was Sie wollen!)

und auch gegenüber Polizei und Richtern – Tugenden, die seit Kindertagen tief eintrainiert, hineinsozialisiert werden. Wenn Migranten zu uns kommen, die damit Probleme haben, müssen wir ihnen helfen. Aber vorher müssen wir genau wissen, wo die Probleme liegen. Das müssen wir erforschen, und dafür setzen wir uns ein, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der AfD – Gerhard Lein SPD: Jetzt ist er aber in Schwung!)

(Dr. Bernd Baumann)

Die AfD setzt sich dafür ein. Die FDP wollte mit einem Antrag Ende Januar – ich zitiere –:

"[...] eine Einsicht in den gesellschaftlich mehrheitlich akzeptierten Wertekanon der Bundesrepublik Deutschland zu befördern."

Dafür solle der Senat, man höre, dafür sorgen – Zitat –:

"[...] dass [...] Asylbewerber und Flüchtlinge innerhalb der ersten zwei Wochen nach Registrierung [...] die Werte vermittelt bekommen."

Na prima. Wenn das so einfach wäre, würde es der ganzen Welt gut gehen. Sie haben das Problem, um das es geht, in der Tiefe überhaupt nicht verstanden.

(Beifall bei *Dr. Alexander Wolf* und *Dirk Nockemann*, beide AfD)

Die CDU kommt fünf Tage später und sagt, das bloße Aushändigen eines Papiers reiche nicht für die Wertevermittlung aus, das sei nicht verbindlich. Nein, es komme darauf an – Zitat –:

"[...] dass die Akzeptanz vom Empfänger schriftlich quittiert wird."

Da kann man doch nur lachen. Da lachen nicht nur die Großclans draußen und die AfD hier. Die Bevölkerung draußen lacht schon lange nicht mehr, wenn sie solche Art von Integrationslösungen sieht.

(Beifall bei der AfD – *Anna-Elisabeth von Treuenfels-Frowein* FDP: Jetzt haben wir ja Sie!)

Der SPD-Antrag 14 Tage später hat das Ziel der – ich zitiere noch einmal –:

"[...] Akzeptanz unserer wesentlichen Werte, unserer wichtigsten Regeln und Gesetze."

Das ganze Papier solle verbindlicher gestaltet werden, es sei verbindlich an die Hand zu geben – es gibt also immer die Idee, man könne Werte verbindlich vermitteln, indem man Papiere übergibt. Sie haben überhaupt nicht verstanden, worum es geht, und von daher kommen die Integrationsprobleme auch in dieser Stadt.

(Beifall bei *Dr. Jörn Kruse* AfD – *Kazim Abaci* SPD: Sie sind wohl der Einzige, der es verstanden hat!)

Auch der Flyer "Welcome" der Behörde für Inneres ist so ausgerichtet. Leider habe ich nicht die Zeit, daraus zu zitieren. Auch an ihm könnte man, wenn es nicht so ein ernstes Problem wäre, Spaß haben, wie auch an dem Integrationskonzept des Senats von 2013 für Hamburg. Es ist gut gemeint, aber für den Nachweis von Integration werden Äußerlichkeiten aufgezählt. Es geht um die Anzahl absolvierter Kurse bis hin zur Anzahl eingebürgerter

Menschen. Kann man damit Integration nachweisen? Frankreichs Banlieues sind voll von eingebürgerten Menschen, haben aber wenig Integration und Wertevermittlung gebracht. Auch da sind Sie völlig auf dem Holzweg.

(Beifall bei *Dr. Jörn Kruse* AfD)

Die bisherige Forschung der Institute zur Integration in Berlin oder Osnabrück, Göttingen oder Konstanz konzentrieren sich auf andere Fragen. Auch das ist legitim. Sie konzentrieren sich auf integrationshemmende Erlebnisse von Migranten im Aufnahmeland, auf Ausgrenzungs- und Diskriminierungsgeschehen, fehlende Teilhabe, Frau Schneider, mangelnde Chancengerechtigkeit, Einfluss des Rechtsextremismus. Solche Forschung hat ihre Berechtigung, aber kulturelle Differenzen, um die es geht, kommen damit nicht in den Blick.

(Beifall bei *Dr. Jörn Kruse* AfD)

Auch die sogenannten Interkulturellen Kompetenz-Center kommen nicht zum Kern. Ich will das jetzt nicht weiter vertiefen, das wäre auch ein Thema für sich. Hamburg braucht ein neues Institut für vergleichende Kulturforschung und Integration, um hier voranzugehen. Das hat nichts zu tun mit Stereotypen, hat nichts zu tun mit Diskriminierung, nichts zu tun mit Ausgrenzung oder kulturellem Rassismus.

(Zuruf von *Martin Dolzer* DIE LINKE)

Das Individuum behält seinen Wert, sogar auch Sie, Herr Dolzer.

(*Anna-Elisabeth von Treuenfels-Frowein* FDP: Was soll das denn?)

Das Individuum behält seinen Wert, Kultur bestimmt nicht alles. Überdies ist das Problem zu lösen, wie Werte an zuwandernde Menschen vermittelt werden sollen. Es erfordert eine tiefe psychologisch-emotionale Internalisierung dieser für sie neuen Werte jenseits bloßer äußerer Kenntnisaufnahme. Erst dann werden doch diese Werte, um die es geht und die Sie vermitteln wollen, von innen handlungsleitend.

Insgesamt muss man sagen, dass das, was bisher von den Fraktionen vorgelegt wurde, um Integration, insbesondere Wertevermittlung, zu beschleunigen, weitgehend, muss man fast sagen, desaströs ist. Sie sind nicht nur nicht in der Lage, die richtigen Antworten auf aktuelle Schicksalsfragen zu geben, schlimmer, Sie sind noch nicht einmal in der Lage, die richtigen Fragen zu stellen. Das müssen wir ändern.

(Beifall bei der AfD)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Frau Dr. Oldenburg von der SPD-Fraktion.

Dr. Christel Oldenburg SPD:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich finde diese Rede, die Sie, Herr Baumann, gerade gehalten haben, erschreckend.

(Beifall bei der SPD, den GRÜNEN und der LINKEN)

Es war eine Rede mit offen rassistischen Reminiszzenzen,

(Beifall bei der SPD, den GRÜNEN und der LINKEN)

die mit Ihrem Antrag nichts zu tun hat. Ich möchte mich jetzt nur auf den Antrag beziehen, den Sie gestellt haben und an dem in diesem Sinne nichts Ehrenrühriges ist.

(*Dr. Jörn Kruse AfD*: Na, das ist doch schon mal was!)

– Sehen Sie, so wollten wir eigentlich mit Ihren Sachen umgehen.

Aber ich muss Ihnen gleich sagen, dass meine Fraktion nicht die Notwendigkeit sieht, ein neues Forschungsinstitut zu gründen, um weitere wünschenswerte Erkenntnisse über Integration zu bekommen. Die von Ihnen aufgeworfene Fragestellung, auch unter dem von Ihnen herausgestellten Aspekt der Akkulturation – also Prozesse der kulturellen und psychologischen Anpassung und eben nicht Integration –, ist bei den in Hamburg ansässigen Instituten sehr gut aufgehoben. Wir haben das GIGA, das Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft ist. Es analysiert politische, ökonomische, soziale Entwicklungen in Afrika, Asien, Lateinamerika, Nahost und auch globale Themen. Das Regionalinstitut für Nahost-Studien beim GIGA, welches derzeit als einziges Institut in Deutschland systematisch zu den sozialwissenschaftlichen aktuellen Themen Nordafrikas und des Nahen und Mittleren Ostens forscht, ist geeignet, Forschungen bei Abstimmung mit den Wissenschaftlern auf die von Ihnen genannten Fragestellungen zu richten.

In diesem Zusammenhang möchte ich auch auf das beim GIGA beheimatete Projekt Kontextfaktoren von Flucht und Migration hinweisen. Auch könnte eine Forschergruppe bei der Stiftung Europa-Kolleg Hamburg, dem Institute for European Integration, im Verbund mit der Universität Hamburg angeregt werden, fächerübergreifend zu Fragestellungen der Integration und Migration zu forschen. Sie sehen, das Problem, das Sie mit Ihrem Antrag aufgreifen, lässt sich im Rahmen der bestehenden Möglichkeiten lösen, und deshalb lehnen wir Ihren Antrag ab.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Gestatten Sie mir noch zwei Bemerkungen zu Passagen aus Ihrem Vorspann und auch zu Ihrer Rede. Erstens: Sie sagen sinngemäß, die Werte, die den Migranten vermittelt werden sollen, blieben va-

ge. Warum vage? Die Werte, die in unserem Grundgesetz Ausdruck finden, sind doch sehr konkret. Die Würde des Menschen ist unantastbar. Meinungsfreiheit, Pressefreiheit, Gleichstellung von Männern und Frauen, diese Werte sind Grundlagen und müssen immer wieder aufs Neue gelebt werden.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN – *Dr. Bernd Baumann AfD*: Die reichen aber nicht!)

– Ja, dann müssen Sie schon sagen, welche Werte Sie den Flüchtlingen noch weiter vermitteln wollen. Welche sind das denn? Ordnung, Sauberkeit, Pünktlichkeit?

(*Dr. Bernd Baumann AfD*: Das habe ich nicht gesagt! Ich habe andere Themen genannt!)

In Wahrheit bleiben Sie doch vage. Dann nennen Sie uns Ihre Werte, über die wir dann streiten können.

(Beifall bei der SPD, den GRÜNEN und bei *Martin Dolzer DIE LINKE*)

Die zweite Bemerkung: Es ist dieser kritiklose Glaube an die Wissenschaft, an das Expertentum, der mich an Ihrem Antrag stört. Wissenschaftler haben nicht per se recht, weil sie Wissenschaftler sind. Ich will mir gar kein abschließendes Urteil über Ihren genannten führenden Migrationsforscher Paul Collier anmaßen. Aber wenn der Mann sagt, die Ursache für die Flüchtlingskrise in Europa sei die Willkommenspolitik von Angela Merkel und nicht Krieg und Armut in den Herkunftsländern, dann ist das absolut absurd.

(Beifall bei der SPD, den GRÜNEN und bei *Martin Dolzer DIE LINKE*)

In diesem Punkt ist die Wahrnehmung dieses Mannes offenbar erheblich gestört. Fazit: Integration ist keine leichte Aufgabe, sie wird uns viel Mühe machen und wir werden auch Rückschläge hinnehmen müssen. Aber die Zuwanderung wird unsere Gesellschaft auch bereichern, und das ist das Entscheidende.

(*Dirk Nockemann AfD*: Das haben wir in Köln ja erlebt!)

Bei allen Schwierigkeiten und Anpassungsprozessen, die es gibt, sind wir ganz bei Angela Merkel, das kann ich gern sagen: Wir werden das schon schaffen. Und ein neues Institut für Kulturforschung brauchen wir dafür auf keinen Fall.

(Beifall bei der SPD, den GRÜNEN, vereinzelt bei der CDU und bei *Nebahat Güçlü fraktionslos*)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Hamann von der CDU-Fraktion.

Jörg Hamann CDU:* Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Was Frau Oldenburg eben gesagt hat, ist aus meiner Sicht in jedem Punkt zu unterstreichen.

(Beifall bei der CDU, der SPD, den GRÜNEN und bei *Nebahat Güçlü fraktionslos*)

Ich glaube, sie hat sich in einer Art und Weise mit Ihrem Antrag, aber insbesondere auch mit Ihrer Rede beschäftigt, wie Sie es, das sage ich Ihnen jetzt einmal, nach Ihrer Rede überhaupt nicht verdient haben. Das ist jetzt die vierte Legislaturperiode, in der ich als Abgeordneter tätig sein darf, aber eine so wirre Rede habe ich bisher noch nicht erlebt.

(Beifall bei der CDU, der SPD, den GRÜNEN und bei *Nebahat Güçlü fraktionslos*)

Und wenn ich mir Ihren Antrag ansehe, hätte man vielleicht ansatzweise über bestimmte Punkte diskutieren können. Aber wenn ich mir dann das vor Augen führe, was Sie uns gerade erzählt haben, dieses vollkommen wirre Durcheinander,

(*Dr. Bernd Baumann AfD*: Das war was Konkretes!)

das kaum etwas mit Ihrem Antrag zu tun hatte, sondern offensichtlich eine Mischung aus Bauchgefühl, Ahnungen, Befürchtungen, Sorgen und was weiß ich war, dann, kann ich sagen, haben Sie nichts Konkretes gebracht, Herr Kollege, sondern völlig wirr von links nach rechts und rauf und runter erzählt, was Sie vielleicht einmal irgendwo gesehen, gehört, geglaubt haben oder vielleicht hoffen. Das ist keine Grundlage für eine parlamentarische Diskussion. Sie können sich bei der Präsidentin bedanken, denn zu Ihrem Antrag haben Sie überhaupt nicht geredet. Ich bin davon ausgegangen, dass die Präsidentin Sie abklingelt und nicht diesen Großmut zeigt, sondern Sie daran erinnert, zum Antrag zu sprechen, damit wir darüber diskutieren können. Sie haben recht, jedes Wort ist in dieser ganzen Geschichte zu viel. Die CDU-Fraktion lehnt diesen Antrag ab. – Danke schön.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU, der SPD, den GRÜNEN, der FDP und bei *Nebahat Güçlü fraktionslos* – *Dr. Bernd Baumann AfD*: Ihre Hochnäsigkeit werden Sie noch verlieren!)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Frau Demirel von der GRÜNEN Fraktion.

Phyliss Demirel GRÜNE:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Das war die komplette Darstellung des Grundsatzprogramms der AfD. Mit Ihrer Rede, Herr Baumann, haben Sie gezeigt, dass es Ihnen mit Ihrem Antrag nicht darum geht, sinnvolle Impulse für künftige Forschung zu liefern oder den Wissenschaftsstandort in Hamburg zu stärken.

(Vereinzelter Beifall bei den GRÜNEN)

Nein, es geht Ihnen vielmehr darum, Ihr verqueres Verständnis von Kultur und Werten einmal mehr ins Licht der Öffentlichkeit zu rücken.

(Vereinzelter Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Sie behaupten, Integration sei gescheitert, weil wir uns nicht mit den kulturellen Differenzen, sondern mit dem Abbau integrationshemmender Maßnahmen beschäftigen. Was für ein veraltetes Denkmuster. Anstatt über unsere Gemeinsamkeiten zu reden, darüber zu reden, was uns verbindet und uns zu einer Wir-Gesellschaft macht, wollen Sie unter dem Vorwand dieses Antrags eine Debatte der Einheits- oder Leitkultur auf die Tagesordnung setzen. Das werden wir nicht mitmachen. Es ist nicht hilfreich, permanent nach Dingen zu suchen, die uns angeblich voneinander unterscheiden, uns trennen. Wir brauchen keine Forschung, die einzig unsere Differenzen betrachtet, wir brauchen vielmehr Begegnung, soziale Kontakte und Teilhabe in dieser Gesellschaft. Je häufiger es zu sozialen Kontakten zwischen den Menschen mit und ohne Migrationshintergrund kommt, desto besser ist das Integrationsklima.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Das ist auch das Ergebnis einer aktuellen Studie des Sachverständigenrats der deutschen Stiftungen. Die Studie heißt übrigens "Viele Götter, ein Staat". Denken Sie daran, Herr Baumann.

Sie haben es in Ihrem Antrag eigentlich ganz gut erkannt: Hamburg ist das Tor zur Welt. In Hamburg leben seit Jahrzehnten Menschen verschiedenster Kulturen friedlich miteinander. Das ist nicht nur ein guter Wirtschaftsfaktor, sondern auch ein kulturelles Erbe, das unsere Stadt so besonders macht. Gerade deshalb ist Hamburg ein Magnet für viele Menschen und eine wachsende Stadt.

Was Sie, meine Damen und Herren von der AfD, mit Ihrem Antrag fordern, stört diese gelebte Vielfalt, den Zusammenhalt und den sozialen Frieden in dieser Stadt. Die Integration kann aber nur gelingen, wenn die Menschen sich in Hamburg angekommen fühlen und die Möglichkeit bekommen, ein Teil unserer Gesellschaft zu werden. Dafür bedarf es gleicher Augenhöhe und der Atmosphäre einer Willkommengesellschaft. Dafür setzen wir uns ein, und zwar nicht nur die Politik, sondern auch zahlreiche Einrichtungen in Hamburg, auch viele ehrenamtliche. Selbstverständlich geht es dabei auch darum, klar zu vermitteln, welche grundlegenden Regeln in unserer Gesellschaft entscheidend sind. Die Gleichstellung aller Menschen unabhängig von ihrem Geschlecht und ihrer sexuellen Orientierung, die Achtung der Menschenwürde, Meinungs- und Religionsfreiheit – all diese im Grundgesetz verankerten Werte prägen das Zusammenleben und müssen von allen Mitgliedern

(Phylliss Demirel)

der Gesellschaft eingefordert werden, nicht nur von den Zugewanderten oder von den Flüchtlingen, sondern auch von den schon lange hier lebenden Menschen und somit auch von Ihnen, liebe Mitglieder der AfD.

(Beifall bei den GRÜNEN, vereinzelt bei der SPD und bei *Martin Dolzer DIE LINKE*)

Das neue Grundsatzprogramm der AfD zeigt ganz klar, dass Ihre Partei den Wertekanon des Grundgesetzes verlassen hat. Eine Partei, die sich zum Ziel macht, ganze Bevölkerungsgruppen pauschal von der gesellschaftlichen Teilhabe auszuschließen,

(*Dirk Nockemann AfD*: Woher haben Sie denn den Unsinn?)

vertritt nicht die Werte, die wir den zu uns kommenden Menschen vermitteln sollten. Eine Partei, deren Spitzenpersonal für Ausgrenzung, antiquierte Geschlechterrollen und die Ablehnung alternativer Lebensentwürfe steht, hat eine Konfrontation mit den Werten einer offenen Gesellschaft weitaus nötiger als die meisten der hier nun lebenden Schutzsuchenden.

(Beifall bei den GRÜNEN, der SPD und der LINKEN – Heiterkeit bei *Dr. Alexander Wolf AfD*)

Wir werden den Antrag ablehnen. – Danke schön.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Frau Schneider von der Fraktion DIE LINKE.

Christiane Schneider DIE LINKE: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Baumann hat in seiner Rede deutlich gemacht, dass die Alternative für Deutschland wirklich ein tiefer Abgrund ist.

(Beifall bei der LINKEN, den GRÜNEN, der SPD und bei *Jennyfer Dutschke FDP*)

Ich werde mich trotzdem sachlich mit dem Antrag auseinandersetzen, weil auch dieser Antrag das schon deutlich macht.

Es gibt in der Bundesrepublik Deutschland eine ganze Reihe von Instituten nicht nur für Migrationsforschung, sondern für vergleichende Kulturforschung, zum Beispiel in Marburg oder Passau oder an der Viadrina in Frankfurt an der Oder. In Hamburg gibt es – Frau Oldenburg hat einiges aufgezählt – wie an vielen Universitäten das Institut für Ethnologie. Die Ethnologie befasst sich als vergleichende Wissenschaft mit der kulturellen Vielfalt der Menschheit. Warum also will die AfD in Hamburg ein neues Institut für vergleichende Kulturforschung und Integration ins Leben rufen? Weil sie nicht den Ansatz der kulturellen Vielfalt, sondern einen ganz anderen, geradezu entgegengesetzten

Ansatz verfolgt. Ich möchte Artikel 2 der allgemeinen Erklärung zur kulturellen Vielfalt zitieren, die die UNESCO-Generalkonferenz 2001 verabschiedet hat:

"In unseren zunehmend vielgestaltigen Gesellschaften ist es wichtig, eine harmonische Interaktion und die Bereitschaft zum Zusammenleben von Menschen und Gruppen mit zugleich mehrfachen, vielfältigen und dynamischen kulturellen Identitäten sicherzustellen. Nur eine Politik der Einbeziehung und Mitwirkung aller Bürger kann den sozialen Zusammenhalt, die Vitalität der Zivilgesellschaft und den Frieden sichern. Ein so definierter kultureller Pluralismus ist die politische Antwort auf die Realität kultureller Vielfalt."

(Beifall bei der LINKEN, den GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

"Untrennbar vom demokratischen Rahmen führt kultureller Pluralismus zum kulturellen Austausch und zur Entfaltung kreativer Kapazitäten, die das öffentliche Leben nachhaltig beeinflussen."

So die UNESCO.

Dieser Aufgabe stellt sich unsere Gesellschaft seit Jahrzehnten. Es hat lange gebraucht, bis sich die Bundesrepublik Deutschland darauf eingestellt hat, Einwanderungsland zu sein. Aber die zivilgesellschaftlichen und auch die staatlichen Institutionen haben sich den damit verbundenen Herausforderungen zunehmend gestellt, gerade in Stadtgesellschaften wie unserer. Die Herausforderungen bleiben angesichts der großen Zahl schutzsuchender Menschen auch in Zukunft groß, aber an der Leitidee der von mir zitierten UNESCO-Resolution, nämlich von kultureller Vielfalt zu kulturellem Pluralismus, führt kein Weg vorbei, es sei denn, man will zurück.

(Beifall bei der LINKEN – Zuruf von *Dr. Bernd Baumann AfD*)

Ja, die AfD will zurück. Sie vertritt mit ihrem Antrag knallhart die Idee der deutschen Leitkultur. Die deutschen Werte, der deutsche Kulturkreis sind für sie das Maß aller Dinge, an dem alles gemessen wird und dem sich alles zu unterwerfen hat. Sie haben eine Hierarchisierung der Welt vorgenommen, in der Deutschland das Zentrum und schon Südtalien völlig fremd ist.

(*Dr. Bernd Baumann AfD*: Nordeuropa habe ich gesagt!)

– Von wegen Europa.

(Beifall bei der LINKEN)

Wenn die AfD von Integration spricht, meint sie Assimilation. Das ist rückwärtsgewandt, einseitig und ethnozentristisch. Als gäbe es eine unveränderba-

(Christiane Schneider)

re Kultur, ein unverrückbares Wertesystem, das alle Herkunftsdeutschen teilten, als wäre die fremde Kultur, die die Neuankömmlinge mitbringen, defizitär und müsste, solle Integration gelingen, durch unsere – völlig vagen – Werte und Prinzipien ersetzt werden. Kein Gedanke bei Ihnen, dass sich durch Austausch Neues entwickelt und sich ohne Austausch nichts Neues entwickelt. Kein Gedanke an einen interkulturellen Dialog,

(Dr. Bernd Baumann AfD: Schließt sich überhaupt nicht aus!)

in den alle hier lebenden Menschen, wenn man sie nur lässt, etwas einzubringen haben und aus dem sich Neues entwickelt, übrigens auch neue Wertnormen.

Niemand ist so naiv zu glauben, dass das Zusammenwachsen der sich durch die Aufnahme Geflüchteter ändernden Gesellschaft konfliktfrei abgeht. Aber das lässt sich im Zusammenhang mit dem AfD-Antrag nicht debattieren, weil Sie nicht das Ziel einer solidarischen Entwicklung dieser Gesellschaft verfolgen. Nein, Sie verfolgen auch mit diesem Antrag – das ist in Ihrer Rede deutlich geworden – wieder eine Vorstellung von Integration, die Hierarchisierung von Menschengruppen, Unterordnung und Ausschluss meint. Überdeutlich ist in Ihrem Antrag und erst recht in Ihrer Rede das Bestreben, einen großen Teil der Zuwanderer und Schutzsuchenden, insbesondere diejenigen aus Afrika und dem Orient, als mit deutscher Kultur unvereinbar abzustempeln und auszugrenzen – und das unter der Fahne der Kultur. Vor 90 Jahren hätten Sie das, was Sie heute vergleichende Kulturforschung nennen, ungeschminkt Rassenkunde genannt. Das ist in Ihrer Rede deutlich geworden.

(Beifall bei der LINKEN, vereinzelt bei der SPD und den GRÜNEN und bei *Nebahat Güçlü* und *Dora Heyenn*, beide fraktionslos)

Ich zitiere Adorno:

"Das vornehme Wort Kultur tritt anstelle des verpönten Ausdrucks Rasse, bleibt aber ein bloßes Deckbild für den brutalen Herrschaftsanspruch."

Das haben Sie hier demonstriert. – Schönen Dank.

(Beifall bei der LINKEN, vereinzelt bei der SPD und den GRÜNEN und bei *Nebahat Güçlü* und *Dora Heyenn*, beide fraktionslos – Dr. Bernd Baumann AfD: Sie vielleicht! Das habe ich nie gesagt!)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Frau Dutschke von der FDP-Fraktion.

Jennyfer Dutschke FDP:* Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kollegen und Kolleginnen! Herr Dr. Baumann, was wollten Sie uns mit dieser Rede eigentlich sagen? Schaffen Sie es nicht einmal, Ih-

re eigene politische Idee so zu verkaufen, dass man sie unterstützen kann? Schaffen Sie es nicht ein einziges Mal, für Zustimmung zu werben?

(Beifall bei *Katja Suding* FDP – Dr. Bernd Baumann AfD: Wir haben doch Zustimmung!)

Sie haben aber selbst keine Lösung – das ist doch der Punkt. Wir haben jetzt in dieser Stadt über 20 000 Flüchtlinge, die allein im letzten Jahr gekommen sind. Die sind hier. Wenn Sie jetzt anfangen, ein Institut zu gründen, irgendwelche Forschungen in Angriff zu nehmen und anschließend irgendetwas daraus machen zu wollen: Wie viele Jahre sind bis dahin vergangen? Auch Sie haben keine Lösung und wir müssen uns jetzt und nicht erst in zehn Jahren vernünftig mit Lösungen auseinandersetzen.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der SPD)

Ich möchte noch einmal auf die Einlassungen zum Thema Werte zu sprechen kommen, die Sie zumindest in Ihrem Antrag niedergeschrieben haben. Wir leben in einer offenen freiheitlich-demokratischen Gesellschaft, in der eine Vielzahl von Einstellungen, Lebensweisen und Vorstellungen toleriert wird. Wenn es darum geht, welche Werte und Normen unserer Kultur Flüchtlingen vermittelt werden, orientieren wir uns an dem Werterahmen, der durch unser Grundgesetz abgebildet wird – und der ist mehr als deutlich.

(Beifall bei der FDP, vereinzelt bei der SPD und bei *Nebahat Güçlü* fraktionslos)

In dem als Lüth-Urteil bekannt gewordenen und viel zitierten Grundsatzurteil zur Grundrechtsdogmatik betont das Bundesverfassungsgericht, dass es das Grundgesetz als Wertesystem betrachte. Nach diesem Urteil darf keine bürgerlich-rechtliche Vorschrift im Widerspruch zum verstandenen Wertesystem stehen. Insofern ist das Grundgesetz rund um gesellschaftliche Werte und Normen in unserem Land ein sinnvoller Rahmen. Wenn Ihnen das nicht reicht, dann weiß ich nicht, in welcher Welt Sie leben. Aber ein Minimalkonsens ist darin festgehalten und dieser gilt für uns alle.

(Beifall bei der FDP und bei Michael Westenberger [CDU] – Dr. Bernd Baumann AfD: Sagen Sie das den sozialen Brennpunkten!)

Wo wir in der Tat auch Defizite sehen – das sind nicht nur Defizite dieses Senats, sondern auch Fehler, die in der Vergangenheit vielfach begangen wurden –, ist die Frage, wie wir unsere Werte vermitteln. Genau in dieser Frage gibt es sicherlich noch viel aufzuarbeiten, aber dazu leistet Ihr Antrag wirklich keinen Beitrag.

Zur Forschungslandschaft wollte ich auch noch Folgendes sagen – das haben die Kolleginnen sehr gut ausgeführt –: Wir haben über 18 deutsche

(Jennyfer Dutschke)

Universitäten und Hochschulen, an denen man Abschlüsse in den Studiengängen Kulturwissenschaften oder interkulturelle Studien erwerben kann.

(Dr. Bernd Baumann AfD: Das ist etwas ganz anderes!)

Insofern brauchen wir kein Institut extra für Hamburg. Das sage ich einfach noch einmal, um auf eine sachliche Ebene zurückzukommen. Wir lehnen Ihren Antrag ab und aufgrund der Darstellungen, die Sie hier erbracht haben, Ihr Überweisungsbegehren ebenfalls. – Danke.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Frau Güçlü.

Nebahat Güçlü fraktionslos: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! In den Vorgängerlegislaturperioden haben wir in diesem Haus viel erlebt und was wir damals unter Schill erleben mussten, hielt ich für den Höhepunkt des Verlusts an Debattekultur. Aber, Herr Baumann, Sie schaffen es immer wieder, sich in negativer Hinsicht zu toppen. Es ist ein Armutszeugnis, unterirdisch und dieses Hauses nicht würdig, auf diese Art und Weise Debatten zu führen, in denen Sie nicht nur, wie Herr Hamann es genannt hat, mit wirren Begriffen hantieren, sondern bewusst falsche Infos streuen.

(Dr. Bernd Baumann AfD: Was ist falsch?)

– Sie streuen bewusst falsche, populistische Annahmen.

Ich versuche, auf Ihren Antrag zurückzukommen, und stelle fest, dass er mit falschen Annahmen beginnt, und zwar schon im ersten Satz, in dem Sie sagen, man habe das erste Mal eine so große Einwanderungswelle. Sie blenden aus, dass wir schon eine mit der Anwerbung der sogenannten Gastarbeiter hatten. Mit ihnen sind weit mehr Menschen als jetzt in unser Land gekommen. Das durchzieht Ihren ganzen Antrag. Und was machen Sie? Sie kulturalisieren, indem Sie Kulturen, wie Frau Schneider richtig gesagt hat, gegeneinander hierarchisieren. Dem immanent ist die Bewertung: Wir sind gut, die anderen sind minderwertig.

(Dr. Bernd Baumann AfD: Habe ich nie gesagt! Wie können Sie so etwas behaupten!)

Das ist Rassismus pur und durchzieht Ihren ganzen Antrag.

(Beifall bei der SPD, den GRÜNEN, der LINKEN und der FDP)

Das zeigt sich auch an der von Ihnen gewählten Sprache. Sie sprechen – wir sind ein interkulturelles Land – immer wieder von Kulturdifferenz, von Werten jenseits des Grundgesetzes. Sie sind von

vielen anderen Vorrednern und Vorrednerinnen gefragt worden,

(Zuruf von Dr. Bernd Baumann AfD)

was denn weitere Werte jenseits des Grundgesetzes sind.

(Dr. Bernd Baumann AfD: Soziale Tugenden!)

Was bringt es, Kulturen zu vergleichen? Wissen Sie, was ich glaube? Ich glaube, Sie tun sich schwer zu sagen, was Sie als deutsch empfinden.

(Dr. Bernd Baumann AfD: Ich habe nie von deutsch gesprochen, ich habe von Nordeuropa gesprochen!)

Umso einfacher ist es für Sie zu definieren, was als Werte noch erbracht werden muss.

(Glocke)

Vizepräsidentin Barbara Duden (unterbrechend): Frau Güçlü hat das Wort, damit keine Irritationen entstehen.

Nebahat Güçlü fraktionslos (fortfahrend): Ich fasse noch einmal zusammen: Ihr ganzer Antrag ist durchzogen von einer Hierarchisierung von Kulturen, die ich als Rassismus werte. Ich finde diesen Antrag durchgehend peinlich. Wir haben aktuell ganz viele Instrumente,

(Dr. Bernd Baumann AfD: Erschließt sich mir nicht!)

wie wir Integrationsprozesse messen können. Das Integrationskonzept der Stadt Hamburg ist ein wunderbares Beispiel. Ich bin mir nicht einmal sicher, ob Sie sich das jemals zu Gemüte geführt haben; das sollten Sie machen. Wir haben dort Indikatoren, Maßnahmen, auch die Möglichkeit, zu vergleichen und Prozesse zu messen. Alles andere, was ein Kulturvergleich, bei dem Sie schon immer die Kulturdifferenz zugrunde legen, bringen soll, erschließt sich mir nicht. Ebenso nicht die von Ihnen zitierten Personen, ich kann Ihnen auch Zitate von anderen sehr renommierten Migrationsforschern nennen.

(Dr. Bernd Baumann AfD: Welche denn?)

Ein Beispiel sind die klassischen Einwanderungsländer Kanada und USA – "The Rise of the Creative Class" dürfte einigen von Ihnen bekannt sein. Die sagen nämlich – das ist keine These, sondern lässt sich belegen –, dass es in den Ländern, in denen Integration am besten gelungen ist, weil die Integrationsbedingungen als flankierende Maßnahmen am besten gelegt worden sind, die größten wirtschaftlichen Zuwächse gibt. Viel mehr möchte ich gar nicht sagen. – Danke.

(Beifall bei der SPD, den GRÜNEN und der LINKEN)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Professor Kruse von der AfD-Fraktion.

Dr. Jörn Kruse AfD:* Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Dass dieser Antrag abgelehnt werden würde, wusste Herr Baumann schon, als er ihn geschrieben hat.

(Michael Kruse FDP: Warum? Haben Sie ihm einen Maulkorb gegeben?)

Aber als ich den Vortrag in der Vorfassung gelesen, ihn hier gehört und den Antrag gesehen habe, habe ich bemerkt, dass darin ungeheuer viel inhaltliche Substanz steckt,

(Zurufe: Oh! und Heiterkeit)

und habe mich gefragt, ob man ihn wohl in diesem Hause überbringen können.

(Sabine Boeddinghaus DIE LINKE: Peinlich, Herr Kruse, peinlich!)

Dann habe ich gehört, wie die Antworten auf Herrn Baumann lauteten. Dabei hatte ich immer den Eindruck, dass Sie es gar nicht verstanden haben.

(Christiane Schneider DIE LINKE: Wir sind alle zu dumm!)

Ich glaube, das ist nicht der Grund. Der Grund ist viel schlimmer: Sie wollten Herrn Baumann gar nicht verstehen,

(Nebahat Güçlü fraktionslos: Wir haben ihn verstanden!)

und zwar deshalb, weil Sie immer dann, wenn meine Partei über irgendetwas redet, was mit Zuwanderung, Integration, Flüchtlingen zu tun hat, uns sofort eine schlechte Intention unterstellen. Das ist total falsch.

(Beifall bei der AfD)

Und dann sage ich noch etwas: Die erste Rednerin nach Herrn Baumann hat ihm quasi vorgeworfen, rassistisch zu sein.

(Beifall bei der LINKEN, vereinzelt bei der SPD und den GRÜNEN und bei Nebahat Güçlü fraktionslos)

Das ist eine üble Unterstellung. Das werde ich an dieser Stelle nicht nur als Fraktionskollege von Herrn Baumann zurückweisen, sondern ich finde es absolut unverschämt und unangänglich, in dieser Bürgerschaft so ein Wort zu sagen, zumal es keinerlei inhaltliche Begründung dafür gibt. Einer von denen, die gar nichts verstanden haben, sind leider Sie, der CDU-Vertreter. Da habe ich mich gefragt, ob er überhaupt irgendetwas verstanden hat.

(Anna-Elisabeth von Treuenfels-Frowein FDP: Der heißt Hamann!)

– Herr Hamann, ist er da? Okay.

Die inhaltsstärkste Rede nach Herrn Baumann hat Frau Schneider gehalten.

(Zurufe: Ah!)

Frau Schneider hat wenigstens zur Sache gesprochen,

(Anna-Elisabeth von Treuenfels-Frowein FDP: Aber Herr Baumann nicht!)

wenngleich sie auch von den gleichen falschen Unterstellungen ausgeht. Eine dieser Unterstellungen, die auch Frau Güçlü vorgenommen hat, ist, dass Herr Baumann von einer Hierarchisierung der Kulturen und Werte gesprochen habe. Er hat nur davon gesprochen

(Nebahat Güçlü fraktionslos: Der Antrag spricht für sich!)

– und das ist auch genau die Absicht gewesen –, dass die Kulturen sich gegenseitig verstehen müssen. Und dazu müssen sie erst einmal verstehen, wie anders oder wie gleich die anderen sind. Das ist alles andere als selbstverständlich.

(Beifall bei der AfD)

Häufig ist es so, dass die Politiker die Macht haben, aber ihre Einsichtsfähigkeit überschätzen. Damit meine ich Folgendes: Wir alle in diesem Parlament und anderswo sollten froh sein über eine wissenschaftliche Forschung,

(Farid Müller GRÜNE: Sind wir aber nicht!)

Unterstützung und Beratung zu den Themen, über die Herr Baumann hier gesprochen hat und die ganz entscheidend sein werden für unsere weitere Entwicklung in Deutschland mit so vielen Menschen, die aus anderen Ländern gekommen sind.

(Glocke)

Vizepräsidentin Barbara Duden (unterbrechend): Herr Professor Kruse, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Abgeordneten Güçlü?

Dr. Jörn Kruse AfD:* Ich würde das gern kurz zu Ende bringen. Ich bin auch gleich fertig, Frau Güçlü.

Vizepräsidentin Barbara Duden: Ja oder nein?

Dr. Jörn Kruse AfD (fortfahrend):* Nein.

Das ist genau der Punkt. Frau Dutschke, wenn Sie sagen, man brauche dafür ein paar Jahre und dann sei das Problem längst gegessen:

(Kazim Abaci SPD: Hat sie nicht gesagt!)

völlig falsch. Wir haben noch in zehn oder zwanzig Jahren damit zu tun, dass wir uns gegenseitig zu wenig verstehen, um uns ineinander integrieren zu können.

(Dr. Jörn Kruse)

(Michael Kruse FDP: Haben Sie Ihre Rede eigentlich dem Landesvorstand vorgelegt?)

Denn wenn man zusammenleben will, muss man sich gegenseitig verstehen. Und das sage ich jetzt ganz bewusst: Herr Baumann hat mit keinem Wort gesagt, dass die anderen sich uns anpassen müssen. Das hat er mit keinem Wort gesagt und auch nicht gemeint. Wir müssen genauso die anderen verstehen. Aber häufig wissen wir gar nicht so genau, was es dort alles an Unterschieden gibt. Und das meinte ich damit, dass Politiker häufig glauben, sie seien einsichtsfähiger, als sie es wirklich sind. Politiker brauchen dort eine Beratung und dafür ist Forschung die allerbeste Gelegenheit. Ich bin Herrn Baumann dafür dankbar, dass er diesen Antrag hier eingebracht und begründet hat. – Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD – Gerhard Lein SPD: Herr Dr. Kruse erklärt die AfD!)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Dr. Schinnenburg von der FDP-Fraktion.

Dr. Wieland Schinnenburg FDP: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Professor Kruse und Herr Dr. Baumann, ich war von vornherein fest entschlossen, diesen Antrag abzulehnen, aber ich habe es noch nie erlebt, dass ein Redner und am Ende sogar zwei so intensiv dafür geworben haben, ihren Antrag abzulehnen. Ich habe es selten erlebt, dass jemand in einer Einbringungsrede einen eh schon schlechten Antrag noch viel schlechter macht. Was Sie hier gebracht haben, war einfach unglaublich.

(Beifall bei der FDP, der SPD, den GRÜNEN, der LINKEN und bei Nebahat Güçlü fraktionslos)

Sie sollten sich auch nicht mehr damit herausreden, dass Sie neu im Parlament sind. Sie sind über ein Jahr hier und irgendwann einmal muss man dann auch dazulernen. Man kann ein Thema interessant finden, aber die Formulierung des Antrags und vor allen Dingen der Vortrag von Herrn Baumann waren sehr geeignet, Misstrauen gegen alle Ihre Anträge zu säen. Wir merken zunehmend, dass hinter einem vielleicht nur halbwegs harmlosen Antrag etwas ganz anderes steckt. Damit riskieren Sie auch künftig, alle Anträge abgelehnt zu bekommen. Das haben Sie, Herr Dr. Baumann und Herr Professor Kruse, sich selbst zuzuschreiben.

(Beifall bei der FDP, der SPD, den GRÜNEN und bei Nebahat Güçlü fraktionslos)

Sie, Herr Professor Kruse, sagen, man unterstelle Ihnen immer, mit Ausländern, Flüchtlingen oder sonst etwas zu kommen. Nein, das tun wir nicht. Das Problem ist, dass Sie, egal um welches Thema es sich handelt, es immer vor dem Flüchtlings-

hintergrund sehen. Es mag ja interessant sein, über Kulturunterschiede zu forschen. Letztes Mal war es der Antrag bezüglich der Mobilitätskarte. Immer sind Sie diejenigen, die jedes Thema, das diese Stadt berührt, und sei es die Verkehrspolitik, in einen Zusammenhang mit Flüchtlingen bringen. Sie haben eine völlig einseitige Denkweise.

(Detlef Ehlebracht AfD: Mein erster Antrag: Obdachlose!)

Nur ein einziges Thema beschäftigt Sie, und zwar mit Gewalt, und da müssen Sie sich nicht wundern, wenn wir genauso antworten. Überlegen Sie sich einmal Ihre Auftritte in der Bürgerschaft. Es ist einfach völlig destruktiv, was Sie machen, und nebenbei auch noch gefährlich. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP, der SPD, den GRÜNEN, der LINKEN und bei Nebahat Güçlü fraktionslos)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Dann frage ich einmal Herrn Ehlebracht: War das eine Wortmeldung?

(Detlef Ehlebracht AfD: Nein, nein!)

Das war nur Sitzgymnastik, alles klar. Gut. Dann sehe ich keine weiteren Wortmeldungen mehr und wir können zur Abstimmung kommen.

Wer nun die Drucksache 21/4427 an den Ausschuss für Wissenschaft und Gleichstellung überweisen möchte, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mit großer Mehrheit abgelehnt.

Wir stimmen dann in der Sache ab.

Wer dem AfD-Antrag aus der Drucksache 21/4427 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Der Antrag ist mit großer Mehrheit abgelehnt.

Bevor wir zum Punkt 15 der heutigen Tagesordnung kommen, möchte ich Ihnen die zwei vorliegenden Wahlergebnisse bekanntgeben.

Bei der Wahl einer oder eines Deputierten der Justizbehörde sind 87 Stimmzettel abgegeben worden. Davon waren 2 Stimmzettel ungültig, somit sind also 85 Stimmen gültig. Herr Justus Burgdorf erhielt 34 Ja-Stimmen, 37 Nein-Stimmen, 14 Enthaltungen. Damit ist Herr Burgdorf nicht gewählt worden und wir werden diese Wahl in der nächsten Sitzung wieder auf die Tagesordnung setzen.

Bei der Wahl einer oder eines Deputierten der Behörde für Schule und Berufsbildung sind 84 Stimmzettel abgegeben worden. Davon waren 3 Stimm-

(Vizepräsidentin Barbara Duden)

zettel ungültig, somit 81 Stimmen gültig. Herr Krzysztof Walczak erhielt 35 Ja-Stimmen, 36 Nein-Stimmen, 10 Enthaltungen. Damit ist auch Herr Walczak nicht gewählt worden und wir werden auch seine Wahl in der nächsten Bürgerschaftssitzung durchführen.

Wir kommen zum Punkt 15 unserer Tagesordnung, Drucksache 21/4333, dem Bericht des Ausschusses für Justiz und Datenschutz: "Nein heißt Nein" – Für eine Reform des Sexualstrafrechts zur Verbesserung des Schutzes vor sexualisierter Gewalt auf Basis der Istanbul-Konvention und Verbesserung des Schutzes vor sexuellen Übergriffen – Tätliche sexuelle Belästigung unter Strafe stellen.

[Bericht des Ausschusses für Justiz und Datenschutz über die Drucksachen 21/2945 (Neufassung) und 21/3176:

"Nein heißt Nein" – Für eine Reform des Sexualstrafrechts zur Verbesserung des Schutzes vor sexualisierter Gewalt auf Basis der Istanbul-Konvention (Antrag der Fraktionen der SPD und der GRÜNEN) und Verbesserung des Schutzes vor sexuellen Übergriffen – Tätliche sexuelle Belästigung unter Strafe stellen (Antrag der CDU-Fraktion) – Drs 21/4333 –]

Wird hierzu das Wort gewünscht? – Herr Tabbert von der SPD-Fraktion.

Urs Tabbert SPD:* Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die sexuellen Übergriffe in der Silvesternacht in Köln und in anderen Städten haben uns allen noch einmal deutlich gemacht, dass unser Sexualstrafrecht das Recht auf sexuelle Selbstbestimmung nicht so ausreichend schützt, wie es eigentlich erforderlich wäre. Es gibt inzwischen, so meine ich und so meinen viele, einen gesellschaftsübergreifenden Konsens darüber, dass wir das Strafrecht an dieser Stelle so nachbessern müssen, dass im Ergebnis unser elementares Recht auf sexuelle Selbstbestimmung in jedem Fall und ohne Wenn und Aber geschützt ist.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Wir hatten uns bereits in der Bürgerschaft und im Justizausschuss im Februar und im März 2016 intensiv mit dem Thema der anstehenden Reform des Sexualstrafrechts befasst. Hamburg hat daraufhin eine Bundesratsinitiative angestoßen, die am 18. März 2016 erfolgreich war und von vielen anderen Bundesländern mitgetragen wird.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Wir begrüßen den nun vorliegenden Entwurf der Bundesregierung, der aber nach wie vor einige Strafbarkeitslücken enthält.

(Vizepräsidentin Antje Möller übernimmt den Vorsitz.)

Es gibt unseres Erachtens zu viel Spielraum für Fälle, in denen ein klar formuliertes Nein des Opfers vom Täter ignoriert werden kann und er ohne Anwendung von Nötigungsmitteln sexuelle Handlungen vornehmen kann, ohne dass er dafür mit Strafe zu rechnen hätte. Unsere Forderung dagegen ist klar: Das Sexualstrafrecht ist so zu reformieren, dass der Grundsatz "Nein heißt Nein" umgesetzt wird.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Im Justizausschuss im März haben wir ebenfalls sehr intensiv und offen über die Notwendigkeit einer Reform debattiert. Inzwischen hat sich die Debatte weiterentwickelt. Ich möchte deutlich machen, worüber wir derzeit immer noch streiten. In der Debatte im Justizausschuss und ebenso in der Auseinandersetzung im Bundestag und auch im Bundesrat wurde deutlich, dass es einen großen interfraktionellen Konsens darüber gibt, dass die Reform des Sexualstrafrechts kommen muss. Unser Konsens besteht in der folgenden Annahme: Der Gesetzentwurf der Bundesregierung ist insofern nicht weitreichend genug, als die Fälle des sogenannten Grapschens in der derzeitigen Fassung nach wie vor ungenügend oder gar nicht erfasst sind.

Einen Dissens allerdings haben wir bei der Frage, ob künftig allein der entgegenstehende Wille des Opfers, sei er klar geäußert oder aus den äußeren Umständen deutlich zu erkennen, der alleinige Anknüpfungspunkt sein solle, um eine Strafbarkeit zu begründen. CDU und FDP in der Bürgerschaft wollen, wenn ich sie richtig verstanden habe, nicht ganz so weit gehen, weil sie eine Entgrenzung des Tatbestands befürchten und auch Probleme mit der Beweislast in späteren Strafprozessen sehen. Diese Argumente sind ernst zu nehmen, aber ich möchte noch einmal kurz darstellen, warum unser grundsätzlicher Ansatz "Nein heißt Nein" das Angebot der Stunde ist, und warum er machbar und strafrechtlich auch völlig plausibel und völkerrechtlich geboten ist.

Schon vor den sexuellen Übergriffen in Köln stand die Reform des Sexualstrafrechts auf der Agenda des Bundesministeriums für Justiz und Verbraucherschutz. Das Bundeskanzleramt hat dann jedoch bis zu den Übergriffen in Köln im Fortschreiten des Prozesses gehörig auf die Bremse gedrückt, wie man hört – angeblich, weil er zu weit ging. Gegenstand des Gesetzesvorhabens sind genau die Schutzlücken, die spätestens seit der Silvesternacht nun auch der breiten Öffentlichkeit bewusst sind. Anlass der Reform waren allerdings keine konkreten Vorfälle wie die in Köln, sondern die Istanbul-Konvention und deren Artikel 36. Dieser Artikel verlangt, kurz gefasst, dass ein Straftatbestand geschaffen wird, der alle nicht einver-

(Urs Tabbert)

ständlichen sexuellen Handlungen unter Strafe stellt. Artikel 36 Ziffer 2 der Konvention führt hierzu unmissverständlich aus:

"Das Einverständnis muss freiwillig als Ergebnis des freien Willens der Person, der im Zusammenhang der jeweiligen Begleitumstände beurteilt wird, erteilt werden."

Aus unserer Sicht, und das ist das Kernanliegen der von Hamburg angestoßenen Bundesratsinitiative, reicht der Entwurf der Regierung nicht weit genug. Der jetzige Gesetzentwurf der Bundesregierung lässt Strafbarkeitslücken, weil es beispielsweise anders als bei Körperverletzungs- oder Diebstahls- oder Betrugsdelikten an einem soliden Grundtatbestand fehlt. Rechtsgüter wie die körperliche Unversehrtheit oder das Eigentum werden durch einen Grundtatbestand und Strafschärfungsgründe oder Qualifizierungstatbestände geschützt. Bei der sexuellen Selbstbestimmung sind derzeit nur sehr besondere Rechtsgutsverletzungen erfasst, Vergewaltigung und sexuelle Nötigung oder der sexuelle Missbrauch in besonderen Lagen. Es ist im Strafrecht beispielsweise absolut sonnenklar, dass ein Diebstahl nicht erst dann vorliegt, wenn sich der Bestohlene gegen den Täter zur Wehr setzt.

(Dirk Nockemann AfD: Das ist ein ganz anderer Sachverhalt, Herr Tabbert!)

Es ist nicht erforderlich, besondere Sicherungen zu überwinden oder Gewalt anzuwenden, um ein Dieb zu sein. Eine Körperverletzung ist grundsätzlich noch der kleinste Piekser mit einer Spritze. Ob eine Einwilligung in diese Körperverletzung vorlag oder nicht, entscheidet über das Vorliegen einer Straftat. Für das Sexualstrafrecht ist genau all das nicht selbstverständlich. Diese strafrechtliche Diskriminierung des elementar wichtigen Schutzguts der sexuellen Selbstbestimmung wird auch mit dem derzeitigen Gesetzentwurf nicht vollständig aufgelöst. Gerade die Grapscherfälle werden nicht ausreichend erfasst, aber auch andere Fälle, in denen der Täter beispielsweise ein deutliches Nein des Opfers ignoriert und ohne Anwendung von Nötigungsmitteln sexuelle Handlungen an ihm ausführt, sind weiterhin straflos. Gerade in diesem sensiblen Bereich wird jede Lösung immer unzureichend sein, die lediglich Sondertatbestände für besonders dringliche Fälle schafft. Wir setzen uns jetzt dafür ein, diesen Zustand im Strafgesetzbuch vom Kopf auf die Füße zu stellen und alle nicht einverständlichen sexuellen Handlungen unter Strafe zu stellen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Jeder nicht gesühnte sexuelle Übergriff ist einer zu viel. Das gilt nicht nur wegen der Tat selbst, sondern auch wegen der schweren Folgen, die ein solcher Übergriff für das Opfer haben kann. Wir haben jetzt die

Chance, das Strafrecht entsprechend zu reformieren, und deswegen werden wir auf Bundesebene über den Bundesrat mit Nachdruck an diesem Thema gemeinsam mit allen, die bereit sind, mit uns für diese fast schon historische Weichenstellung zu kämpfen, weiterarbeiten. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Antje Möller: Nun bekommt Herr Seelmaecker von der CDU-Fraktion das Wort.

Richard Seelmaecker CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren Kollegen! Niemand hat das Recht, sich über die sexuelle Selbstbestimmung eines anderen hinwegzusetzen. Sexualisierte Gewalt darf nicht relativiert werden; darüber haben wir einen breiten Konsens. Wir haben auch einen weiteren breiten Konsens in Bezug auf die Strafbarkeitslücken, die noch zu schließen sind. Und ein Punkt, den Urs Tabbert eben richtig angesprochen hat, ist die Frage des Grapschens. Die Strafbarkeit des Angrapschens darf nämlich nicht länger davon abhalten, ob dies auch gleichzeitig eine Beleidigung, also eine Herabwürdigung, darstellt. Das darf nicht sein, sondern wir müssen die sexuelle Selbstbestimmung umfassend strafrechtlich schützen. Das gilt natürlich gleichermaßen für die Massenbelästigungen, wie wir sie in der letzten Silvesternacht erleben mussten, als auch für jede einzelne Tat. Das ist kein Unterschied.

(Beifall bei der CDU)

Insofern hätte es mich gefreut, wenn dieser Konsens zu einer Zustimmung unseres Antrags geführt hätte, denn wir haben einen sehr konkreten Antrag eingebracht, der genau diese tätliche sexuelle Belästigung umfasst, also genau diese Lücke, die jetzt im Referentenentwurf des Bundesjustizministeriums gesehen wird, geschlossen hätte. Da hätten wir ein klares Signal gehabt. Schade, dass wir uns darauf nicht einigen konnten.

(Farid Müller GRÜNE: Das finden wir auch schade!)

Prävention im Bereich sexualisierter Gewalt ist auch sehr wichtig. Hier offenbart sich die Schwäche Ihrer mit heißer Nadel gestrickten Antragskonstruktion. Sie haben dort formuliert, der Senat werde aufgefordert – ich zitiere Ziffer 3 –:

"[...] an geeigneter Stelle verstärkt auf die fundierte Erarbeitung von Kampagnen mit dem Ziel der Prävention sexueller Gewalt gegen Frauen hinzuwirken."

Das ist nun wirklich hilflos und in gewisser Weise sogar schamlos. Ich will Ihnen einmal übersetzen, was das heißt. "Geeignete Stelle" heißt: Wir haben keine Ahnung, wo man was in Hamburg tun müsste. "Fundierte Erarbeitung" heißt entweder bestenfalls, es sei ein Alltagsplatz, oder es heißt – fun-

(Richard Seelmaecker)

diert klingt immer gut –, es bestehe ein Misstrauen gegenüber Ihrer eigenen Behörde, weil Sie sagen: Wenn wir da nicht "fundiert" hineinschreiben, bekommen wir auch nichts Fundiertes. Also das kann es doch wohl nicht sein.

(Farid Müller GRÜNE: Das ist Kaffeesatzleserei!)

Und dann verlangen Sie Kampagnen.

(Farid Müller GRÜNE: Das ist Wortklaubelei!)

– Nein, das ist genau der Wortlaut, und da steht als Nächstes: Kampagne. Das finde ich auch sehr schön, Kampagnen. Offenbar verwechseln Sie die Tätigkeit Ihrer Propagandaabteilung in der Parteizentrale mit dem, was eine Behörde zu leisten hat.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Die GRÜNEN können gern eine Wahlkampfkampagne starten, und auch die SPD hat seit 1998 den griffigen Slogan "Wir haben die Wahlkampfzentrale Kampa". Kampa klingt gut, Kampagne. In den politischen Bereich gehört das hinein, aber doch nicht in den staatlichen, behördlichen Bereich. Eine Behörde hat die Bevölkerung zu informieren oder aufzuklären. Das zeigt einfach nur, wer daran gesessen hat und mit welcher heißen Nadel das Ganze letztlich gestrickt wurde.

(Farid Müller GRÜNE: Unterstützen Sie denn nun "Nein heißt Nein"?)

– Dazu komme ich gleich.

Ich komme gleich zu den konkreten Inhalten, denn das ist ein weiterer schwacher Punkt. Es hilft uns bei dieser ernsthaft zu führenden Diskussion inhaltlich überhaupt nicht, wenn wir mit Worthülsen arbeiten, sondern wir müssen die Probleme ganz konkret benennen und sagen, wie wir sie lösen wollen. Dazu komme ich gleich.

Es geht aber nicht, dass ich mir so eine Behörde zur Beute mache und wieder einmal sage, das mache ich so, wie ich es will. L'état, c'est moi, der Staat bin ich, die Behörde muss es so machen, wie ich es will, und dann kann ich es ein bisschen flapsig formulieren und dann wird das schon.

Sie haben die Retourkutsche von der Behörde unmittelbar im Anschluss bekommen. Ich finde es nur verwunderlich, dass Sie sich im Grunde damit abgefunden haben. Lesen Sie sich den Bericht doch durch. Was hat die Behörde Ihnen da hineingeschrieben beziehungsweise was hat die Behörde im Ausschuss denn zu Ihrem Antrag gesagt? Und zwar zu unserem sogar gemeinsam getragenen Antrag, denn bezüglich Ziffer 3, also der Aufklärung und der Prävention, sind wir doch einer Meinung. Da hat Ihnen die Behörde Folgendes hineingeschrieben: Sie hat nämlich gesagt, 2015 habe es fünf Aktionen gegeben. Eine davon stammt im Übrigen von der Bundeszentrale für gesundheitli-

che Aufklärung; diese lasse ich außen vor, denn sie kommt vom Bund. Bleiben also noch vier Aktionen der Hamburger Behörden. Davon sind zwei in dem Bericht "Interne Fachveranstaltungen" und zwei sind Plakataktionen. Ich weiß nicht, wie es Ihnen ergeht; ich habe im letzten Jahr jedenfalls nicht unmittelbar wahrnehmbar so große öffentliche Plakatierungsmaßnahmen in dieser Stadt wahrgenommen, dass ich sagen könnte, Mensch, wie gut, dass wir uns so stark um sexualisierte Gewalt bemühen. Das ist an mir vorbeigegangen, tut mir leid; und ich bin wirklich gern im Justizbereich dabei.

(Beifall bei der CDU)

Und, noch wichtiger, denn das war Ihre von uns mitgetragene Forderung für 2016: Was hat die Behörde uns denn da gesagt? Wir haben mehr und eine bessere Präventionsarbeit gefordert, und für 2016 sagt der Senat, eine ganze Palette von Maßnahmen sei in Planung. Ich verstehe unter einer Palette von Maßnahmen ein breites Spektrum. Der Senat nennt dann aber konkret nur zwei, dazu auch noch interne Maßnahmen; erstens nämlich einen behördenübergreifenden runden Tisch zum Thema "Sexualisierte Gewalt" – lasst uns einmal zusammensetzen, gut. Und zweitens – jetzt zitiere ich wieder aus dem Bericht –:

"[...] als Reaktion auf die Silvesterereignisse gemeinsam mit der Polizei Qualifizierung, Aufklärung und Sensibilisierung gerade im Hinblick auf sexualisierte Gewalt im öffentlichen Raum und bei öffentlichen Veranstaltungen weiter verstärken."

Wer da gemeinsam mit der Polizei etwas tun soll, steht darin schon einmal nicht. Ehrlich gesagt finde ich das ein Stück weit frech. Glauben Sie ernsthaft, dass irgendjemand in dieser Stadt noch irgendwie über die letzten Silvesterereignisse aufgeklärt werden muss oder darüber, dass Massengrapschen nicht geht? Das ist doch lächerlich. Ich finde es völlig unglaublich, was Sie da hineingeschrieben haben. Das ist doch jedem in dieser Stadt völlig klar.

(Beifall bei der CDU – Farid Müller GRÜNE: Nur Ihnen nicht!)

Jetzt kommen wir zu dem einzig wichtigen Punkt. Es folgt nur eine einzige, kümmerliche externe Maßnahme auf unseren Antrag hin, nämlich welche? Der Entwurf eines Plakatmotivs: "Er wollte, sie nicht". Und wohlgemerkt, es steht darin ausdrücklich, es werde nur einen Entwurf eines Plakats geben, es gebe keine öffentlichen Veranstaltungen, keine großen Plakatierungen, keine Informationsveranstaltungen oder Ähnliches. Das finde ich zu dünn.

Ich will Ihnen nur aufzeigen, dass Sie, wenn Sie einen so schwachen Antrag einbringen, sich nicht wundern dürfen, wenn die Behörde Ihnen die Nase

(Richard Seelmaecker)

zeigt und uns am Ende, gelinde gesagt, etwas veräppelt und sagt, man mache nächstes Jahr einmal ein Plakat. Dafür ist dieses Thema zu wichtig. Das kann nicht reichen.

Bei den Haushaltsberatungen werden Sie die Möglichkeit haben, diese Schmach gewissermaßen wieder auszubügeln, denn es ist nämlich einer der Schlüsselfaktoren im Bereich der sexualisierten Gewalt, aufzuklären und Prävention zu betreiben.

(Farid Müller GRÜNE: Eigentlich würden wir gern mal hören, wo Sie stehen!)

Bevor ich zu den Verbesserungsvorschlägen komme, vielleicht noch ein Lob. Eines nehmen wir mit großer Freude zur Kenntnis, dass nämlich auch der amtierende Justizsenator in der aktuellen Entscheidung des Bundesrats zu dem Schluss kommt – ich zitiere –:

"Ein Sexualstrafrecht ohne Strafbarkeitslücken schreckt ab, ermutigt Opfer und Zeugen zur Anzeige und erleichtert die Arbeit der Polizei und Justizbehörden der Länder und des Bundes."

Bravo. Umfassendes Strafrecht ohne Lücken schreckt also ab. Richtig so, Herr Senator, diese Einsicht haben Sie völlig richtig gewonnen. Handeln Sie bitte also auch danach und sehen Sie das Strafrecht als das Instrumentarium an, das es auch ist. Dann will ich in der nächsten Zukunft bitte nichts mehr von irgendwelchen Entkriminalisierungen hören, denn Sie sagen selbst, es schütze umfassend.

(Beifall bei der CDU)

Jetzt zu den beiden Fehlern in Ihrem Ansatz. In Ihrem Antrag begründen Sie nämlich auf Seite 1, Absatz 1:

"Doch auch von den angezeigten Taten können in Deutschland bisher nur wenige konsequent geahndet werden. Der Grund dafür liegt in einem Sexualstrafrecht, dass das Nein des Opfers in vielen Fällen nicht als Nein anerkennt."

Das ist ein fundamentaler Irrtum. Und zwar weshalb?

(Farid Müller GRÜNE: Aha!)

Die objektiven Fakten sprechen nämlich eine ganz andere Sprache. 7 bis 10 Prozent der Frauen in Deutschland werden Opfer von sexuellen Übergriffen. Nur 15 Prozent der Frauen, die vergewaltigt werden, zeigen das überhaupt an. Und nur 8 Prozent der Tatverdächtigen werden am Ende auch verurteilt.

(Farid Müller GRÜNE: Aha!)

Man muss es konkret analysieren. Woran liegt das? Fünf Punkte sind relevant. Erstens: Die Täter sind sehr selten Fremde, sondern kommen insbe-

sondere beim sexuellen Missbrauch und bei Vergewaltigungen meist aus dem sozialen Umfeld.

(Mareike Engels GRÜNE: Ach!)

Es sind also meistens Vater, Onkel, Bruder, Ehemann, Lebensgefährtin oder ein sonstiger Verwandter.

Zweitens: Die meisten sexuellen Übergriffe finden im gewohnten Umfeld statt – in der Wohnung, am Arbeitsplatz oder im Freizeitbereich. Das heißt, Mädchen und Frauen sind dort, wo sie sich eigentlich am sichersten fühlen, am stärksten bedroht.

Drittens: Das Hauptmotiv für sexualisierte Gewalt ist die Ausübung von Macht und Kontrolle. Sexualität wird also gezielt als Mittel der Diskriminierung, der Herabwürdigung und der Macht über eine andere Person eingesetzt.

Viertens: Bei allen Formen sexueller Übergriffe handelt es sich nicht um gewalttätige Formen von Sexualität, sondern um sexuelle Formen der Gewalttätigkeit. Der Begriff sexualisierte Gewalt stellt somit den Gewaltaspekt in den Vordergrund, der mittels sexueller Handlungen zum Ausdruck gebracht wird.

Und fünftens: Nach langjähriger Gewalt sind auch die Folgen komplex und andauernd, denn Gewalterfahrungen bewirken meistens eine starke Traumatisierung, und die Frauen wollen häufig nicht an diese Gewalt erinnert werden. Sie wollen das, was sie schon einmal durchlebt haben, nicht wieder durchleben, sei es auch nur auf einer sekundären Ebene.

Fazit: Die mangelnde Ahndung dieser Fälle, und darin liegt der Begründungsirrtum bei Ihnen, liegt in der Nähebeziehung von Täter und Opfer und der Angst der Opfer.

(Zuruf von Anna Gallina GRÜNE – Mareike Engels GRÜNE: Nein! Gucken Sie in den Antrag!)

Diese Fälle werden Sie also durch diese Struktur-reformen nicht angreifen. Sie stellen sie aber so in den Vordergrund, als seien dies die Fälle. Das ist nicht die richtige Begründung. Richtig hingegen ist, dass das Überwinden des Willens eines anderen künftig umfassend strafbewehrt sein soll; in diesem Punkt sind wir ganz beieinander. Das deckt aber die anderen von Ihnen genannten Fälle nicht ab.

(Farid Müller GRÜNE: Wie muss sich der Wille denn ausdrücken?)

– Genau da sind wir jetzt beim Punkt, genau darin geht es nämlich um das Eingemachte.

In diesem Punkt sind wir auseinander, denn ich sage, dass es am Ende keine Gesinnungsstrafe geben darf. Dazu hat Urs Tabbert eben etwas gesagt, was nicht mit dem zusammengeht, was in

(Richard Seelmaecker)

dem Entwurf steht. Denn in dem Gesetzentwurf, den der Bundesrat präsentiert hat, steht,

"[...] wenn die fehlende Zustimmung offensichtlich ist."

Wenn die fehlende Zustimmung offensichtlich ist, also nicht das erklärte Nein. Urs Tabbert hat gesagt, es müsse einen äußeren Anknüpfungspunkt geben. Den gibt es aber nicht. Wenn es ihn gäbe, wäre es in Ordnung. Das Strafrecht braucht einen objektiven Anknüpfungspunkt. Ich kann nicht aus einem reinen Forum internum ein Verbrechen als Strafbarkeit generieren. Wie wollen Sie denn bitte dem Richter oder Staatsanwalt dieses andienen und sagen, es reiche, wenn einer gesagt hat, es sollte nicht sein beziehungsweise, wenn er es nicht gesagt hat, das müsse auch noch offensichtlich gewesen sein.

(*Farid Müller GRÜNE*: Was würden Sie denn reinschreiben?)

Genau das ist der Punkt. Wir brauchen einen objektiven Anknüpfungspunkt, ohne den geht es nicht. Insofern ist übrigens auch der Gesetzentwurf der Regierungsfractionen, zwar aus dem Hause des SPD-Ministers, aber trotzdem letztlich auch von den Regierungsfractionen getragen, noch zu überarbeiten, denn dort steht ähnlich ungünstig, "subjektive Furcht eines empfindlichen Übels". Wenn ich da keine Konkretisierung habe, sagt der Bundesgerichtshof sehr klar, sei das nicht tauglich. Das überschreitet das verfassungsrechtlich gebotene Bestimmtheitsprinzip. Das müssen wir abstellen.

(Beifall bei der CDU und bei *Anna-Elisabeth von Treuenfels-Frowein FDP – Urs Tabbert SPD*: Damit stellen Sie alle subjektiven Aspekte infrage!)

– Nein.

Ich komme zum Schluss. Wir brauchen zweierlei Dinge. Repressiv müssen wir die Strafrechtslücken sorgfältig schließen. Die neuen Regelungen müssen verfassungsgemäß sein und Polizei, Staatsanwaltschaft und Gerichte müssen diese auch anwenden können. Präventiv schließlich müssen wir in Hamburg mehr Aufklärungsarbeit leisten und mit ihr sicherlich an den Schulen beginnen. Ganz bestimmt brauchen wir keine aufgeregte Diskussion mit bloßen Worthülsen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und bei *Anna-Elisabeth von Treuenfels-Frowein FDP*)

Vizepräsidentin Antje Möller: Nun bekommt Frau Engels von der GRÜNEN Fraktion das Wort.

Mareike Engels GRÜNE:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Im Januar hatten wir hier schon einmal über dieses Thema diskutiert, und ich dachte, wir wären einen großen Schritt weiter,

aber anscheinend nicht bei der CDU. An Ihnen sind offensichtlich nicht nur die Plakatkampagnen im November zum "Tag gegen Gewalt an Frauen" vorbeigegangen.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Ich habe Ihre Rede als großes Ablenkungsmanöver wahrgenommen, um darüber zu reden, wie wir es schaffen, die sexuelle Selbstbestimmung von Frauen endlich umfassend zu schützen.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Wir haben sehr lange darauf warten müssen, dass die Reform des Sexualstrafrechts endlich angepackt wird. Denn die sexuelle Selbstbestimmung ist ein elementares Recht von Menschen und muss uneingeschränkt geschützt werden. Aber auch der aktuelle Gesetzentwurf reicht nicht aus. Nein heißt auch nach dem Reformvorschlag der Bundesregierung noch immer nicht Nein. Der Ausschussbericht und die Rede von eben lassen erahnen, warum das so ist, nämlich weil die Widerstände bei konservativen Politikern in unserer Gesellschaft zu groß sind.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD – Glocke)

Vizepräsidentin Antje Möller (unterbrechend):* Meine Damen und Herren! Wir sind mitten in einer Debatte, die vom Podium aus geführt wird. Danke.

Mareike Engels GRÜNE (fortfahrend):* Eine große Koalition von Frauenverbänden hat sich unlängst zu Wort gemeldet und auf die historische Chance einer Reform hingewiesen, ähnlich wie die Strafbarkeit von Vergewaltigung in der Ehe 1997. Auch die Umsetzung der Istanbul-Konvention erfordert Veränderungen im Sexualstrafrecht. Mit unserem Antrag im Januar und der erfolgreichen Bundesratsinitiative wollen wir, dass endlich alle sexuellen Handlungen ohne den Willen des Opfers uneingeschränkt strafrechtlich verfolgt werden können.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Die FDP nannte dies im Ausschuss eine Entgrenzung des Tatbestands und will, wie die Bundesregierung, zu dem Katalog qualifizierender Tatbestände lediglich weitere hinzufügen. Die sexuelle Selbstbestimmung kann aber nur dann umfassend geschützt werden, wenn wir davon ablassen, die Strafbarkeit an abschließend beschriebene besondere Umstände zu knüpfen. Wir brauchen einen Grundtatbestand. Der Grundsatz "Nein heißt Nein" bedarf keiner weiteren Einschränkung, sondern muss immer gelten.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Gerade mit Blick auf die Rechtsprechung der letzten Jahre – das zeigen viele Studien zu sexuali-

(Mareike Engels)

sierter Gewalt und zur Strafverfolgung sexualisierter Gewalt – wissen wir, dass von den Gerichten hohe Maßstäbe an die Erfüllung dieser qualifizierenden Tatbestandsmerkmale gelegt werden. Es gibt eben nur diese Konkretisierungen und nicht den Grundtatbestand. Das aktuelle Recht ist damit in keinem Stück praxistauglich, und es kommt zu vielen Nichtverurteilungen. Die Verurteilung von sexualisierter Gewalt darf aber nicht an das Verhalten des Opfers geknüpft werden und vor allem nicht daran, dass es sich nicht ausreichend gewehrt hat. Eine Erweiterung der Merkmale bringt uns daher kein Stück weiter. Was wir brauchen, ist ein Paradigmenwechsel im Gesetz und in den Köpfen.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Die CDU befürchtet im Ausschuss eine schwierige Abgrenzung von sozial adäquatem sexuellem Anbahnungsverhalten. Ich bin fest davon überzeugt, dass alle Menschen in sozialen Situationen sehr gut wissen, wann sie zu weit gehen. Manche tun es aber trotzdem. Bei sexualisierter Gewalt geht es nicht um Sex, sondern um Macht und Dominanz. Herr Seelmaecker hatte für uns heute recherchiert, was das Thema sexualisierte Gewalt alles bedeutet und was davon erfasst wird. Es hörte sich gerade so an, als sei dieses Thema auf der Tagesordnung gewesen. Ich habe mich sehr an die BFF-Website erinnert gefühlt, und zwar an den Unterpunkt, was sexualisierte Gewalt sei. Dort wurden all die Punkte sehr gut aufgeführt. Die Schlüsse daraus sollten Sie aber konsequenterweise ziehen.

(Beifall bei den GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

Die Studie des BFF zu strafrechtlich eingestellten Fällen zeigt eindrücklich, dass in fast allen Fällen die Täter zugaben – und ihnen damit klar war –, dass das Opfer die sexuelle Handlung nicht wollte. Sie handelten trotzdem gegen den Willen der Frauen, und ihr Handeln blieb rechtlich folgenlos. Grapschereien oder andere sexuelle Handlungen, bei denen klar ist, dass man sie nicht möchte, mag von manchen als Anbahnungsversuch gesehen werden, ist aber keinesfalls sozial adäquat.

(Beifall bei den GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

Sozial adäquates Verhalten achtet nämlich die sexuelle Selbstbestimmung von Frauen; das ist eigentlich sehr simpel. Ich zähle daher sehr darauf, dass es im parlamentarischen Verfahren auf Bundesebene noch ein Umdenken gibt. Auch in der CDU gibt es vereinzelt vernünftige Stimmen bei diesem Thema.

Aber auch wenn wir hoffentlich bald ein besseres Sexualstrafrecht haben, muss uns klar sein, dass die meisten dieser Übergriffe von den Opfern nicht angezeigt werden. Da haben wir ein weiteres Pro-

blem. Aber die niedrige Verurteilung von Straftaten ist auch ein Problem.

(Anna Gallina GRÜNE: Das ist gerade das Problem!)

Darum geht es bei "Nein heißt Nein". Es gibt darüber hinaus aber noch viele weitere Probleme, zum Beispiel die Frage der Anzeigebereitschaft. Natürlich sinkt die Anzeigebereitschaft, wenn man weiß, dass in den Beratungsstellen gesagt wird, die Chance auf eine Verurteilung sei gering. Das heißt, wir müssen noch viel mehr tun. Es kommt darauf an, dass den Frauen geglaubt wird, dass ihre Erfahrungen nicht bagatellisiert werden und ihnen zugehört wird.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Es gibt noch viele andere Baustellen. Genau aus dem Grund hat die Stadt ein umfassendes Konzept zum Gewaltschutz gemacht, das nun fortgeschrieben werden soll.

Mit unserem Antrag haben wir uns auch für eine stärkere öffentliche Sensibilisierung eingesetzt. Ich freue mich, dass der Senat auch dieses Jahr einen Präventionsschwerpunkt auf das Thema sexualisierte Gewalt setzt. Denn Sensibilisierung, zum Beispiel in Form von Kampagnen, ist ein wichtiger Baustein zur Prävention. Es muss öffentlich deutlich gemacht werden, dass sexualisierte Gewalt in unserer Gesellschaft nicht geduldet wird.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Wir brauchen eine Debatte über Geschlechterrollen, Männerbilder und sexualisierte Gewalt. Wenn wir den Gegenwind gegen "Nein heißt Nein" berücksichtigen, brauchen wir diese Debatte ziemlich dringend. Die sexuelle Selbstbestimmung von Frauen muss endlich ausnahmslos geschützt werden. Dafür gilt es, sich weiterhin einzusetzen. – Danke schön.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsidentin Antje Möller: Nun bekommt Frau Özdemir von der Fraktion DIE LINKE das Wort.

Cansu Özdemir DIE LINKE:* Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die Forderung nach der Reform des Sexualstrafrechts gibt es nicht erst seit den Silvestervorfällen, sondern seitens verschiedener Frauenorganisationen und Gruppen schon seit Jahren. Aber gerade nach den Silvestervorfällen wurden die Debatte und die Kritik an den Lücken im Sexualstrafrecht noch einmal laut geführt und die Reform zu Recht gefordert.

Sehen wir uns die Zahlen an – es sind schon einige genannt worden –, weil sie das Problem, vor dem wir seit Jahren stehen, verdeutlichen. Jährlich werden circa 8 000 Vergewaltigungen angezeigt. Aber der Anteil der Frauen, die eine erlebte Verge-

(Cansu Özdemir)

waltigung nicht anzeigen, bewegt sich zwischen 85 bis 95 Prozent. Jede siebte Frau in Deutschland erlebt einmal in ihrem Leben schwere sexualisierte Gewalt. Wenn eine Frau, die ein so schreckliches Erlebnis durchlebt hat, den Mut und die Kraft aufbringt, diesen Fall zur Anzeige zu bringen, dann ist es wirklich bitter, wenn der Täter ungestraft davonkommt mit dem Argument, diese Frau habe sich nicht ausreichend gewehrt.

Aber auch die sinkende Quote der Verurteilungen ist ein sehr entmutigender Faktor für Frauen, die so etwas erlebt haben. Im Jahr 2012 erlebten 8,4 Prozent der Frauen, die eine Vergewaltigung anzeigten, dass der Täter verurteilt wurde. Das ist ein großes Problem. Ich finde es sehr schade, dass wir erst heute, im Jahr 2016, darüber sprechen.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei den GRÜNEN)

Betroffene Frauen in Deutschland, Feministinnen, die seit Jahren diese Reform fordern, waren über den ersten Entwurf des Justizministers bitter enttäuscht, weil dieser Entwurf einen Teil des Problems löst, aber nicht das Problem an sich. Das Gesetz versucht das Problem der sogenannten Überraschungsfälle zu lösen, also der Fälle, in denen das Opfer zum Widerstand unfähig ist oder im Fall des Widerstands ein Übel befürchtet. Der Gesetzentwurf in seiner jetzigen Form – Herr Maas hat angekündigt, er sei bereit, in diesem Punkt etwas zu ändern – regelt nicht den Grundsatz "Nein heißt Nein", über den wir wochenlang gesprochen und im Ausschuss beraten haben und der der Grundsatz ist, der in Deutschland die Debatte beherrscht hat.

DIE LINKE und die GRÜNEN im Bundestag haben jeweils einen Gesetzentwurf eingebracht mit der Forderung, den Grundsatz "Nein heißt Nein" gesetzlich zu verankern, weil das Problem erkannt wurde. Aber ich glaube, Herr Maas hatte scheinbar die Debatte ziemlich falsch wahrgenommen oder falsch verstanden. Ich finde es gut, dass Herr Tabbert sagt, auch er und seine Fraktion sähen diese Lücke und wollten sich dafür weiterhin einsetzen.

Mich irritiert die Empörung von Herrn Seelmaecker, weil die CDU auf Bundesebene seit Jahren die Möglichkeit hat und hatte, diese Reform durchzuziehen, aber bis zu dieser Debatte kein Interesse gezeigt und sich dahingehend nicht bewegt hat. Diese Forderung ist seit Jahren aktuell. Ich erinnere mich gut daran, dass Sie, als wir nach den Silvestervorfällen in der Aktuellen Stunde über den Schutz der Frauen und Mädchen sprechen wollten, die Debatte nicht zustande haben kommen lassen,

(*Anna-Elisabeth von Treuenfels-Frowein FDP: Was? – Kazim Abaci SPD: Was?*)

weil Sie in der Aktuellen Stunde Ihre Show abgezogen haben.

Ein weiterer für uns wichtiger Punkt ist die Prävention in Hamburg, nämlich die Frage, wie Frauen im öffentlichen Raum, in Ausgehvierteln und auf Großveranstaltungen besser geschützt werden können. Wir hatten diesbezüglich einen Antrag mit konkreten Forderungen eingereicht. Zum Beispiel forderten wir, eine Kommission, analog zur Kommission gegen Gewalt, im öffentlichen Raum als Teil des Landesaktionsplans Opferschutz zum Schutz vor sexuellen Übergriffen im öffentlichen Raum einzuberufen und in sie Expertinnen und Experten aus den Bereichen Jugend- und Sozialarbeit, Opferschutz, Frauenverbände, Schule und Berufsbildung, Staatsanwaltschaft, Justiz und Polizei einzubeziehen, die die Aufgabe haben, präventive Maßnahmen für den öffentlichen Raum zu erarbeiten, unter anderem Aktionen und Kampagnen, Informations- und Bildungsmaßnahmen auf den Weg zu bringen, aber auch einen für uns sehr wichtigen Punkt, den wir in München gesehen haben, nämlich das Konzept "Sichere Wiesen", also die Entwicklung eines Konzepts zum Schutz vor sexuellen Übergriffen, das zum Beispiel Notfallsäulen, Security Points und Kooperationen mit Gastronominnen und Gastronomen einbezieht. Leider wurde dieser Antrag abgelehnt, was ich überhaupt nicht verstehe.

Ziemlich schräg finde ich auch, dass ich im Ausschuss erstens keinerlei Interesse an diesem Antrag habe feststellen können und die Senatorin zweitens auf die Frage hin, wie Frauen im öffentlichen Raum besser geschützt werden könnten, berichtete, wie geflüchteten Männern in Hamburg europäische Werte vermittelt werden – als sei das Problem damit gelöst. Sexuelle Übergriffe auf Großveranstaltungen im öffentlichen Raum kann es immer noch geben. Ich denke, dass dieses Thema so ernst genommen und konkretisiert werden muss wie das Thema sexuelle Übergriffe am Arbeitsplatz. Die Bereitschaft dazu habe ich bei Ihnen leider nicht gesehen. Wir werden uns auf Landesebene, aber auch auf Bundesebene weiterhin an der Seite der Frauenorganisationen dafür einsetzen, dass Nein auch wirklich Nein heißt.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Antje Möller: Nun bekommt Frau von Treuenfels-Frowein von der FDP-Fraktion das Wort.

Anna-Elisabeth von Treuenfels-Frowein FDP:* Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich bin, gelinde gesagt, etwas erstaunt. Wir haben das im Ausschuss debattiert, und ich habe die Debatte als vorwiegend sachlich empfunden; es war übrigens nicht so, dass keiner Interes-

(Anna-Elisabeth von Treuenfels-Frowein)

se daran hatte. Die SPD war und ist Miturheber einer Gesetzesinitiative mit dem vielversprechenden Namen "Nein heißt Nein". Als Teil der Bundesregierung in Berlin lehnt dieselbe SPD, allerdings auf der Bundesebene, diesen Vorschlag ab beziehungsweise integriert ihn nicht in ihren eigenen Vorschlag, und wir debattieren es jetzt noch einmal, als ob wir etwas daran ändern könnten. Aber ich will mich dieser Debatte trotzdem noch einmal stellen; vielleicht kann ich dann unsere Position deutlich machen.

Noch einmal: Dass die Bundesregierung den Entwurf von SPD und GRÜNEN aus Hamburg nicht übernommen hat, ist für mich überhaupt nicht verwunderlich.

(Farid Müller GRÜNE: Aha!)

Denn selbst wenn er, was ich unterstellen möchte, Gutes will, geht er erstens in die falsche Richtung und ist zweitens handwerklich schlecht gemacht.

Aber auch bei dem Gesetz der Bundesregierung hätten wir uns eine objektiv nachprüfbarere Regelung gewünscht. Unser Vorschlag war übrigens ein anderer als der, den Sie zitiert haben, nämlich eine Ausweitung der Strafbarkeit auf Drohung mit einem empfindlichen Übel. Aber nun wird das Tatbestandsmerkmal total subjektiviert. Es soll in Zukunft genügen, dass jemand unabhängig von objektiver Bedrohung empfindet, bedroht zu werden – eine sehr fragliche Regelung. Das kritisiert übrigens auch der Deutsche Anwaltverein in seiner Stellungnahme vom Februar 2016.

Aber nun zum Gesetz von Herrn Steffen; ich sage es einmal so, weil ich glaube, dass Sie der Initiator waren: Er hat sich plötzlich vom, wie wir ihn immer nennen, Unterlassungstäter zum Feministen gemausert. Aber wieder ohne Erfolg, denn die Regelung "Nein heißt Nein" ist ein Fehler, und ich werde Ihnen auch begründen, warum. "Nein heißt Nein" hört sich sehr eingängig an und kommt sehr einfach daher. Selbstverständlich muss zwischenmenschlich gelten, dass ein Nein ein Nein heißt; ich will nicht falsch verstanden werden. Aber was so einfach daherkommt, ist als gesetzliche Regel genau deswegen keine Lösung. Ein furchtbares traumatisches Erlebnis – ich glaube, darin sind wir uns alle einig –, nämlich die Vergewaltigung einer Frau – übrigens natürlich auch die eines Mannes, das wird immer ein wenig verkannt, als ob die Männer alle nur die Täter und die Frauen alle nur die Opfer wären; ich finde das ein bisschen schwierig in der Diskussion und will mich auch einmal für die Männer stark machen ...

(Dirk Nockemann AfD: Das hätte ich schon gleich gemacht!)

– Herr Nockemann, wenn Sie das jetzt nicht gesagt hätten, muss ich es fast wieder zurücknehmen.

Ich fange noch einmal von vorn an: Es ist ein furchtbares Erlebnis, ob nun eine Frau oder ein Mann es erlebt; das wissen wir alle. Aber gerade deswegen muss man sich ein Gesetz ausdenken, das nicht so fatale Folgen haben kann wie das Ihrige, zum Beispiel das Ende der Unschuldsvermutung. Denn wie soll ein Mann – bleiben wir einmal im Rollenverständnis – später ein Ja noch beweisen können? Muss er sich dazu jetzt als Absicherung ein schriftliches Einverständnis geben lassen, damit ihm geglaubt wird? Ein Beispiel: A und B haben eine Beziehung. A trennt sich jetzt aber von B, und B ärgert sich darüber und will sich rächen. Das kann in einem Scheidungsverfahren durchaus einmal so kommen; das wissen wir. Dann hat A relativ schnell ein Problem und findet sich plötzlich als Straftäter wieder, weil B sagt: Der Sex mit mir war nicht einvernehmlich; ich habe Nein gesagt. Das kann gar nicht bewiesen werden. Sind Sie sich eigentlich im Klaren darüber, dass so etwas passieren kann? Ich glaube, das drücken Sie alle weg, weil Sie nämlich ein Klima schaffen, wenn man nicht zu dem steht, was Sie sagen, dann würde man nicht gerade diese Strafrechtslücke damit aufmachen. Ich habe das im Ausschuss schon gesagt, wo Sie dafür noch Verständnis hatten.

(Beifall bei der FDP, der CDU und der AfD – Urs Tabbert SPD: Ein Nein muss doch bewiesen werden!)

– Das ist doch noch schwerer zu beweisen. Herr Tabbert, ich will einmal auf Ihren Einwurf eingehen. Sie haben gerade gesagt, ein Nein müsse bewiesen werden, was mindestens genauso schwierig ist. Wie soll der Mann das denn sagen? Die Frau hat Nein gesagt, die Frau sagt, sie habe Nein gesagt, der Mann sagt Nein, und dann? Ganz ehrlich, das kann doch gar nicht gewollt sein, und ich glaube auch nicht, dass das von Ihnen so gewollt ist. Das ist eine Willkür, der Tür und Tor geöffnet wird. Deswegen lehnen wir diese Art Paradigmenwechsel ganz einfach ab.

(Beifall bei der FDP)

Ich sage Ihnen noch etwas: Nie können Strafrechtsverschärfungen dieser Art alles Unrecht verhindern. Was wir brauchen, und das ist das, worauf es wirklich ankommt, ist eine Gesellschaft, die ihre Werte kennt, lebt und verteidigt. Das einzig Positive an diesem rot-grünen Entwurf finde ich daher den Vorschlag für mehr Prävention. Denn wir brauchen Prävention, die schon im Kindergarten, in der Schule anfangen muss. Sie muss aber nicht dahin gehend ausgerichtet sein, wie schrecklich sexualisierte Gewalt sei – dazu darf es gar nicht kommen –, sondern sie muss die Gleichberechtigung von Mann und Frau als Kernelement unserer Gesellschaft vermitteln. Dahin müssen wir, nicht hin zu mehr Gesetzen. Das ist die richtige Antwort.

(Beifall bei Katja Suding FDP)

(Anna-Elisabeth von Treuenfels-Frowein)

Wenn ich es richtig in Erinnerung habe, war dieses "Nein heißt Nein"-Gesetz eine Reaktion – das haben Sie, Herr Tabbert, glaube ich, auch gesagt – der GRÜNEN und der SPD auf die Vorfälle der Silvesternacht. Ich habe damals schon in der Bürgerschaft gesagt, das sei genau die falsche Reaktion. Und was habe ich herausgefunden? Ich befinde mich in unverhoffter und eher seltener Eintracht mit Alice Schwarzer. Für sie ist nämlich das Hauptproblem von Silvester, wie sie neulich geschrieben hat, die falsche Toleranz der GRÜNEN und eine übertriebene Political Correctness. Das kann ich unterstreichen. Recht hat sie.

(Beifall bei der FDP und der AfD)

Wie auch immer. – Die ersten Prozesse zu dieser Tatnacht zeigen, dass es mitnichten in erster Linie an Regeln im Strafgesetz gemangelt hat, sondern dass das Hauptproblem in der Aufklärung und der eindeutigen Zuordnung der Täter besteht. Hier müssen wir ansetzen. Wir brauchen ein anderes Bewusstsein in unserer Gesellschaft für diese Themen und wir brauchen eine bessere Aufklärung. Was wir nicht brauchen, ist die typisch grüne Forderung nach mehr Gesetzen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und bei *Richard Seelmaecker CDU*)

Vizepräsidentin Antje Möller: Nun bekommt Herr Nockemann von der AfD-Fraktion das Wort.

Dirk Nockemann AfD: Verehrtes Präsidium, meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist gerade darauf hingewiesen worden, dass die Strafbarkeitslücken des Sexualstrafrechts bereits seit Jahren bekannt sind. Nein, sie sind bereits seit sehr vielen Jahrzehnten bekannt.

(*Michael Kruse FDP:* Schon seit Sie Innenminister waren!)

Das Sexualstrafrecht ist in den Siebziger-, den Achtziger- und den Neunzigerjahren reformiert worden. Leider gibt es immer noch eine ganze Reihe von Strafbarkeitslücken, und leider ist es immer noch so, dass nicht alle strafwürdigen Handlungen, die gegen die sexuelle Selbstbestimmung des Opfers verstoßen, von den Paragrafen 177 ff. entsprechend sanktioniert werden. Dies gilt insbesondere dann, wenn eine Frau – oder ein Mann, wie Frau von Treuenfels gerade richtigerweise erwähnt hat – infolge überraschender Handlung oder eines überraschenden Angriffs keinen Widerstand leistet. Das gilt insbesondere auch dann, wenn aus Furcht vor weiteren Sanktionen oder weiteren empfindlichen Übeln keine Widerstandshandlung stattfindet.

Passiert ist in all den Jahren nichts. Das ist ein Skandal. Opferschutz scheint bei allen Parteien, die hier im Hause vertreten sind und die vor allem auch die Bundesregierungen der vergangenen Jahre und Jahrzehnte gestellt haben, ein Fremd-

wort zu sein. Das ist insbesondere deswegen ein Skandal, weil sich Legionen staatlich besoldeter Juristen mit überflüssiger und überbordender Bürokratie, aber nicht mit dem Schutz vor Straftätern beschäftigen müssen.

In Hamburg beziehungsweise in Deutschland, das kennen wir bereits, wird immer nur dann reagiert, wenn das Kind bereits in den Brunnen gefallen ist. Anlass für diese hektische Betriebsamkeit im Bereich der Reform des Sexualstrafrechts war dieser sogenannte Zivilisationsbruch auf der Kölner Domplatte Silvester 2015/2016. Der Begriff "Zivilisationsbruch" stammt nicht von mir, sondern, soweit ich weiß, vom Bundesjustizminister. Das hat uns wieder einmal bewiesen, dass Zuwanderung nicht nur schön und bunt ist, sondern zuweilen auch sehr dunkle und sehr schäbige und unangenehme Seiten haben kann.

Infolge des Versäumnisses vieler Bundesregierungen oder auch vielleicht des bewussten Nichthandelns droht nun nach den Silvesterereignissen ein Prozess nach dem anderen zu scheitern. Da wundert man sich, dass Frauen überhaupt noch den Mut finden, derartige Dinge zur Anzeige zu bringen. Grundsätzlich halten wir von der AfD es für erforderlich, dass jede nicht einvernehmlich ausgeübte sexuelle Handlung unter Strafe gestellt wird, unabhängig davon, ob es zu einer Gegenwehr des Opfers gekommen ist oder nicht.

(Beifall bei der AfD)

Sicher lehnen wir den Antrag von SPD und GRÜNEN aus der Drucksache 21/2945 ab. Es ist gerade schon mehrfach dargelegt worden, dass Strafrecht sich grundsätzlich – das lernt man als Jurist im ersten Semester – an objektiven Tatbeständen und nicht an irgendwelchen internen Befürchtungen orientieren soll. Das stellt die Richterschaft nachher vor allergrößte Probleme und führt auch in der Praxis zu völlig untragbaren Ergebnissen.

Jenseits rechtstheoretischer Erwägungen möchte ich sagen, dass ich als Mann – letzters hat Kollegin Oelschläger zu der Thematik gesprochen – diese Diskussion zuweilen als ausgesprochen schräg und vielleicht etwas zu feministisch empfunden habe. Es kann einfach nicht angehen, dass nach den Silvesterereignissen jeder Mann, der bürgerlich sozialisiert worden ist, sozusagen als Triebtäter, als Hallodri dargestellt wird, vor dem es die Frauenwelt zu schützen gilt. Wenn Sie einmal als Mann in einem Karnevalszug gewesen sind, dann wissen Sie, dass es auch einem Mann einmal passieren kann, dass er Hände dort fühlt, wo sie nicht hingehören. Aus diesem Grund muss der Gesetzgeber endlich tätig werden. Ich weise noch einmal darauf hin, dass das nicht nur ein Problem ist, das Frauen berührt, sondern zunehmend, ebenso wie Gewalt in der Ehe, auch Männer betreffen kann. – Vielen Dank.

(Dirk Nockemann)

(Beifall bei der AfD)

Vizepräsidentin Antje Möller: Das Wort bekommt nun Herr Senator Dr. Steffen. – Habe ich eine Wortmeldung übersehen? – Herr Dr. Flocken, es tut mir leid, ich habe Sie nicht gesehen. Herr Dr. Steffen wartet dann ab; danke sehr.

Dr. Ludwig Flocken fraktionslos:* Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren Volksvertreter! Paragraf 177 Absatz 1 in der heutigen Fassung setzt voraus, dass der Täter oder die Täterin das Opfer mit Gewalt, durch Drohung mit Gewalt oder einer gegenwärtigen Gefahr für Leib und Leben oder unter Ausnutzung einer Lage, in der das Opfer der Einwirkung des Täters oder der Täterin schutzlos ausgeliefert ist, zur Vornahme oder Duldung sexueller Handlungen nötigt. Diese Ausgestaltung der Vorschrift hat sich in der Praxis als zu eng erwiesen, da es Situationen gibt, in denen die Voraussetzungen von Paragraf 177 nicht vorliegen, aber dennoch in strafwürdiger Weise für sexuelle Handlungen ausgenutzt werden, etwa wenn das Opfer aufgrund des Überraschungseffekts des Täters oder der Täterin keinen Widerstand leisten kann oder wenn das Opfer nur aus Angst von Widerstand absieht.

Der Referentenentwurf der Bundesregierung ist hier öfter zitiert worden; dazu brauche ich jetzt nichts mehr sagen.

Die CDU sieht in den Silvesterpogromen eine weitere nicht durch den Referentenentwurf erfasste Strafbarkeitslücke, nämlich die Erheblichkeitschwelle des Paragrafen 184 Nummer 1 Strafgesetzbuch. Völlig zu Recht will sie diese Lücke schließen. Dagegen verlangen SPD und GRÜNE in ihrem Antrag eine totale Abkehr vom bisherigen Sexualstrafrecht und damit auch vom Entwurf der Bundesregierung. Sie missbrauchen die Silvesterpogrome für ein feministisches Konzept eines völlig neuen Sexualstrafrechts, das sie über den Bundesrat in die Gesetzgebung einführen wollen. Danach kann nun jede Frau eine Strafanzeige mit der Begründung erstatten, sie habe sich aus Angst oder um den Vergewaltigungsakt abzukürzen, nicht zur Wehr gesetzt. Die Praxis könnte dann wie erwähnt so aussehen, dass eine Frau oder ein Mann nach einvernehmlichem Geschlechtsverkehr zur Polizei geht und Strafanzeige wegen Vergewaltigung stellt, weil sie oder er den Sex eigentlich doch nicht wollte. Keine blauen Flecken, keine Würgemale, keine inneren Verletzungen sind künftig ein Kriterium für eine Vergewaltigung, lediglich das innere Gefühl; Frau von Treuenfels hat dankenswerterweise das Thema der Falschbeschuldigung angesprochen, ohne dieses Wort zu benutzen. Mit den Silvesterpogromen hat dieser Antrag von SPD und GRÜNE nichts zu tun.

(Sabine Boeddinghaus DIE LINKE: So geht es doch nicht!)

– Sie haben es doch in Ihrem Antrag geschrieben.

(Sabine Boeddinghaus DIE LINKE: Achten Sie mal auf Ihre Wortwahl!)

– Die Wortwahl gefällt Ihnen nicht? Okay. Ich beziehe mich auf Herrn Henryk Broder,

(Sabine Boeddinghaus DIE LINKE: Das ist kein Argument!)

das ist ein jüdischer Essayist, der schon im Januar gesagt hat, er könne nicht verstehen, dass diese offensichtliche Parallelität zu dem, was vor dem 9. November 1938 passiert ist, den Leuten nicht auffalle. Dazu brauche man laut ihm kein Historiker und kein Antisemitismusforscher zu sein. Er hat das übrigens in der "Welt" und nicht in irgendeinem Blog veröffentlicht. Ebenfalls in der "Welt" von gestern heißt es unter der Überschrift "Nein heißt Nein", dass dieses Motto der Justiz Probleme bereite:

"Wie kommt es [...], dass offensichtlich seit Jahrzehnten so eklatante Mängel im Sexualstrafrecht existieren, die dazu führen, dass Vergewaltiger freigesprochen werden? [...] die feministische Antwort auf diese Frage: weil wir in einer hartnäckig patriarchalen Kultur leben, deren Nutznießer es einfach nicht über sich bringen, den erklärten Willen von Frauen zu akzeptieren."

So weit "Die Welt".

Nun ist es so, dass Männer, zumindest europäisch sozialisierte Männer, in aller Regel das Nein einer Frau akzeptieren,

(Sabine Boeddinghaus DIE LINKE: Ich lach mich tot!)

und zwar nicht aus ...

(Glocke)

Vizepräsidentin Antje Möller (unterbrechend): Herr Dr. Flocken, Ihre Redezeit ist abgelaufen.

(Vereinzelter Beifall bei den GRÜNEN)

Sie haben nur fünf Minuten Redezeit. – Das Wort bekommt nun Herr Senator Dr. Steffen.

Senator Dr. Till Steffen:* Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Um es vorweg deutlich zu machen: Ich finde den Vergleich mit der Reichspogromnacht am 9. November 1938 unerträglich; er gehört nicht in diese Debatte.

(Beifall bei den GRÜNEN, der SPD, der CDU, der LINKEN und der FDP)

(Senator Dr. Till Steffen)

Diese Debatte können wir nur führen, wenn wir sehr deutlich machen – und wir hatten in diesem Hause schon bemerkenswerte Debatten, in denen uns das zum Teil sehr wohl gelungen ist –, dass es im Hinblick auf die Frage, wie der Staat zu reagieren hat, in keinerlei Hinsicht einen Unterschied machen kann, welchen kulturellen Hintergrund ein Täter hat. Es kann weder ein gesteigertes Verständnis für Täter mit einem anderen kulturellen Hintergrund geben, noch kann es sein, dass man aufgrund des Umstands, dass eine bestimmte Tätergruppe einen Migrationshintergrund hat, Rückschlüsse auf die gesamte Gruppe zieht. Das kann nicht diese Debatte bestimmen. Und wer sich schon länger mit den Themen Vergewaltigung und sexueller Missbrauch beschäftigt hat, weiß, dass wir keine Zuwanderer brauchen, um genug Gründe zu haben, uns mit diesem Thema sehr ernsthaft zu beschäftigen.

(Beifall bei den GRÜNEN, der SPD und bei *Daniel Oetzel FDP*)

Ich finde es sehr ermutigend, dass es einen überaus breiten Konsens gibt, der von vielen Rednerinnen und Rednern in dieser Debatte getragen wurde, und kann sagen, dass das deutsche Sexualstrafrecht reformbedürftig ist. Für große Teile der Gesellschaft, vor allem für Frauen- und Opferverbände, ist die Lösung dieses Reformbedarfs klar: Nein muss künftig Nein heißen. Das war auch schon vor den Ereignissen zum Jahreswechsel der Fall; das ist eine langjährig erhobene Forderung. Es ist schon gesagt worden, dass dies im Laufe der letzten Jahre zum Gegenstand von Forderungen im Bundestag gemacht wurde. Insoweit ist es keine neue Forderung, aber eine Forderung, die in der Tat mehr Aufmerksamkeit genossen hat. Deswegen muss gelten, dass jede nicht einvernehmliche sexuelle Handlung strafbar sein muss – das ist, finde ich, eine Selbstverständlichkeit.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Es ist offenbar so, dass Teile der Politik noch nicht ganz so weit sind. Die CDU/CSU im Bund stand da lange auf der Bremse, wie Herr Tabbert es beschrieben hat. Jetzt will das Bundesministerium für Justiz und Verbraucherschutz genau das umsetzen, was der Union im Rahmen der Koalitionsverhandlungen mühsam abgerungen werden konnte. Aber der bisherige Gesetzentwurf des Bundesministeriums und der Bundesregierung bleibt deutlich hinter unserer Forderung, "Nein heißt Nein" zum Grundsatz zu machen, zurück. Der Ansatz der Bundesregierung ist ein Schritt in die richtige Richtung, mehr aber nicht. Die Strafbarkeitslücken bestehen fort, weil das Übergehen des entgegenstehenden Willens vom Sexualstrafrecht nicht erfasst wird. Das reicht als Anknüpfungspunkt für eine Strafbarkeit nicht aus. Ein Nein des Opfers reicht auch weiterhin nicht aus.

Der Gesetzentwurf erfasst erstmals die überraschende Tatbegehung. Wehrt sich aber das Opfer aufgrund seiner vermeintlich aussichtslosen Lage nicht, bleibt der Missbrauch weiterhin straflos. Das gilt auch für Fälle wie etwa der Schockstarre oder aber auch für Situationen, in denen das Opfer eine Gegenwehr für aussichtslos hält. Das ist insbesondere denkbar bei Übergriffen aus Menschenmengen heraus, wo der erste Übergriff vielleicht noch mit Gegenwehr beantwortet wird, aber der dritte, vierte und fünfte Übergriff irgendwann nicht mehr. Das Nein ist klar zu erkennen aus den vorherigen Handlungen, aber es fehlt dann an der Strafbarkeit. Das wäre auch nach dem Gesetzentwurf der Bundesregierung so und das ist nicht in Ordnung.

(Beifall bei den GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

Wir müssen uns davon lösen, die Strafbarkeit an abschließend beschriebene Umstände zu knüpfen. Das ist auch die ganz klare Erkenntnis aus den Gesprächen, die ich regelmäßig führe mit Organisationen wie zum Beispiel NOTRUF für vergewaltigte Frauen und Mädchen, eine Organisation, die in Hamburg sehr wertvolle Dienste leistet und die die Stadt deswegen mit regelmäßigen Zuwendungen unterstützt. Aus diesen Gesprächen kenne ich die Hemmnisse in den Strafverfahren, die dazu führen, dass es nicht zu einer Verurteilung kommt. Und aus diesen Hemmnissen ergeben sich genau die Gründe, aus denen viele Opfer dieser Straftaten davor zurückschrecken, Anzeige zu erstatten. Genau dem wollen wir Rechnung tragen.

Es ist häufig so, dass im Strafprozess der Nachweis der Gewalt scheitert, dass die Gegenwehr nicht bewiesen werden kann. Es wird dann gar nicht bestritten, dass ein Nein geäußert wurde oder dass aus den Umständen klar erkennbar war, dass kein Einverständnis besteht, aber es wird bestritten, dass eine Gegenwehr der Frau tatsächlich zu erkennen gewesen sei, und daran scheitert dann die Strafbarkeit. Das kann es nicht sein. Es bleibt – das ist der entscheidende Punkt – auch nach unserem Entwurf dabei, dass das Nein bewiesen werden müsste. Aber in der bisherigen Situation ist es so, dass man das Nein so sehr beweisen kann, wie man will, es muss darüber hinaus auch noch die Gegenwehr bewiesen werden können. Aus diesem Grund scheitert die Verurteilung sehr häufig in diesen Prozessen. Darauf kommt es an.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Im März 2016, nachdem die Bürgerschaft uns dazu aufgefordert hatte, entsprechend tätig zu werden, haben wir einen Entschließungsantrag zum Thema "Nein heißt Nein" im Bundesrat eingebracht. Im letzten Bundesratsplenum lag uns der Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Stellungnahme vor, und wir haben dann eine Prüfbitt mit einem konkreten Formulierungsvorschlag für eine gesetzliche Regelung eingebracht und in dieser Stellungnah-

(Senator Dr. Till Steffen)

me eine umfassende Neustrukturierung des Sexualstrafrechts nach dem Grundsatz "Nein heißt Nein" gefordert. Die notwendige Regelung wird in unserem Formulierungsvorschlag sehr klar benannt.

Dieser Paradigmenwechsel im Sexualstrafrecht wäre aber nicht nur eine Erleichterung für konkrete Strafprozesse, sondern auch ein klares gesellschaftliches Signal. Das wirkt also nicht nur im Strafverfahren, weil klargestellt wird, dass die eigene sexuelle Integrität geschützt wird und dass das die gesellschaftliche Aussage ist, der das Strafrecht Ausdruck verleiht. Diese wichtige und deutliche Botschaft müssen wir senden.

(Beifall bei den GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

Diese Initiativen gründen auf einer guten und langen Tradition Hamburgs, weil Hamburg schon immer Vorreiter in Sachen Frauenrechte und Gleichberechtigung war. Dazu können wir auf viele Vorgängerinnen und Vorgänger verweisen. Hamburg hat sich stets in diesen Fragen engagiert und deswegen auch im eigenen Zuständigkeitsbereich vieles sehr früh eingeführt, was andere dann nachvollzogen oder eben auch noch nicht nachvollzogen haben.

(Beifall bei *Regina-Elisabeth Jäck SPD*)

Das gilt zum Beispiel für die Möglichkeit, sich bei der Gerichtsmedizin anonym untersuchen zu lassen, um festzustellen, ob ein Missbrauch nachweisbar ist. Es ist ganz wichtig für viele Opfer von Straftaten, dass sie erst einmal feststellen können, ob sie überhaupt einen Ansatzpunkt für eine Strafverfolgung haben, bevor sie ihre Identität offenlegen müssen.

Wir haben sehr gut geschulte Abteilungen bei der Polizei, wo den Opfern dieser Straftaten mit sehr viel Verständnis und Empathie begegnet wird, wo sehr genau hingeschaut wird, wo sehr professionell daran gearbeitet wird, die Beweismittel zu sichern. Und wir haben mit langer Tradition die Zeugenbetreuung am Gericht, eine hervorragende Einrichtung, die ein Beispiel für das gewesen ist, was der Bund jetzt mit der psychosozialen Prozessbegleitung auf breiterer Ebene regelt. Hamburg war auch hier vorangegangen.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Deswegen ist es gut und konsequent, dass Hamburg sich jetzt wiederholt im Bundesrat für "Nein heißt Nein" eingesetzt hat. Es freut mich sehr und stimmt mich optimistisch, dass unsere Initiativen jeweils eine parteiübergreifende Mehrheit gefunden haben. Es hat sich jetzt gezeigt, dass auch die Fraktionsvorsitzenden der Regierungskoalition im Bund sich deutlich in diese Richtung geäußert haben. Ich finde, dass die Zeit für eine wirkliche Reform des Sexualstrafrechts reif ist.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Angesichts dieses Erkenntnisprozesses auf Bundesebene kann ich die Vorbehalte, die jetzt CDU und FDP hier äußern, nicht ganz verstehen. Aber ich glaube, es kann uns gelingen, Sie im weiteren Verlauf der Debatte zu überzeugen. Es geht schließlich ganz konkret um Frauen, natürlich auch um Männer, aber insbesondere um Frauen, die wir hier schützen wollen, und es geht um die gesellschaftlichen Werte, für die wir in Hamburg stehen. Deswegen ist es wichtig, dass wir handeln. Natürlich zeigen auch die Vorfälle in der Silvesternacht, welche Relevanz das hat. Aber auch die alltäglichen Erfahrungen derjenigen, die jeden Tag gegen sexuellen Missbrauch arbeiten, zeigen dies sehr deutlich. Ich finde, wir sollten dabei bleiben, dass Hamburg dieses klare Signal setzt und beharrlich an der Forderung dranbleibt. – Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsidentin Antje Möller: Meine Damen und Herren! Auch wenn der Senator auf einen weiteren Verlauf der Debatte verwiesen hat, habe ich jetzt keine weiteren Wortmeldungen mehr vorliegen.

Damit kommen wir zur Abstimmung.

Zunächst stelle ich fest, dass die in Ziffer 1 der Ausschussempfehlung erbetene Kenntnisnahme erfolgt ist.

Wer möchte nun Ziffer 2 der Empfehlung folgen? – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit wurde Ziffer 2 gefolgt.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 38, Drucksache 21/4441, Antrag der Fraktionen der SPD und der GRÜNEN: Wohnraum für Auszubildende – Ausbau eines Hamburger Erfolgsmodells.

**[Antrag der Fraktionen der SPD und der GRÜNEN:
Wohnraum für Auszubildende – Ausbau eines
Hamburger Erfolgsmodells
– Drs 21/4441 –]**

Diesen Antrag möchte die CDU-Fraktion an den Ausschuss für Soziales, Arbeit und Integration überweisen. Vonseiten der Fraktion DIE LINKE und der AfD-Fraktion liegt ein Antrag auf Überweisung an den Stadtentwicklungsausschuss vor. Die Fraktion DIE LINKE möchte die Drucksache zusätzlich mitberatend an den Ausschuss für Soziales, Arbeit und Integration überweisen.

Wird dazu das Wort gewünscht? – Frau Martin von der SPD-Fraktion, Sie bekommen es.

Dorothee Martin SPD:* Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kollegin-

(Dorothee Martin)

nen und Kollegen! Hamburg braucht bezahlbaren Wohnraum für die jungen Fachkräfte von morgen, und wir kümmern uns darum.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Zur Sicherung des Fachkräftebedarfs der Unternehmen und Betriebe sind wir darauf angewiesen, dass Auszubildende genauso wie Studierende nach Hamburg ziehen. Die Frage der Schaffung eines bezahlbaren Wohnangebots für Azubis, natürlich auch für Azubis aus Hamburg, spielt daher im Rahmen unserer Fachkräftestrategie sowie unserer Wohnungspolitik eine sehr wichtige Rolle. Denn fehlender bezahlbarer Wohnraum darf kein Hindernis für junge Menschen sein, hier eine Ausbildung zu beginnen. Ausbildung in Hamburg sollen sich alle leisten können.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN – Vizepräsidentin Christiane Schneider übernimmt den Vorsitz.)

Der Wirtschaftsausschuss hat sich bereits seit der letzten Legislaturperiode sehr intensiv mit der Thematik befasst, und im rot-grünen Koalitionsvertrag haben wir vereinbart, die Wohnraumsituation für Auszubildende weiter zu verbessern.

Ich möchte heute einen kurzen Blick darauf werfen, wo wir aktuell stehen und was bislang erreicht wurde; da lohnt sich immer auch einmal ein Blick zurück. Im März 2011 gab es in Hamburg nämlich keine einzige Wohnung speziell für Azubis. Es gab schlicht und einfach nichts. Das geht besonders an die Kollegen der CDU, die jetzt gerade nicht so zahlreich im Raum sind.

(Dirk Kienscherf SPD: Typisch!)

Das ist natürlich auch ein Zeichen.

(Beifall bei der SPD – Jörg Hamann CDU: Das liegt an Ihrer Rede!)

Wir als SPD haben das Thema auf die Agenda gesetzt und gemeinsam mit dem Senat in den letzten Jahren ein umfangreiches Maßnahmenpaket aus verschiedenen Bausteinen auf den Weg gebracht. Seit 2012 erhalten nun auch Auszubildende im Rahmen der Wohnraumförderung einen Zuschuss zur Miete in den ausgewiesenen Fördergebieten, die wir übrigens auch verlängert und erweitert haben. Es wurden Wohnmöglichkeiten für Azubis in Bestandsimmobilien gesichert, indem mit verschiedenen Anbietern ganz flexible Vereinbarungen getroffen wurden. Das Förderprogramm zum Neubau von Studierendenwohnungen wurde auf die Gruppe der Auszubildenden ausgeweitet, und im letzten Jahr haben Senat und Handelskammer einen Azubi-Fonds geschaffen, durch den insbesondere auch Maßnahmen für die pädagogische Begleitung von minderjährigen Auszubildenden getragen werden.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Über diesen Azubi-Fonds wird als erstes Projekt das Auszubildendenwohnheim College-Quartier Wandsbek gefördert, das nun in wenigen Wochen eröffnet wird und ein sehr großer weiterer Meilenstein zur Schaffung von bezahlbarem Wohnraum gerade für die Gruppe der noch minderjährigen Auszubildenden in unserer Stadt ist. Die Nachfrage nach den Plätzen dort ist enorm hoch, und wir freuen uns wirklich sehr über dieses gelungene Vorhaben.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Auch in Allermöhe etwa werden in einem Wohnheim des Studierendenwerks weitere Plätze bereitgestellt, andere Maßnahmen sind in Vorbereitung. Das alles sind sehr zielgerichtete Maßnahmen und ganz konkrete Politik, die die Situation der Auszubildenden in Hamburg bereits deutlich verbessert haben.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Aber mit dem bislang Erreichten ist die Anstrengung für uns natürlich nicht beendet. Wir bringen daher heute diesen Antrag ein, um das Thema Azubi-Wohnen auf der politischen Agenda zu halten und auszubauen. Wir wollen aber nach den ersten Anstrengungen der letzten Jahre zunächst überprüfen, wie die bislang ergriffenen Initiativen, Maßnahmen und Projekte greifen, welchen aktuellen Bedarf es an Wohnraum und Wohnheimplätzen gibt und welche weiteren Initiativen daraus ergriffen werden müssen.

Darüber hinaus, das ist ein ganz neuer Aspekt, wollen wir diejenigen Azubis unterstützen, die auf dem freien Markt keine Darlehen oder Bankbürgschaften für Kautionen oder Genossenschaftsanteile bekommen; denn daran darf die Anmietung einer Wohnung für einen Azubi nicht scheitern.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Ein Aspekt ist uns bei dieser Evaluation und Weiterentwicklung sehr wichtig, nämlich der der jungen Flüchtlinge. Ich denke, es besteht im Hause Einigkeit darüber, dass Arbeit, Bildung und Ausbildung mit die wichtigsten Faktoren für Integration sind und hierbei alle Maßnahmen ergriffen werden müssen, um Flüchtlinge zu fördern und zu unterstützen. Es sei auch an dieser Stelle noch einmal gesagt, dass der Senat gemeinsam mit den Partnern aus dem Programm "Work and Integration for Refugees" wirklich großartige Arbeit leistet.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Ein Ausbildungsvertrag ist für einen jungen geflüchteten Menschen ein sehr großer Schritt des Ankommens und der Integration. Ein Doppelstockbett in einem Baumarkt oder Wohncontainer einer öffentlich-rechtlichen Unterkunft ist aber gewiss nicht die richtige Umgebung, um das Berichtsheft zu führen oder in Ruhe zu lernen. Unser Ziel ist es daher, diesen Flüchtlingen, die ohnehin oftmals

(Dorothee Martin)

aufgrund ihrer Sprachbarriere vor noch größeren Herausforderungen und Anstrengungen bei der Ausbildung stehen, einen ruhigen und geschützten Lern- und Wohnraum zu geben.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Wir sind der Meinung, dass die Förderung von Wohnraum für Auszubildende deutlich die Attraktivität des gesamten Ausbildungsstandorts Hamburg unterstützt. Wir haben zusammen mit der Hamburger Wirtschaft und den Kammern, an deren Stelle auch noch einmal ein Dank ausgesprochen wird, bereits sehr viel auf den Weg gebracht. Wir möchten dies weiter ausbauen, wir möchten das nach der Vorlage des Berichts im März 2017 weiter in die parlamentarische Beratung bringen, und wir freuen uns auf die weitere Diskussion. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Christiane Schneider: Vielen Dank, Frau Martin. – Jetzt hat Frau Grunwaldt von der CDU-Fraktion das Wort.

Franziska Grunwaldt CDU:* Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Frau Martin, dass die SPD jetzt der große Robin Hood und Retter aller Azubis ist

(*Ksenija Bekkeris SPD: Richtige Analyse!*)

und die CDU gar nichts dafür getan habe und allgemein als sehr mittelstandsfeindlich gilt, ist wieder einmal eine Belehrung der besonderen Art. Aber ich sage Ihnen, der Schwund der Fachkräfte und der Azubis ist eine Erscheinung der letzten Jahre, der Neuzeit; das war nicht immer so.

(*Dirk Kienscherf SPD und Jan Quast SPD: Der Neuzeit?*)

– Der Neuzeit, genau.

Dass Sie jetzt endlich auch begriffen haben, dass geschützte Lernräume für auszubildende Flüchtlinge wichtig sind, finde ich toll. Das haben wir als CDU nämlich schon vor einem Jahr gefordert. Zur Azubigewinnung und -ausbildung gehört auch, nicht nur Wohnraum zu schaffen, obwohl das ein wichtiger Grund ist, sondern dazu gehört auch, andere Plattformen zu bieten und vielleicht auch einmal zu überdenken, ob in den Stadtteilschulen wirklich auf eine Ausbildung der Schüler hingearbeitet wird.

(Beifall bei der CDU)

Grundsätzlich ist jedoch gegen Ihren vorliegenden Antrag nichts einzuwenden. Er ist durchaus zustimmungswürdig. Wie wir wissen, gibt es einen Mangel an Azubis und bezahlbarem Wohnraum. Es gibt auch eine Ursächlichkeit zwischen beidem, auch wenn das nicht der einzige Grund ist. Der Antrag ist insoweit unschädlich. Hier soll wieder ein-

mal ermittelt, erarbeitet und geprüft werden. Ich habe auch damit gerechnet, dass das wieder so ein Lobgesang wird, was alles Tolles gemacht worden ist. Aber den tatsächlichen Bedarf bis zum 31. März 2017 zu ermitteln, ist noch ganz schön lange hin. Das riecht ein bisschen nach Zeitgewinnung: Da prüfen wir einmal und sehen, was wir denn machen können. Bis 2017 wird ermittelt und oh, wir brauchen neue Flächen für mehr Azubiwohnheime, dann müssen wir da aber auch noch einmal schauen. Also das ist meines Erachtens ein bisschen Problemverschiebung nach hinten. Die Not ist jetzt schon da. Wie zum Beispiel soll man sich sonst erklären, dass sich bei dem Azubiwohnheim in Wandsbek 600 Interessenten auf 156 Plätze beworben haben und dass die Zahl der Azubis, die von außerhalb nach Hamburg kommen, gesunken ist? Da bringt es bei der Ermittlung nichts, sich bei den Neu-Azubis zu fragen, was da los ist, warum sie keinen Wohnraum finden. Es geht natürlich auch darum zu fragen, warum denn manche junge Menschen gar nicht erst eine Ausbildung anfangen.

Zu den geeigneten Maßnahmen, die, wie in Ziffer 2 gefordert, auf Grundlage des erforschten Bedarfs ermittelt werden sollen, gehört auch, wie von mir eben erwähnt, die Bereitstellung der notwendigen Flächen. Da das in Hamburg bekanntermaßen ein langwieriger Prozess ist, muss damit schon heute und nicht erst in einem Jahr begonnen werden. Auch muss es Ziel sein, die Plätze in den Azubiwohnheimen jedem Azubi zur Verfügung zu stellen, und nicht, wie vorgesehen, bestimmten Berechtigungsgruppen. Die Unterteilung dieser Berechtigungsgruppen ist sicherlich kein Anreiz für einen jungen Menschen, eine Berufsausbildung zu beginnen. Wieder einmal bekommt nur derjenige einen Platz, der einer bestimmten Gruppe zuzuordnen ist. Wer ist minderjährig, wer kommt von außerhalb, wer entscheidet sich für einen Beruf, bei dem besonderer Fachkräftemangel herrscht? Studenten haben es wesentlich leichter, wenn es darum geht, einen Studentenwohnheimplatz zu finden.

Für uns als CDU gibt es daher noch ziemlich viele offene Punkte und einen hohen Präzisionsbedarf, insbesondere was die Art der Bedarfsermittlung anbelangt, die Flächen für die Wohnheime und die "berechtigten" Azubis – bewusst in Anführungszeichen gesetzt –, aber auch, was sofort getan wird, um jungen Menschen und damit auch den Mittelstand, der sehr auf die Auszubildenden angewiesen ist, zu unterstützen. Insofern würden wir eine kurzfristige Beratung des Antrags im zuständigen Ausschuss für Soziales, Arbeit und Integration begrüßen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Christiane Schneider: Vielen Dank, Frau Grunwaldt. – Herr Duge von der GRÜNEN Fraktion, Sie haben jetzt das Wort.

Olaf Duge GRÜNE: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich finde nicht, dass es eine ausreichende Begründung ist zu sagen, 2011 habe es noch gar keine Wohnungen für Auszubildende gegeben, weil der Bedarf an Auszubildenden nicht in dem Maße wie heute vorhanden war, während es für Studierende Wohnungen gegeben habe. Man kann doch sagen, dass hier eine gewisse Gleichberechtigung erforderlich ist. Es geht doch nicht nur darum, nach dem Bedarf zu fragen, sondern auch darum, Angebote zu schaffen, die dazu führen, dass Jugendliche, die sonst nicht die Möglichkeit haben, sich irgendetwas auf dem Hamburger Wohnungsmarkt zu suchen, unterkommen. Und es geht auch darum, qualitative Möglichkeiten zu schaffen, um ihre Ausbildung durchzusetzen. Darum geht es doch.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD – Zuruf von *Jörg Hamann CDU*)

Ab 2011 gehörten wir leider zu den zwei Bundesländern, die keine Wohnungen für Auszubildende angeboten haben. Zusammen mit der SPD habe ich das Thema in dieser Zeit sehr schnell aufgegriffen, um diese Situation zu verbessern. Ich finde, wir können heute sagen, dass wir richtig vorangekommen sind. Es gibt inzwischen einige Hunderte Wohnungen für Auszubildende, die sonst einen sehr schweren Zugang zu diesem Wohnungsmarkt haben, und ich finde, das ist ein richtig guter Erfolg.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Wir sind auch noch nicht am Ende. Wir hatten schon einige Anträge dazu. Ich habe gesagt, wir machen Bausteine und bauen weiterhin diese Wohnungen für die Auszubildenden. Hier ist der nächste Schritt, zu dem ich gleich noch kommen werde, schon angekündigt.

Insbesondere freut mich, dass wir Angebote haben für Auszubildende, die noch minderjährig sind und es deswegen besonders schwer haben, einen Mietvertrag abschließen zu können. Hier findet noch eine Betreuung im College-Quartier in der Hammer Straße in Wandsbek statt. Insbesondere freut mich, dass dorthin auch Auszubildende aus anderen, südeuropäischen Staaten kommen. Ich sage einmal nach ganz rechts gerichtet, dass hier europäischer Geist gelebt wird. Wir bieten gerade auch jungen Menschen aus Staaten mit einer schwierigen Arbeitsmarktlage eine Ausbildungssituation. Ich finde, das ist eine riesige Chance, die wir weiterhin fortsetzen müssen, auch im europäischen Gedanken.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Natürlich können wir das noch weiterdenken. Meine Vorrednerin, Frau Martin, hat das schon angesprochen. Gerade Ausbildung und Arbeit sind ganz entscheidende Integrationsfaktoren, die dazu beitragen, dass junge Flüchtlinge hier eine neue Heimat finden, ein Zuhause und eine Lebensperspektive haben. Deswegen ist es sehr gut, wenn wir untersuchen, wie hoch dort der Bedarf ist, um dann im Weiteren die Angebote darauf auszurichten.

Speziell möchte ich noch sagen, dass wir auch Belegungsoptionen mit aufnehmen müssen und beispielsweise mit Genossenschaften, aber auch mit anderen Wohnungsanbietern darüber sprechen müssen, wie wir junge Menschen in Ausbildung in preiswerten Wohnraum aufnehmen können.

(*Jörg Hamann CDU: Was heißt denn preiswert?*)

Dazu müssen wir Starthilfen, beispielsweise Kautionen oder Bürgschaften, geben, um damit Genossenschaftsanteile zu finanzieren, sodass junge Auszubildende in den Wohnungsmarkt hineinkommen können. Auch das, finde ich, ist ein wichtiger Schritt, der es erleichtern kann, eine Ausbildungsstelle anzunehmen. Viele Jugendliche kommen schon gar nicht mehr hierher, nicht weil sie hier keine Ausbildung machen möchten, sondern weil sie nichts auf dem Wohnungsmarkt finden. Ich kenne Jugendliche, die vom Harz oder Untereldebereich täglich hierher fahren. Das können sich schon aufgrund der Fahrtkosten und der Zeit viele gar nicht mehr erlauben. Es ist unglaublich, was einige auf sich nehmen.

Insofern bin ich froh, dass wir im Weiteren diesen Weg gehen. Ich sage auch ganz klar, dass dieses ein Prinzip der Nachhaltigkeit ist, an dem wir arbeiten. Es ist etwas, was zu mehr sozialer Gerechtigkeit führt, was sozial fördert, gerade auch die etwas Schwächeren unterstützt, es ist ökonomisch sinnvoll, weil es natürlich den Fachkräftebedarf fördert, und es ist ökologisch sinnvoll, weil wir die langen Fahrstrecken damit vermeiden und den Verkehr entlasten. Deswegen bitte ich Sie, diesem Antrag zuzustimmen.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsidentin Christiane Schneider: Vielen Dank, Herr Duge. – Frau Sudmann von der Fraktion DIE LINKE, Sie haben jetzt das Wort.

Heike Sudmann DIE LINKE:* Danke schön. Es kommt selten vor, dass wir in der Bürgerschaft so viel Unstrittiges diskutieren. Es ist unstrittig, dass wir in Hamburg einen akuten Mangel an bezahlbarem Wohnraum haben, und es ist unstrittig, dass bestimmte Gruppen davon besonders hart betroffen sind, wobei ein Punkt bisher noch gar nicht erwähnt wurde: Es ist nicht so, dass alle Auszubildenden mit Begeisterung in ein Wohnheim ziehen.

(Heike Sudmann)

Viele Auszubildende würden sich sehr freuen, wenn sie in der Lage wären, zu zweit, zu dritt, auch allein eine kleine günstige Wohnung zu beziehen. Das gibt dieser Wohnungsmarkt zurzeit nicht her. Deswegen dürfen wir nie aufhören, günstige Wohnungen zu schaffen und dafür zu sorgen, dass alle Hamburgerinnen und Hamburger und die, die hierher ziehen und Hamburgerinnen und Hamburger werden, günstigen Wohnraum bekommen.

(Beifall bei der LINKEN)

Es sei Ihnen auch gegönnt, sich gelobt zu haben, Herr Duge, als Initiator in der letzten Legislaturperiode, und die SPD für alles, was jetzt passiert ist; das ist alles gut. Ich war etwas erstaunt, denn wir haben vor einem Jahr, im Juni 2015, darüber debattiert, wir haben im Oktober 2015 darüber debattiert, und es herrschte immer eine große Einigkeit darüber, dass etwas getan werden müsse. Es wird auch einiges getan. Ich war davon ausgegangen, dass der Senat jetzt auch weitermacht, dass der Senat jetzt keine Erinnerung braucht, dass er den aktuellen Bedarf feststellen soll und dann, wie Sie so schön sagen, geeignete Maßnahmen erarbeiten soll. Ich dachte, so ein Senat tut das von selbst. Aber auch wenn er das nicht tut, sind wir bereit, Ihrem Antrag zuzustimmen, und warten ab, was dann passiert.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Christiane Schneider: Vielen Dank, Frau Sudmann. – Frau Dutschke von der FDP-Fraktion, Sie haben jetzt das Wort.

Jennyfer Dutschke FDP:* Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Vor nicht einmal einem Jahr hat die Bürgerschaft zur Schaffung und Sicherung von bezahlbarem Wohnraum für Auszubildende eine Nachbewilligung abgesegnet – eine Nachbewilligung, die den Startschuss für einen Azubi-Fonds gegeben hat. Damals wurde uns von der SPD diese Nachbewilligungsdrucksache noch als großer Meilenstein zur Schaffung und Sicherung von bezahlbarem Wohnraum für Auszubildende in unserer Stadt verkauft. Nun kommt die Regierungskoalition mit diesem Antrag um die Ecke, einem Antrag, der das altbekannte Problem des Wohnraummangels für Auszubildende aufnimmt, ein wenig Flüchtlingspolitik dazumischt und keinerlei Lösungen präsentiert.

Wir sind schon einmal weiter gewesen. Bereits in der vergangenen Legislaturperiode, die Kollegen haben darauf verwiesen, ist das Thema im Wirtschaftsausschuss intensiv diskutiert worden, und man hat dort Lösungen entwickelt, und das sogar überparteilich und mit Zustimmung aller zu der Zeit in diesem Haus vertretenen Fraktionen. Auch im Koalitionsvertrag ist diesem wichtigen Thema ein Abschnitt gewidmet, in dem SPD und GRÜNE vereinbart haben, neue Wohnmöglichkeiten für Aus-

zubildende zu schaffen. Leider ist in diesem nun zur Debatte angemeldeten Antrag davon nichts mehr zu sehen. Hier wird geprüft statt gebaut. Keinem Auszubildenden wird jedoch weitergeholfen, wenn Sie alle paar Jahre einen Antrag einbringen und eine Bedarfserhebung fordern. Die Bedarfe werden sich erst verringern, wenn endlich gehandelt wird, wenn endlich günstiger Wohnraum für Auszubildende bereitgestellt werden kann.

Uns allen ist klar, dass sich die Herausforderung bei der Unterbringung von Auszubildenden durch die Flüchtlingskrise verstärkt hat. Ja, es ist sicherlich auch richtig, dass man die Veränderungen in der Nachfrage regelmäßig ermittelt und dies in die Planungen für studentisches Wohnen und Wohnen für Auszubildende einbindet. Aber es ist nicht ausreichend, dass Sie in Punkt 2 Ihres Petitions den Senat lediglich auffordern, auf Basis des ermittelten Bedarfs geeignete Maßnahmen zu erarbeiten. Wollen Sie uns damit sagen, dass die bisherigen Maßnahmen ungeeignet sind? Sicherlich nicht. Die in der Vergangenheit entwickelten Maßnahmen sind durchaus geeignet, mehr für Studenten und Auszubildende zu tun und mehr Wohnraum zu schaffen. Man muss sie nur endlich mit Nachdruck vorantreiben.

Auch eine Lösung für das Problem mit der Kautions beziehungsweise den Genossenschaftsanteilen wurde im Grunde bereits in der Nachbewilligungsdrucksache vorgestellt. Demnach gewährt die IFB in einigen Quartieren eine Ausfallbürgschaft als Mietsicherheit. Mit einer einfachen Ausweitung dieses Programms wäre das Problem, das Sie beschreiben, erledigt. Aber nein, die Regierungskoalition lässt lieber wieder einmal prüfen und will dann in knapp einem Jahr einen Bericht haben.

Ein engagierter Angang dieses Problems sieht anders aus. Wir können deshalb nur an Sie appellieren, gemeinsam mit den in Ihrem Antrag genannten Akteuren die bereits vorhandenen Instrumente engagiert zu nutzen. Dass die existierenden Projekte zeitgleich evaluiert und weiterentwickelt werden und, sofern erforderlich, Ergänzungen vorgenommen werden, sollte eine Selbstverständlichkeit darstellen. Dies alles muss deutlich schneller erfolgen, als es in Ihrem Antrag vermuten lässt. Sie müssen jetzt handeln und nicht erst in einem Jahr.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Christiane Schneider: Vielen Dank, Frau Dutschke. – Jetzt hat das Wort Herr Ehlebracht von der AfD-Fraktion.

Detlef Ehlebracht AfD:* Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Wir sind in einer ähnlichen Situation wie vorhin beim Radverkehr. Im Grunde genommen sind wir alle dafür. Jetzt unterhält man sich noch ein bisschen darüber, wie die Ausführung aussieht und welche

(Detlef Ehlebracht)

Maßnahmen zu ergreifen sind, und profiliert sich dabei auch noch ein wenig.

Eine Umfrage in 2015 sollte die Zielgruppe innerhalb der Auszubildenden ermitteln, die am Anfang ihrer Ausbildung einen Wohnraumbedarf haben. Diese Umfrage wurde durch ein unabhängiges Unternehmen durchgeführt. Dabei kam für das Ausbildungsjahr mit Beginn 2014/2015 heraus, dass von den 13 000 Auszubildenden rund 21 Prozent, in Summe genau 2 619 Auszubildende, einen entsprechenden Bedarf haben. Das wurde dann noch einmal unterteilt, denn davon waren 2 043 Auszubildende akut und 576 Auszubildende mit einem sekundären Bedarf gekennzeichnet, da diese bereits in erreichbarer Entfernung im Umland wohnen oder aus anderen Gründen keinen Bedarf angemeldet hatten. Diese Zahlen dürften sich im anstehenden Ausbildungsjahr durch die gestiegene Zahl an Flüchtlingen wohl leicht erhöhen.

(Glocke)

Ich habe das Wort Flüchtlinge benutzt.

Vizepräsidentin Christiane Schneider (unterbrechend): Nein, ich wollte Ihnen dazu verhelfen, dass es ein bisschen ruhiger wird, denn es haben sich jetzt zahllose Gruppen hier gebildet. Wenn Sie sprechen wollen, gehen Sie doch bitte hinaus oder hören ansonsten dem Redner zu.

(*Dennis Gladiator CDU*: Jetzt hat man Sie völlig aus dem Konzept gebracht!)

Detlef Ehlebracht AfD (fortfahrend):* – Nein, nein, ich bin noch dran.

Also, jetzt geht es los. Für diese Gruppe wollen Sie nun einen Zugang zu bezahlbarem Wohnraum schaffen und den aktuellen Bedarf neu ermitteln, obwohl 2014/2015 der Bedarf festgestellt worden ist. Das ist nicht so weit weg. Aber gut, ich will nicht meckern, denn vorhin habe ich in meiner Rede bemängelt, dass Sie keine Ist-Analysen erheben und keine aktuellen Zahlen haben. Sei's drum, Sie wollen jährlich aktuell bleiben, das kann ich Ihnen jetzt schlecht zum Vorwurf machen, alles gut.

Was mich allerdings wundert ist, dass wir genau vor einem Jahr einen Antrag gestellt hatten ...

(Glocke)

Vizepräsidentin Christiane Schneider (unterbrechend): Herr Ehlebracht, lassen Sie eine Frage oder eine Zwischenbemerkung der Abgeordneten Martin zu?

Detlef Ehlebracht AfD:* Ich habe noch kaum etwas gesagt, aber bitte, gern.

Zwischenbemerkung von Dorothee Martin SPD:* Die Befragung, von der Sie sprechen, wurde zu Beginn des Ausbildungsjahrs 2013/2014 durchgeführt. Ich war gerade etwas irritiert, weil Sie von 2015 sprachen. Und da ich auch eine Bemerkung machen darf: Ich finde es aufgrund der geänderten Situation und des Bevölkerungszuzugs nach Hamburg durchaus nachvollziehbar, dass man nach drei Jahren zu Beginn des Ausbildungsjahrs 2016/2017 eine weitere Befragung durchführt.

Detlef Ehlebracht AfD (fortfahrend):* Danke für den Hinweis. Ich hatte es so gelesen, dass das für das Ausbildungsjahr 2014/2015 war, also die Zeitdifferenz von drei Jahren so nicht gesehen habe. Gut, noch ein Grund mehr, dass Sie die Analyse jetzt noch einmal machen, alles klar.

Worauf ich noch hinauswollte, das war der Zwischensatz. Wir hatten nämlich einen Antrag zur empirischen Erhebung der Situation der Obdachlosen gestellt, die schon sechs Jahre zurücklag. Dieser Antrag wurde abgelehnt. Anscheinend war der Abstand noch nicht groß genug.

Weiter im Text. Unterstützt werden Sie bei diesem Projekt außer vom Unternehmerverband Nord von der Handels- und Handwerkskammer, was zu begrüßen ist. Ich hoffe, dass diese Unterstützung nicht nur in Form von Mitarbeit besteht, sondern dass, wenn es dann um die Hardware, nämlich das Finanzielle geht, diese Gruppen auch noch mitmachen, wie es lobenswerterweise die Handelskammer schon in der Vergangenheit bei dem Azubi-Fonds getan hat.

Dann steht im Petition, dass Sie die in dieser Gemeinschaft geeigneten Fördermaßnahmen erarbeiten wollen. Sie schlagen auch gleich eine neue vor, nämlich die rückzahlbare Finanzierungshilfe für Kautionen beziehungsweise Genossenschaftsanteile. Dagegen ist nichts zu sagen. Es fehlt dann eigentlich nur noch das Darlehen zu günstigeren Konditionen, als sie die Bank anbieten würde, ausbezahlt in monatlichen Raten für maximal den Zeitraum der Lehrzeit, gedeckt durch eine Ausfallbürgschaft durch die IFB zum Beispiel. Aber genau das wollen Sie ausarbeiten; darauf warten wir.

Alles in allem ist es eine Initiative, die den noch bis 2030 geltenden Azubi-Fonds gut unterstützen kann. Dass das so ist, ist allerdings auch von den eben erwähnten Maßnahmen, die Sie noch im Detail auszuarbeiten haben, abhängig. Darauf warten wir. Aber dennoch werden wir mit diesem Hinweis diesem Antrag natürlich zustimmen. – Danke.

(Beifall bei der AfD)

Vizepräsidentin Christiane Schneider: Vielen Dank, Herr Ehlebracht. – Frau Senatorin Dr. Leonhard, Sie haben nun das Wort.

Senatorin Dr. Melanie Leonhard: Sehr geehrte Präsidentin, meine Damen und Herren! Wie gut zu hören, dass es in diesem Hause zu diesem so bedeutenden Thema für das Thema Fachkräftegewinnung, für die Sicherung des Wirtschaftsstandorts Hamburg und nicht zuletzt, dazu hat Frau Sudmann etwas Wichtiges gesagt, auch für Wohnen allgemein in unserer Stadt einen so großen Konsens gibt.

Ich fühle mich durch einige Bemerkungen allerdings dazu aufgefordert, einige Dinge zu konkretisieren und vielleicht das eine oder andere in die richtige Richtung zu bringen. Es wurde schon gesagt, dass bereits vor einigen Jahren dieses Haus einen Impuls gesetzt und sich der Frage gewidmet hat, wie man Wohnraum für Auszubildende sicherstellen könne, die aufgrund der großen Strahlkraft unserer Stadt, der Metropolregion und der attraktiven Ausbildungsverhältnisse in einer großen Zahl nach Hamburg zuwandern. Jährlich ein Viertel aller Auszubildenden kommt nicht aus Hamburg, ist also konkret darauf angewiesen, hier Wohnraum zu finden. Zahlreiche Auszubildende wie auch Studierende beginnen mit dem Anfang ihrer Ausbildung eine neue Lebensphase und wünschen sich perspektivisch eigenen Wohnraum. Sie stehen also vor der Frage, wie es ihnen gelingen könne, in Hamburg eigenen Wohnraum zu finden. Dafür gab es eine Initiative aus diesem Hause, die zur Folge hatte, dass vieles passiert ist, unter anderem, dass wir am 1. August 2016 das erste Azubi-Wohnheim in Wandsbek eröffnen. Wir haben eine hohe Nachfrage und freuen uns sehr, dass wir mit diesem Modellprojekt an den Start gehen können.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Darüber hinaus haben wir im Hamburger Fachkräftenetzwerk, das schon aufgrund seiner Struktur – beteiligt sind Gewerkschaften, die Kammern, relevante Ausbildungsträger und die Stadt – seinesgleichen im Bundesgebiet sucht, inzwischen ein Azubi-Fonds-Modell konzeptioniert, das bestimmte Eckpunkte umfasst, an denen wir konkret weiterarbeiten. Diese nochmalige parlamentarische Initiative ist gut, weil man dann noch weitere Spezialaufgaben aufnehmen kann. Neben der Frage des Baus eines Wohnheims für Auszubildende, das bereits realisiert ist, geht es um die Frage, wie man einen Zuschuss für die pädagogische Begleitung von Auszubildenden leisten könne. Denn zahlreiche Auszubildende, die nach Hamburg kommen, sind tatsächlich noch minderjährig, wenn sie eine Ausbildung beginnen, sodass es nicht nur um das Thema Wohnen geht, sondern zumindest ein kleines bisschen auch noch Betreuung eine Rolle spielt, damit sie hier nicht ganz allein neu starten müssen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Darüber hinaus geht es natürlich noch um andere Fragen, zum Beispiel wie wir junge Menschen im

Wohnungsmarkt in die Lage versetzen, auch eigenständig Wohnraum zu finden. In diesem Zusammenhang haben viele von Ihnen die Frage von Darlehen und so weiter bereits eindrücklich erläutert.

Ich möchte noch einmal darauf hinweisen, dass wir vor einer großen Reform des SGB II stehen und dass es künftig möglich sein wird – und das ist wirklich ein guter Schritt in die richtige Richtung, und ich kann mir vorstellen, dass dies auch im Sinne der LINKEN ist –, dass Auszubildende inzwischen nicht mehr zum ausgeschlossenen Personenkreis gehören, die Leistungen bekommen können, zum Beispiel Darlehen für Kautionen, Mietzuschüsse und andere einmalige Leistungen aus dem SGB II, sondern künftig inkludiert sind. Das wird ihnen helfen, in dem schwierigen Hamburger Wohnungsmarkt Fuß zu fassen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Auch wenn Hamburgerinnen und Hamburger, die hier eine Ausbildung machen, es etwas leichter haben als junge Menschen, die von außerhalb nach Hamburg kommen, müssen wir weiterhin zielgruppengerechte Angebote schaffen. Beim Berufsförderungswerk werden 60 weitere Plätze entstehen, und in Kooperation mit dem Anbieter Smart werden 50 weitere Plätze entstehen. Auch mit dem Studierendenwerk haben wir eine gute Kooperation. Dort werden wir 70 weitere Plätze schaffen können, und mit der Einrichtung von 75 Wohnplätzen im Bezirk Bergedorf – ebenfalls in Kooperation mit dem Studierendenwerk – noch einmal ein bisschen Erleichterung schaffen können.

Darüber hinaus gilt es, weiterhin beim Wohnungsbau nicht nachzulassen. Diesbezüglich bin ich mit Ihnen einer Meinung. Auch das wird helfen, um jungen Menschen, die am Anfang ihrer beruflichen Existenz stehen, zu ermöglichen, den Schritt in die Wohnselbstständigkeit leichter zu gehen. Das, gepaart mit der Möglichkeit, Darlehen für Kautionen und Ähnliches künftig auch über das SGB II rückzahlungsfrei zu bekommen, ist, glaube ich, ein richtiger Schritt nach vorn.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Darüber hinaus ist auch schon vieles zu der Frage Bedarfsermittlung gesagt worden. Ich will nur darauf hinweisen, dass die letzte Untersuchung – das hat Frau Martin auch schon gesagt – vor drei Jahren stattfand, und es ist gut, jetzt wieder eine neue zu machen. Die meisten dualen Ausbildungen haben eine Laufzeit von exakt drei Jahren. Insofern haben wir es jetzt mit einem neuen Jahrgang zu tun, dessen Bedürfnisse wir abfragen müssen. Es ist, glaube ich, vernünftig, das alle drei Jahre zu machen. Da werden wir noch einmal wichtige Hinweise bekommen.

Gleichzeitig gilt, dass wir in Hamburg trotz der vielfältigen Bemühungen, die wir tätigen, nicht jede

(Senatorin Dr. Melanie Leonhard)

Förderlücke, die an den einzelnen Prozessen entsteht, finanziell schließen können. Deswegen ist es wichtig, dass wir auch weiterhin nach kreativen Modellen suchen. Das betrifft junge Flüchtlinge, die eine Ausbildung beginnen und einen Wohnplatz benötigen, aber auch Hamburger Auszubildende und Zuwanderer aus anderen Bundesländern. Hier sind wir sehr froh über die etablierte Zusammenarbeit mit dem Studierendenwerk. Ich kann mir in Zukunft diesbezüglich noch einiges vorstellen. Wir werden kreativ bleiben müssen. Allein über finanzielle Hilfen helfen wir diesen jungen Menschen nicht beim Start ins Berufsleben. Ein Maßnahmenmix ist aber sinnvoll, und deswegen ist diese parlamentarische Initiative zu diesem Zeitpunkt richtig und wird uns helfen, uns noch weiter zu verbessern. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Christiane Schneider: Vielen Dank, Frau Senatorin. – Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor und wir kommen zur Abstimmung.

Wer möchte die Drucksache 21/4441 an den Stadtentwicklungsausschuss überweisen? – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist die Überweisung abgelehnt.

Wer stimmt einer Überweisung der Drucksache an den Ausschuss für Soziales, Arbeit und Integration zu? – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist auch diese Überweisung abgelehnt.

Wir stimmen dann über den gemeinsamen Antrag der Fraktionen der SPD und der GRÜNEN aus Drucksache 21/4441 in der Sache ab.

Wer diesem folgen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist der Antrag einstimmig angenommen.

Wir kommen nun zum Tagesordnungspunkt 10, Drucksache 21/4393, Senatsmitteilung: Stellungnahme des Senats zu dem Ersuchen der Bürgerschaft vom 16. September 2015: "Mehrbedarfe zur Unterbringung und Integration von Flüchtlingen".

**[Senatsmitteilung:
Stellungnahme des Senats zu dem Ersuchen der Bürgerschaft vom 16. September 2015:
"Mehrbedarfe zur Unterbringung und Integration von Flüchtlingen" (Drucksache 21/1596)
– Drs 21/4393 –]**

Die Fraktionen sind übereingekommen, dass die Debatte gestrichen wird. Deswegen kommen wir gleich zur Abstimmung.

Wer möchte die Senatsmitteilung aus Drucksache 21/4393 an den Haushaltsausschuss überweisen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist die Überweisung erfolgt.

Die CDU-Fraktion möchte diese Drucksache zusätzlich mitberatend an den Ausschuss für Soziales, Arbeit und Integration überweisen.

Wer stimmt diesem Überweisungsbegehren zu? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist dieses Überweisungsbegehren abgelehnt.

Wir kommen nun zum Tagesordnungspunkt 28, Drucksache 21/4429, Antrag der CDU-Fraktion: Deutsches Maritimes Forschungszentrum – Ein Gewinn für Hamburg.

**[Antrag der CDU-Fraktion:
Deutsches Maritimes Forschungszentrum – Ein Gewinn für Hamburg
– Drs 21/4429 –]**

Diese Drucksache möchte die CDU-Fraktion an den Ausschuss für Wissenschaft und Forschung überweisen.

Wer wünscht das Wort? – Herr Ovens von der CDU-Fraktion, Sie haben es.

Carsten Ovens CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Senator Horch, eigentlich hätte ich bei einem wissenschaftspolitischen Thema gern Frau Fegebank begrüßt, aber sie sagte mir gerade, sie sei dafür gar nicht zuständig, sondern die Wirtschaftsbehörde.

Hamburg soll ein deutsches maritimes Forschungszentrum erhalten. So haben wir es letztes Jahr im September 2015 eigentlich diskutieren wollen, als SPD und GRÜNE einen Antrag dazu gestellt haben. Ein Koordinierungs- und Innovationsförderungscenter, hieß es mit großen Worten in dem Antrag, der damals zur Abstimmung stand, um dem Anspruch als Welthafenstadt gerecht zu werden und die maritime Wirtschaft weiterzuentwickeln. Herr Dr. Seeler, so haben Sie es damals als führender Antragsteller geschrieben. Jetzt könnte man in diesem Kontext wunderbar diskutieren, wie es denn mit Ihren selbst formulierten Ansprüchen bestellt ist, wenn Sie den Standort Hamburg, die Welthafenstadt, weiterentwickeln wollen. Man müsste dann auch leider über die Verschlickung des Hafens reden. Man müsste dann über den Schrumpfkurs des Hafens reden. Man müsste dann auch über die in Leipzig anhängige Elbvertiefung oder über den veralteten Hafenentwicklungsplan reden. Aber nun sind wir kurz vor Monatsende, und ich will diesen für Sie ohnehin schon schweren Monat nicht noch ärgerlicher gestalten, als er es ohnehin schon ist. Deswegen las-

(Carsten Ovens)

se ich die rhetorische Frage sein, ob Sie den Hafen eigentlich weiterentwickeln oder abwickeln wollen, meine Damen und Herren von der SPD und den GRÜNEN.

(Beifall bei der CDU)

Konzentrieren wir uns daher lieber auf das Forschungszentrum und, der Bitte von Frau Fegebank nachkommend, auf die Idee, das Thema Forschungszentrum tatsächlich irgendwann von der Wirtschaftsbehörde dorthin zu bringen, wo es hingehört, nämlich in die Wissenschaftsbehörde.

Wenn wir uns diesen alten Antrag aus dem letzten Spätsommer ansehen, so war er ein kleines Wunschkonzert der Wirtschafts- und Wissenschaftspolitik. Auch heute, neun Monate nach diesem Antrag, stellen sich durchaus einige zentrale Fragen. Vier Punkte will ich herausgreifen.

Punkt 1: Sie haben damals beantragt – und das haben wir grundsätzlich unterstützt –, eine Machbarkeitsstudie auf den Weg zu bringen. Ich habe mich immer gefragt, warum Sie die Debatte zum eigenen Antrag zurückgezogen haben. Wenn man sich mit dem Thema beschäftigt und einmal in Berlin vorstellig wird, weiß man, dass diese Machbarkeitsstudie, die im Ergebnis zeigen sollte, dass Hamburg der richtige Standort ist, und die vom Bund bezahlt werden sollte, zu dem Zeitpunkt Ihrer Antragstellung bereits längst von dem von Ihnen geführten Wirtschaftsministerium auf den Weg gebracht worden war. Aber man kann das natürlich noch einmal wunderbar als Schaufensterantrag beschließen, dann braucht man es auch gar nicht mehr zu debattieren, um der Kritik auszuweichen.

Punkt 2: Wenn Sie tatsächlich ein solches maritimes Zentrum, einen Leuchtturm, wie Sie sagen, für Wissenschaft und Forschung in Hamburg ansiedeln wollen, warum ist dann neun Monate nach Ihrer Antragstellung – und wir können noch ein paar Wochen dazurechnen, die Sie sich vorher schon damit beschäftigt haben – immer noch nichts passiert? Die Wissenschaftsbehörde weiß überhaupt nichts von dem Themengebiet. Ich bin gespannt, was Senator Horch gleich zu dem Thema sagt und ob seine Behörde weiter ist. Denn wir wissen auf eine Anfrage der FDP aus dem letzten Jahr hin, dass es bereits viele Universitäten und Hochschulen in dieser Stadt gibt, die sich mit dem Thema maritime Forschung, maritime Wirtschaft beschäftigen. Nicht zuletzt hat gerade die Universität Hamburg dafür eine neue Professur an der Fakultät für Betriebswirtschaft berufen. Nur frage ich mich, warum Sie nicht die Gelegenheit nutzen und diese Kompetenzen bündeln, die wir am Standort bereits haben, so wie es doch auch in verschiedenen Stellungnahmen und Gutachten empfohlen wird.

Punkt 3: Wenn Sie nun ernsthaft, wie Sie es letztes Jahr im Sommer sehr prosa-reich formuliert ha-

ben, an dieser Ansiedlung des Forschungszentrums interessiert sind, warum haben Sie dann in Ihrem damaligen Antrag und bis heute in keinem einzigen Impuls einmal etwas dazu geäußert, wie Sie dieses Zentrum beispielsweise durch die benötigte Infrastruktur unterstützen wollen? Es bleibt doch die Frage, was Ihnen eigentlich die maritime Forschung wirklich wert ist.

Letzter Punkt: Finanzierung. In Ihrem ersten Antrag bleiben Sie, ebenso wie heute, der Frage, wie Sie dieses Konzept überhaupt finanzieren wollen, eine Antwort schuldig. Man kennt das an vielen anderen Stellen. Sie rufen sehr gern nach Geldern aus Berlin, nutzen diese fleißig, aber wo bleibt der Hamburger Ehrgeiz, wenn man ein solches Zentrum tatsächlich am Standort ansiedeln will, dann auch etwas dafür zu tun? Ich bin mir sicher, Bremen, Bremerhaven und viele andere deutsche Hafenstädte würden alle Kräfte parteiübergreifend in Bewegung setzen, wenn es darum ginge und die Möglichkeit bestünde, dass der Bund ein solches Forschungszentrum irgendwo an einem anderen Standort außer Hamburg ansiedeln würde. Von Ihnen höre ich an der Stelle bislang nicht viel. Ich bin gespannt, was Sie gleich dazu sagen werden.

Für uns macht es den Eindruck, als wenn der rot-grüne Senat mit Unterstützung der beiden Regierungsfractionen einmal mehr zum bundesdeutschen Bittsteller werden will, wenn es darum geht, zusätzliche Mittel aus Berlin abzugreifen, aber selbst nicht bereit ist, die Schatulle zu öffnen, um ein solches Kompetenzzentrum hier anzusiedeln. Wir haben vor einigen Monaten in einem Doppelinterview von Frau Fegebank und dem Finanzsenator gelesen, dass er nicht bereit ist, mehr Geld in Wissenschaft und Forschung zu investieren. Wer aber ernsthaft Wissenschaft und Forschung fördern will, der muss auch selbst Geld in die Hand nehmen. Von allein entsteht keine Exzellenz. Das klappt nur am Standort, wenn Sie tatsächlich bereit sind zu investieren.

Andere Hafenstädte warten nicht. Die Berichtsphase bis Ende des zweiten Quartals ist so gut wie abgelaufen. Es gibt keine Erkenntnisse aus der Wirtschaftsbehörde. Es gibt keine Erkenntnisse aus der Wissenschaftsbehörde, ob irgendetwas seit Ihrer Antragstellung passiert ist. Einmal mehr ist es die Bundesregierung beziehungsweise die CDU/CSU-Bundestagsfraktion, die das Thema vorantreibt. Geben wir der Fraktion dort Unterstützung, senden wir ein klares Signal, dass dieses Maritime Forschungszentrum nach Hamburg gehört, und tun wir jetzt dafür alles, was wir können, indem wir diesem Antrag zustimmen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und bei *Carl-Edgar Jarchow* FDP)

Vizepräsidentin Christiane Schneider: Vielen Dank, Herr Ovens. – Herr Seeler von der SPD-Fraktion, Sie haben nun das Wort.

Dr. Joachim Seeler SPD:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Es fällt mir jetzt ein bisschen schwer, auf diesen Antrag zu antworten, denn der Titel unseres Antrags vom September letzten Jahres, den die Regierungsfractionen eingebracht haben und den alle, auch die CDU, beschlossen haben, lautete:

(Jörg Hamann CDU: Machen Sie ja nicht! Er kommt ja nicht voran!)

"Hamburg als Standort für das Deutsche Maritime Forschungszentrum". Die CDU betitelt jetzt ihren Antrag: "Deutsches Maritimes Forschungszentrum – Ein Gewinn für Hamburg". Der Neuigkeitsgrad ist nicht so richtig erkennbar bei dem Antrag. Im Petitum, liebe Kollegen der CDU, haben wir im September Folgendes beschlossen – es lohnt sich, einmal die alten Anträge zu lesen –:

"Der Senat wird ersucht, sich auf Bundes- und Landesebene für die Errichtung eines deutschen Maritimen Forschungszentrums in Hamburg zur Stärkung der Innovationskraft von Schiffbau und Meerestechnik einzusetzen."

Ihr Petitum lautet:

"Der Senat wird aufgefordert, sich gegenüber dem Bund um die Ansiedlung eines deutschen Maritimen Forschungszentrums Hamburg zu bemühen."

Wenn wir Oppositionsarbeit so verstehen, dass man Anträge, die von der Regierungsfraction mit den Stimmen der CDU beschlossen worden sind, ein gutes halbes Jahr später noch einmal stellt, indem man sie schlichtweg abschreibt, dann ist das möglicherweise zu dünn.

Und dann haben Sie auf Ihre Bundestagsfraction verwiesen.

(Beifall bei der SPD und bei Martin Bill GRÜNE)

Ihr Bundestagsabgeordneter Herr Kruse hat am 8. Februar 2016 in einer Pressemitteilung kundgetan, er habe eine richtig gute Idee für den Standort Hamburg. Sie werden ahnen, was kommt. Herr Kruse fordert am 8. Februar 2016 ein deutsches Maritimes Forschungszentrum für Hamburg, das Beschlusslage dieses Hauses seit dem 5. September 2015 ist.

(Heiterkeit bei Wolfgang Rose SPD)

Vielleicht sollten Sie einmal Ihren Bundestagsabgeordneten darüber informieren, was in diesem Haus Beschlusslage ist.

(Beifall bei der SPD)

Dritter Punkt: Wir haben damals mit den Stimmen der CDU beschlossen, dass der Senat zum 30. Juni 2016 Bericht erstattet. Das heißt, der Senat und die Wirtschaftsbehörde sind mitten in der Erarbeitungsphase.

(Hansjörg Schmidt SPD: Vier Wochen!)

Wir hätten ein gewisses Verständnis dafür, dass solche Anträge gestellt werden, wenn dieser Bericht nach dem 30. Juni 2016 vorliegt und möglicherweise nicht unsere Zustimmung findet. Aber in dem Moment, wo der Senat und die Wirtschaftsbehörde gemeinsam mit der Wissenschaftsbehörde mitten in der Erarbeitung sind, noch einmal den gleichen Antrag aus dem September 2015 zu stellen, erscheint doch zumindest etwas dünn.

(Beifall bei der SPD)

Aber die gute Nachricht bei Ihrem Antrag ist, dass wir anscheinend grundsätzlich einen Konsens haben, dass ein solches Forschungszentrum nach Hamburg gehört. Sehen wir uns einmal an, was der Senat in den letzten Monaten gemacht hat.

Erstens: Ich hatte schon erwähnt, dass natürlich in der Behörde mit Hochdruck an der Umsetzung dieses Konzepts gearbeitet wird, sodass ich persönlich mit vielen anderen im Haus sehr zuversichtlich bin, dass wir tatsächlich binnen Jahresfrist ein Deutsches Maritimes Forschungszentrum in Hamburg haben werden – wo denn sonst, wenn nicht in Hamburg?

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei den GRÜNEN)

Zweitens: Die Wirtschaftsbehörde hat im Februar 2016 eine Untersuchung veröffentlicht, in der der maritime Standort Hamburg von Ernst & Young sehr ausführlich untersucht worden ist. Gerade der Punkt Innovation und Forschungsentwicklung mit übrigens sehr guten Ergebnissen im internationalen Wettbewerb für den Standort Hamburg wurde in dieser Studie herausgehoben. Auch daran wird gearbeitet.

(Anna-Elisabeth von Treuenfels-Frowein FDP: Mit Hochdruck!)

Drittens: Im April 2016 ist die Gründung des Centers für Maritime Logistik, das 20 Millionen Euro kosten wird, auf den Weg gebracht worden – darüber wird noch im Wissenschaftsausschuss debattiert. Beschlusslage des Senats sind folgende drei Tätigkeitsschwerpunkte für die maritime Forschung: Schiffs- und Flottenmanagement, Nautik und Seeverkehr, Hafen- und Terminalentwicklung. Das ist im April auf den Weg gebracht worden. Diese drei Dinge sind in den ersten fünf Monaten dieses Jahres auf den Weg gebracht worden. Insofern kann man schon den Schluss ziehen, dass der Senat mit Hochdruck an der Stärkung des maritimen Standortes Hamburg im Bereich Forschung, Entwicklung und Innovation arbeitet.

(Dr. Joachim Seeler)

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei den GRÜNEN)

Wenn man das zusammenzählt, fürchte ich, müssen wir Ihren Antrag ablehnen, liebe Kollegen von der CDU, weil der Neuigkeitsgrad an dieser Stelle noch nicht einmal die Nulllinie tangiert. Deswegen lassen Sie uns im Herbst, nachdem der Senator und die Behörde den Bericht vorgelegt haben, dieses Thema noch einmal auf die Tagesordnung setzen.

(*Jörg Hamann CDU*: 30. Juni haben Sie jetzt gesagt! Wann denn nun?)

– Herr Hamann, die inhaltliche Bedeutung Ihrer Zwischenrufe korreliert nicht mit der Lautstärke.

Deswegen lehnen wir diesen Antrag jetzt ab. Lassen Sie uns im Herbst ernsthaft darüber diskutieren. Das Abschreiben von längst beschlossenen Anträgen und deren Wiedervorlage machen wenig Sinn. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Christiane Schneider: Vielen Dank, Herr Seeler. – Frau Timm von der GRÜNEN Fraktion, Sie haben jetzt das Wort.

Dr. Carola Timm GRÜNE:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wie Herr Seeler gerade ausgeführt hat, hat der Antrag der CDU keinen Neuigkeitswert. Hinzu kommt, dass wir als Regierungsfraktion das Thema schon sehr viel frühzeitiger bewegt haben,

(*Anna-Elisabeth von Treuenfels-Frowein FDP*: Toll!)

nämlich im letzten Sommer. Wir haben unseren Antrag am 3. August 2015 eingebracht, den die Bürgerschaft beschlossen hat, und zwar auch mit den Stimmen der CDU. Insofern besteht – auch das hat Herr Seeler schon ausgeführt – überhaupt kein inhaltlicher Dissens. Das ist auch kein Wunder, denn der Antrag der Regierungsfractionen deckt das Thema vollständig ab.

(Beifall bei *Ksenija Bekeris SPD* – *Carsten Ovens CDU*: Unsinn!)

Wir wollen mit dem Forschungszentrum die maritime Wirtschaft weiterentwickeln und vor allem die Zukunftsthemen Schiffbau und Meerestechnik voranbringen. Hamburg bietet als zentral gelegene Hafenmetropole optimale Voraussetzungen und wird als Innovations- und Forschungsstandort gestärkt. Das ist sehr wichtig für Hamburg als Stadt.

(Beifall bei den GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

Wie das aber im Einzelnen umzusetzen ist, kann man eben nicht einfach so über einen Kamm scheeren; das muss ausgearbeitet werden. Deshalb ist

der Senat dabei, das zu tun. Deshalb gibt es auch einen Bericht, denn man muss unter anderem klären, welche Trägerstrukturen dazu benötigt werden. Das muss zwischen dem Bund, der FHH und weiteren Partnern erst einmal verhandelt werden.

(*Carsten Ovens CDU*: Sie wissen ja nicht einmal, welche Partner!)

Dazu skizziert der Antrag der Regierungsfractionen ein klares strukturiertes Vorgehen, das dem Zusammenspiel zwischen Bund und Ländern gerecht wird und unter anderem eine Machbarkeitsstudie voraussetzt. Das ist eine Grundvoraussetzung, um überhaupt konkret aktiv zu werden.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei *Dr. Monika Schaal SPD*)

Vor allem aber ist eben, wie Herr Seeler schon ausgeführt hat, der Bürgerschaft bis Ende des zweiten Quartals zu berichten. Wir haben jetzt Mitte Mai und somit das zweite Quartal naturgemäß noch nicht erreicht. Deshalb gibt es jetzt für die Bürgerschaft keine inhaltliche Grundlage, aufgrund derer das Thema zu vertiefen wäre. Wenn der Bericht vorliegt, werden alle Fragen, die Herr Ovens aufgeworfen hat, geklärt sein. Dann kann man das im Herbst in Ruhe debattieren. Es macht keinen Sinn, jetzt in blinden Aktionismus zu verfallen.

(*Jörg Hamann CDU*: Aktionismus?)

Im Gegenteil, das kann auch kontraproduktiv sein, denn Verhandlungen zu Finanzierungsthemen mit dem Bund sind immer sensibel und sollten nicht durch irgendwelche unausgegorenen Ideen, wie beispielsweise dem Projektrat aus dem CDU-Antrag, belastet werden. Vor allem liegt die Machbarkeitsstudie, die als sehr aussagekräftig zu erwarten ist, noch gar nicht vor.

In der Sache freuen wir uns natürlich, dass sich auch die CDU für das Maritime Forschungszentrum einsetzt und auch versucht, Bundesmittel dafür zu gewinnen. Wie gesagt sind wir uns alle darin einig, dass wir das Maritime Forschungszentrum wollen. Insofern kann man von allen Beteiligten erwarten, dass sie sich im Rahmen ihrer jeweiligen Möglichkeiten dafür einsetzen. Allerdings muss man deshalb nicht aus jedem einzelnen Handlungsschritt einen Antrag machen und ihn dann in der Bürgerschaft debattieren, denn das ist das Problem an dem CDU-Antrag. Darin steht im Wesentlichen nur, was Herr Kruse macht. Das ist aber nicht interessant, zumal in dem Antrag nur steht, wofür er sich einsetzt, aber nicht, worin die konkreten Ergebnisse bestehen.

Vor allem aber besteht der nächste Handlungsschritt darin, den Bericht des Senats abzuwarten und diesen dann gegebenenfalls zu debattieren.

(*Carsten Ovens CDU*: Haben Sie das Petition auch gelesen?)

(Dr. Carola Timm)

– Ja, das Petikum habe ich auch gelesen und bereits kommentiert, indem ich gesagt habe, dass erst einmal der Bericht abzuwarten ist.

Deshalb lehnen wir den CDU-Antrag als inhaltsleer ab und wollen ihn auch nicht an den Ausschuss überweisen. – Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsidentin Christiane Schneider: Vielen Dank, Frau Timm. – Herr Dolzer von der Fraktion DIE LINKE, Sie haben nun das Wort.

Martin Dolzer DIE LINKE:* Liebe Hamburgerinnen, liebe Hamburger, liebe Kolleginnen und Kollegen, Frau Präsidentin! Ich habe den Antrag von Herrn Ovens und der CDU-Fraktion sehr genau gelesen und einigen Punkten Ihrer Kritik, Frau Timm und Herr Seeler, stimme ich zu. Dass es keinen Dissens gibt, sehe ich allerdings ganz anders, denn wenn man sich die Anträge genau durchliest, gibt es einen gravierenden Dissens. Zwar ist es im Ursprungsantrag so, dass die Ziele, für die ein Maritimes Forschungszentrum eingerichtet werden soll, zumindest erst einmal einigermaßen gut klingen, denn es geht um relativ viel ökologisches Bewusstsein und Green Shipping. Das begrüßen wir als LINKE außerordentlich.

(Beifall bei der LINKEN)

Auch einige weitere der dort formulierten Ziele klingen vernünftig – ich zitiere –:

"Ziel des Forschungszentrums sollte es sein, bereits vorhandene Förderungsinstrumente optimal zu nutzen und zu bündeln."

Und weiter:

"Es geht nicht darum, eine weitere konkurrierende Forschungseinrichtung zu schaffen. Die Tätigkeit des neuen Forschungszentrums sollte die gesamte maritime Wertschöpfungskette berücksichtigen und bestehende Forschungsansätze international vernetzen und verstärken."

Das klingt erst einmal sehr gut, weil es in einem Kontext nicht nur von internationaler Konkurrenz, sondern auch von Zusammenarbeit steht. Auch deshalb haben wir unter anderem diesem Antrag damals zugestimmt.

Wenn ich das richtig sehe, will die CDU im jetzigen Antrag schnell weitere Details definieren. Diese Details, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU, sind in der Grundausrichtung anders als der grundsätzliche Antrag, und genau diese Details finden wir falsch.

(Beifall bei der LINKEN)

Zum einen geht die Ausrichtung, die Sie auch im Petikum definieren, eher in die Richtung einer neu-

en konkurrierenden Forschungseinrichtung. Zum anderen heißt es gleich zu Anfang Ihres Antrags:

"Deutschland ist eine Schifffahrtsnation mit stolzer Tradition."

(*Carsten Ovens CDU: Richtig so!*)

"Dabei erwirtschaftet insbesondere der maritime Handel Wohlstand in allen deutschen Ländern."

(*Carsten Ovens CDU: Auch korrekt!*)

Schön altertümlich ausgedrückt, die Bundesländer, und vor allem in Bezug auf die zwei Weltkriege war Deutschland nicht unbedingt ein Land in guter Tradition. Man könnte das schon ein bisschen differenzierter formulieren. Der ganze Antrag hat im Weiteren auch noch andere Duktus, die wir nicht richtig finden.

Es folgt nämlich für die Zukunftsfähigkeit der maritimen Wirtschaft, dass es in Deutschland gilt, immer einen Schritt schneller und besser zu sein als der globale Wettbewerb. Abgesehen davon, dass man nicht schneller sein kann als ein Wettbewerb, sondern vielleicht schneller als ein anderer Konkurrent, sollte im Wettbewerb nicht Konkurrenz das Hauptmerkmal sein, an dem ein Forschungszentrum ausgerichtet ist, sondern Forschung an sich im Sinne der Gesellschaft, Forschung im Sinne der Menschen, und zwar aller Menschen.

(Beifall bei der LINKEN)

Im Ursprungsantrag hieß es dann:

"Die Tätigkeit des neuen Forschungszentrums sollte die gesamte maritime Wertschöpfungskette berücksichtigen und bestehende Forschungsansätze international vernetzen und verstärken."

Das ist eine ganz andere Ausrichtung, und genau darin liegt die Differenz. Frau Timm und Herr Seeler, ich dachte, dass Sie da genauer hinschauen

(*Jörg Hamann CDU: Sie haben es ja nicht mal gelesen!*)

und diese Differenz vielleicht auch in Betracht ziehen, aber vielleicht haben Sie eine ähnliche Ausrichtung. Das würde ich Ihnen jetzt erst einmal so nicht zutrauen, aber vielleicht ist es so. Dann hätte ich mich darin geirrt, dass der erste Antrag von dem zweiten abweicht, und vielleicht hätten wir dann irrtümlicherweise zugestimmt.

Im Antragstext heißt es weiter:

"Ebenso wird in Zukunft auch die Frage der maritimen Sicherheit eine bedeutende Rolle spielen, die innerhalb des Forschungszentrums behandelt werden sollte, um etwa den Herausforderungen des Terrorismus und der Piraterie gerecht zu werden."

(*Carsten Ovens CDU: Ganz genau!*)

(Martin Dolzer)

Das fand sich im ersten Antrag auch nicht. Herr Ovens, würden Sie eine Politikwissenschaftlerin fragen, wo sie die Ursachen der Piraterie sieht, oder das Urteil des Oberlandesgerichts Hamburg in dem sogenannten Piraterieprozess lesen, dann wüssten Sie, dass die Ursachen doch eher in der Überfischung der Meere unter anderem durch europäische Großkonzerne und auch im Land Grabbing liegen

(Detlef Ehlebracht AfD: Im Kapitalismus!)

und nicht etwa darin, dass die Menschen dort so etwas wollen.

(Beifall bei der LINKEN)

Genau da kommen Sie dann mit einem Maritimen Forschungszentrum überhaupt nicht weiter, sondern eher vielleicht mit ganzheitlichen Ansätzen. Das Maritime Forschungszentrum sollte sich doch lieber auf friedliche Mittel fokussieren, aber nach der Meinung der LINKEN auch beschränken, weil wir nicht weiter Kriegsflotten ausbauen wollen, sondern ein Forschungszentrum wollen, das den Frieden in den Mittelpunkt der Forschung stellt.

(Beifall bei der LINKEN – Jörg Hamann CDU: Außer die russischen natürlich, müssen Sie jetzt sagen!)

Zudem könnten Sie dann auch zu Frau Merkel gehen und sagen, fairer Handel und nicht TTIP könnten im Zentrum stehen, dann wären wir die Piraterie los.

(Beifall bei der LINKEN – Zurufe von der CDU)

– Schön, dass Sie das auch humorvoll nehmen.

Dass der internationale Terrorismus jetzt übers Meer kommt, ist mir neu. Das können Sie mir gleich erklären.

(Zurufe von der CDU: Thema!)

Ich habe eher das Gefühl, dass Ihr Antrag dem Kontext geschuldet ist – vielleicht denke ich ein bisschen spekulativ –, dass Sie vielleicht das neue Weißbuch schon auf Ihrem Tisch liegen haben und das Forschungszentrum in die Richtung treiben wollen. Deshalb wollen Sie auch sehr gern einen Forschungs- beziehungsweise einen Projektrat mit Professoren von der Bundeswehruniversität. Da finde ich es doch viel sympathischer, dass der Antrag im September 2015 ohne das ganze militärische Gedöns abgestimmt worden ist. Deshalb lehnen wir Ihren Antrag ab, können ihn aber gern im Ausschuss diskutieren. – Danke.

(Beifall bei der LINKEN – Jörg Hamann CDU: Vaterlandsverteidigung!)

Vizepräsidentin Christiane Schneider: Vielen Dank, Herr Dolzer. – Herr Dr. Schinnenburg von der FDP-Fraktion, Sie haben nun das Wort.

Dr. Wieland Schinnenburg FDP: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Keiner soll sagen, es sei abends um 20 Uhr, wenn fast alle Medienvertreter weg sind, in der Bürgerschaft nicht unterhaltsam.

Wenn ich Herrn Dolzer richtig verstanden habe, hört die Piraterie auf, wenn man TTIP nicht macht.

(Heiterkeit bei der FDP, der SPD und den GRÜNEN)

So ungefähr habe ich es verstanden. Wir haben noch gar kein TTIP, und trotzdem ist es schon Piraterie.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Herr Dolzer, das, was Sie da gesagt haben, war sicher unterhaltsam, aber nicht wirklich überzeugend, unter uns gesagt, egal, wie man dazu steht. Aber auch drei andere Fraktionen haben zumindest zu meiner persönlichen Unterhaltung beige-tragen.

Fangen wir einmal mit der CDU an. Da gab es, wie schon gesagt wurde, vor einem guten halben Jahr von SPD und GRÜNEN, die fast das Gleiche gefordert haben, einen Antrag mit einer Frist, dass der Senat bis 30. Juni 2016 dazu berichten solle. Vor Ablauf der Frist sagt die CDU, es müsse auch einmal irgendwas passieren. Das ist in der Tat – Herr Seeler hat es völlig richtig ausgeführt – mit geringen Abweichungen alter Wein in neuen Schläuchen. So ein Antrag hat Unterhaltungswert, aber keinen parlamentarischen Nutzen.

Aber auch SPD und GRÜNE sorgen für erhebliche Unterhaltung. Herr Seeler und Frau Timm sagen, die CDU habe im Prinzip bei ihnen abgeschrieben, ihren Antrag fänden sie gut, aber den CDU-Antrag lehnten sie ab. Den Antrag, der nach Ihrer eigenen Aussage fast identisch ist, lehnen Sie ab, aber Ihren eigenen haben Sie beschlossen. Das ist wirklich unterhaltsam, trägt aber nicht unbedingt zum Ansehen des Parlaments bei, wenn man das so wenig ernsthaft betreibt. Deshalb werden wir uns anders als andere konsequent verhalten. Wir haben den damaligen Antrag von Rot-Grün abgelehnt und werden auch diesen Antrag der CDU ablehnen.

Ich will das noch einmal mit ein paar wenigen Worten erläutern. Bei Ihrem Antrag hat die Debatte nicht stattgefunden, also sage ich es jetzt. Wir haben nichts dagegen, dass in Hamburg maritime Forschung konzentriert und verstärkt wird. Im Gegenteil, das ist eine sehr gute Idee. Aber im Antrag von Rot-Grün und jetzt im CDU-Antrag ist nur von Koordination die Rede und nicht davon, dass mehr Forschung passiert. Ich formuliere es einmal drastisch: Sie produzieren erst einmal nur einen Wasserkopf und nicht mehr wirkliche Forschung. Denn das ist das eigentliche Problem. Ich habe aufgrund Ihres damaligen Antrags diese Anfrage gestellt, die

(Dr. Wieland Schinnenburg)

Herr Ovens bereits erwähnte, und habe folgende Zahlen erfahren: Die von Ihrem Senat zu verantwortenden Hamburger Ausgaben für maritime Forschung sind seit 2011 ständig zurückgegangen. Es waren 4,4 Millionen Euro und jetzt sind wir bei 1,2 Millionen Euro. Ihr Senat, damals von der SPD allein geführt, hat es also geschafft, die Ausgaben für maritime Forschung um drei Viertel zu senken. Die Ausgaben für konkrete Forschung senken Sie, wollen aber ein neues Zentrum errichten, was seinerseits Geld kostet. Geld für den Wasserkopf haben Sie, aber für die eigentliche Aufgabe haben Sie kein Geld. Das war der erste Grund, warum wir damals Ihren Antrag abgelehnt haben und jetzt auch diesen CDU-Antrag ablehnen.

Die Finanzierung ist, das wurde schon erwähnt, weder von Rot-Grün damals noch jetzt von der CDU erläutert worden. Die CDU sagt, man solle mit dem Bund ein Finanzkonzept erarbeiten. Herr Ovens, wer stellt im Bund den Finanzminister? Das war doch, glaube ich, Ihre Partei.

(Jörg Hamann CDU: Das bleibt auch so!)

Sie wollen jetzt der SPD hier sagen, sie müsse Ihren eigenen Finanzminister auffordern, mehr Geld herauszurücken. Das ist eine eigenartige Methode des Vorgehens; auch das ist nicht wirklich seriös.

Jetzt kommen noch die Nachteile des CDU-Antrags, insofern ist es tatsächlich eine gewisse Verschlechterung. Rot-Grün hat den Senat beauftragt, bis zum 30. Juni ein Konzept vorzulegen. Darauf warten wir. Was macht die CDU? Sie macht eine Fristverlängerung.

(Präsidentin Carola Veit übernimmt den Vorsitz.)

Herr Ovens fordert, es müsse endlich einmal losgehen, es werde nichts getan, aber selbst macht er eine Fristverlängerung. Laut Ihres Antrags soll der Senat bis zum 31. März 2017, also neun Monate später, berichten. Wenn es so eilig ist und der Senat zu lahm ist, müssten Sie statt einer Fristverlängerung doch eine Fristverkürzung beschließen. Auch das ist unterhaltsam, aber nicht wirklich konstruktiv.

Der letzte Punkt: Wenn die CDU eine Fristverlängerung zum 31. März 2017 erreichen will, ist das nicht nur schlecht, weil es neun Monate länger dauert, sondern auch deshalb, weil das nach den Haushaltsberatungen ist. Folgt man Ihrem Antrag, werden wir vielleicht am 31. März 2017 erfahren, dass das eine tolle Sache ist, Geld dafür aber im Haushalt die nächsten zwei Jahre nicht drin ist, denn der Haushalt ist dann schon beschlossen worden. Ihre Fristsetzung ist ein ganz wesentlicher Unterschied zu dem alten Antrag. Ein schlechter Antrag wurde noch weiter verschlechtert, und deshalb lehnen wir Ihren Antrag ab. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Präsidentin Carola Veit: Herr Professor Kruse von der AfD-Fraktion bekommt das Wort.

Dr. Jörn Kruse AfD:* Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Als ich den Antrag gelesen habe, dachte ich: Es ist alles schon von allen gesagt und geschrieben, nur noch nicht von Herrn Ovens. Denn wie er selbst ganz zutreffend schreibt, ist das alles schon im September mit einem Antrag unserer Regierungsparteien verhandelt worden. Ich habe mich gefragt, warum wir uns heute damit noch einmal befassen und unsere Zeit darauf verwenden müssen. Darauf habe ich keine gute Antwort gefunden. Ich habe mich gefragt, warum Herr Ovens das beantragt hat. Ich nehme Sie jetzt einmal pars pro toto, Herr Ovens: Weil Sie heute noch einmal reden wollten. Okay, verstehe ich. Akzeptiere ich.

Zweiter Punkt: Sie wollten noch einmal darauf hinweisen, dass die FDP nicht verstanden hat, was gut ist, denn Sie schreiben explizit in Ihrem Antrag, dass die FDP das abgelehnt hat.

(Zurufe von der CDU)

– Ja, vielleicht. Wir haben es aber nicht abgelehnt.

Ich habe mich gefragt, was die FDP Ihnen getan hat, dass Sie das hier noch einmal erwähnen.

(Beifall bei Michael Kruse FDP)

Dann habe ich mich gefragt, warum die FDP das abgelehnt hat; das habe ich damals nicht verstanden und verstehe es auch heute nicht. Herr Schinnenburg, ich finde Ihre Begründung für die Ablehnung nicht plausibel, denn Sie sind doch eigentlich für das Institut. Warum stimmen Sie dann nicht zu? Das würde ich jedenfalls viel plausibler finden.

Dann geht es noch ein Stückchen weiter, und ich habe den Eindruck, dass Herr Ovens das, was die SPD-Fraktion schon einmal geschrieben hat, noch einmal ein bisschen gewürfelt und noch einmal geschrieben hat. Das ist, wie gesagt, eine Doppelung. Und am Ende dieses Abschnitts bin ich auf etwas gestoßen, was mich eigentlich immer stört, nämlich dass Sie sich interventionistisch verhalten, indem Sie sagen, worauf die Wirtschaftsförderung konzentriert werden müsse. Die CDU war doch früher einmal eine marktwirtschaftliche Partei im Zuge Ludwig Erhards. Das muss lange her sein. Das sollte man nicht en passant so schreiben, denn das erinnert mich zum Beispiel an Planification und ich hoffe, dass ich Sie da falsch verstehe, Herr Ovens.

(Beifall bei der AfD)

Dann lese ich ein Stückchen weiter und hatte ein Aha-Erlebnis.

(Jörg Hamann CDU: Das wollen wir nicht wissen! Behalten Sie es für sich!)

(Dr. Jörn Kruse)

Im letzten Abschnitt steht, dass eine wichtige Person in Berlin, nämlich Ihr Parteifreund Rüdiger Kruse, sich sehr um die Hansestadt Hamburg verdient gemacht habe.

(Beifall bei *Jörg Hamann CDU*)

Auch er hat sich nämlich schon dafür eingesetzt, dass dieses Projekt nach Hamburg kommen soll. Das finde ich außerordentlich verdienstvoll, und ich hoffe, dass der Wirtschaftssenator ihm regelmäßig ein Dankschreiben für seinen Einsatz für Hamburg schickt. Auch das finde ich in Ordnung.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Jetzt stellt sich die Frage, wie wir abstimmen. Ich würde in weiten Teilen inhaltlich dem, was Herr Seeler gesagt hat, zustimmen, mit Ausnahme der Schlussfolgerung. Wir stimmen dem Antrag zu, weil wir, wie Sie wissen, immer für Forschungsinstitute sind. Wir hatten schon einmal eine Forschung für Datensicherheit beantragt, was Sie abgelehnt haben. Heute haben Sie ein Institut für kulturelle Studien von Herrn Baumann abgelehnt. Das machen wir aber nicht, und zwar nicht deshalb, weil wir glauben, dass Herr Ovens einen guten Antrag gestellt hat, sondern weil die Sache richtig ist, auch wenn der Antrag von Herrn Ovens dafür eigentlich überflüssig war. – Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Präsidentin Carola Veit: Meine Damen und Herren, das Wort bekommt Frau Heyenn.

Dora Heyenn fraktionslos:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Einmal abgesehen vom Einleitungssatz des CDU-Antrags bin ich über zwei Formulierungen gestolpert. Beide Anträge, der von der CDU und der von der SPD, sprechen von der maritimen Wertschöpfungskette. Das habe ich einmal nachgeguckt. Am 16. Juli 2013 hat die Konrad-Adenauer-Stiftung ein Positionspapier zu dieser Thematik herausgegeben. In diesem Zusammenhang plädiert sie ganz offen – ich zitiere – für den Aufbau neuer militärischer Kapazitäten in der deutschen Kriegsmarine. Originalton.

(*Richard Seelmaecker CDU:* Und die Sozis sind drauf reingefallen!)

In diesem Positionspapier wird darüber diskutiert, wie man denn "maritim" definieren solle. Es wird darauf hingewiesen, dass wenn man von der maritimen Wirtschaftskette spricht und das allein auf die ökonomische Bedeutung der Weltmeere bezieht für die globale Wirtschaft, dies eine viel zu enge Definition sei. Im selben Zusammenhang verweist die Konrad-Adenauer-Stiftung auf die Schwachstellen des maritimen Transportnetzes und auf das Horn von Afrika, wo Kriegsschiffe operieren. An anderer Stelle in diesem Traktat finden

wir bei den Empfehlungen folgenden Satz – ich zitiere –:

"Die politische und militärische Präsenz Deutschlands in den Schlüsselregionen des globalen maritimen Netzwerkes ist zu verstärken. Es scheint notwendig, weitere (grenz)polizeiliche/militärische Kapazitäten aufzubauen, um Deutschland zu einem verlässlichen und durchsetzungsfähigen maritimen Partner zu machen."

(*Jörg Hamann CDU:* Genau!)

So lautet eine Empfehlung der Konrad-Adenauer-Stiftung. Perspektiven deutscher Außenpolitik, Titel: "Fragile Wertschöpfungsketten: Zur Notwendigkeit eines deutschen maritimen Engagements". Nach dieser Lektüre habe ich die Formulierung im CDU-Antrag verstanden, die bereits auch Herr Dolzer zitiert hat, nämlich:

"Ebenso wird in Zukunft auch die Frage der maritimen Sicherheit eine bedeutende Rolle spielen,"

(*Jörg Hamann CDU:* Richtig!)

"die innerhalb des DMFZ behandelt werden sollte, um etwa den Herausforderungen des Terrorismus und der Piraterie gerecht zu werden."

(*Jörg Hamann CDU:* Und was stört Sie daran?)

Insofern ist das der Neuigkeitswert des CDU-Antrags gegenüber dem SPD-Antrag. Hier wird ganz offen die militärische Komponente angesprochen; sonst wird sie immer verschleiert.

Ich möchte einmal darauf hinweisen, was in der Verfassung der Freien und Hansestadt Hamburg steht. In der Präambel finden wir folgenden Satz:

"Die Freie und Hansestadt Hamburg hat als Welthafenstadt eine ihr durch Geschichte und Lage zugewiesene, besondere Aufgabe gegenüber dem deutschen Volke zu erfüllen. Sie will im Geiste des Friedens eine Mittlerin zwischen allen Erdteilen und Völkern der Welt sein."

Insofern muss die Grundlage für ein Deutsches Maritimes Forschungszentrum auch genau das sein. Und dieser Hinweis, dass es sich um friedenspolitische Aktivitäten handeln muss, fehlt auch im SPD-Antrag. Stattdessen ist formuliert:

"Die Tätigkeit des neuen DMFZ sollte die gesamte maritime Wertschöpfungskette"

– und dazu gehört das Militär –

"berücksichtigen und bestehende Forschungsansätze international vernetzen und verstärken."

(Dora Heyenn)

Nach dem Verständnis der Wissenschaftspolitik in Hamburg hat die Forschungspolitik nicht in erster Linie der Wirtschaft, sondern der Gesellschaft zu dienen. In der letzten Legislaturperiode, als wir das neue Hochschulgesetz diskutierten und die damalige Senatorin eine Transparenzklausel statt einer Zivilklausel einführte, hat der Staatsrat der Wissenschaftsbehörde gesagt, in Hamburg werde Friedensforschung gemacht und nichts anderes. Das muss auch für ein deutsches Zentrum für maritime Wirtschaft gelten.

(Vereinzelter Beifall bei der LINKEN und bei *Nebahat Güçlü* fraktionslos)

Präsidentin Carola Veit: Jetzt bekommt noch einmal Herr Ovens von der CDU-Fraktion das Wort.

Carsten Ovens CDU: Frau Heyenn, ich bin beeindruckt von Ihrer Bewerbungsrede für die Wiederaufnahme in die Links-Fraktion; das habe ich gerade mit meinem Kollegen Westenberger diskutiert.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

So viel Übereinstimmung hat man bei Ihnen und Ihrer ehemaligen Fraktion monatelang nicht erlebt.

Herr Dolzer, auch Ihre humoristische Einlage eben war höchst amüsant. Ich kann Ihnen beiden versichern: Zumindest mit diesem Zentrum ist es nicht unsere Intention, ein Forschungszentrum aufzubauen, um einen möglichen Flugzeugträger Konrad Adenauer 1 für die Bundesrepublik zu entwickeln. Das ist nicht der Anspruch dieses Forschungszentrums, Herr Dolzer.

(Beifall bei der CDU)

Aber wenn Sie das so sehen, können wir uns gern an anderer Stelle noch einmal darüber unterhalten.

Zu den Kollegen von SPD und GRÜNEN. Ich habe mir gerade noch einmal Ihren Antrag durchgelesen. Sie fordern genau drei konkrete Punkte. Sie bitten den Senat, er möge sich gegenüber der Bundesregierung dafür einsetzen, ein solches Maritimes Forschungszentrum in Hamburg anzusiedeln. Zweitens fordern Sie, wie gerade schon geschildert, dass eine Machbarkeitsstudie durchgeführt werden solle, die zum Ergebnis hat, dass der Standort Hamburg der bestgeeignete Standort sei. Drittens wollen Sie einen Bericht über dieses Engagement und über die Studie bis zum Ende des zweiten Quartals. Das sind fünf Wochen. Jetzt hat also die Wirtschaftsbehörde noch genau fünf Wochen Zeit, den Bericht vorzulegen, in dem sie uns schreiben wird, dass sie sich gegenüber der Bundesregierung dafür eingesetzt habe und dass eine Machbarkeitsstudie bereits vor Ihrem Antrag vom Bundeswirtschaftsministerium auf den Weg gebracht worden sei und sie Ihrem Beschluss gefolgt sei, nämlich bis zum Ende des zweiten Quartals zu berichten. Wunderbar. Was sagt uns dieser Bericht

ansonsten, was bringt er tatsächlich für die Ansiedlung dieses Zentrums? Nichts. Deswegen unser Antrag. Es ist auch keine Fristverlängerung, auch wenn Herr Dr. Schinnenburg das irrigerweise meint. Versuchen Sie, sich an Ihr Jurastudium zu erinnern. Wir wollen mit diesem Antrag auf keinen Fall irgendeinen anderen Antrag aushebeln. In einem einzigen Punkt, nämlich dass der Senat sich doch bitte gegenüber der Bundesregierung für die Ansiedlung des Deutschen Maritimen Forschungszentrums in Hamburg einsetzen möge, sind sich beide Anträge einig. Das ist aber auch schon der einzige Punkt. Und das ist auch keine Fristverlängerung, sondern es ist lediglich eine Bekräftigung und nicht, was Sie eben behauptet haben.

Wenn Sie die anderen Punkte unseres Antrags tatsächlich gelesen und sich nicht nur an der Überschrift festgeklammert hätten, Herr Dr. Seeler, dann wüssten Sie, dass wir erstens ganz konkret fordern, für dieses Zentrum die benötigte Infrastruktur bereitzustellen, dass wir zweitens konkret fordern, einen Projektrat einzusetzen und bereits mögliche Stakeholder, basierend auf der FDP-Vorlage, zu berücksichtigen. Lieber Herr Professor Kruse, ich bin nicht immer nur gegen die FDP, ich erwähne auch, wenn Sie gute Arbeit machen. Das fällt mir bei Ihnen leider immer schwer, tut mir leid.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Aber grundsätzlich greifen wir einfach nur auf, was die FDP schon als Vorlage geliefert hat, nämlich welche Stakeholder als Projektratsgremium geeignet wären, um zu überlegen, welche Schwerpunkte ein solches Forschungszentrum setzen könnte. Das steht in Ihrem Antrag nicht drin, genauso wie auch die Infrastruktur in Ihrem Antrag vom letzten Jahr nicht drinsteht.

Drittens sagen wir, der Senatsbericht, der uns in fünf Wochen vorliegen wird, solle umgesetzt werden. Ich finde es völlig legitim, wenn man bereits heute beschließt, dass man das, was der Senat vorlegen wird, grundsätzlich erst einmal auf den weiteren Weg bringt.

Viertens sagen wir, dass wir ein Finanzierungskonzept brauchen. Und ja, natürlich könnte ich jetzt im Bundesfinanzministerium anrufen. Aber wir haben bereits im letzten Jahr auf Ihren Antrag hin beschlossen, dass der Senat sich darum kümmern soll. Also erinnern wir den Senat nur an seine Verantwortung und stellen ihm eine weitere Hausaufgabe, nämlich, ein Finanzierungskonzept zu entwickeln. Was im Übrigen in diesem Antrag beinhaltet, dass die Freie und Hansestadt sich auch daran beteiligen soll. Herr Dr. Schinnenburg, auch das richtet sich komplett gegen das, was Sie gerade über die Zielrichtung gesagt haben. Sie haben recht mit Ihrer Aussage, dass die Ausgaben für maritime Forschung in Hamburg zurückgegangen sind. Genau deshalb stellen wir diesen Antrag, indem wir sagen, ein neues Forschungszentrum

(Carsten Ovens)

– rechtzeitig vor den Haushaltsverhandlungen – bedürfe auch mehr Mittel. Darum wollen wir heute gemeinsam mit Ihnen den Senat auffordern, die dafür benötigten Mittel zur Verfügung zu stellen.

Wenn wir dann im letzten Punkt sagen, dass bitte schön bis Ende des ersten Quartals über diese gänzlich neuen und zusätzlichen Forderungen berichtet werden soll, dann ist es nur konsequent, dass wir in einigen Monaten erneut darüber diskutieren, wie weit der Senat mit diesen deutlich zusätzlichen und erweiternden Forderungen gekommen ist. Hätten Sie den Antrag, bevor Sie ans Podium getreten sind, richtig gelesen, dann hätten Sie es auch verstanden. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Präsidentin Carola Veit: Frau Dr. Timm von der GRÜNEN Fraktion bekommt noch einmal das Wort.

Dr. Carola Timm GRÜNE:* Nur noch einmal kurz zu den beiden Anträgen. Wir sind uns im Wesentlichen einig – dass wir das Forschungszentrum wollen –,

(Beifall bei *Michael Westenberger CDU*)

und unterscheiden uns nur im Petitum dahingehend, dass wir das, wie Sie es eben aufgeführt haben, allgemeiner fassen, weil wir den Bericht erst abwarten wollen, während Ihr Antrag bereits konkrete Forderungen enthält, von denen wir gar nicht wissen, ob das umsetzbar ist. Deshalb ist jetzt der falsche Zeitpunkt für die Debatte. Sie ist in dieser Form erst zu führen, wenn der Bericht vorliegt.

(Vereinzelter Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Präsidentin Carola Veit: Herr Dolzer von der Fraktion DIE LINKE, Sie haben noch einmal das Wort.

(Zurufe)

Martin Dolzer DIE LINKE:* Schön, Herr Kollege Ovens, dass Sie sich freuen. Genau auf das, was Sie gesagt haben, will ich noch einmal kurz eingehen. Wenn Sie dieses Maritime Forschungszentrum so friedlich wollen, wie Sie eben gesagt haben, warum schreiben Sie dann das Gegenteil in den Antrag hinein? Das müssten Sie mir wirklich einmal erklären. Lassen Sie das einfach weg, dann glaube ich Ihnen das auch. So kann ich das leider, auch nach dem, was Kollegin Dora Heyenn ausgeführt hat, nicht glauben.

Herr Schinnenburg, einen kleinen Satz noch. Die Überfischung der Meere findet schon jetzt statt, auch das Land Grabbing findet schon jetzt statt, und TTIP wird das ausweiten.

(*Carsten Ovens CDU:* Ja, genau!)

Das ist eine Kontinuität, und wenn Sie genau zuhören, können wir auch differenzierter diskutieren. – Danke.

(Beifall bei der LINKEN)

Präsidentin Carola Veit: Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht, meine Damen und Herren. Dann können wir zur Abstimmung kommen.

Wer möchte einer Überweisung der Drucksache an den Ausschuss für Wissenschaft und Forschung folgen? – Wer möchte das nicht? – Wer enthält sich? – Dann ist das Überweisungsbegehren mit großer Mehrheit abgelehnt.

Wir stimmen in der Sache ab.

Wer möchte dem Antrag der CDU-Fraktion seine Zustimmung geben? – Wer möchte das nicht? – Wer enthält sich? – Dann ist der Antrag mit großer Mehrheit abgelehnt worden.

Wir kommen zu Punkt 39 unserer Tagesordnung, Drucksache 21/4442, Antrag der Fraktionen der GRÜNEN und der SPD: Schrottfahrräder beseitigen, nutzbare Teile weiter verwerten.

[Antrag der Fraktionen der GRÜNEN und der SPD:

**Schrottfahrräder beseitigen, nutzbare Teile weiter verwerten
– Drs 21/4442 –]**

Die Fraktionen sind übereingekommen, dass die Debatte entfällt. Wir kommen direkt zur Abstimmung.

Wer möchte einer Überweisung der Drucksache an den Verkehrsausschuss zustimmen? – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Dann ist das Überweisungsbegehren abgelehnt.

Wir kommen zur Abstimmung in der Sache. Die AfD-Fraktion möchte den Antrag gern zifferweise abstimmen lassen.

Wer möchte also zunächst Ziffer 1 folgen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Dann ist Ziffer 1 bei einigen Enthaltungen einstimmig beschlossen.

Wer möchte sich Ziffer 2 anschließen? – Auch hier die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Ziffer 2 ist mit großer Mehrheit beschlossen.

Und wer möchte Ziffer 3 annehmen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist wiederum einstimmig angenommen.

Wir kommen zu Punkt 37 unserer Tagesordnung, Drucksache 21/4440 Neufassung, Antrag der Frak-

(Präsidentin Carola Veit)

tion DIE LINKE: Soziale Infrastruktur stärken und Armut bekämpfen – Das muss drin sein! Steuermehreinnahmen 2016 für ein "Sofortprogramm für ein sozialeres Hamburg" nutzen.

**[Antrag der Fraktion DIE LINKE:
Soziale Infrastruktur stärken und Armut bekämpfen – Das muss drin sein! Steuermehreinnahmen 2016 für ein "Sofortprogramm für ein sozialeres Hamburg" nutzen
– Drs 21/4440 (Neufassung) –]**

Wer wünscht das Wort? – Frau Boeddinghaus von der Fraktion der LINKEN.

Sabine Boeddinghaus DIE LINKE: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! 2009 erschien ein Aufruf, initiiert von Professor Peter Bofinger, gemeinsam mit 61 weiteren Professorinnen und Professoren aus der Finanzwelt, aus der Wissenschaft, aus der Wirtschaft und mit weiteren 150 Unterzeichnerinnen und Unterzeichnern aus dem Bereich der Wissenschaft, mit dem Titel "Die Schuldenbremse gefährdet die gesamtwirtschaftliche Stabilität und die Zukunft unserer Kinder".

(Beifall bei *Christiane Schneider* DIE LINKE)

Ich möchte daraus einen Punkt zitieren, der mir sehr wichtig für unsere heutige Debatte erscheint.

"Die Schuldenbremse verkürzt das zentrale Ziel der Zukunftsvorsorge einer Volkswirtschaft auf die Stabilisierung des Schuldenstandes der öffentlichen Hand. Mit dieser eindimensionalen Sichtweise fällt sie konzeptionell weit hinter die von den meisten Finanzwissenschaftlern und auch vom Sachverständigenrat befürwortete 'goldene Regel' zurück. Diese sieht vor, dass öffentliche Investitionen durch Kredite finanziert werden können. Die 'goldene Regel' erkennt also an, dass es neben der passiven Zukunftsvorsorge, die in einer Begrenzung der Verschuldung besteht, auch eine aktive Zukunftsvorsorge in der Form öffentlichen Investitionen geben muss."

(Beifall bei der LINKEN)

Jetzt, sieben Jahre später, sind wir mit der Situation konfrontiert, dass entsprechend dieser unseligen Schuldenbremsenpolitik und deren Verankerung in Form des Finanzrahmengesetzes in der hamburgischen Verfassung Investitionen in dringend notwendige soziale Infrastrukturmaßnahmen, ausreichend bezahlbaren Wohnraum, Bildungs- und Betreuungseinrichtungen und viele mehr ausbleiben und in dem Hamburger Kernhaushalt ein strikter Sparkurs vorherrscht. Während der Senat bei Finanzierungsmodellen spektakulärer Leuchtturmprojekte stets reichlich kreative Fantasie entwickelt, wird er nicht müde, allen sonst an ihn he-

rangetragenen Anforderungen schmallippige Absagen zu erteilen mit dem Hinweis, man sei ja wohl nicht bei "Wünsch Dir was" und wir müssten den Gürtel alle enger schnallen. Das perfideste Argument ist aber das so gefällig daherkommende, man wolle der künftigen Generation keine so hohe Schuldenlast vererben, und deshalb müsse man jetzt die Kürzungsschraube enger drehen – leider.

Ich kann hier nun nicht die Diskussion aufmachen, wie überhaupt die Schulden und vor allem, mit wessen Verantwortung sie entstanden sind. Ich werde jetzt auch nur protokollarisch erwähnen, dass die Anhebung des Spitzensteuersatzes, die Einführung der Vermögen- und Erbschaftsteuer zu einer erheblichen Umverteilung des vorhandenen Reichtums und damit zu Mehreinnahmen in jährlicher Milliardenhöhe führen würde.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich will aber deutlich sagen, wie zynisch ich diese Argumentation finde, weil sie den Kindern und Jugendlichen, die heute in Kitas oder Schulen gehen, die heute einen Ausbildungsplatz suchen, die heute in Armut leben und damit gemeinsam mit ihren Eltern systematisch vom sozialen Leben ausgegrenzt werden, überhaupt nicht weiterhilft, ganz im Gegenteil. Die jetzige Generation unserer Kinder und Jugendlichen ist im Hier und Jetzt betroffen von schlecht ausgestatteter Inklusion, von zu großen Krippengruppen, von mangelnden Hilfe-, Unterstützungs- und Beratungsangeboten, und Tausende von Hamburgerinnen und Hamburgern brauchen jetzt eine bezahlbare Wohnung, eine existenzsichernde Arbeit, einen vollqualifizierenden Ausbildungsplatz, angemessene Gesundheitsversorgung, würdevolle Pflege und auskömmliche Rente.

(Beifall bei der LINKEN)

Aber der Herr Bürgermeister und mit ihm leider auch die rot-grüne Fraktion sind eher genervt vom Thema der sozialen Gerechtigkeit beziehungsweise der krassen sozialen Spaltung in unserer Stadt. Es ist leider so bekannt wie erschreckend: In seiner Regierungserklärung am 15. April letzten Jahres hat Olaf Scholz zu diesem Thema kein Wort gesagt. Wir stellen diese Frage aber jeden Tag aufs Neue, das versichere ich Ihnen, weil der soziale Friede und Zusammenhalt gerade in den Zeiten von Pegida und AfD-Rechtspopulismus und unserer gesamtgesellschaftlichen Aufgabe einer humanen Flüchtlingspolitik wichtiger denn je sind.

(Beifall bei der LINKEN)

Der Bürgermeister hat letztens laut nachgedacht. Ich möchte ihn zitieren:

"Die Aufstiegsperspektive, dass es einem selbst und seinen Kindern einmal besser gehen wird, ist längst nicht mehr selbstverständlich gegeben. Vielmehr macht sich in

(Sabine Boeddinghaus)

Teilen der Bevölkerung die Angst breit, dass es in Zukunft sogar schlechter gehen könnte."

Da frage ich den Senat natürlich – den Bürgermeister kann ich heute leider nicht fragen –: Was gedenken Sie denn konkret zu tun? Was ist Ihr Plan, um gegenzusteuern? Was sind Ihre konkreten Antworten darauf? Dass Handlungsdruck besteht, ist doch wohl unumstritten. Selbst Sigmar Gabriel mahnt ein soziales Investitionsprogramm an. Und auch die GRÜNEN im Bund fordern mehr Investitionen in Wohnung, Bildung und Kitas, jedenfalls Anton Hofreiter.

Da Sie offensichtlich auf stur schalten und nicht tätig werden wollen, muss DIE LINKE wieder einmal aktiv werden. Deshalb machen wir Ihnen heute ein Angebot, und es ist weder unsittlich noch unrealistisch.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir fordern nämlich nicht die Abschaffung der Schuldenbremse – jedenfalls heute nicht – oder die Öffnung des Finanzrahmengesetzes. Nein, wir beziehen uns ganz schlicht auf die von Ihrem Finanzsenator vorgestellte Summe aus den Steuernehreinnahmen in Höhe von 478 Millionen Euro, abzüglich der zu Recht zurückgestellten 160 Millionen Euro für die Finanzierung der Bedarfe der Geflüchteten, also auf 318 Millionen Euro, die auf dem Tisch des Hauses liegen und sofort investiert werden könnten.

(Beifall bei der LINKEN)

Laut der Drucksache 21/4471 zweifelt selbst der Finanzsenator nicht mehr an der Höhe der zusätzlichen Einkünfte. Wir legen also mit unserem "Sofortprogramm für ein sozialeres Hamburg" kein allgemeines Wunschkonzert vor, wir machen damit auch niemandem ein Heilsversprechen einer rosigen Zukunft, nein, wir orientieren uns mit ihm an ganz konkret ermittelten tatsächlichen Bedarfen und sind uns sicher, dass dieses Investitionsprogramm zu ein wenig mehr an Lebens- und Arbeitsqualität in den Wohnquartieren beitragen würde, und zwar sowohl für die Alt- als auch für die Neu-Hamburgerinnen und -Hamburger, für Groß und Klein unter ihnen, für Junge und Alte.

Außerdem legen wir aus gutem Grund den fiskalischen Schwerpunkt unseres Sofortprogramms auf bezahlbares Wohnen, denn Wohnen ist ein Menschenrecht.

(Beifall bei der LINKEN)

Diesbezüglich erwarten wir vom Senat deutlich mehr Anstrengung. Verabschieden Sie sich endlich vom Drittmix und richten Sie Ihre Politik an den Bedürfnissen der Mehrheit der Hamburger Bevölkerung aus.

(Beifall bei der LINKEN)

Ihre Zustimmung zu unserem Antrag würde weit mehr zu einem sozialen Ausgleich in unserer Stadt beitragen als Ihre Strategie, die Steuernehreinnahmen nun zum Teil in Rückstellungen zu verlegen und 100 Millionen Euro in die Altschuldentilgung zu geben. Ein solcher Effekt wäre verschwindend gering im Vergleich zu den Auswirkungen von unseren Vorstellungen, wo lediglich wenige Millionen Euro, manchmal sogar nur Tausenderbeträge, dazu beitragen würden, die wichtige Arbeit vor Ort in den Stadtteilen und dringend benötigten Wohnraum weiter auszubauen. Diese Investitionen würden sich in der Zukunft rechnen und heute einen Mehrwert für eine solidarischere Gesellschaft schaffen. Deshalb sagen Sie Ja zu 2 000 zusätzlichen Sozialwohnungen, zu einer kräftigen Aufstockung des RISE-Programms, zu mehr Lehrerinnen- und Lehrerstellen in der Inklusion und Erzieherinnen- und Erzieherstellen in Kitas. Sagen Sie Ja zu Babybegrüßungsbesuchen, die alle Neugeborenen und ihre Familien in den Blick nehmen. Sagen Sie Ja zu weiteren 800 öffentlich geförderten Arbeitsplätzen. Sagen Sie Ja zu einem verbesserten schulischen Ganztags und zu zusätzlicher Sportförderung für Kinder und Jugendliche, deren Eltern sich dies nicht leisten können. Und sagen Sie Ja zu einer deutlichen Verstärkung der sozialen Einrichtungen in den Quartieren und last, but not least zur zwingend notwendigen Ausweitung der Deutsch- und Integrationskurse an der Volkshochschule.

(Beifall bei der LINKEN)

Es wird höchste Zeit, dass Sie erkennen, dass es ein Umsteuern geben muss. Jetzt wäre eine gute Gelegenheit für Sie, einen kleinen, aber wichtigen Schritt in diese Richtung zu gehen. Denn eines steht fest: Soziale Gerechtigkeit geht nur mit Investitionen. – Vielen Dank.

(Anhaltender Beifall bei der LINKEN)

Präsidentin Carola Veit: Herr Quast von der SPD-Fraktion bekommt nun das Wort.

Jan Quast SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Es gehören Vernunft und Disziplin dazu, Steuerüberschüsse nicht gleich wieder auszugeben. Unser Finanzkonzept fußt auf Vernunft und Disziplin, ebenso wie unser konkretes Handeln.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Ihr Gegenentwurf aber, den Sie, Frau Boeddinghaus, gerade dargelegt haben, Überschüsse vollständig auszugeben, bedeutet bei schlechter Konjunktur und wegbrechenden Steuereinnahmen eben auch, dass Hunderte von Millionen Euro ad hoc eingespart werden müssen, dann auch zulasten der Sozialpolitik. Und das kann kein vernünftiger Mensch ernsthaft wollen.

(Jan Quast)

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN – Sabine Boeddinghaus DIE LINKE: Das stimmt doch gar nicht!)

– Natürlich stimmt das. Weil Sie nicht ehrlich sind in dem, was Sie in Ihrem Antrag schreiben und in Ihrer Pressemitteilung verkünden. Denn in Wirklichkeit soll bei acht von Ihren zehn Punkten nicht einmalig mehr Geld ausgegeben werden, sondern dort schaffen Sie strukturelle Mehrausgaben, die uns jedes Jahr wieder belasten, für die Sie sich aber nicht in der Verantwortung sehen. Etwas mehr Ehrlichkeit, auch in der Debatte, würde uns sicherlich um einiges weiterbringen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

So fragwürdig Ihr Antrag haushaltspolitisch ist, so wenig ist er fachpolitisch aus unserer Sicht erforderlich. Dazu komme ich gleich noch. Vorweg möchte ich aber aus gegebenem Anlass noch ein paar Sätze zu unserer Finanzpolitik sagen.

Unsere Ausgabenpolitik orientiert sich an dem konjunkturell bereinigten langfristigen Trend der Steuererträge. Die damit angestrebte Konsolidierung ist kein Selbstzweck, Frau Boeddinghaus, sondern dient der Einhaltung der Schuldenbremse ab 2019/2020, die wiederum sehr viel mit Generationengerechtigkeit zu tun hat, weil sie den Staat auch künftig handlungsfähig hält, gerade zugunsten derjenigen, die auf einen starken sozialen Staat angewiesen sind.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Unsere Finanzpolitik kommt also denjenigen zugute – den Jungen und den sozial Schwächeren –, deren Wohlergehen Ihrem Antrag zufolge auch Ihnen vorgeblich am Herzen liegt. Und wenn Sie unsere Politik verfolgen, was wir trotz Schuldenbremse in Kita, Schule und Hochschule, in die Abschaffung der Bildungsgebühren investiert haben, ist Ihre Argumentation, die Schuldenbremse schade Hamburg, vollkommen absurd.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Unser Konzept ist auch nicht starr oder verfolgt blind einen Weg, sondern eröffnet finanzielle Spielräume, unter anderem dann, wenn der Trend der Steuereinnahmen sich nachhaltig positiv verändert und das Finanzrahmengesetz, so wie wir es im Herbst getan haben, angepasst werden kann.

Aber unserer Ausgabendisziplin ist es auch zu verdanken, dass wir der derzeit großen finanziellen Herausforderung der Zuwanderung von Flüchtlingen begegnen können, ohne neue Schulden machen zu müssen oder den Rotstift bei anderen Dingen ansetzen zu müssen. Es zeigt sich als Konsequenz unseres Handelns, dass wir hier Bewegungsspielraum haben. Auch deswegen werden wir die Mittel, die jetzt zur Verfügung stehen, in bewährter Weise zentral vorhalten, um Bedarfe im Zusammenhang mit der Unterbringung von Flücht-

lingen und deren Integration befriedigen, aber auch andere wichtige Aufgaben angehen zu können, für die wir uns Reserven schaffen werden. – So viel zur Finanzpolitik.

Auch fachlich sind wir gut aufgestellt, weswegen wir Ihren Antrag ablehnen werden, weil wir dort, wo die Bedarfe sind, Frau Boeddinghaus, immer handeln. Lassen Sie mich einige Punkte herausheben. Zunächst zum Wohnungsbau. Das verstehen Sie leider nicht – Frau Sudmann ist an der Spitze der Bewegung der Nicht-Versteher –, deswegen sage ich es noch einmal.

(Heike Sudmann DIE LINKE: Es wäre Nicht-Versteherinnen!)

– Nicht-Versteherinnen. Entschuldigung, Heike. Beim nächsten Mal mache ich das wieder besser.

(Heike Sudmann DIE LINKE: Da fängt es an, bei den Kleinigkeiten!)

Wir haben bisher im Bündnis für das Wohnen Zielzahlen von 6 000 Wohnungen gehabt. Wir werden das auf 10 000 Baugenehmigungen pro Jahr anheben. Die Zahl der geförderten Wohnungen ist von 2 000 über 2 300 auf 3 000 Wohnungen gestiegen. Sie sehen also, dass wir auch im Wohnungsbauprogramm noch einmal richtig in die Vollen gehen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Hinzu kommt, dass wir im Sonderprogramm für die Flüchtlinge in diesem und im nächsten Jahr zusätzliche Mittel für 4 800 Wohnungen im Sozialstandard bereitstellen.

Auch hinsichtlich der Gesundheit kleiner Kinder müssen wir uns nicht verstecken. Wir setzen auf das System der Frühen Hilfen, welches mit seinem Maßnahmenbündel zielgenau ist, effektiv wirkt und die Unterstützung von der Geburtsklinik über die Familienhebammen, Babylotsen und die U-Untersuchungen und so weiter sicherstellt.

Für die Inklusion haben die Hamburger Schulen eine Ausstattung, die besser ist als in jedem anderen Bundesland. Seit 2011 haben wir allein hierfür 300 zusätzliche Lehrerstellen geschaffen. An den staatlichen Ganztagschulen gibt es nach erheblichen Investitionen ein gut organisiertes und attraktives Ganztagsangebot, das sich großer Nachfrage erfreut. Über weitere Qualitätsverbesserungen, das wissen Sie, sind wir mit der Volksinitiative im Gespräch. Ähnliches gilt für die Kita-Betreuung. Ich habe schon eben einiges dazu gesagt, was wir an quantitativen Maßnahmen geschaffen haben und was für einen Kraftakt es bedeutet hat, hier die Bildungsgebühren abzuschaffen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Auch jetzt setzen wir weiter in die Qualitätsverbesserung. Die Koalition hat verschiedene Schritte vereinbart. Der nächste tritt am 1. August in Kraft, wenn die Fachkraft-Kind-Relation für 25 bis 36 Mo-

(Jan Quast)

nate alte Kinder um 10 Prozent verbessert wird. Diese Liste ließe sich weiterführen zu den Punkten, die Sie erwähnt haben. Ich will das jetzt nicht im Detail tun; wenn es darauf ankommt, steuern wir auch nach.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Wir machen eben keine Sozialpolitik nach Kassenlage, wie es Ihr Antrag vorsieht, mit dem Sie 380 Millionen Euro für Maßnahmen ausgeben wollen, von denen Sie nicht wissen, wie diese schon im nächsten Jahr finanziert werden sollen. Wir stellen uns den Anforderungen und Problemen und lösen sie möglichst nachhaltig. Das verlangt aber eben auch, dass wir die Mittel zusammenhalten und Reserven bilden, um handlungsfähig zu sein, wenn es darauf ankommt.

(*Heike Sudmann DIE LINKE*: Das haben Sie bei Olympia auch gemacht!)

Mit unserer Politik ist Hamburg in den letzten fünf Jahren sehr gut gefahren.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN – *Michael Kruse FDP*: Fahrrad gefahren!)

Ihre Alles-muss-raus-Finanzpolitik würde Hamburg aber schlecht tun.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Präsidentin Carola Veit: Das Wort bekommt Frau Grunwaldt von der CDU-Fraktion.

Franziska Grunwaldt CDU:* Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Herr Quast, dass der Personalschlüssel in der Krippe nun einmal sehr schlecht ist – der schlechteste in Westdeutschland –, ist keine böse Erfindung der Opposition, sondern das Ergebnis einer Studie der Bertelsmann Stiftung. Ich hätte von Ihnen erwartet, sich mit den Forderungen der LINKEN eingehender auseinanderzusetzen und nicht einfach so zu tun, als sei alles eitel Sonnenschein, spitze und super, und alles, was von links kommt, sowieso dummes Zeug, als gebe es soziale Ungerechtigkeiten in dieser Stadt nicht.

(Beifall bei der CDU, den GRÜNEN und der LINKEN – *Dirk Kienscherf SPD*: Nun haben Sie auch noch Verständnis für DIE LINKE! – *Farid Müller GRÜNE*: Das ist das neue Schwarz-Rot!)

Das verstehe ich nicht unter verantwortungsvoller parlamentarischer Arbeit. Hier sind Sie, glaube ich, auch Ihren Wählern etwas anderes schuldig.

Ihr Antrag hat sehr viele richtige Ansätze. Das heißt nicht, dass wir ihm zustimmen, aber ich finde es auch nicht richtig, sich bei diesen wichtigen Themen so darüber lustig zu machen. Die Forderungen gehen grundsätzlich in die richtige Rich-

tung. Leider sind sie oft zu kurz gedacht, nicht langfristig und daher leider nicht zielführend.

Fraglich ist auch, ob eine Finanzierung aus Mehreinnahmen wirklich immer sein muss, ob es diesen Automatismus geben muss, jetzt habe man mehr Geld im Portemonnaie und dann muss das auch zwingend ausgegeben werden. Ich weiß, dass es vielen Menschen so geht, aber das sollte kein politischer Automatismus werden.

Ich möchte nicht auf jede einzelne Forderung eingehen, aber was zum Beispiel die Stadtentwicklung anbelangt, Ihre Ziffer 1, ist schon ein bisschen abenteuerlich. Man kann es gar nicht oft genug betonen, dass wir bezahlbaren Wohnraum brauchen. Aber mal eben 250 000 Millionen Euro aus dem Haushalt in Richtung SAGA GWG zu transportieren, um 2 000 zusätzliche Sozialwohnungen zu bauen, in die bereits nächstes Jahr 5 000 Hamburger einziehen können sollen, wo wir wissen, dass es nicht einmal jetzt klappt, ist fernab von jeglicher Wirklichkeit.

(Beifall bei der CDU)

Aufgrund des Mangels an Flächen und weil die SAGA GWG das Problem des sozialen Wohnungsbaus allein nicht wuppen kann, bleibt es dabei, dass mehr Anreize für private Investoren geschaffen werden müssen.

(*Dr. Monika Schaal SPD*: Wo leben Sie eigentlich? – Zurufe von der SPD)

– Ich spreche vom sozialen Wohnungsbau, der nicht so bombig funktioniert. Oder sehen Sie das anders? Sie können sich dann gern noch einmal zu Wort melden.

Auch beim Ausbau der öffentlichen Beschäftigung für Langzeitarbeitslose in Ziffer 8 ist zu kurz gedacht, zusätzlich zu den vom Senat für das Jahr 2016 laut Koalitionsvertrag zugesagten 200 öffentlichen Arbeitsplätzen 800 weitere zu schaffen. Das hört sich zunächst prima an. Aber eine Schriftliche Kleine Anfrage von mir hat ergeben, dass noch nicht einmal die öffentlichen Unternehmen in diesem Punkt zu einer Zusammenarbeit mit dem Senat bereit sind. Am 1. Dezember letzten Jahres waren erst zwei der für das Jahr 2015 geplanten 100 Förderplätze besetzt. Für dieses Jahr sind 200 Plätze geplant und wahrscheinlich sind bisher auch nur zwei besetzt. Hinzu kommt, dass es allein mit der Schaffung von öffentlich geförderten Arbeitsplätzen nicht getan ist. Langzeitarbeitslose Menschen brauchen eine darüber hinausgehende Unterstützung, ebenso die Betriebe, die sie beschäftigen.

Ich könnte mich jetzt an diesen Punkten weiter arbeiten, aber das würde den Rahmen sprengen. Trotzdem möchte ich an dieser Stelle noch einmal betonen, dass ich Ihre Forderungen keineswegs in Gänze schlechtreden möchte.

(Franziska Grunwaldt)

(Dirk Kienscherf SPD: Das ist das Soziale an der CDU!)

Die auskömmliche Finanzierung der Stadtteilkulturzentren, die immer gefordert wird, muss durch eine Erhöhung der Rahmenzuweisung erfolgen. Nur so können sie langfristig gesichert werden und auch selbst langfristig planen.

Nach alledem können wir dem Antrag unsere Zustimmung nicht erteilen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Präsidentin Carola Veit: Das Wort bekommt Frau Engels von der GRÜNEN Fraktion.

Mareike Engels GRÜNE:* Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Im Grunde genommen müssen wir den Antrag der LINKEN zweigeteilt sehen: einerseits die Frage, ob die im Antrag skizzierte Problembeschreibung und die sozialpolitischen Lösungsvorschläge die richtigen sind, und andererseits die Frage, ob der Vorschlag der LINKEN haushaltspolitisch die richtige Lösung dafür anbietet.

Zur Problembeschreibung: Bereits in meiner ersten Rede in der Bürgerschaft habe ich deutlich gemacht, dass die soziale Spaltung in unserer Stadt und die zunehmende Armut ein großes Problem darstellen. Statistiken belegen, dass auch in Hamburg die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter auseinandergeht. Besondere Probleme sind Altersarmut und die Armut kinderreicher Familien und Alleinerziehender. Das müssen wir ändern und dabei darf das Ziel nicht allein die materielle Existenzsicherung sein. Wir brauchen echte Teilhabe für alle Menschen und müssen verhindern, dass sie an den Rand der Gesellschaft gedrängt werden. Daher müssen wir besonders die soziale Infrastruktur im Auge behalten. Einige Bereiche müssen dabei langfristig besser ausfinanziert werden; darin sind wir uns einig. Auch wir wollen einen besseren Fachkraftschlüssel in den Kitas. Auch wir wollen die Sicherung der sozialen Einrichtungen. Und auch wir wollen eine Erweiterung des sozialen Arbeitsmarkts und die weitere Schaffung von öffentlich geförderten sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätzen für Langzeitarbeitslose.

Viele Fragen der Bekämpfung von Armut müssen bundesrechtlich angegangen werden und viele lassen sich gar nicht ausschließlich mit Geld lösen, so zum Beispiel das hohe Armutsrisiko von Alleinerziehenden. Hier ist auch gesellschaftliches Umdenken und ein Umdenken bei den Arbeitgebern erforderlich. Denn uns geht es nicht nur um Existenzsicherung, sondern vor allem um die Möglichkeiten einer eigenständigen, unabhängigen Existenzsicherung und einem selbstbestimmten Leben sowie sozialer Teilhabe.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Viele Punkte des vorgeschlagenen Sofortprogramms geht der Senat im Übrigen auch schon an. Es werden zum Beispiel mehr Sozialwohnungen gebaut. Im Rahmen des Bündnisses für das Wohnen gibt es eine Erhöhung von 2 000 auf 3 000 Wohnungen. Zusätzlich kommen Wohnungen aus dem Programm Flüchtlingsunterkünfte mit der Perspektive Wohnen. Auch ich bin der Meinung, dass das insgesamt nicht ausreicht, wenn wir uns den Wegfall der Sozialwohnungen aus der Bindung ansehen. Aber auch ich bin der Meinung, dass die Sozialwohnungen einfach sehr viel Geld kosten und der Senat mit der Erhöhung, die jetzt bereits angegangen wird, viele Hundert Millionen Euro investiert.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Mit den landesfinanzierten Deutschkursen geht Hamburg deutschlandweit voran. So stellt die Stadt für das Jahr 2016 fast 2 400 zusätzliche Kursplätze über das BAMF-Angebot hinaus zur Verfügung. Auch hier wird also kräftig finanziert.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Auch den Personalschlüssel in den Kitas wollen wir bis 2019 im Krippenbereich auf 1:4 erhöhen. An diesem Ziel wollen wir festhalten; das ist uns besonders wichtig.

(Vereinzelter Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Aber, wie gesagt, auch ich sehe, dass wir ein grundsätzliches Problem haben: Gesamtgesellschaftlich müssen wir dafür Sorge tragen, dass die Schuldenbremse nicht dazu führt, dass wir die soziale Infrastruktur kaputtsparen.

(Deniz Celik DIE LINKE: Das ist aber ein Widerspruch in sich!)

Teilweise passiert dies schon, vor allem natürlich in finanzschwächeren Kommunen in Deutschland. Bei der Schuldenbremse wird immer mit der Generationengerechtigkeit argumentiert und das ist auch richtig so. Das gilt aber genauso für die Umsetzung der Schuldenbremse, denn es ist auch eine Frage von Generationengerechtigkeit, ob wir Kindern gute Bildung und Startchancen bieten, ob wir Menschen nicht in die Altersarmut rutschen lassen und ob wir es schaffen, dass diejenigen, die mehr haben, auch mehr Verantwortung übernehmen. Das ist aber vor allen Dingen eine Debatte für den Bundestagswahlkampf nächstes Jahr.

Damit komme ich zum zweiten Teil des Antrags, der Frage der Verwendung der Mehreinnahmen für das gezielte soziale Sofortprogramm. DIE LINKE wirft dabei die Steuer Mehreinnahmen und die Erhöhung des Ausgabenrahmens durch die Änderung des Landesfinanzrahmengesetzes zusammen. Durch die Erhöhung des Landesfinanzrahmens können wir knapp über 300 Millionen Euro mehr für Aufwendungen ausgeben, also für lang-

(Mareike Engels)

fristige strukturelle Ausgaben, die im Haushalt 2016 noch nicht enthalten sind. Ab 2017 werden wir dieses vor allem im Haushalt für die flüchtlingsbedingten Mehrbedarfe benötigen. Wir brauchen mehr Kita- und Schulplätze, mehr Plätze in der öffentlichen Unterbringung. Die Ausgaben der Kosten der Unterkunft und die Integration in den Arbeitsmarkt werden ansteigen. Wir wissen, dass die Aufnahme von geflüchteten Menschen bedeutet, dass wir erhöhte öffentliche Aufwendungen haben, häufig im sozialen Bereich. Die Erhöhung des Ausgabenrahmens wird also schon vor allem für die Finanzierung dieser Kosten verwendet werden müssen und für soziale Ausgaben in den nächsten Jahren benötigt.

Bleiben die Gelder, die dieses Jahr noch nicht im Haushalt eingeplant sind, und die darüberliegenden Steuermehreinnahmen. Die Steuermehreinnahmen dürfen wir nur investiv ausgeben, sodass sie als Vermögen bei der Stadt bleiben. Darunter fällt auch die Tilgung von Altschulden und es ist durchaus sinnvoll, auch hier Geld reinzustecken. Wenn wir jährlich weniger Zinsausgaben haben, gewinnen wir darüber finanziellen Handlungsspielraum.

(Beifall bei den GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

Von den Geldern, die uns aus der Erhöhung des Finanzrahmens zur Verfügung stehen und dieses Jahr noch nicht im Haushalt enthalten sind, wird eine große Summe in die Zentrale Verstärkung Zuwanderung gesteckt und darüber hinaus für andere Dinge benötigt. Das Geld steht uns so pauschal, wie hier suggeriert wird, also gar nicht zur Verfügung. Hier ist der Antrag der LINKEN einfach zu kurz gedacht.

(Dirk Kienscherf SPD: Richtig!)

Natürlich müssen wir uns aber Gedanken darüber machen, wie wir die soziale Infrastruktur der Stadt und der Städte deutschlandweit auch finanziell absichern können. Einige Beispiele habe ich schon genannt und wir werden sicher in den anstehenden Haushaltsverhandlungen noch intensiver darüber sprechen.

Wenn ich also noch einmal zusammenfasse, kann ich zu dem Antrag der LINKEN sagen: Ja, Hamburg muss sich dem Armutsproblem stellen und auch der sozialen Spaltung mit aller Kraft entgegenwirken.

(Deniz Celik DIE LINKE: Wie wollen Sie ohne Mehrausgaben die soziale Spaltung überwinden?)

Allerdings müssen wir haushaltstechnisch eher an langfristigen strukturellen Lösungen arbeiten und eben nicht einfach nur mit einer populistischen Zahl aus diesem Jahr hantieren, denn das Geld müssen wir auch nächstes Jahr haben. Und wir

müssen bedenken, dass ein Großteil der zusätzlichen Gelder bereits für die Mehrbedarfe im Flüchtlingsbereich verwendet werden muss und damit auch in die soziale Infrastruktur fließt. Daher lehnen wir den Antrag der LINKEN in dieser Form ab.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Präsidentin Carola Veit: Frau Dutschke von der FDP-Fraktion bekommt das Wort.

Jennyfer Dutschke FDP:* Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kollegen und Kolleginnen! Hamburg könnte problemlos 478 Millionen Euro mehr ausgeben, heißt es wörtlich im Antrag der Links-Fraktion – 478 Millionen Euro, die nach Auffassung der LINKEN kaum ins Gewicht fallen würden. Es ist genau das Gegenteil von hanseatischer Sparsamkeit und Vorsicht, wenn DIE LINKE 318 Millionen Euro zusätzlich zu den vom Senat bereits verplanten 160 weiteren Millionen Euro für die Zuwanderungskosten ausgeben will.

Alein die Kernverwaltung der Freien und Hansestadt Hamburg hat Verbindlichkeiten in Höhe von 27,7 Milliarden Euro. Hinzu kommen noch einmal 28 Milliarden Euro an Rückstellungen für die aufgrund des demografischen Wandels stetig steigenden Ausgaben für Pensionen und Beihilfen. Weitere 6,7 Milliarden Euro Rückstellungen hat Hamburg für drohende Verluste aus Garantien für die HSH Nordbank und andere städtische Unternehmen gebildet. Das sind zusammen fast 62,5 Milliarden Euro. Angesichts dieser Zahlen kann nun wirklich niemand dem Senat vorwerfen, er würde zu sparsam haushalten. In Anbetracht eines nach wie vor vorhandenen strukturellen Defizits im Kernhaushalt ist vielmehr das Gegenteil der Fall. Und darum wiegt der billige Populismus des vorliegenden Antrags der LINKEN doppelt schwer. Sie möchten wieder einmal kurzfristig konjunkturelle Mehreinnahmen zulasten unserer Kinder und Kindeskinde ausgeben. Werte Kolleginnen und Kollegen der LINKEN, Ihr eigener Antrag ist damit genau das Gegenteil der gerechten Politik, die Sie immer verkaufen wollen.

Doch schauen wir uns Ihre Forderungen noch einmal im Detail an. Von den 318 Millionen Euro sollen allein 250 Millionen Euro an die SAGA GWG fließen – 250 Millionen Euro Steuergeld an einen Konzern, der im Jahr 2014 einen Jahresüberschuss von etwa 146 Millionen Euro erwirtschaftet hat und auch für das Jahr 2015 einen deutlichen Gewinn erwartet.

(Heike Sudmann DIE LINKE: Ja, den wollen wir auch in den Wohnungsbau stecken! Wollen Sie uns unterstützen?)

Die Forderung nach bezahlbarem Wohnraum ist im Grundsatz ebenso wenig falsch wie das Ansinnen der LINKEN zur Verbesserung der Schul- und Kita-

(Jennyfer Dutschke)

Qualität, die Verbesserung der Sicherung sozialer Einrichtungen oder die Ermöglichung von Sport für Kinder und Jugendliche oder hinreichend Deutschkurse an Volkshochschulen. Aber bei 27,7 Milliarden Euro Verbindlichkeiten mal eben 318 Millionen Euro zu verplanen, ohne darzulegen, dass dieses Geldpflaster auch wirklich heilen würde, reicht uns nicht. Diese linke Gießkannenpolitik halten wir Freie Demokraten für unangemessen und werden den Antrag deshalb ablehnen.

(Beifall bei der FDP)

Präsidentin Carola Veit: Nun bekommt Herr Dr. Baumann von der AfD-Fraktion das Wort für dreieinhalb Minuten.

Dr. Bernd Baumann AfD:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die sozialpolitischen Anliegen, die vorgetragen wurden, haben alle etwas durchaus Sympathisches. Es gibt immer mehr Hilfsbedürftigkeit, auch in Hamburg, als Geld dafür zur Verfügung steht, keine Frage, auch wenn wir klar sehen müssen, dass es kaum einen Ort auf der Welt gibt, wo so viel sozialpolitisch umverteilt und versucht wird, der Hilfsbedürftigkeit staatlicherseits zu begegnen, wie in Deutschland und gerade auch in Hamburg. Lassen Sie mich trotzdem einmal zusätzlich einen Gedanken in die Debatte einbringen, wie man die Dinge auch betrachten muss.

Woher kommt dieser Überschuss denn? Ist er Ergebnis einer tollen Politik, einer tollen Finanzpolitik? Ist hier gespart worden? Ist das eine Leistung der Politik, wo das Geld jetzt auf dem Tisch liegt, das verteilt werden kann? Wenn wir genau hinschauen, ist genau das nicht der Fall. Dieser Überschuss ist ein Nebenprodukt – in der Ökonomie spricht man von Windfall Profit – einer anderen Politik, die missglückt ist, nämlich der Politik der Europäischen Zentralbank, die eine Nullzinspolitik betreibt. Das hat es in der gesamten Historie noch nicht gegeben, nicht in der Historie des Kontinents, wahrscheinlich auch in der ganzen Weltgeschichte nicht, dass der Staat für seine riesigen Schulden, die er angehäuft hat in Kommunen, in den Ländern, im Gesamtstaat, immer weniger Zinsen zahlt, weil er umschuldet und praktisch Nullzinskredite einstellt. Das ersparte Geld steht jetzt zur Verfügung, was den Sparern nicht mehr zur Verfügung steht und auch nicht denen, die ihre Renten aufbauen. Das ist also Ergebnis einer grundsätzlich missglückten Politik.

Hinzu kommt, leider auch verursacht durch die Europäische Zentralbank, dass der Wechselkurs für Deutschland und für Nordeuropa – für Skandinavien, für Holland und für diese Länder – viel zu niedrig ist. Das heißt, unsere Exportwirtschaft ist sozusagen künstlich gedopt. Gleichzeitig ist der Wechselkurs für Südeuropa zu hoch. Die Exportwirtschaft wird künstlich angeheizt. Wir haben

einen Boom, eine Überhitzung der Exportwirtschaft. Das erhöht die Steuereinnahmen. Das kommt noch obendrauf zu diesen erhöhten Steuereinnahmen, die die LINKEN jetzt umverteilen wollen. Um es nicht zu kompliziert zu machen: Gleichzeitig kommt noch hinzu, dass die Importe teurer werden. Das heißt, alles, was das Ausland zu uns hereinbringt, von Konsumelektronik bis zu Nahrungsmitteln, wird künstlich verteuert durch diesen Wechselkurs, wodurch die deutschen Unternehmen künstlich bevorteilt werden. Im Grunde ist also dieser Überschuss, der verteilt werden soll, als sei er Ergebnis einer tollen Politik, sodass wir schauen könnten, wem wir ihn zugutekommen lassen könnten, eigentlich Ergebnis eines Desasters.

Deswegen sind diese Ideen relativ verwunderlich. Wenn man damit finanzpolitisch und volkswirtschaftlich halbwegs vernünftig umgehen will, dann muss man mit diesem Überschuss Schulden tilgen und so noch ein bisschen an Solidität retten, was durch die Währungspolitik im Grunde in die Grütze gefahren ist, um es einmal umgangssprachlich zu sagen. – Danke.

(Beifall bei der AfD)

Präsidentin Carola Veit: Frau Boeddinghaus, bitte.

Sabine Boeddinghaus DIE LINKE: Eine kurze Antwort. Zunächst einmal: Ich finde die Debatte interessant, es gab durchaus Überraschungen. Wir müssen feststellen, dass die SPD und die GRÜNEN sich in dieser Frage überhaupt nicht einig sind.

(Beifall bei der LINKEN – *Dirk Kienscherf SPD: Was?*)

Wenn ich jetzt einmal überlege, dass Frau Engels wörtlich gesagt hat, die soziale Schere gehe immer weiter auseinander, frage ich mich, wie diese Problembeschreibung dazu passt, dass ihr Kollege Jan Quast wörtlich gesagt hat, mit unserer Politik sei Hamburg in den letzten Jahren richtig gut gefahren.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich glaube, da müssen Sie noch einmal in Klausur gehen

(*Uwe Lohmann SPD: Das kriegen wir auch so hin!*)

und ausdiskutieren, wie Sie auf einen gemeinsamen Nenner der Problemanalyse kommen. Wenn unser Antrag dazu beigetragen hat, dass da vielleicht ein bisschen Bewegung hineinkommt, dann hat er sich auf jeden Fall gelohnt.

(Beifall bei der LINKEN)

Frau Grunwaldt, ich habe mich sehr gefreut über Ihre Rede, weil Sie durchaus versucht haben, sich

(Sabine Boeddinghaus)

unserem Antrag differenziert anzunähern. Sie sagten, Sie könnten unseren Antrag nicht unterstützen, weil er zu kurz gedacht sei. Unser Antrag ist ein Sofortprogramm. Und – Herr Quast, das gilt auch Ihnen – all das, was wir in dem Sofortprogramm definieren, beschreiben und ihm Mittel zuweisen, wird natürlich in den Haushaltsberatungen sofort entsprechend weitergedacht. Wir werden das weiter beantragen, das ist doch vollkommen logisch. Aber Sinn und Zweck eines Sofortprogramms ist, dass man sich gezielt bestimmte Punkte herausnimmt, sie definiert und mit Euro hinterlegt. Wir könnten sonst gleich die Haushaltsdebatte aufmachen; das wäre dann kein Sofortprogramm mehr.

(Beifall bei der LINKEN)

Mich besorgt, Frau Engels, dass Ihre Analyse richtig ist, Sie aber keine Antwort geben. Und das, finde ich, ist wirklich ein Trauerspiel.

(Beifall bei *Christiane Schneider DIE LINKE*)

Genauso Herr Quast. Er wehrt alles ab, genau von der anderen Richtung her, gibt aber auch keine Antwort und redet alles schön. Wenn das unser Senat ist, ohne eine Vision, wie die soziale Spaltung in unserer Stadt, die es in der Tat gibt, zu überwinden ist, dann Gnade uns Gott.

(Beifall bei der LINKEN)

Deswegen bin ich froh, dass es uns in der Bürgerschaft gibt.

Ich würde gern Ihre Antwort zu folgendem Punkt wissen, Herr Quast:

(*Anna-Elisabeth von Treuenfels-Frowein FDP*: Nein, das wollen wir nicht!)

In Nienstedten und Groß Flottbek sind 0,7 Prozent aller unter 15-jährigen Kinder und Jugendlichen von Armut betroffen – 0,7 Prozent. Im angrenzenden Osdorfer Born sind es hingegen 50 Prozent, in Kirchdorf-Süd sind es 60,2 Prozent. Da können doch nicht die GRÜNEN auf der einen Seite sagen, da sei eine Schwierigkeit und es gebe ein Problem, und die SPD sagt: Alles gut. Ich begreife das nicht.

(*Dirk Kienscherf SPD*: Das haben wir doch gar nicht gesagt! Unsere Bildungspolitik ist darauf aus, das zu überwinden!)

Von daher bleiben wir dabei, dass wir richtig liegen mit unserem Antrag. Wir haben die Bedarfe mit den Betroffenen zusammen ermittelt, und wir bleiben dabei, dass es sehr gut und wichtig wäre, wenn Sie diesem Antrag zustimmen würden.

(Beifall bei der LINKEN)

Präsidentin Carola Veit: Das Wort bekommt Herr Quast.

Jan Quast SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Liebe Frau Boeddinghaus, Sie haben sich gewünscht, dass ich noch einmal etwas sage. Hätten Sie der Debatte ohne Ihre Schablonen im Kopf zugehört, wäre Ihnen deutlich geworden, dass wir Politik in Hamburg machen, um Probleme zu beseitigen. Wir machen keine Schönwetterpolitik. Ich habe einige Beispiele aufgezählt, was wir gerade im Bildungsbereich machen und auch gemacht haben in den letzten Jahren und weiter vorantreiben, was die Kosten im Bildungswesen betrifft, was die Schlüssel betrifft. Wir können auch gern darüber streiten, ob es genug oder zu wenig ist.

(Zuruf von *Sabine Boeddinghaus DIE LINKE*)

Das Entscheidende ist aber etwas anderes, und das hat Frau Engels angesprochen. Das Entscheidende ist nämlich, dass wir etwas auf die Beine stellen, was nachhaltig ist und kein Strohfeder wie das, was Sie in Ihrem Antrag anlegen, was einmal auflodert und dann wieder vorbei ist.

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der LINKEN)

Es geht darum, die Probleme und die Angebote für die Menschen in dieser Stadt, die sie brauchen, ordentlich aufzustellen und nachhaltig vorzuhalten, damit sie ihre Wirkung entfalten können. Genau das machen wir, seitdem wir regieren, und das machen wir mit den GRÜNEN weiterhin. Wir haben zusätzlich neue Schwerpunkte gesetzt, wir haben andere Schwerpunkte vertieft. Aber das alles kann nur dann funktionieren, wenn es auch dauerhaft bezahlbar und finanzierbar ist. Und genau das blenden Sie jederzeit aus, indem Sie es sich sehr leicht machen.

(*Martin Dolzer DIE LINKE*: Genau das haben wir eben gesagt!)

Denn am Ende Ihrer Politik steht nicht die Frage, ob Sie einmal 380 Millionen Euro mehr ausgeben, nein, am Ende Ihrer Politik steht immer, dass Sie die Schuldenbremse irgendwann abschaffen wollen. Aber ob Sie das hinbekommen, bezweifle ich. Die Schuldenbremse steht. Wir müssen als verantwortungsvolle Politiker unter diesen Bedingungen arbeiten und die Grundlagen schaffen, und das tun wir. Wir werden auch morgen und nächstes Jahr und übernächstes Jahr noch Verantwortung haben, wenn Sie sich wieder zurückziehen können und Anträge schreiben, für deren Umsetzung Sie niemals die Verantwortung haben werden. Wir haben sie.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN – Zurufe von der LINKEN)

Präsidentin Carola Veit: Frau Boeddinghaus.

(Präsidentin Carola Veit)

(Zurufe von der SPD und der CDU – *Anna-Elisabeth von Treuenfels-Frowein FDP*: Geht das nicht bilateral?)

Sabine Boeddinghaus DIE LINKE: Ich finde das wirklich erschreckend. Es geht nicht darum, jetzt auf uns Kritik niederprasseln zu lassen. Ich erinnere mich an die Diskussion um Olympia. Was haben wir uns hier anhören müssen. Sie wissen alle, wie es ausgegangen ist. Da war es Ihnen so etwas von wurscht, welcher Betrag vor und nach dem Komma stand.

(*Dirk Kienscherf SPD*: Stimmt doch alles gar nicht!)

Aber jetzt wollen Sie uns erzählen, dass Sie kein Geld für soziale Einrichtungen haben, dass die Schulen gut ausgestattet sind.

(Beifall bei der LINKEN – *Juliane Timmermann SPD*: Sie verstehen es nicht!)

Die so wichtige Inklusion in unserer Stadt ist schlechter ausgestattet als damals die Integration an den integrativen Grundschulen. Sie haben die Mittel zurückgeführt. Das ist kein Quatsch, sondern das ist Realität. Ich glaube, Sie müssen sich öfter aus dem Plenarsaal zu den Menschen vor Ort bewegen.

(Beifall bei der LINKEN – Zurufe von der SPD)

Und noch eines, Herr Quast: Sie haben gesagt, wenn es nötig tue, steuerten Sie nach. Wir haben schon öfter gemerkt, dass Sie das tun. Das sind Lerneffekte aufgrund unserer Dinge, die wir immer gefordert haben.

(Beifall bei der LINKEN – Zurufe von der SPD)

Wir haben schon immer gesagt, wir bräuchten mehr Wohnungen, und Sie bauen jetzt mehr Wohnungen.

(Zurufe von der SPD)

Ich garantiere Ihnen heute, dass Sie noch mehr soziale Wohnungen bauen werden, weil wir sie nämlich brauchen. Aber Sie können natürlich keinen Antrag der LINKEN annehmen, das geht nicht.

(*Farid Müller GRÜNE*: Das hat doch damit gar nichts zu tun! Der Antrag ist unseriös! – *Zuruf von Dr. Andreas Dressel SPD*)

Eines möchte ich noch zum Schluss sagen: Ich finde es heikel, wenn Frau Engels zum Beispiel immer wieder darauf abhebt, dass für die Flüchtlinge das Finanzrahmengesetz geöffnet wurde, dass die Mehrausgaben dafür bereitgestellt werden. Das ist eine richtige und gute Sache. Aber parallel dazu muss genauso die bestehende soziale Infrastruktur, müssen die bestehenden Regelsysteme gesund ausgestattet sein, damit die Integration der

Neu-Hamburgerinnen und Neu-Hamburger und der Alt-Hamburgerinnen und Alt-Hamburger auch wirklich gelingt.

(Beifall bei der LINKEN)

Präsidentin Carola Veit: Gibt es weitere Wortmeldungen? – Das sehe ich nicht. Dann können wir zur Abstimmung kommen.

Wer möchte sich dem Antrag der Fraktion DIE LINKE in seiner Neufassung gern anschließen? – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Dann ist der Antrag mit großer Mehrheit abgelehnt.

Wir kommen zu Tagesordnungspunkt 30, Drucksache 21/4433 in der Neufassung, Antrag der FDP-Fraktion: Pilotprojekt "Gründer-Kurs" in Justizvollzugsanstalten als Maßnahme der Resozialisierung einführen.

**[Antrag der FDP-Fraktion:
Pilotprojekt "Gründer-Kurs" in Justizvollzugsanstalten als Maßnahme der Resozialisierung einführen
– Drs 21/4433 (Neufassung) –]**

Diese Drucksache möchten die Fraktionen der SPD, GRÜNEN und FDP an den Ausschuss für Justiz und Datenschutz überweisen.

Die Fraktionen sind übereingekommen, dass die Debatte entfällt. Wir kommen direkt zur Abstimmung.

Wer möchte dem Überweisungsbegehren folgen? – Wer möchte das nicht? – Enthaltungen? – Dann haben wir das einstimmig überwiesen.

Die in der Geschäftsordnung für bestimmte Punkte der Tagesordnung vorgesehene

Sammelübersicht***

haben Sie erhalten.

Ich stelle fest, dass die Bürgerschaft die unter A aufgeführten Drucksachen zur Kenntnis genommen hat.

Wer stimmt den Überweisungsbegehren unter B zu? – Wer nicht? – Enthaltungen? – Das war einstimmig.

Wer schließt sich der Ausschussempfehlung unter C an? – Auch hier die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das war ebenfalls einstimmig.

Wer stimmt dem Verlangen auf Besprechung nach Paragraph 20 Absatz 2 Satz 5 unserer Geschäfts-

(Präsidentin Carola Veit)

ordnung unter D zu? – Auch hier die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Auch das ist dann einstimmig so beschlossen.

Tagesordnungspunkt 5, Drucksache 21/3926, Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE: Berichterstattung über den Umgang mit Baggergut aus dem Hafen und der Delegationsstrecke Hamburgs.

[Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE: Berichterstattung über den Umgang mit Baggergut aus dem Hafen und der Delegationsstrecke Hamburgs – Drs 21/3926 –]

Wird Besprechung beantragt? – Das ist der Fall. Wird das unterstützt? – Auch das ist der Fall. Dann wird die Besprechung für die nächste Sitzung vorgesehen.

Tagesordnungspunkt 6, Drucksache 21/4029, Große Anfrage der CDU-Fraktion: Ausgangsbilanz: Spielplatz oder Schrottplatz – Hat Hamburg ein Herz für Kinder?

[Große Anfrage der CDU-Fraktion: Ausgangsbilanz: Spielplatz oder Schrottplatz – Hat Hamburg ein Herz für Kinder? – Drs 21/4029 –]

Die Fraktionen der CDU und der AfD möchten diese Drucksache gern an den Familien-, Kinder- und Jugendausschuss überweisen.

Wer möchte das auch? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Dann hat das Überweisungsbegehren keine Mehrheit gefunden.

Wird Besprechung beantragt? – Das ist der Fall. Wird auch das unterstützt? – Das sieht so aus. Dann werden wir auch hier die Besprechung für die nächste Sitzung vorsehen.

Tagesordnungspunkt 8, Drucksache 21/4039, Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE: Bedarfsgerechte Finanzierung statt Mangelverwaltung! Gesetzesentwurf zur Änderung kapazitätsrechtlicher Regelungen an Hamburger Hochschulen gemeinsam mit demokratischen Gremien der Hochschulen überarbeiten!

[Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE: Bedarfsgerechte Finanzierung statt Mangelverwaltung! Gesetzesentwurf zur Änderung kapazitätsrechtlicher Regelungen an Hamburger Hochschulen gemeinsam mit demokratischen Gremien der Hochschulen überarbeiten!]

– Drs 21/4039 –]

Hierzu liegt seitens der Fraktion DIE LINKE und der FDP-Fraktion ein Antrag auf Überweisung an den Wissenschaftsausschuss vor.

Wer möchte so verfahren? – Wer nicht? – Enthaltungen? – Dann ist das Überweisungsbegehren abgelehnt.

Wird Besprechung beantragt? – Das ist der Fall. Wird das unterstützt? – Auch das ist der Fall und wir werden die Besprechung dieser Drucksache für die nächste Sitzung vorsehen.

Wir kommen zu Tagesordnungspunkt 17, Drucksache 21/4357, Bericht des Stadtentwicklungsausschusses: 137. Änderung des Landschaftsprogramms, Parkanlage und Kleingärten auf den Schallschutztunneln der A7 in Schnelsen und Stellingen.

[Bericht des Stadtentwicklungsausschusses über die Drucksache 21/2998: 137. Änderung des Landschaftsprogramms für die Freie und Hansestadt Hamburg (Parkanlage und Kleingärten auf den Schallschutztunneln der A7 in Schnelsen und Stellingen) (Senatsantrag) – Drs 21/4357 –]

Wer schließt sich der Ausschussempfehlung an? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das war einstimmig.

Wir kommen zu Tagesordnungspunkt 18, Drucksache 21/4358, ebenfalls ein Bericht des Stadtentwicklungsausschusses: 150. Änderung des Flächennutzungsplans und 138. Änderung des Landschaftsprogramms für die Freie und Hansestadt Hamburg, Wohnen an der Feldmark in Schnelsen.

[Bericht des Stadtentwicklungsausschusses über die Drucksache 21/3274: 150. Änderung des Flächennutzungsplans für die Freie und Hansestadt Hamburg (Wohnen an der Feldmark in Schnelsen), 138. Änderung des Landschaftsprogramms für die Freie und Hansestadt Hamburg (Wohnen an der Feldmark in Schnelsen) (Senatsantrag) – Drs 21/4358 –]

Wer möchte hier der Ausschussempfehlung folgen? – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Dann ist das bei einigen Enthaltungen ebenfalls einstimmig so beschlossen.

(Präsidentin Carola Veit)

Tagesordnungspunkt 19, Drucksache 21/4359, Bericht des Stadtentwicklungsausschusses: 151. Änderung des Flächennutzungsplans und 139. Änderung des Landschaftsprogramms für die Freie und Hansestadt Hamburg, Gewerbliche Bauflächen und Grünflächen westlich der BAB A1 in Neuland.

[Bericht des Stadtentwicklungsausschusses über die Drucksache 21/3488:

151. Änderung des Flächennutzungsplans für die Freie und Hansestadt Hamburg (Gewerbliche Bauflächen und Grünflächen westlich der BAB A1 in Neuland),

139. Änderung des Landschaftsprogramms für die Freie und Hansestadt Hamburg (Gewerbliche Bauflächen und Grünflächen westlich der BAB A1 in Neuland) (Senatsantrag)

– Drs 21/4359 –]

Wer schließt sich hier der Ausschussempfehlung an? – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Dann ist das mehrheitlich so beschlossen worden.

Tagesordnungspunkt 20, Drucksache 21/4366, Bericht des Schulausschusses: Medienkompetenzförderung an Hamburger Schulen sicherstellen.

[Bericht des Schulausschusses über die Drucksache 21/2390:

Medienkompetenzförderung an Hamburger Schulen sicherstellen (Antrag der FDP-Fraktion)

– Drs 21/4366 –]

[Antrag der Fraktionen der GRÜNEN und der SPD:

Informatische Grundbildung an Hamburgs Schulen

– Drs 21/4585 –]

Hierzu liegt Ihnen als Drucksache 21/4585 ein gemeinsamer Antrag der Fraktionen der GRÜNEN und der SPD vor.

Wir beginnen mit dem Bericht des Schulausschusses.

Wer möchte der Ausschussempfehlung folgen? – Wer nicht? – Enthaltungen? – Das ist bei einigen Gegenstimmen und Enthaltungen beschlossen.

Wir kommen zum Zusatzantrag.

Wer möchte diesem seine Zustimmung geben? – Auch hier die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Dieser Antrag ist bei einigen Enthaltungen einstimmig beschlossen worden.

Tagesordnungspunkt 25, Drucksache 21/4432, Be-

richt des Haushaltsausschusses: Erbschaftsteuer muss gerechter werden – Firmenerben dürfen nicht länger verschont werden.

[Bericht des Haushaltsausschusses über die Drucksache 21/575:

Erbschaftsteuer muss gerechter werden – Firmenerben dürfen nicht länger verschont werden (Antrag der Fraktion DIE LINKE)

– Drs 21/4432 –]

Wer möchte der Ausschussempfehlung folgen? – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Dann ist das mehrheitlich so beschlossen.

Tagesordnungspunkt 27, Drucksache 21/4428, Antrag der CDU-Fraktion: Unternehmertum in Hamburg stärken – Aus unternehmerischem Scheitern systematisch lernen!

[Antrag der CDU-Fraktion:

Unternehmertum in Hamburg stärken – Aus unternehmerischem Scheitern systematisch lernen!

– Drs 21/4428 –]

Die Fraktionen der CDU und der FDP möchten den Antrag gern an den Wirtschaftsausschuss überweisen.

Wer möchte das auch? – Wer nicht? – Enthaltungen? – Dann ist das Überweisungsbegehren abgelehnt.

Wir stimmen in der Sache ab.

Wer möchte dem Antrag seine Zustimmung geben? – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Der Antrag ist mit Mehrheit abgelehnt.

Tagesordnungspunkt 29, Drucksache 21/4430, Antrag der CDU-Fraktion: Bedarfsgerechtere und effizientere Deutschkurse für geflüchtete Männer und Frauen.

[Antrag der CDU-Fraktion:

Bedarfsgerechtere und effizientere Deutschkurse für geflüchtete Männer und Frauen

– Drs 21/4430 –]

Die Fraktionen von SPD, CDU, GRÜNEN und AfD haben einen Antrag auf Überweisung an den Sozialausschuss gestellt.

Wer möchte so verfahren? – Wer schließt sich dem Überweisungsbegehren nicht an? – Wer enthält sich? – Dann ist das bei wenigen Gegenstimmen überwiesen.

(Präsidentin Carola Veit)

Tagesordnungspunkt 31, Drucksache 21/4434, Antrag der FDP-Fraktion: Wirtschaft und Unternehmertum stärker in den Schulen vermitteln.

**[Antrag der FDP-Fraktion:
Wirtschaft und Unternehmertum stärker in den
Schulen vermitteln
– Drs 21/4434 –]**

Diese Drucksache möchten die Fraktionen der CDU, FDP und AfD an den Schulausschuss überweisen.

Wer möchte das auch? – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das Überweisungsbegehren ist mehrheitlich abgelehnt.

Wir stimmen in der Sache ab. Die CDU-Fraktion möchte das ziffernweise tun.

Wer möchte sich den Ziffern 1, 2 und 5 des Antrags anschließen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Dann sind die Ziffern 1, 2 und 5 abgelehnt.

Wer möchte die Ziffern 3, 4, 6 und 7 annehmen? – Auch hier die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Dann sind auch die Ziffern 3, 4, 6 und 7 abgelehnt.

Tagesordnungspunkt 32, Drucksache 21/4435 2. Neufassung, Antrag der Fraktionen der FDP und der CDU: Aktenvorlageersuchen zu den Umständen der Therapie und der Entlassung eines Sexualstraftäters aus der Sicherungsverwahrung.

**[Antrag der Fraktionen der FDP und der CDU:
Aktenvorlageersuchen zu den Umständen der
Therapie und der Entlassung eines Sexualstraf-
täters aus der Sicherungsverwahrung
– Drs 21/4435 (2. Neufassung) –]**

Ich stelle fest, dass der Antrag aus Drucksache 21/4435 in der zweiten Neufassung nicht mit dem nach Artikel 30 der hamburgischen Verfassung erforderlichen Quorum gestellt worden ist.

Wir stimmen also über den Antrag ab.

Wer möchte ihn annehmen? – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Dann ist das einstimmig so beschlossen worden. Das Aktenvorlageersuchen ist damit wirksam zustande gekommen.

Tagesordnungspunkt 33, Drucksache 21/4436, Antrag der Fraktionen der SPD und der GRÜNEN: Evaluation des Gleichstellungspolitischen Rahmenprogramms.

**[Antrag der Fraktionen der SPD und der GRÜ-
NEN:
Evaluation des Gleichstellungspolitischen Rah-
menprogramms
– Drs 21/4436 –]**

Wer möchte diesen Antrag beschließen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das war einstimmig.

Wer möchte die Drucksache nachträglich an den Wissenschaftsausschuss überweisen? – Wer nicht? – Enthaltungen? – Auch das ist dann einstimmig erfolgt.

Wir kommen zu Tagesordnungspunkt 34, Drucksache 21/4437, Antrag der Fraktion DIE LINKE: Das muss drin sein: Wahlfreiheit für die Beratung von Frau zu Frau in Hamburger Jobcentern ermöglichen.

**[Antrag der Fraktion DIE LINKE:
Das muss drin sein: Wahlfreiheit für die Bera-
tung von Frau zu Frau in Hamburger Jobcen-
tern ermöglichen
– Drs 21/4437 –]**

Die Fraktion DIE LINKE möchte den Antrag gern an den Sozialausschuss überweisen.

Wer schließt sich diesem Begehren an? – Wer nicht? – Enthaltungen? – Dann schien mir das Erste die Mehrheit zu sein; der Antrag ist damit an den Sozialausschuss überwiesen.

Und wir kommen zu Punkt 35 der Tagesordnung, Drucksache 21/4438, Antrag der Fraktion DIE LINKE: Suche nach Bohrschlammgruben auf dem Gebiet der Freien und Hansestadt Hamburg beginnen.

**[Antrag der Fraktion DIE LINKE:
Suche nach Bohrschlammgruben auf dem Ge-
biet der Freien und Hansestadt Hamburg begin-
nen
– Drs 21/4438 –]**

Die Fraktion DIE LINKE möchte diese Drucksache an den Ausschuss für Umwelt und Energie überweisen.

Wer möchte das auch? – Wer lehnt das Überweisungsbegehren ab? – Enthaltungen? – Dann ist das Überweisungsbegehren abgelehnt.

Wir stimmen in der Sache ab.

Wer schließt sich dem Antrag an? – Wer nicht? – Enthaltungen? – Der Antrag ist mehrheitlich abgelehnt.

(Präsidentin Carola Veit)

Wir sind am Ende unserer Sitzung. Einen schönen Feierabend wünsche ich Ihnen.

Ende: 21.09 Uhr

Hinweis: Die mit * gekennzeichneten Redebeiträge wurden in der von der Rednerin beziehungsweise vom Redner nicht korrigierten Fassung aufgenommen.

In dieser Sitzung waren nicht anwesend: die Abgeordneten Norbert Hackbusch, Danial Ilkhanipour und Brigitta Schulz

Anlage**Sammelübersicht gemäß § 26 Absatz 5 GO**

für die Sitzung der Bürgerschaft am 25. Mai 2016

A. Kenntnisnahmen

TOP	Drs-Nr.	Gegenstand
12	4286	Bericht des Gesundheitsausschusses
13	4287	Bericht des Sportausschusses
14	4288	Bericht des Sportausschusses
16	4431	Bericht des Ausschusses für Justiz und Datenschutz
21	4413	Bericht des Schulausschusses
22	4388	Bericht des Ausschusses für Wirtschaft, Innovation und Medien
23	4389	Bericht des Ausschusses für Wirtschaft, Innovation und Medien

B. Einvernehmliche Ausschussüberweisungen

TOP	Drs-Nr.	Gegenstand	auf Antrag der	Überweisung an
7	4030	Strukturdaten zu den in den Hamburger Flüchtlingsunterkünften lebenden Flüchtlingen und Asylsuchenden	SPD, CDU, GRÜNEN, AfD	Ausschuss für Soziales, Arbeit und Integration
11	4300	Ergebnisbericht 2016 des Rechnungshofs	SPD, CDU, GRÜNEN, AfD	Haushaltsausschuss

C. Einvernehmliche Ausschussempfehlung

TOP	Drs-Nr.	Ausschuss	Gegenstand
24	4414	Ausschuss Öffentliche Unternehmen	Öffentliche Unternehmen der Stadt wirksam kontrollieren – Finanzbehörde in den Aufsichtsrat von f & w entsenden

D. Einvernehmliches Verlangen auf Besprechung nach § 20 Abs. 2 Satz 5 GO

TOP	Drs-Nr.	Gegenstand
4	3922	Paris – Brüssel – Hamburg? Was tut der Senat, um die Hansestadt vor terroristischen Anschlägen zu schützen?